

Forschungsgruppe Europäische Integration (FEI)

Studie Nr.20

Euroimperialismus?

**Mit Beiträgen von: Otto Holman, Hans-Jürgen Bieling,
Joachim Bischoff, Dieter Boris, Frank Deppe, Ingo Malcher,
Paul Schäfer, Ingo Schmidt und Melanie Wehrheim**



FEI am Institut für Politikwissenschaft des Fachbereichs Gesellschaftswissenschaften und
Philosophie der Philipps-Universität Marburg

Forschungsgruppe Europäische Integration (FEI)

Studie Nr. 20

Euroimperialismus?

**Mit Beiträgen von: Otto Holman, Hans-Jürgen Bieling,
Joachim Bischoff, Dieter Boris, Frank Deppe, Ingo Malcher,
Paul Schäfer, Ingo Schmidt und Melanie Wehrheim**

Marburg 2005

ISBN 3-8185-040-0

Redaktionelle Bearbeitung: Bea Müller

FEI am Institut für Politikwissenschaft

Leiter: Prof. Dr. Frank Deppe, HD Dr. H.-J. Bieling

Fachbereich Gesellschaftswissenschaften und Philosophie der

Philipps-Universität Marburg

Wilhelm-Röpke-Str. 6

35032 Marburg

Inhaltsverzeichnis

<i>Frank Deppe</i> Fragen zum „Euroimperialismus“	5
<i>Otto Holman</i> Empire Building in Europe: Asymmetrische Regulierung und die Souveränität des Kapitals.....	23
<i>Hans-Jürgen Bieling</i> Die Europäische Union: Juniorpartner der USA, rivalisierende Großmacht oder Alternativmodell?	45
<i>Ingo Schmidt</i> Ist der Euro ein Gegenprojekt zum Dollar?.....	77
<i>Paul Schäfer</i> Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) – Das militärische Projekt des Euroimperialismus?.....	97
<i>Melanie Wehrheim</i> EU-Osterweiterung und erweiterte EU im globalen Kontext	119
<i>Dieter Boris/Ingo Malcher</i> Die Konkurrenz zwischen den USA und der Europäischen Union (EU) in Lateinamerika	143
<i>Joachim Bischoff</i> Die Zukunft Europas — Ende der Rekonstruktion transatlantischer Partnerschaft?	159
<i>AutorInnen</i>	175

Frank Deppe

Fragen zum „Euroimperialismus“

1.

Zu Beginn des Jahres 2004¹ waren die politischen Debatten vom Krieg der USA und ihrer Verbündeten gegen den Irak beherrscht. Die Differenzen zwischen der Führung der USA und den Regierungen Frankreichs, Deutschlands und Belgiens wurden öffentlich und in aller Schärfe ausgetragen. Innerhalb der Europäischen Union (EU) reproduzierten sie sich zwischen den Regierungen derjenigen Mitgliedsstaaten, die sich – in der „Allianz der Willigen“ – am Irak-Krieg beteiligten (an der Spitze Großbritannien, Italien, Spanien, im Gefolge die neuen Mitglieder in Ost- und Mitteleuropa, angeführt von Polen und Ungarn) und der „deutsch-französischen Allianz“ (die gleichzeitig bemüht war, den russischen Präsidenten Putin zu „umarmen“). Die rüden Ausfälle des US-amerikanischen Verteidigungsministers Rumsfeld sorgten ebenso wie Berichte über die Diskriminierung von Franzosen bzw. von französischen Produkten in den USA dafür, dass dieser Konflikt von einigen Beobachtern als Ausdruck einer neuen zwischenimperialistischen Konkurrenz gedeutet wurde: Die Europäer hätten sich nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, mit dem die Relevanz der „Sicherheitsgarantie“ der US-Atomkraft für die EU-Staaten erloschen war, zu einem ökonomischen, politischen und – in Ansätzen auch – militärischen „Global Player“ weiterentwickelt, der jetzt – zum ersten Mal – der „Weltmacht Nr. 1“ Einhalt zu gebieten versuche.

Die neokonservativen Ideologen in den USA, die die Außenpolitik von George W. Bush (über das Pentagon, die Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice und den Vizepräsidenten Dick Cheney) maßgebend bestimmen (Menzel 2004: 93 ff.), reagierten auf diese neue Herausforderung zunächst gelassen. Robert Kagan hat in einer viel beachteten Schrift die Differenzen zwischen den USA und der EU als völlig normalen Ausdruck ihrer unterschiedlichen Stärke und Macht interpretiert. Europa ist – im Verhältnis zu den USA – politisch und militärisch schwach. Daher tendiert es dazu, „to move beyond power into a self-contained world of laws and rules and transnational negotiation and cooperation. It is entering a post-historical paradise of peace and relative prosperity“. Die Europäer träumen den Traum des Kantischen „Ewigen Friedens“. Die USA hingegen sind als die stärkste Macht in der Welt zum Realismus gleichsam verdammt: „the United States remains

¹ Zu dieser Zeit wurde von der FEG (Marburg) sowie von der wissenschaftlichen Vereinigung „Wissenstransfer“ (Hamburg) eine Konferenz zu dem Thema „Euroimperialismus?“ vorbereitet. Die Tagung fand in der Zeit vom 21. bis 22. Mai 2004 in der Philipps-Universität Marburg statt. Sie wurde von der Rosa-Luxemburg-Stiftung (Berlin) gefördert, wofür an dieser Stelle ausdrücklich gedankt sei. Beiträge zu dieser Tagung wurden für diese FEI-Studie von den Autoren überarbeitet.

mired in history, exercising power in an anarchic Hobbesian world where international laws and rules are unreliable, and where true security and the defense still depend on the possession and use of military might. That is why on major strategic and international questions today, Americans are from Mars and Europeans are from Venus" (Kagan 2003: 3).

Es gibt allerdings in den USA – vor allem im Umkreis des gescheiterten demokratischen Präsidentschaftskandidaten John Kerry – genügend Stimmen, die vor der Gefahren einer grenzenlosen Überschätzung der amerikanischen Macht warnen. Diese „entstehen, wenn Amerika der Illusion erliegt, seine Vorherrschaft sei von ewiger Dauer und die eher traditionellen geopolitischen Herausforderungen existierten nicht mehr“ (Kupchan 2003: 21). Die strukturellen Schwächen und Risikopotentiale der US-Ökonomie (vgl. Deppe u.a. 2004: 85 ff.) werden dabei ebenso benannt wie die Gefahren einer Politik des „Unilateralismus“ (Mearsheimer 2001), der die USA von ihren Verbündeten isoliert. Die Führungsposition der USA – und die damit verbundene Führungsaufgabe – wird nicht in Frage gestellt. Sie kann sich freilich nur – mittel- und langfristig – in der Kooperation mit Partnern stabilisieren². Joseph Nye (2002) – prominenter Sprecher der liberalen Schule und des alten „Ostküsten-Establishments“ – beschwört das „Paradox“ der amerikanischen Macht: sie sei zu groß, um von irgendeiner anderen Macht oder Mächtekonstellation in Frage gestellt zu werden, aber nicht groß genug, um alle Probleme dieser Welt allein zu lösen. Nye warnt auch davor, die Bedeutung der „soft power“ (z.B. die Attraktivität des American Way of Life und seines Wertesystems) zu unterschätzen. Schärfer noch kritisierte der Soziologe Michael Mann (2003: 314) die Innen- und Außenpolitik in der Folge des „neokonservativen Putsches“, der – vor allem als Antwort auf den terroristischen Angriff vom 11. September 2001 – den Primat des militärischen Denkens etablierte: „Während in der Vergangenheit Amerikas Macht hegemonial war, also in der Regel vom Ausland akzeptiert und häufig als legitim betrachtet wurde, kommt sie jetzt aus den Gewehrläufen“³. Angesichts der Unfähigkeit der US-Besatzungsmacht, den Irak nach dem militärischen Sieg zu stabilisieren – ganz zu schweigen, vom erfolgreichen Aufbau eines demokratischen Staatswesens, mehren sich natürlich die Stimmen, die dem amerikanischen „Empire“ bzw. seiner Politik des „Imperialismus“ den Niedergang voraussagen (Pfaff 2004; Ferguson 2004).

Dabei werten einige Kommentatoren die Krise der transatlantischen Beziehungen im Zusammenhang des Irak-Krieges schon als Indikator eines wachsenden Selbstbewusstseins der „Euro-

² Brzezinski (1997: 198) formulierte schon zur Zeit der Präsidentschaft von Bill Clinton diese Aufgabe: "In the short run, it is America's interest to consolidate and perpetuate the prevailing geopolitical pluralism of the map of Eurasia ... By the middle term, the foregoing should gradually yield to a greater emphasis on the emergence of increasingly important but strategically compatible partners ... Eventually, in the much longer run still, the foregoing could phase into a global core of genuinely shared political responsibility".

päer“, das seinerseits auf die ökonomische Potenz der Europäischen Union, auf die Position des Euro gegenüber dem US-Dollar⁴, sowie auf die Fortschritte der EU seit dem Ende des Kalten Krieges (Binnenmarkt, WWU, GASP / ESVP, Osterweiterung etc.) zurückzuführen ist⁵. Oftmals werden dabei von Anhängern der Demokratischen Partei die Verhältnisse in der EU idealisiert. Jeremy Rifkin z.B. charakterisiert die EU als eine „leise Supermacht“, die den USA längst als Modell bzw. als „Hoffnungsträger für eine bessere Welt“ gegenübersteht. Dabei bezieht er sich nicht allein auf die Wirtschaftskraft sowie auf die Arbeitsbeziehungen und die Sozialpolitik in der EU sondern auch auf deren Rolle als „Supermacht“ in der Arena der internationalen Politik, die – im Gegensatz zum Militarismus der USA – den Leitbildern der Nachhaltigkeit und des Ausgleichs verpflichtet sei (Rifkin 2004)⁶.

2.

Die Debatte um den Irakkrieg und um die transatlantischen Beziehungen ließ so schon erkennen, wie die Frage nach der Existenz und der Relevanz eines „Euroimperialismus“ aufkommen konnte. Sie steht im Kontext des Kampfes um die „neue Weltordnung“ nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes. Noch Anfang der 90er Jahre war die „neue Weltordnung“ (u. a. von George W. Bush, dem „Älteren“⁷) begriffen als Projekt einer friedlichen, sozial gerechteren und ökologisch sicheren Welt, das durch die Umverteilung der „Friedensdividende“ möglich wird. Schon unter der Clinton-Administration haben sich jedoch Konturen einer Außenpolitik der USA abgezeichnet, die – im nationalen Interesse – die militärische Überlegenheit der USA (und der NATO) einsetzt, um die Vor-

³ Dass der „Militarismus“ das Charakteristikum des US-amerikanischen „Imperiums“ sei, vertritt vor allem der Ostasienexperte Chalmers Johnson in seinem neuen Buch „The Sorrows of Empire. Military, Secrecy and the End of the Republic“, 2004.

⁴ „Many West European Leaders believe that the Euro will greatly strengthen their political position vis-à-vis the United States in international negotiations; many Americans fear that the Euro will have negative consequences for American security and the international standing of the United States“ (Gilpin 2000: 225).

⁵ „European, at times Japanese, opposition to American unilateralism in recent years (military intervention in the Middle East, assertiveness of trade relations and neglect of the Doha round, recklessness in managing the dollar) has been taken as a sign of mounting political antagonisms between contesting centers of the world capitalism“ (Albo 2003: 89).

⁶ Die innere Spaltung innerhalb der EU, die schon während der Balkankrisen der 90er Jahre und dann wiederum während des Irakkrieges zutage trat, ist typisch für die GASP. Auch die Beurteilung der „weichen Faktoren“ europäischer Politik (Sozialpolitik, Umweltpolitik usw.) sowie des politischen Systems der EU bleibt blind für die Defizite und Widersprüche in diesen Bereichen. Dorothee Bohle (2004: 300ff.) zeigt am Beispiel der EU-Osterweiterung, dass solche Vorstellungen von einem „besseren Europa“ nicht begründet sind. „Instead of exporting welfare capitalism and a security order based on multilateralism and human rights, EU expansion has entailed the re-emergence of economic center-periphery relations within the new Europe“.

⁷ In seiner berühmten Rede „Towards a New World Order“ vom 11. September 1990 sagte US-Präsident George W. Bush: „We stand today at a unique and extraordinary moment. The crisis of the Persian Gulf, as grave as it is, also offers a rare opportunity to move toward a historic period of cooperation. Out of these troubled times – a new world order can emerge: a new era, free from the threat of terror, stronger in the pursuit of justice, and more secure in the quest for peace. An era in which the nations of the world, East and West, North and South, can prosper and live in harmony... A world where the rule of law supplants the rule of the jungle. A world in which nations recognize the shared responsibility for freedom and justice. A world where the strong respect the rights of the weak“ (zit. n. Menzel 2004: 7).

machtposition der USA sowohl im Nahen Osten, um das Kaspische Meer und schließlich auch bei der politischen Reorganisation Gesamteuropas auszubauen („militarisierte Hegemonie“, vgl. Müller 2003: 122 ff.).

Der Imperialismusbegriff spielte für die Analyse der internationalen Beziehungen und der Weltordnung lange Zeit keine bedeutende Rolle. In den 60er und 70er Jahren konzentrierten sich „Imperialismusanalysen“ auf das Verhältnis zwischen den Kapitalmetropolen und der sog. „Dritten Welt“ sowie auf die „antiimperialistischen Befreiungsbewegungen“ – von Kuba, Algerien bis nach Vietnam und Angola. Sie knüpften z. T. an die klassisch gewordenen Imperialismusanalysen vom Anfang des 20. Jahrhunderts an (Hobson, Hilferding, Luxemburg, Lenin, Bucharin). Diese hatten den Zusammenhang zwischen der Entwicklung des Kapitalismus im Inneren und seiner ökonomischen und politischen Expansion nach außen in den Mittelpunkt gestellt („Überakkumulation“ und „Unterkonsumtion“). Die neueren Analysen betonten jedoch die Veränderungen innerhalb der Weltordnung nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges: der Ost-West-Konflikt, die Rolle der Atomwaffen, die Hegemonie der USA innerhalb des westlichen Lagers und der darin eingeschlossene Wandel der zwischenimperialistischen Konkurrenzverhältnisse, die Dynamik der Weltwirtschaftsbeziehungen usw. (vgl. ausführlich Deppe u.a. 2004). Seit den 80er Jahren geriet der Begriff „Imperialismus“ fast in Vergessenheit – auf der einen Seite galt er als marxistisch-leninistisch „vorbelastet“; auf der anderen Seite setzten sich innerhalb des akademischen Mainstreams in den Sozialwissenschaften immer mehr Richtungen durch, denen die Fragestellungen einer kritischer Gesellschafts- und Kapitalismusanalyse mehr oder weniger als irrelevant erscheinen.

3.

Mit dem Ende des Ost-West-Konfliktes, der Herausbildung einer neuen Formation des „transnationalen High-Tech-Kapitalismus“ und dem Siegeszug des Neoliberalismus in Wirtschaft und Politik (Candeias 2004) wurden jedoch neue Fragen aufgeworfen, die zum Teil an die alten Debatten angeschlossen. Die erste dieser Fragen betraf die „neue Weltordnung“ nach dem Ende der Bipolarität. Würde die neue Weltordnung durch die einzig verbliebene „Supermacht“ USA beherrscht werden oder würden sich neben den USA (und Nordamerika) weitere Zentren ökonomischen und politischer Macht – in der Struktur der „Triade“ (Nordamerika, Westeuropa, Ostasien) – herausbilden? Welche Rolle würde die „Globalisierung“ von Ökonomie, Wissensproduktion, Kultur und Kommunikation für die Auseinandersetzung um die „neue Weltordnung“ spielen? Wie würden sich die der kapitalistischen Globalisierung eingeschriebenen Widerspruchskomplexe auf die Auseinandersetzungen um die neue Weltordnung auswirken?

Die Imperialismustheorien hatten einerseits die Frage nach dem Zusammenhang von Kapitalakkumulation und der territorialen Expansion von ökonomischen und politischen Herrschaftsräumen in den Mittelpunkt gestellt. Mit anderen Worten: kapitalistische Regime müssen nach innen – ökonomisch, politisch und ideologisch – durch externe Expansion abgesichert werden. Diese Logik entspricht der widersprüchlichen Bewegungsform kapitalistischer Akkumulation selbst; die immer wieder neu reproduzierten Verwertungsschranken müssen durch verschiedene – der Kapitallogik adäquate – Strategien überwunden und hinausgeschoben werden (auch im räumlichen und zeitlichen Sinne). Hierin liegt die Tendenz des Kapitals, nationale Grenzen zu überschreiten, obwohl auf die Funktion des Nationalstaates für die Sicherung der Eigentums- und Verwertungsverhältnisse nicht verzichtet werden kann. Imperialistisch ist also nicht die äußere Expansion, die Eroberung von Märkten und Einflussphären, sondern der Kampf von Staaten und Staatengruppen um Hegemonie oder Suprematie in der ökonomischen und politischen Weltordnung einer bestimmten historischen Epoche kapitalistischer Entwicklung⁸. Ohne die Kontrolle von Räumen (z.B. von „Eurasien“ oder des „Nahen Ostens“) und von Kommunikations- und Verkehrswegen, die ökonomische Beherrschung anderer Länder und Regionen – sei es zur Kontrolle der Rohstoffvorkommen oder auch zur Eroberung von Absatzmärkten oder zur Kontrolle von Finanzmärkten – kann kein Staat (wie die USA) oder keine Staatengruppierung (wie die Europäische Union) ihre Rolle als „Global Player“ bei der Gestaltung der neuen Ordnung im eigenen Interesse wahrnehmen. In diesem Sinne versteht z.B. Peter Gowan (1999: VII/VIII) den Titel seines ausgezeichneten Buches aus dem Jahre 1999 „The Global Gamble“, in dem er allerdings den Begriff des „Imperialismus“ nicht verwendet. Er behandelt darin „the American attempt to use the international system of sovereign states as a mechanism of American global dominance [...] the benefits of the global transnational order will accrue to the United States, while the risks and costs can be distributed abroad. This is the main distinctive form of the US’s global project.“ (Gowan 1999).

Die klassischen Imperialismustheorien wollten jedoch gleichzeitig die Frage beantworten, warum sowohl die äußere Expansion und die damit verbundene zwischenimperialistische Konkurrenz als auch die sozialen Konflikte im Innern der eigenen Gesellschaften (Aufstieg der sozialistischen Arbeiterbewegung) zunehmend gewaltförmig ausgetragen wurden. Der imperialistische Machtstaat (nach innen und außen) wurde zum Träger dieser politisch-militärischen Gewalt, die schließlich in den beiden Weltkriegen eskalierte. Nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes schien

⁸ Stephen Gill (2004), einer der führenden Vertreter der neogramscianischen Schule der Internationalen Politischen Ökonomie unterscheidet sehr genau zwischen Hegemonie (Konsens zwischen Herrschenden und Beherrschten) und Dominanz / Suprematie. Letztere zeichnet sich durch das Übergewicht der direkten Gewalt bzw. des Zwangs gegenüber den Beherrschten aus. Gill vertritt die Auffassung, dass sich – seit dem Ende des Ost-West-Konfliktes – die Rolle der

zunächst eine neue Periode des Friedens und des Abbaus der Rüstungspotentiale in der Welt möglich. Schnell wurde allerdings deutlich, dass die Auflösung der alten Weltordnung mit neuen Konflikten und Kriegen, also mit einer deutlichen Zunahme der direkten und indirekten Gewaltanwendung – nicht nur als unmittelbare Folge des Zerfalls der alten Ordnungen (wie z.B. auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion bzw. von Jugoslawien), sondern auch als Reaktion auf neue transnationale Konfliktlinien⁹ – verbunden war.

Innerhalb von nur 10 Jahren – zwischen der Rede des älteren George Bush über die „neue Weltordnung“ und dem Angriff auf das World Trade Centre in New York (am 11. September 2001) und den nachfolgenden Kriegen gegen Afghanistan und den Irak – vollzog sich eine dramatische Wendung zur Akzeptanz von unmittelbarer Gewalt, um Herrschaftsinteressen im Zusammenhang des Kampfes um Weltordnung durchzusetzen. Dem entsprach ein Wandel in der Innenpolitik der demokratischen Staaten des Westens: die Sicherheitsproblematik – als Schutz vor dem Terrorismus ebenso wie als Antwort auf die zunehmenden sozialen Widersprüche in den Kapitalmetropolen als Folge von wachsender Armut, Arbeitslosigkeit, steigenden Kriminalitätsraten als Folge der Schattenökonomie und der Informalisierung von Arbeit (Altvater / Mahnkopf 2002) – rückte auf der Agenda der Innenpolitik an die erste Stelle, verdrängte die Sozialpolitik auf die unteren Ränge und sicherte die Zustimmung breiter Bevölkerungsteile bei der Außerkraftsetzung demokratischer Grundrechte.

4.

Der Begriff des „Imperialismus“, der fast in Vergessenheit geraten war, wurde nunmehr – gleichsam als Reflex auf die zunehmende Gewaltförmigkeit der Politik – immer häufiger verwendet. Dass die USA ein „Imperium“ (Empire), also staatliches Zentrum eines Weltherrschaftssystems, bilden und deshalb an Macht und Reichtum die alten Imperien – das Römische Reich und das Britische Empire – überragen, wurde kaum bestritten. „Eine imperiale Macht zu sein... bedeutet, der bestehenden Weltordnung Geltung zu verschaffen, und dies im amerikanischen Interesse ... Im 21. Jahrhundert herrscht Amerika alleine, und es kämpft dabei für die Ordnung in instabilen Zonen, in denen sich der Untergang vergangener Imperien besiegelt hat, in Palästina und an der nordwestlichen Grenze Pakistans, um nur zwei zu nennen“ (Ignatieff, in Speck / Snaider 2003: 16).

USA in der „Weltordnung“ von der Hegemonie zur Suprematie, die stets den Primat des „national interest“ betont, verändert hat

⁹ Samuel Huntington vertrat – als einer der einflussreichsten konzeptiven Ideologen US-amerikanischer Außenpolitik – schon 1996 die These, dass nunmehr der „Zusammenstoß der Kulturen“ (letztlich bezog er sich auf den Zusammenstoß zwischen der westlich-christlichen und islamischen „Zivilisation“) die internationale Politik und den Kampf um die „Weltordnung“ bestimmen werde. Der 11. September 2001 und der anschließend vom US-Präsidenten verkündete

Die Begriffe „Imperium“ und „imperialistisch“ wurden jetzt vor allem von neokonservativen Journalisten als positive Selbstbeschreibungen der amerikanischen Macht und Politik geradezu inflationiert. Die USA müssen im eigenen Interesse die Rolle des „Weltpolizisten“ („Globocop“) akzeptieren: „Wenn wir die Bösen nicht stoppen, wer sonst? Die Aufgabe, diese fernen Länder unter Kontrolle zu halten – Regionen voller gescheiterter, krimineller Staaten –, wird letzten Endes uns zufallen. Das bedeutet, dass liberaler Imperialismus wohl unsere Zukunft ist, ob es uns gefällt oder nicht“ (Boot, in: Speck / Snaider 2003: 70). Der *liberale* Imperialismus überragt alle anderen an militärischer Stärke, aber er wendet diese nicht an, um – wie der „alte Imperialismus“ – ein Kolonialreich zu sichern, sondern um Demokratie, Wohlstand und American Way of Life in der Welt zu verbreiten. „Das Imperium des 21. Jahrhunderts ist ein Neuankömmling in den Annalen der politischen Wissenschaft. Es ist ein *Empire lite* – eine globale Hegemonie, deren Merkmale freie Märkte, Menschenrechte und Demokratie sind, durchgesetzt mit Hilfe der abschreckendsten Militärmacht, die es jemals gegeben hat. Es ist der Imperialismus eines Volkes, dem immer vor Augen steht, dass es die Unabhängigkeit seines Landes erwarb, indem es gegen ein Empire revoltierte, eines Volkes, das sich als Freund der Freiheit in aller Welt versteht“ (Ignatieff, in ebd. 17).

Die kritischen Imperialismusanalysen beschränken sich nicht allein darauf, die Ideologie vom „guten Imperialismus“ und ihren universalistischen Wertebezug (Freiheit, Menschenrechte) mit der Realität der US-amerikanischen Machtpolitik seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges und mit den partikularen Interessen der herrschenden ökonomischen und politischen Eliten in den USA (aber auch in den anderen entwickelten kapitalistischen Gesellschaften) an der Beherrschung und Ausbeutung der Welt „im nationalen Interesse“ zu konfrontieren. Dabei darf nicht vergessen werden, dass die schlimmsten „Terroristen“ der Gegenwart (von den Taliban bis zu Osama Bin Laden) vor nicht allzu langer Zeit engste Verbündete der USA im Kampf gegen den Kommunismus bzw. gegen die Sowjetunion gewesen sind. Diese Kritik bleibt jedoch auf der Ebene der Ideologiekritik bzw. der Identifikation einer bestimmten Form der Politik mit dem „Imperialismus“ stehen. Sie verzichtet auf die Analyse des Zusammenhang zwischen dem „internen Regime“ und der zunehmenden Gewaltförmigkeit globaler Machtpolitik.

Michael Hardt und Antonio Negri haben in ihrem – außerordentlich erfolgreichen – Buch mit dem Titel „Empire“ (2002: 35) dieses als Zentrum eines globalen Herrschaftssystems beschrieben, „das die Globalisierung von Netzwerken der Produktion trägt und ein Netz der Inklusion einsetzt, um möglichst alle Machtbeziehungen innerhalb der neuen Weltordnung einzufassen. Zur gleichen Zeit setzt es Polizeimacht gegen die neuen Barbaren und die rebellischen Sklaven ein, die die

„Krieg gegen den Terror“ wird immer wieder als Bestätigung der Thesen von Huntington angesehen. Als kritische Auseinandersetzung und Alternative vgl. Cox 1998.

se Ordnung bedrohen“. Mit dem alten staatszentrierten Imperialismus habe diese neue Ordnung (der Wissensproduktion und der „Biomacht“) nur noch wenig gemein; obwohl die Grundstruktur des Systems durch die kapitalistische Logik bestimmt wird. Das heißt, für das Konzept einer weitgehend entstaatlichten globalen Machtstruktur sind die transatlantischen Beziehungen – wie insgesamt die Entwicklung der Europäischen Union – sowie die Konkurrenzverhältnisse zwischen den Blöcken der Triade weitgehend irrelevant¹⁰.

Der imperialismustheoretische Ansatz von Panitch und Gindin (2000; 2003a und b) kritisiert sowohl den „Ökonomismus“ der klassischen Imperialismusdebatte als auch die staatstheoretischen Defizite in „Empire“ von Hardt und Negri. Der amerikanische Imperialismus zeichnet sich dadurch aus, dass der amerikanische Staat die Funktion der Sicherung der globalen kapitalistischen Ordnung – ihrer Spielregeln und ihrer materiellen und ideologischen Funktionsbedingungen – übernommen hat. Dieses Imperium wird durch die Kapitalverflechtungen auf dem Weltmarkt (für Waren und Geldtitel) sowie durch die damit einhergehende Internationalisierung der Klassenverhältnisse (vor allem der Bourgeoisie) materiell fundiert. Die Vorherrschaft des US-Militärs in der Welt¹¹, das „Dollar-Wall-Street-Regime“ (Peter Gowan 1999) sowie die Dominanz der US-Regierung in den internationalen Organisationen (vor allem IWF/Weltbank, WTO) sind die Stützpfeiler des American Empire, die durch die weltweite Bedeutung der Kommunikations- und Kulturindustrien (Microsoft, CNN, Warner, Hollywood etc.), aber auch z.B. durch die führende Rolle der US-Universitäten bei der Ausbildung der „Eliten“ aus der ganzen Welt im Bereich der Politik, der Ideologie, der Kultur, der Sprache etc. flankiert werden.

Panitch und Gindin sehen wohl die Bedeutung der europäischen Integration und nehmen auch die Spannungen zwischen Europa und den USA im Zusammenhang des Irakkrieges zur Kenntnis. Gleichwohl betrachten sie den Binnenmarkt, die Wirtschafts- und Währungsunion, die Planungen für einen einheitlichen, europäischen Finanzmarkt, selbst die Osterweiterung und die Fortschritte auf dem Felde der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik seit den frühen 90er Jahren als durchaus funktionale Entwicklungsprozesse innerhalb des Systems des amerikanischen

¹⁰ Hardt und Negri (2002: 383) schreiben: „Von unserem Standpunkt aus jedoch ist die Tatsache, dass sich gegen die alten Mächte Europas ein neues Empire herausgebildet hat, nur zu begrüßen. Denn wer will noch irgendetwas von der angekränkelten herrschenden Klasse Europas wissen, die vom Ancien Régime direkt zum Nationalismus überging, vom Populismus zum Faschismus und die heute auf einen generalisierten Neo-Liberalismus drängt? Wer will noch etwas wissen von diesen Ideologien und bürokratischen Apparaten, von denen die verrottende europäische Elite so gut lebte? Und wer erträgt noch diese Systeme der Arbeitsorganisation und diese Unternehmen, die längst jede Lebendigkeit verloren haben?“ Die europäische Integration und die Antworten der „Europäer“ auf die Anforderungen einer „neuen Weltordnung“ nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes werden nicht einmal erwähnt. Die Autoren haben eine Vorstellung von Europa, die dem Zeitalter des klassischen Imperialismus (vom Ende des 19. Jahrhunderts bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges) korrespondiert.

Imperialismus. Dabei kommt es zu Konflikten und Spannungen, die es freilich auch schon zur Zeit des Kalten Krieges in den transatlantischen Beziehungen immer wieder gegeben hatte. Die neoliberale Ausrichtung der EU-Politik seit der Einheitlichen Europäischen Akte (Binnenmarktprogramm) und Maastricht (1991), die stets von der Strategie geleitet war, dass die europäische Wirtschaft sich den Herausforderungen der „Globalisierung“ zu stellen habe, ist für Panitch und Gindin gerade der Mechanismus, durch den die EU in das Amerikanische Imperium integriert und ihm untergeordnet wird. Die ökonomische Penetration – z.B. durch die Direktinvestitionen Transnationaler Konzerne in den USA und der EU – ist eine der Voraussetzungen dafür, dass Spannungen nicht zum Bruch führen. Je mehr allerdings der US-amerikanische Staat (unter der Führung der neokonservativen „Hardliner“) „im Interesse des amerikanischen Kapitals und nicht im Interesse des globalen Kapitals“ agiert, um so mehr bestimmen solche Konflikte auch die Innenpolitik der Staaten innerhalb des US-Empire und eröffnen den oppositionellen Kräften „gewisse Möglichkeiten“ (Panitch/Gindin 2003a: 139/40).

5.

Die Renaissance der Imperialismus-Analysen reflektiert fast ausschließlich die Machtposition und die expansive und aggressive Politik der USA im Prozess des Kampfes um eine „neue Weltordnung“ nach dem Ende des Kalten Krieges. Die kritischen Analysen, die die Widersprüche und den Herrschaftscharakter kapitalistischer Ordnungen in den Mittelpunkt stellen, bezeichnen die Zunahme der direkten und indirekten Gewaltanwendung zur Sicherung dieses Herrschaftssystems als das eigentliche Merkmal imperialistischer Politik in der Gegenwart. Diese Widersprüche betreffen nicht nur die ökonomischen Instabilitäten und die sozialen Spaltungen im Weltmaßstab, sondern zugleich die Arroganz der Mächtigen, die globalen Armutsprozesse, Massenmigration, die zahllosen lokalen Kriege etc. (vgl. ausführlich Deppe u.a. 2004: 131 ff.).

In den politischen Alltagsdiskursen finden sich immer wieder Stimmen, die jede Form der expansiven und aggressiven Außenpolitik kapitalistischer Staaten als „imperialistisch“ bezeichnen. Oftmals wird auch im Anschluss an Lenins Imperialismusanalysen die Zunahme zwischenimperialistischer Konflikte und deren Zuspitzung als Merkmal der gegenwärtigen Epoche konstatiert. Dies verbindet sich dann mit dem Appell, den „Imperialismus im eigenen Lande“ bzw. den „Imperialismus der EU“ zum „Hauptfeind“ zu erklären¹². An der Peripherie (z.B. in Lateinamerika) wird auch

¹¹ Nach Chalmers Johnson (2004) gibt es im Jahre 2003 offiziell 725 US-amerikanische Militärstützpunkte in anderen Ländern; er bezeichnet diese Basen als das „Skelett des Empire“. Er schätzt die tatsächliche Zahl der Basen als deutlich höher ein!

¹² Bezugspunkte für solche Kritik bietet z.B. die Außenpolitik der ehemaligen europäischen Kolonialmetropolen – namentlich Frankreich und Großbritannien. Die französische Armee (bzw. die Fremdenlegion) interveniert immer wieder

immer wieder an die „Ausbeutung der Dritten Welt“ als zentralem Merkmal des Imperialismus erinnert. Solche Bezüge ignorieren freilich nicht nur die Defizite der „alten Imperialismustheorien“, sondern immunisieren sich auch gegen den adäquaten Begriff des gegenwärtigen Kapitalismus im 21. Jahrhundert.

Angesichts der Defizite der „klassischen Imperialismusanalysen“ sowie der vielfältigen – sozialwissenschaftlich aber keineswegs eindeutigen – Bedeutungen des Imperialismusbegriffs in der Gegenwart, kann dieser wohl kaum als zeitdiagnostische Schlüsselkategorie anerkannt werden. Eher handelt es sich um eine Fragestellung bzw. um eine Forschungshypothese, um

- die in den aktuellen Analysen der internationalen Politik verwendeten Imperialismusbegriffe (und ihre unterschiedlichen Bedeutungen und Reichweiten) kritisch zu überprüfen;
- die Entwicklung der transatlantischen Beziehungen in Bezug auf die Kräfteverhältnisse zwischen den USA und der EU, die Konfliktfelder sowie in Bezug auf politisch-strategische Interessen im Hinblick auf die Gestaltung der Weltordnung unter der Fragestellung zu analysieren, ob sich die EU eher in Richtung eines „Gegenimperialismus“ oder eines „Subimperialismus“ innerhalb des American Empire entwickelt;
- zu erkunden, wie solche Optionen und Strategien mit den unterschiedlichen Interessen von Fraktionen der wirtschaftlichen und politischen Eliten in den USA bzw. in den Mitgliedstaaten der EU korrespondieren;
- schließlich auch normative Diskurse über die Möglichkeiten eines durch die EU – in ihrer Innen-, Sozial- und Außenpolitik – repräsentierten alternativen Gesellschafts- und Politikmodells gegenüber der heute fortgeschrittensten Gestaltung kapitalistischer Entwicklung diesseits und jenseits des Atlantiks zu führen.

Dabei werden solche Hypothesen a priori von jener Widerspruchskonstellation auszugehen haben, die die Europäische Integration seit ihren Anfängen charakterisiert. Der ökonomische und

in afrikanischen Staaten (ehemalige Kolonien Frankreich), um die Interessen französischer Unternehmen und Bürger sowie derjenigen Teile der einheimischen Eliten, die mit den alten Kolonialherren kooperieren, zu schützen. Auch die Bundesrepublik Deutschland verfolgt in ihrer Außen- und Europapolitik nationale Interessen, die auf die Stärkung der eigenen Position in der UNO (ständiger Sitz im Sicherheitsrat), in der EU und auf die Erweiterung von ökonomischen und politischen Einflussphären in Osteuropa oder auf dem Balkan gerichtet sind. Die Umwälzungen z.B. in der Ukraine, in Georgien oder in der Region des Südkaukasus (vgl. Soghomonyan 2004) sind nicht nur durch innere soziale und politische Kräfte, sondern auch durch die Interventionen von außen (der USA, der EU bzw. von einzelnen EU-Staaten) angetrieben, in denen je spezifische ökonomischen und politischen Interessen (Eroberung von Märkten, Kontrolle von Räumen, politische Einbindung von Eliten) eine zentrale Rolle spielen. Auch der gewaltsame Zerfall Jugoslawiens wurde auf diese Weise von außen – insbesondere durch die Politik der Bundesregierung – beeinflusst (Bohle 2004: 304 ff.). Solche Formen der Außenpolitik werden oftmals als imperialistisch bezeichnet. Sie betreffen jedoch nur einen kleinen Ausschnitt aus dem Gesamtprozess des Kampfes um Weltmacht und Weltordnung.

politische Integrationsprozess bewegt sich stets in der Spannung von partikularen/nationalen und supranationalen/gemeinschaftlichen Interessen. Das gilt zumal für das Gebiet der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP), die seit dem Ende des Ost-West-Konfliktes – zusammen mit der Erweiterung der EU – systematisch ausgebaut wird. Gleichwohl achten die Regierungen der Mitgliedstaaten gerade auf diesem Felde – vor allem der Sicherheitspolitik – darauf, dass die nationale Souveränität im Kern erhalten bleibt¹³. Obwohl die Entwicklung der GASP eindeutig auf die Stärkung der EU als „global player“ bzw. als „regionales Machtzentrum“ in der Weltpolitik¹⁴ gerichtet ist, ist sie doch noch weit von ihren eigenen Zielsetzungen und einer strategischen Kohärenz zwischen den größten Mitgliedstaaten in der EU entfernt. Dazu kommt, dass die Frage der Beziehungen zu den USA zwischen den Regierungen der EU höchst umstritten ist. Wenn sich die britische Regierung im Jahr 2003 – unterstützt von den Regierungen Italiens, Spanien, Polens u.a. Neumitgliedern in Mittel- und Osteuropa – sofort der „Allianz der Willigen“ im Irakkrieg angeschlossen hat und – seit dem Beitritt Großbritanniens zur EG (in den frühen 70er Jahren) – stets die „special relationship“ zu den USA als Kernbestand ihrer Europapolitik betont hat, so wurde auch darin deutlich, dass das Adjektiv „imperialistisch“ – bezogen auf eine eigenständige Rolle der EU als kollektiver Akteur und als „Global Player“ – die Wirklichkeit der europäischen Politik zum gegenwärtigen Zeitpunkt (wohl auch auf absehbare Zeit) nicht richtig zu beschreiben vermag¹⁵.

6.

Zur Realität europäischer Politik gehört es freilich, dass Projekte und Strategien diskutiert und entwickelt werden, die auf eine „imperiale“ bzw. „imperialistische“ Aufwertung der EU als „Global Player“ – insbesondere als Gegengewicht zum American Empire – gerichtet sind. Innerhalb des konservativen Lagers überwiegen Positionen, die die Suprematie der USA anerkennen. Die Mini-

¹³ Wessels (2004: 166/7) hebt hervor, dass in den Beratungen über die neue EU-Verfassung besonders intensiv über jene Materien (und die Abstimmungsverfahren in diesen Materien) verhandelt wurde, „die als zentral für die nationale Souveränität einzelner Staaten deklariert wurden: Die Außen- und Verteidigungspolitik (Art. I-40 Abs. 7) sowie die Sozial- und Steuerpolitik (Art. III-210 Abs. 3), aber auch die Grundentscheidungen zum mehrjährigen Finanzrahmen (Art. I-55) bleiben zunächst der Einstimmigkeit unterworfen“.

¹⁴ Vor allem die Debatten über den Beitritt der Türkei (der allerdings innerhalb der Union höchst umstritten ist) zeigen, dass die deutsch-französische Allianz offensichtlich bestrebt ist, die EU – mit ihren Grenzen im Mittelmeerraum, im Nahen Osten, in der Kaukasus-Region, vor allem auch in Osteuropa (zwischen der neuen Ostgrenze der EU und der Westgrenze Russlands) als handlungsfähigen Akteur zu profilieren, der auch seine eigenen strategischen Interessen gegenüber den USA zu vertreten vermag. Allerdings ist es auch hier offen, ob daraus zwangsläufig eine Konstellation der Konfrontation bzw. der offenen „zwischenimperialistischen Konkurrenz“ entsteht – ebenso möglich scheint die geopolitische Erweiterung der Macht der EU als Bedingung für eine engere Kooperation mit den USA – vor allem im Nahen Osten.

¹⁵ Cafruny (2003: 95) fasst seine Analyse der Kräfteverhältnisse zwischen den USA und der EU – auch im Bereich der Neugestaltung Europas nach dem Ende des Kalten Krieges – wie folgt zusammen: „the geopolitical dimension [...] can generally be characterized by American supremacy, West European fragmentation and rivalry, and a ‘hub and spoke’ integration with the dominant superpower“. Diese Schlussfolgerung stimmt mit der Position von Panitch und Gindin überein.

sterpräsidenten Berlusconi und Aznar (bis zu seiner Abwahl) fügten sich demonstrativ in diese Rolle der besten Freunde von George W. Bush, während Premierminister Tony Blair für seine New-Labour-Regierung nur die Politik der bedingungslosen Subordination gegenüber den USA fortsetzt, die seine Vorgängerin Margret Thatcher (in der Kooperation mit Ronald Reagan) eingeleitet hatte. Die Tradition des „Gaullismus“, der in den 60er Jahren das „Europa der Vaterländer“ zu einer eigenständigen weltpolitischen Kraft zwischen den Fronten des Kalten Krieges ausbauen wollte, ist schwächer geworden, obwohl Elemente dieser außenpolitischen Konzeption in der Europapolitik des französischen Präsidenten Jacques Chirac und in der neu belebten deutsch-französischen Allianz fortwirken.

Nunmehr kommen strategische Projekte für eine „imperiale“ Profilierung der EU vor allem aus den Reihen der konzeptiven Ideologen der in Deutschland regierenden Sozialdemokratie und ihres grünen Koalitionspartners, der den Außenminister der Bundesregierung stellt. Die strategischen Überlegungen richten sich dabei im Kern auf die weitere Stärkung des Einflusses der EU in der internationalen Politik. Durch die Stärkung ihrer ökonomischen Macht, der Aufbau einer militärischen Komponente der EU (ESVP; Eingreiftruppe; Koordination der Rüstungsindustrien; vgl. Heidbrink 2004) sowie die Attraktivität des „europäischen Sozialmodells“, überzeugende Beispiele des Multilateralismus und eine Politik der Krisenvermeidung – anstelle direkter militärischer Intervention oder gar „präventiver Schläge“, die die US-Regierung für sich als Recht in Anspruch nimmt – soll die Anziehungskraft dieses europäischen Modells auf der Arena der Weltpolitik erweitern. „The West European states have continued to seek to build up their international political influence as a caucus. They have done so by developing a stronger civilian political diplomacy and one with a real edge against the United States. It focuses on rule-based treaty regimes on a global scale instead of power politics, it stresses the peaceful resolutions of conflicts, it stresses rule-based human rights regimes etc. They also demand a more collegial form of global government in which the US cannot decide all the big issues unilaterally. There have even been signals of a European interest in linking up with East Asian states against Washington on certain important issues, something that would be a matter of great concern in Washington. Thus there is a real though still very fragile and not very strong EU-centered West European game of balancing against US hegemonic power politics. It could be described as a subversive bandwagoning.“ (Gowan 2002: 305)

Am 31. Mai 2003 veröffentlichten führende europäische Zeitungen einen von Jürgen Habermas verfassten Aufruf, indem der Angriff der USA und ihrer Verbündeten auf den Irak kritisiert wurde und gleichzeitig die Antikriegesdemonstrationen vom Februar des Jahres als Geburtsstunde einer europäischen Öffentlichkeit gefeiert wurden. Die Bürger Europas sollten sich ihrer Identität und ihres gemeinsamen Schicksals bewusst werden. Europa muss sein volles Gewicht auf der Ebe-

ne der internationalen Politik und innerhalb der UNO einbringen, um ein Gegenwicht zu dem hegemonialen Unilateralismus der USA zu bilden. Konzepte einer künftigen Weltordnung sollten ohne europäische Beteiligung nicht akzeptiert werden. Die EU muss ihre militärischen Interventionskapazitäten ausbauen, den politische Integrationsprozess durch das Verfahren der „verstärkten Zusammenarbeit“ vorantreiben und gleichzeitig die besonderen Merkmale des europäischen Gesellschaftsmodells sowie seiner politischen Kultur als Alternative zu einem – vom amerikanischen Militär dominierten – globalen „Turbokapitalismus“ hervorheben. Diese Elemente einer „postnationalen, europäischen Identität“ sollten die EU in die Lage versetzen, „die USA mit einer alternativen (universalistischen) Vision und Konzeption einer Weltordnung zu konfrontieren“ (Habermas 2003a; 2003b).

Die Resonanz auf das Manifest der Intellektuellen war bescheiden (Deppe 2004a). Habermas hatte einerseits die politische Linie (vor allem des deutschen Außenministeriums) zum Ausbau der politischen und militärischen Kapazitäten der EU durch die „verstärkte Zusammenarbeit“ zwischen Deutschland und Frankreich unterstützt; auf der andere Seite war die Idealisierung von Elementen eines „europäischen Gesellschaftsmodells“ wenig glaubwürdig. Schließlich sah er sich schnell – vor allem in Mittel- und Osteuropa – mit dem Vorwurf des „Antiamerikanismus“ konfrontiert. Gleichzeitig war die deutsche Außenpolitik bis zum Ende des Jahres 2004 (vor allem nach der Wiederwahl von George W. Bush) bemüht, die Beziehungen zu Washington zu verbessern. Die Ideologie des „Euroimperialismus“ – eher auf der Linie eines neuen machiavellistischen „Realismus“ – wird hingegen von Herfried Münkler, einem der führenden Köpfe in den „Vorhöfen der (sozialdemokratischen) Macht“, ausgebaut und zugespitzt. Die Vision eines alternativen Modells der europäischen Gesellschaft und Kultur wird jetzt aufgegeben zugunsten einer nüchternen Forderung nach dem Ausbau imperialer Handlungsfähigkeit der EU. „Wenn Europa jetzt nicht auf die Schiene der Selbstverschweigerung gerät, also darauf vertraut, von Freunden umzingelt zu sein, und sich möglichst klein macht, um als bloße Kapitalsammelstelle in der Welt zu fungieren –, könnte ihm eine komplementäre, vielleicht sogar eine konkurrierende Rolle gegenüber den amerikanischen Ordnungsvorstellungen zuwachsen. Das hätte mit Sicherheit ziemliche Integrationseffekte. ... Europa müsste dann eine Großmachtrolle mit mindestens hegemonialer Ausstrahlung übernehmen“ (Münkler 2004a: 544). Diese Großmachtrolle verlangt eine entsprechende militärische Fundierung: „Die eigentliche Frage heißt doch: In welcher Weise sind die Europäer handlungsfähig? Das ist die klassische Frage nach der militärischen Interventionsfähigkeit, die bedeutet, dass ein politischer Wille der Europäer mit militärischen Mitteln, mag er nun legitim oder illegitim sein, gegebenenfalls geltend gemacht werden kann“ (ebd. 547).

Inzwischen hat Münkler auch seine Terminologie an den Imperialismus-Diskurs angepasst. Dass die EU als „imperialer Akteur“ aufzutreten habe, als „Ordnungsmacht“, dass es in ihrem „eigenen Interesse“ liege, „an einer für sie vitalen Peripherie eine politisch entscheidende Rolle zu spielen“, wird nunmehr – auch im Hinblick auf die Aufnahmeverhandlungen mit der Türkei - geopolitisch begründet: Einerseits ist die Südostflanke der EU nach dem Auseinanderbrechen Jugoslawiens die schwächste Stelle Europas, die zugleich einen der klassischen Krisenherde des Kontinents während der gesamten Neuzeit darstellt ... darüber hinaus hat Europa ein vitales Interesse an der Stabilisierung der Krisenregionen des Nahen und Mittleren Ostens auf der einen und des Kaukasusraumes wie des Kaspischen Beckens auf der anderen Seite. Diese Stabilität ist nicht ohne die Türkei zu sichern“ (Münkler 2004b: 1464). Die gesamte Entwicklung der EU seit den frühen 90er Jahren – also seit dem Ende des Ost-West-Gegensatzes – würde „durch Elemente von Imperialität überlagert“. Mit anderen Worten: die EU tritt – obwohl die herrschende politische Kultur eher „antiimperial“ ausgerichtet ist – längst als „imperialer Akteur“ auf: „die Insistenz auf Einhaltung der Menschenrechte, die Forderung nach schrittweiser Demokratisierung angrenzender Länder und schließlich die wirtschaftliche Durchdringung dieser Räume sind klassische Formen, in denen sich Imperien zu ihrer Umgebung verhalten“.

Münkler nutzt die Position des Wissenschaftlers, um den Politikern in Europa das schlechte Gewisse zu nehmen, wenn sie des „Imperialismus“ beschuldigt werden sollten. Immerhin gab es auch immer den „guten Imperialismus“ – auch darin knüpft er an Denktraditionen der deutschen Sozialdemokratie vor 1914 an, die dem Imperialismus in den Kolonialgebieten eine „zivilisatorische Mission“ gegenüber der indigenen Bevölkerung zuschreiben wollte. Entsprechend plädiert er für eine Revision des kritischen Imperialismusbildes: „Im Gefolge der ökonomischen Imperialismustheorien haben wir uns daran gewöhnt, Imperien mit Unterdrückung und Ausbeutung zu identifizieren. Genau so gut lassen sie sich aber auch als Friedensgaranten, Verbeiter politischer und kultureller Werte und Absicherer großräumiger Handelsbeziehungen und Wirtschaftsstrukturen begreifen“ (ebd. 1463). Münklers Propagierung des „Euroimperialismus“ ist – wie wir festgestellt haben – von der Realität europäischer Politik ziemlich weit entfernt, obwohl er reale Entwicklungstendenzen der europäischen Integration seit 1991 und auch die Interessenlage z.B. der deutschen und der französischen Regierungen beim Widerstand gegen die Irak-Politik der USA durchaus zutreffend anspricht. Wenn es eine Funktion der Intellektuellen ist, der herrschenden Klasse bzw. dem „Block an der Macht“ das Bewusstsein ihrer/seiner geschichtlichen Rolle zu vermitteln, dann werden seine Texte bei den Strategieplanern der außenpolitischen Staatsapparate aufmerksame Leser finden. Allerdings bilden solche strategischen Diskurse stets auch Felder des intellektuellen und politischen Kampfes um Hegemonie. Wenn deutsche Strategen eine – militärisch gestützte –

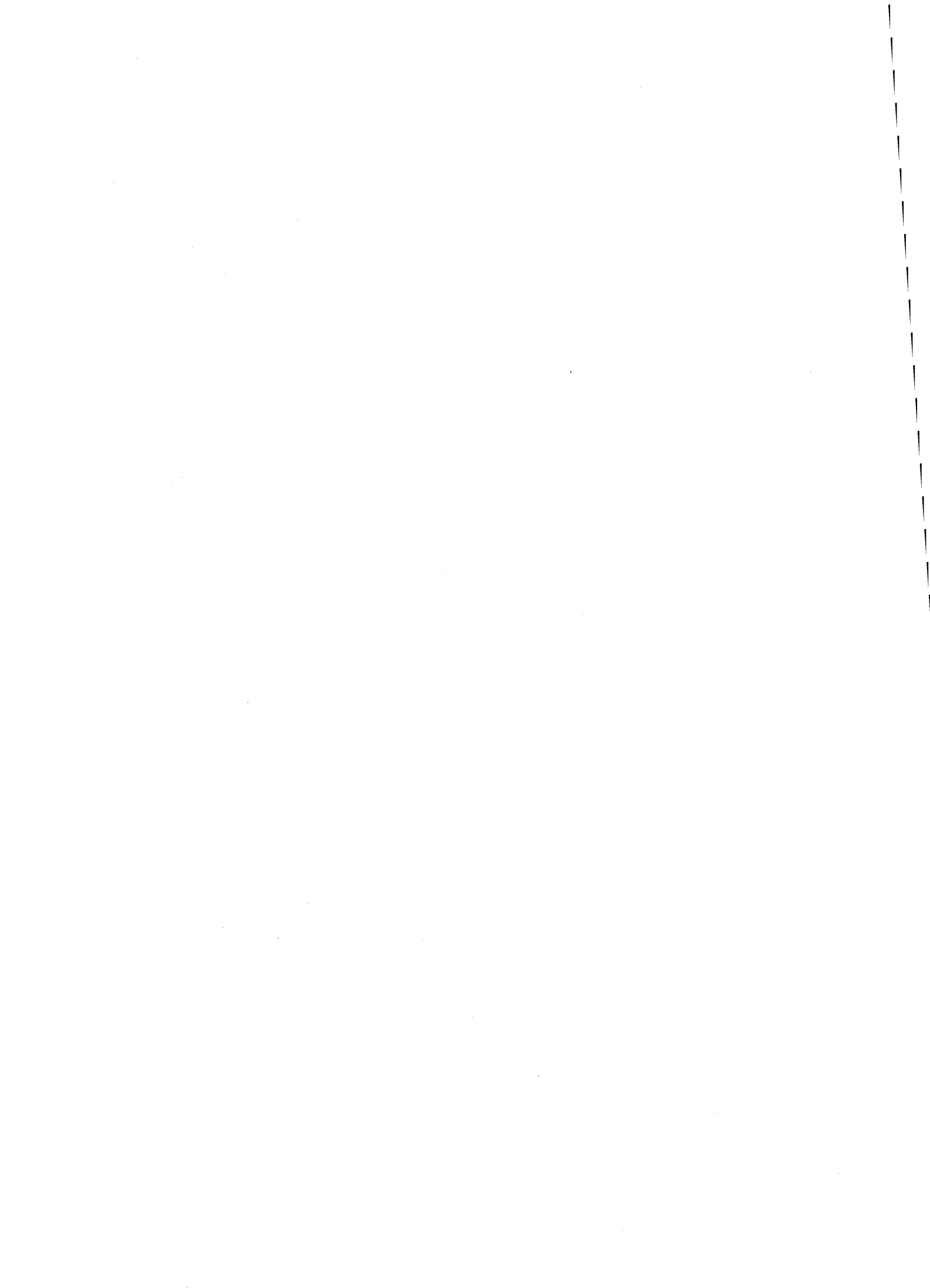
„Großmachtpolitik“ der EU einfordern, dann wächst mit Recht bei den Nachbarn das Misstrauen, dahinter verberge sich wieder einmal der Anspruch auf eine Führungsposition Deutschlands „in der Mitte Europas“.

Literatur

- Albo, Greg (2003): The Old and New Economics of Imperialism, in: The New Imperial Challenge, ed. By Leo Panitch and Colin Leys. Socialist Register 2004, pp. 88 – 113.
- Altvater, Elmar / Mahnkopf, Birgit (2002): Globalisierung der Unsicherheit, Münster.
- Bohle, Dorothee (2004): The EU and Eastern Europe: Failing the test as a better world power, in: Leo Panitch / Colin Leys (Eds.), The Empire Reloaded, Socialist Register 2005, London, New York, Halifax, pp. 300 - 312.
- Brzezinski, Zbigniew (1997): The Great Chessboard, New York.
- Cafruny, Alan W. (2003): the Geopolitics of U. S. Hegemony in Europe. From the Breakup of Yugoslavia to the War in Iraq, in: ders. / Magnus Ryner, Ed., A Ruined Fortress. Neoliberal Hegemony and Transformation in Europe, Lanham / Oxford, pp. 95 - 122
- Candeias, Mario (2004): Neoliberalismus, Hochtechnologie, Hegemonie. Grundrisse einer transnationalen kapitalistischen Produktions- und Lebensweise, Hamburg.
- Cox, Robert W. (1998): Zivilisationen und das 21. Jahrhundert, in: ders., Weltordnung und Hegemonie. Grundlagen der „Internationalen Politischen Ökonomie“, FEG-Studie Nr. 11, Marburg, S. 116 – 142.
- Deppe, Frank/Heidbrink, Stefan/ Salomon, David/ Schmalz, Stefan/ Schoppengerd, Stefan/ Solty, Ingar (2004): Der neue Imperialismus, Heilbronn.
- Deppe, Frank (2004a): Habermas' Manifesto for a European Renaissance: A Critique, in: Socialist Register 2005, ed. by Leo Panitch and Colin Leys, London / New York / Halifax, pp. 313 – 323.
- Ferguson, Niall (2004): The Rise and Fall of the American Empire, New York.
- Gill, Stephen (2004): The Contradictions of US supremacy, in: The Empire Reloaded, ed. By Leo Panitch and Colin Leys. Socialist Register 2005, London / new York / Halifax, pp. 23 – 45.

- Gilpin, Robert (2000): *The Challenge of Global Capitalism. The World Economy in the 21st Century*, Princeton, New Jersey.
- Gowan, Peter (1999): *The Global Gamble*, London / New York.
- Gowan, Peter (2002): *America and the World in the 21st Century*, Paper für eine Tagung der Korean Political Science Association in Seoul (September 2002); in den Konferenzmaterialien (auf koreanisch), S. 259 – 321.
- Habermas, Jürgen (2003a): *Unsere Erneuerung. Nach dem Krieg. Die Wiedergeburt Europas*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 31. Mai 2003, S. 33/4.
- Habermas, Jürgen (2003b): *Europäische Identität und universalistisches Handeln*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 7/2003, S. 801 – 806.
- Hardt, Michael / Negri, Antonio (2002): *Empire. Die neue Weltordnung*, Frankfurt / New York.
- Heidbrink, Stephan (2004): *Ein europäischer militärisch-industrieller Komplex?* In: *Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung*, 15. Jg., N5. 58, S. 126 – 138.
- Johnson, Chalmers (2004): *The Sorrows of Empire. Secrecy, and the End of the Republic*, New York.
- Kagan, Robert (2003): *Paradise and Power. America and Europe in the New World Order*, London.
- Huntington, Samuel (1996): *The Clash of Civilizations and the Remaking of World Order*, New York.
- Kupchan, Charles (2003): *Die Europäische Herausforderung. Vom Ende der Vorherrschaft Amerikas*, Berlin.
- Mann, Michael (2003): *Die ohnmächtige Supermacht. Warum die USA die Welt nicht regieren können*, Frankfurt / New York.
- Mearsheimer, John J. (2001): *The Tragedy of Great Power Politics*, New York / London.
- Menzel, Ulrich (2004): *Paradoxien der neuen Weltordnung*, Frankfurt/Main.
- Müller, Harald (2003): *Amerika schlägt zurück. Die Weltordnung nach dem 11. September*, Frankfurt/Main.
- Münkler, Herfried und Senghaas, Dieter (2004a): *Alte Hegemonie und neue Kriege. Streitgespräch*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 5/2004, S. 539 – 552.
- Münkler, Herfried (2004b): *Europas imperiale Herausforderung*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 12/ 2004, S. 1462 – 1464.
- Nye, Joseph (2002): *The Paradox of American Power. Why the World's Only Superpower Can't Go It Alone*, Oxford.
- Panitch, Leo (2000): *The New Imperial State*, in: *New Left Review*, no. 2, pp. 5 – 20.

- Panitch, Leo/Gindin, Sam (2003a): Euro-Kapitalismus und amerikanischer Imperialismus, in: Beckmann, Martin; Bieling, Hans-Jürgen; Deppe, Frank, Hrsg., „Eurokapitalismus“ und globale Politische Ökonomie, Hamburg, S. 113 – 143.
- Panitch, Leo / Gindin, Sam (2003b): Global Capitalism and American Empire, in: Socialist Register 2004, New York / London, pp. 1 – 42.
- Pfaff, William (2004): Amerika oder Empire, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 9/2004, S. 1056/7.
- Rifkin, Jeremy (2004): Der europäische Traum. Die Vision einer leisen Supermacht, Frankfurt / New York.
- Soghomonyan, Vahram (2004): Europäische Integration und die regionale Konfiguration des Südkaukasus, FEG-Arbeitspapier Nr. 24, Marburg.
- Speck, Ulrich / Snaider, Natan (2003): Empire Amerika. Perspektiven einer neuen Weltordnung, München.
- Wessels, Wolfgang (2004): Die institutionelle Architektur der EU nach der Weuropäischen Verfassung, in: Integration, 27. Jg., 3 /04, S. 161 – 175.



Otto Holman

Empire Building in Europa – Asymmetrische Regulierung und die Souveränität des Kapitals

1. Einleitung

Einem bekannten Diktum zufolge kann die heutige Europäische Union (EU) am besten als ökonomischer Riese und politischer Zwerg charakterisiert werden. Vor allem seit dem sogenannten „verlängerten Neustart“ („extended relaunch“) der europäischen Integration, d.h. seit der Vollendung des Binnenmarktes und dem Übergang zur Wirtschafts- und Währungsunion, wird die EU überwiegend als eine eigenständige ökonomische Macht gesehen („ein Markt, eine Währung“). Gleichzeitig – den Versuchen des Europäischen Rates in Maastricht 1991 und Amsterdam 1997, die Entscheidungsfähigkeit der EU zu erhöhen, zum Trotz – haben die Mitgliedsstaaten Schwierigkeiten, die nationale Außen- und Verteidigungspolitik zu vergemeinschaften. In der Folge sprechen einige von einer „Erwartungen-Fähigkeiten-Lücke“ („expectations-capabilities-gap“), womit gemeint ist, „[that the EU] does not have the resources or the political structure to be able to respond to the demands which the Commission and certain Member States have virtually invited through their bullishness over the pace of internal change“ (Hill 1993: 315). Um es anders auszudrücken: Die erfolgreiche Wirtschafts- und Währungsunion hat in dritten Ländern die Erwartungen über eine gesteigerte Problemlösungsfähigkeit der EU geweckt, ohne dass die EU diesen Erwartungen gerecht werden kann.

Die Frage ist, ob diese Situation sich in absehbarer Zukunft ändern wird und ob ein funktionaler spill-over von der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) zu einer europäischen politischen Union zu den wahrscheinlichen Ergebnissen der Gegenwart gehört. In diesem Artikel wird davon ausgegangen, dass eine supranationale Integration der Außen- und Sicherheitspolitiken voraussichtlich nicht stattfinden wird, und sei es nur aufgrund der jüngsten Erweiterung nach Mittel- und Osteuropa. Die meisten der neuen Mitgliedsstaaten haben im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik gerade erst ihre Souveränität zurückgewonnen und sind nicht bereit, ihre sicherheitspolitischen Interessen einer supranationalen Autorität unterzuordnen. Für sie stellt die volle Mitgliedschaft im multilateralen Allianzsystem der NATO, insbesondere der militärische Schutzschirm der USA, die weit aus bessere Option dar. Selbst wenn eine kleinere Anzahl Mitgliedsstaaten – sozusagen eine Kern-

gruppe von Staaten des „alten Europa“ – die Möglichkeit einer „erweiterten Kooperation“ nutzt und es schafft, ihre Sicherheits- und Verteidigungsstrukturen zu integrieren, wäre es immer noch ein langer Weg, bis diese den militärischen Kapazitäten der USA ebenbürtig wären. Zur Zeit tätigen die Vereinigten Staaten 38% aller weltweiten Militärausgaben, soviel wie die nächsten 11 Staaten zusammen. 2003 war allein die Erhöhung der US-Militärausgaben fast so hoch wie das gesamte britische Verteidigungsbudget und betrug drei Viertel des chinesischen. Etwa im Jahre 2006 wird das US-Verteidigungsbudget dem aller anderen Länder zusammen entsprechen (Bobitt 2004a). Die begrenzten militärischen Kapazitäten der EU im Vergleich zu den USA machen es schwierig, einen Euro-Imperialismus nach traditionellen, politisch-militärischen Maßstäben entstehen zu sehen. Die Schlussfolgerung, dass die EU wenig mehr ist als ein loser Zusammenschluss unabhängiger Nationalstaaten, wenn es um die „high politics“ geht, wird ferner durch die Dominanz von „national champions“-Strategien in der Verteidigungsindustrie (drei der vier wichtigsten Unternehmen, BAE, Thales und Finmeccanica, sind noch primär national) und durch das fragmentierte System im militärischen Beschaffungswesen bestätigt (vgl. Vlachos Dengler 2004).

Heißt das, dass wir aufhören sollten, über Euro-Imperialismus oder über die EU als ein angehendes Empire zu reden, und damit die neuere Debatte über das amerikanische Empire auf Europa zu übertragen? Eine solche Schlussfolgerung ist aus zwei Gründen zu voreilig: Erstens hat die EU die Fähigkeit, mittels Verknüpfung von Außenhandel und Entwicklungshilfe außerhalb ihres eigenen Gebietes zu agieren. Die schnelle Zunahme von Handelsabkommen zwischen der EU und einem weiten Kreis einzelner Länder(-Gruppen) seit dem Ende des Kalten Krieges ist dabei ein wichtiger Punkt. Die strukturierte Handels- und Entwicklungshilfebeziehung zwischen der EU und den sogenannten AKP-Staaten durch die erfolgreichen Lomé- und Cotonou-Abkommen ist ein anderer. In diesem Kontext wird die EU oft als wohlwollende oder weiche Macht in weltpolitischen Angelegenheiten bezeichnet, deren erstes Ziel die weltweite Bekämpfung von Armut und Unsicherheit durch Handel und Entwicklungszusammenarbeit ist (und, wenn notwendig, Konfliktprävention und friedenserhaltende Operationen), statt (preemptiver) militärischer Interventionen. Ein aktuelles Beispiel für diese Sichtweise ist ein Bericht mit dem Titel *A Human Security Doctrine for Europe*, der von der Study Group in Europe's Security Capabilities verfasst wurde (Study Group 2004). Die Sicherheit der Bürger Europas, so die Argumentation der Study Group, kann nicht mehr von der Sicherheit anderswo auf der Welt getrennt werden. Eine aktive Einbindung in die Erhöhung globaler Sicherheit ist für die EU somit von entscheidendem Interesse. Aus einer anderen Perspektive lässt sich die Außenhandels- und Entwicklungspolitik der EU allerdings als Instrument einer Gruppe von Staaten (d.h. der EU-Mitgliedsstaaten) zur Ausdehnung ihres Hoheitsgebietes auf andere

Länder mit wirtschaftlichen Mitteln begreifen, und zwar durch neoliberale Rezepte wie freie Märkte und good governance als begleitende Politik-Doktrinen. Übernimmt man James O'Connor's bekannte Definition des ökonomischen Imperialismus als „formelle oder informelle Kontrolle über die einheimischen ökonomischen Ressourcen in einer für die Metropole vorteilhaften Weise und auf Kosten der einheimischen Wirtschaft der Satelliten“ (O'Connor 1972: 148), so kann man die Behauptung aufstellen, dass die EU – über ihre Handels- und Entwicklungspolitik – die formelle oder informelle Kontrolle über die ökonomische Ressourcen einer großen Zahl von „Entwicklungsländern“ zu erlangen (oder aufrechtzuerhalten) versucht (von denen viele wiederum frühere Kolonien eines der EU-Mitgliedsstaaten sind).

Zweitens – und damit lenken wir unsere Aufmerksamkeit von den Auswirkungen des Euro-Imperialismus auf die Ursachen des Euro-Imperialismus in der EU selbst – ließe sich argumentieren, dass die entstehenden transnationalen Governance-Strukturen vielen Elementen ähneln, die in den alten und neuen Debatten über Imperialismus und/oder Empire auftauchen. Diese zweite Bedeutung des Euro-Imperialismus – d.h., des auf der Souveränität des Kapitals basierenden Prozesses des Empire-Building in der EU – wird in diesem Artikel näher beleuchtet. Im nächsten Abschnitt werde ich einerseits einige der älteren Beiträge zur Debatte über den (klassischen) Imperialismus und andererseits einige der Beiträge zur jüngeren Debatte über das (amerikanische) Empire betrachten. Ich glaube, dass wir aus beiden Debatten lernen können, so lang unsere Diskussion des „Euro-Imperialismus“ eher auf die internen Strukturen und Dynamiken der EU (als angeheendes Empire) fokussiert ist als auf seine externe Manifestation. Während ich mich also auf die internen Strukturen und Dynamiken der EU konzentriere, werde ich die EU im nächsten Abschnitt als Fallbeispiel für asymmetrische Regulierung und transnationales Regieren charakterisieren. Das führt mich zur Rolle organisierter Wirtschaftsinteressen in der Rekonstruktion Europas und zu ihrer Rolle bei der Transformation der EU zu einem Empire, das auf der Souveränität des Kapitals basiert. Aus meiner Sicht ist die Gebietserweiterung eine essentielle Komponente dieser umfassenderen Strategie. Der Erweiterung als imperialistischer Strategie wende ich mich am Ende dieses Beitrags zu.

2. Das Konzept des Empire

In ihrem Wiederaufleben in den 1960er und 1970er-Jahren konzentrierte sich die Debatte über den Imperialismus sehr stark auf dessen Auswirkungen auf ökonomische Entwicklung in den peripheren Teilen der Weltwirtschaft einerseits, und andererseits auf die Frage, inwiefern die Nachkriegsge-

monie der Vereinigten Staaten erodiert war und neue Formen zwischenimperialistischer Rivalität (im Wesentlichen auf der atlantischen Bühne, zwischen den USA und Westeuropa) entstanden waren. Wie immer können die Gründe für dieses Wiederaufleben in konkreten historischen Entwicklungen ausgemacht werden, vor allem im Prozess der De-Kolonisierung am Ende der 1950er und in den frühen 1960er-Jahren und in der größer werdenden Einkommenskluft zwischen den metropolitane Nationen und ihren früheren Kolonien, sowie im schrittweisen Zusammenbruch des US-dominierten Bretton Woods-Systems. Eine der wesentlichen Neuerungen in dieser Debatte war der Blick auf Klassenstrukturen in den peripheren Staaten. In dem Versuch, die sogenannte „Entwicklung der Unterentwicklung“ zu erklären, wurde die Rolle der *Compradore*-Klassen bei der Aufrechterhaltung oder Vertiefung von Beziehungen struktureller Abhängigkeit besonders betont.

Anders als in dieser Fokussierung auf die Auswirkungen des Imperialismus wie z.B. in der Dependenztheorie, waren die klassischen Imperialismustheorien des frühen zwanzigsten Jahrhunderts nahezu ausschließlich daran interessiert, die *Ursachen* des Imperialismus in bestehenden Klassenstrukturen in den Metropolen auszumachen (vgl. Roxborough 1979:55). Ohne eine erschöpfende Darstellung dieser frühen Literatur zu beabsichtigen, können drei klassische Studien als Beispiel dienen: John Atkinson Hobsons *Der Imperialismus*, Rudolf Hilferdings *Das Finanzkapital*, und Joseph Schumpeters berühmter Essay *Zur Soziologie der Imperialismen*. Hobson und Hilferding haben beide, obwohl sie ihre jeweiligen Studien zu verschiedenen Momenten der Weltgeschichte und, was noch wichtiger ist, aus verschiedenen nationalen Perspektiven verfasst haben, eine ökonomische Interpretation des Imperialismus vertreten. Für Hobson war Imperialismus im Wesentlichen das Ergebnis dauerhafter Strukturen von „Übersparsamkeit“ auf der einen und massiver Unterkonsumption auf der anderen Seite. Während sich das Realeinkommen britischer Arbeiter in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts kaum erhöhte, investierte eine kleine Gruppe von Finanziers ihr überschüssiges Kapital im Ausland (in Form von Krediten an Regierungen oder in Eisenbahnen, Banken, Telegraphensystemen etc). Die spekulative Verwendung dieses Überschusskapitals im Ausland unter dem Schutz der britischen Regierung – der Hauptgrund (oder die „Hauptwurzel“) imperialer Expansion – war sicher nicht das unvermeidbare Ergebnis industriellen Fortschritts, so Hobson:

„[...] wenn das konsumierende Publikum in unserem Lande seinen Konsumtionsstandard derartig steigern würde, dass er mit jeder Steigerung der Produktivkräfte Schritt hielte, dann

könnte es gar keinen Überschuß an Waren, könnte es gar kein Kapital geben, das laut nach dem Imperialismus ruft, damit er ihm Absatzgebiete verschaffe“ (Hobson 1968 [1902]: 92).¹

Hilferding andererseits betonte die Bedeutung des Phänomens der Überakkumulation im deutschen Monopolkapitalismus. Für ihn war Imperialismus maßgeblich mit dem Phänomen des Finanzkapitals verbunden, d.h., mit der Verschmelzung von Bank- und Industriekapital im sich spät industrialisierenden Deutschland unter der Dominanz des ersteren („Kapital kontrolliert von den Banken und gebraucht von den Industriellen“):

„Das Finanzkapital will nicht Freiheit, sondern Herrschaft; es hat keinen Sinn für die Selbständigkeit der Einzelkapitalisten, sondern verlangt seine Bindung; es verabscheut die Anarchie der Konkurrenz und will die Organisation, freilich, um auf immer höherer Stufenleiter die Konkurrenz aufnehmen zu können. Aber um dies durchzusetzen, um seine Übermacht zu erhalten und zu vergrößern, braucht es den Staat, der ihm durch seine Zollpolitik und Tarifpolitik den inländischen Markt sichern, die Eroberung ausländischer Märkte sichern soll. (...) Das Finanzkapital braucht endlich einen Staat, der stark genug ist, um Expansionspolitik treiben und neue Kolonien sich einverleiben zu können.“ (Hilferding 1910, zitiert nach Mommsen 1980: 32-33)

Der interessante Unterschied zwischen beiden Autoren ist die Tatsache, dass, wie Giovanni Arrighi festgestellt hat, für Hobson “the expression of ‘finance capital’ (or analogous terms he employed) designated a *supranational* entity which had almost no links with any productive apparatus; whereas for Hilferding, it referred to an entity of a *national* character whose ties with the productive apparatus tended to be extremely close” (Arrighi 1983: 25).² Dieser Unterschied bildet auch den Hintergrund der jüngeren Debatte über Shareholder- vs. Stakeholder-Kapitalismus bzw. über den angelsächsischen und rheinländischen Kapitalismus (vgl. z.B. Albert 1993). Letzterer ist vor allem durch die strukturelle (d.h. langfristige) Verschmelzung zwischen Bank- und Industriekapital ge-

¹ Damit dies geschehen konnte, sollten die „Triebkräfte des Klasseninteresses“ ihres Überschusskapitals durch „Sozialreform“ beraubt werden, denn „es ist zwecklos, den Imperialismus oder den Militarismus als politische Mittel oder politische Konzepte zu bekämpfen, wenn nicht die Axt an die wirtschaftliche Wurzel des Baumes gelegt wird und wenn nicht den Klassen, in deren Interesse der Imperialismus arbeitet, die überschüssigen Einkünfte entzogen werden, die hier eine Anlagemöglichkeit suchen“ (Hobson 1968 [1902]: 102).

² Hobson beschreibt die Entstehung des Finanzkapitals folgendermaßen: “every important step which we have traced in the growth of industrial structure has favoured the segregation of a financial from a more general capitalist class, and has given it a larger and a more profitable control over the course of industry’ (...) inter alia ‘based upon an artfully enhanced vendibility of shares” (Hobson 1988 [1894]: 167).

kennzeichnet, die unter anderem in Kreditbeziehungen, Überkreuzbeteiligungen und wechselseitiger Vertretung in den Aufsichtsräten besteht, während ersterer auf kurzfristigen Profitinteressen, Wertpapierhandel auf offenen Finanzmärkten und der Trennung einer (global operierenden) Finanz- von einer allgemeineren Kapitalistenklasse basiert. Damit verbunden sind Unterschiede in der Rolle des (Wohlfahrts-) Staates und im Ausmaß sozialer Sicherung, wie z.B. am Unterschied zwischen den flexiblen Arbeitsmarktstrukturen im liberalen, marktdominierten Kapitalismus und der rechtlichen Absicherung von Arbeitern im „europäischen Wohlfahrts-Kapitalismus“ deutlich wird (vgl. Coates 2000: 9f.). Dieses Aufeinanderprallen von Kapitalismen war (und ist wohl immer noch) der wichtigste Ursprung der Rivalitäten in der EU seit den frühen 1980er-Jahren, deren Wurzeln aber bis ins späte 19. und frühe 20. Jahrhundert und zu den verschiedenen Klassenstrukturen, die dem britischen und deutschen Imperialismus zugrunde lagen, zurückverfolgt werden können. Das Ergebnis dieses Aufeinanderprallens der Kapitalismen wird den Charakter eines möglichen europäischen Empires weitgehend bestimmen.

Aber bevor wir uns im nächsten Abschnitt diesem letzten Punkt zuwenden, sollten wir erst unsere knappe Diskussion der alten und neueren Beiträge zur Literatur über (klassischen) Imperialismus und Empire fortsetzen. In seiner soziologischen Analyse des Phänomens hat Schumpeter vertreten, dass der Imperialismus

„[...] ein Atavismus [ist]. Er fällt in die große Gruppe von Überbleibseln früherer Epochen, die in jedem konkreten sozialen Zustand eine so große Rolle spielen, zu jenen Elementen jedes konkreten sozialen Zustands, die nicht aus den Lebensbedingungen der jeweiligen Gegenwart sondern aus den Lebensbedingungen der jeweiligen Vergangenheit zu erklären sind, vom Standpunkt der ökonomischen Geschichtsauffassung also jeweils aus den vergangenen, nicht aus den gegenwärtigen Produktionsverhältnissen. Er ist ein Atavismus der sozialen Struktur und ein Atavismus individualpsychologischer Gefühlsgewohnheit“ (Schumpeter 1919: 49).

Schumpeter zufolge ist ein *Freihandels*-Kapitalismus die Antithese zum Imperialismus. Er übernahm die Sichtweise, dass der Aufstieg von Monopolen und Kartellen, und das System des „Exportmonopolismus“ im Allgemeinen, erklärende Faktoren des Imperialismus waren, aber er analysierte sie eher als Resultate politischer Handlungen (Schutzzölle etc.) denn als notwendiges Ergeb-

nis kapitalistischen Wettbewerbs.³ Einem Freihandelssystem war die Begrenzung der „Tendenz zur Kombination“, d.h. Monopolbildung, wegen seiner organisatorischen Effizienz inhärent. Der atavistische, irrationale und instinktive Imperialismus muss „als Element der Gefühlsgewohnheiten durch den Prozeß fortschreitender Rationalisierung des Lebens und der Psychen und durch die Absorption des Funktionsbedürfnisses durch andere Aufgaben, durch einen Funktionswandel der bisher kriegerischen Energien“ (Schumpeter 1919: 50) nach und nach verschwinden. Wenn Kapitalismus zerstörerisch war, dann war er dies auf schöpferische Weise, d.h., durch ständige Innovation anstelle von militärischer Expansion.

Den zerstörerischen Gehalt des *ökonomischen* Imperialismus in den Nachkriegsjahrzehnten (siehe oben) konnte Schumpeters soziologische Imperialismusinterpretation nicht vorhersehen und, wichtiger noch, nicht erklären. Der Wettbewerbskapitalismus brachte neue Formen struktureller Dominanz und Abhängigkeit hervor, die die Beziehungen zwischen Zentrum und Peripherie in der Weltwirtschaft bestimmten (daher die Wiederbelebung der Debatte über den informellen, ökonomischen Imperialismus in den 1960er und 1970er-Jahren).⁴ Aber seine Analyse kann uns helfen, die Nachkriegsversöhnung zwischen den (vormals antagonistischen) imperialistischen Mächten in Europa im Rahmen der Integration freier Märkte zu verstehen. Um diese Schlussfolgerung in ihrem ganzen Ausmaß zu erfassen, wenden wir uns nun zwei jüngeren Beiträgen zur Literatur über das Empire zu.

In einem Buch über die Rolle von Imperien in der Weltgeschichte, das im Jahr 2000 veröffentlicht wurde, wirft Dominic Lieven die Frage auf, ob und mit welchen Bedeutungen die Europäische Union sinnvollerweise als Imperium beschrieben werden kann. Sein Ausgangspunkt ist die folgende Definition:

“ [...] Empire is, first and foremost, a very great power that has left its mark on the international relations of an era [...] a polity that rules over wide territories and many peoples, since the management of space and multi-ethnicity is one of the great perennial dilemmas of empire [...] An empire is by definition not a democracy, in other words not a polity ruled with the explicit consent of its peoples” (Lieven 2000: xiv).⁵

³ Er sagte ausdrücklich, „dass es grundfalsch ist, den Imperialismus eine notwendige Phase des Kapitalismus zu nennen oder gar von einer Entwicklung des Kapitalismus zum Imperialismus zu sprechen“ (Schumpeter 1919: 69). Diese Zeilen schrieb er kursiv, wahrscheinlich um sich unmissverständlich von marxistisch-leninistischen Interpretationen abzugrenzen.

⁴ Für eine Darstellung britischer Überseeexpansion im 19. Jahrhundert in Begrifflichkeiten eines „informal empire“ siehe Gallagher und Robinson 1953.

⁵ Aber, so fügt Lieven hinzu, “by a process of assimilation of peoples and democratisation of institutions empires can transform themselves into multi-national federations or even nation states” (ebd.). Das bedeutet, dass Imperien durch

Lieven beeilt sich, eine Unterscheidung zwischen seiner Definition von Empire und der geläufigeren (marxistisch geprägten) zu treffen, die die politische und kulturelle Beherrschung und ökonomische Ausbeutung der unterentwickelten Kolonien (der „kolonialen Peripherie“) durch metropolitane Nationen betont (d.h., „countries united not just by cultural and ethnic solidarity, but also by a conception of citizenship and civic equality“; ebd.: xv). Für Lieven sind Multiethnizität (oder die Abwesenheit einer gemeinsamen kulturellen Identität) und Elitenherrschaft (oder die Abwesenheit demokratischer Verantwortlichkeit) folglich bestimmende Elemente jener politischen Institutionen, die große Territorien und viele Völker beherrschen. Tatsächlich sind die meisten Imperien,

“the creation of some variety of aristocratic, warrior elite whose sense of solidarity with subordinates even of similar ethnic origin could be anything from weak to non-existent. On the other hand these elites might well accept, assimilate or co-operate with the aristocracies of the initially peripheral regions of the empires” (ibid: xv).

Überflüssig zu erwähnen, dass Lieven selbst die heutige EU nicht mit derartigen (historischen) Imperien gleichsetzt, obwohl er sich, was die oben zitierten “great perennial dilemmas of empire“ anbelangt, auf die Erweiterung der EU nach Mittel- und Osteuropa in bezieht (d.h., das Management von Raum und Multiethnizität bei Abwesenheit von Solidarität und Legitimität seitens der multinationalen Bürger; ebd.: 84-85). Im nächsten Abschnitt werden wir sehen, dass seine Definition von Empire – die dessen territorialen Aspekt hervorhebt – ein nützliches Instrument sein kann, um das entstehende System asymmetrischer Regulierung und multidimensionaler Governance in der EU zu verstehen. Zuvor müssen wir allerdings eine zweite, im wesentlichen nicht-territoriale Konzeptualisierung einführen, wie sie von Michael Hardt und Antonio Negri in ihrem gefeierten und ebenso kritisierten Buch *Empire* angeboten wird. Für sie impliziert der Niedergang nationaler Souveränität im Zeitalter der Globalisierung nicht, „dass Souveränität als solche im Niedergang wäre [...] Souveränität [hat] eine neue Form angenommen, sie [verbindet] eine Reihe nationaler und supranationaler Organismen [...], die eine einzige Herrschaftslogik eint“ (Hardt/Negri 2002: 10). Diese einzige Herrschaftslogik ist es, die sie als Empire bezeichnen. Der Begriff der Biomacht (oder der biopolitischen Produktion) bildet den Kern ihrer Analyse und bezieht sich auf eine im wesentlichen transnationale „Kontrollgesellschaft“, in der jeder Teil des sozialen Lebens von der Disziplin des Kapitals durchdrungen wird, während gleichzeitig die Illusion individueller Freiheit und Selbstbestimmung

aufrechterhalten wird (ebd.: 37ff.). Dieser auf der Souveränität des Kapitals basierende Begriff von Empire kommt den Analysen von Philip Bobbitt sehr nahe, der argumentiert, dass der Nationalstaat von einer neuen konstitutionellen Ordnung abgelöst wird. Für ihn kann die EU am besten als „Schirm-Staat“ („umbrella-state“) – und eine Gesellschaft von „market-states“ – beschrieben werden, der in manchen Bereichen (hauptsächlich der Marktintegration) eine gemeinsame Jurisdiktion bietet, während andere Bereiche der Kontrolle von „market-states“ überlassen bleiben (Bobbitt 2002). Obwohl er von einer vollkommen anderen Perspektive ausgeht – „Schirm-Staaten“ oder ein marktorientiertes Netzwerk von Staaten werden als konstitutiv für eine neue, friedlichere Weltordnung gesehen – kann Bobbitts Charakterisierung der EU als „functioning market in sovereignty“ als regionale Manifestation dessen gelesen werden, was Hardt und Negri Empire nennen (vgl. Bobbitt 2004b).

3. Asymmetrische Regulierung in Europa⁶

Der Leser mag sich nun fragen, wo uns diese eher eklektische (und unvollständige) Darstellung eines Teils der Literatur zu Imperialismus und Empire-Building hinführen wird. Wie ich in der Einleitung angedeutet habe, besteht der Hauptzweck dieser „Imperialismus à-la-carte“-Herangehensweise darin, einige der internen Ursachen des Imperialismus und einige der Hauptcharakteristika des Empire-Buildings hervorzuheben, und zwar unter Verwendung der Einsichten sowohl der alten als auch der neuen Diskussionen, um damit zu einem besseren Verständnis der internen Strukturen und Dynamiken der EU als einem angehenden Empire zu gelangen. Mit diesem Ziel werde ich zuerst den Begriff der asymmetrischen Regulierung einführen, um hervorzuheben, dass das Ergebnis des Aufeinanderprallens von Kapitalismen, wie im Kontext der verschiedenen Positionen und Perspektiven von Hobson und Hilferding entwickelt, in erster Linie auf der europäischen Ebene und durch die Wirkung dieses Systems der asymmetrischen Regulierung entschieden wird. Es mag keine Überraschung sein, dass die Schumpetersche Vorhersage ewigen Friedens durch die Mechanismen der ökonomischen Rationalisierung und der Marktintegration sich tatsächlich als richtig herausstellt, wenn wir uns das Beispiel des europäischen (ökonomischen und monetären) (Wieder-) Aufbaus in der Nachkriegszeit anschauen. Gleichzeitig legen neuere Entwicklungen die Annahme nahe, dass die Praxen der schöpferischen Zerstörung und langfristigen Innovation, also die charakteristischen Elemente des sogenannten europäischen Sozialmodells, die wesentlich mit

⁶ Dieser und der nächste Abschnitt basieren teilweise auf einem Artikel von mir in der Zeitschrift *Review of International Political Economy* (Holman 2004b).

dem rheinischen Kapitalismus verbunden sind, derzeit durch die Orientierung am kurzfristigen Shareholder Value ersetzt werden. Diese Annäherung an die angelsächsische kapitalistische Ökonomie findet unter der Schirmherrschaft der EU als Instanz einer transnationalen Kontrollgesellschaft oder Gesellschaft von „market-states“ statt. Ihre Marktsouveränität kann allgemein für die schrittweise Demontage sozialer Wohlfahrtsstrukturen in Europa verantwortlich gemacht werden, insbesondere für das voll entwickelte Programm der Arbeitsmarktflexibilisierung.

In den letzten Jahren wurden eine Reihe wichtiger Schritte im Prozess der europäischen Integration unternommen. Im Dezember 1999, während des „historischen“ Gipfels des Europäischen Rates in Helsinki, wurde beschlossen, die Zahl der Beitrittsanwärter von sechs auf dreizehn zu erhöhen. Seitdem sind zehn dieser Anwärterstaaten der EU beigetreten, Bulgarien und Rumänien werden höchstwahrscheinlich 2007 dazu kommen, und der anstehende Ratsgipfel im Dezember diesen Jahres wird wahrscheinlich der im Oktober gegebenen Empfehlung der Europäischen Kommission folgen, Beitrittsverhandlungen mit der Türkei aufzunehmen. Die letzte Konsequenz dieser Entscheidung ist, dass die Bevölkerung der EU (mit 28, und möglicherweise – mit Kroatien – 29 Mitgliedern) um fast 50% angewachsen wird, ihr gesamtes BIP aber um weniger als 10%. Zum Zeitpunkt der Entscheidung über diese umfassende Erweiterung reichte das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen der Beitrittskandidaten von 23% (Bulgarien) bis 68% (Slowenien) des EU-Durchschnitts.

Zweitens hatten sich, beim Ratsgipfel in Laeken im Dezember 2001, die vierzehn Regierungschefs und die französische Ratspräsidentschaft darauf geeinigt, im Jahr 2002 einen Verfassungskonvent ins Leben zu rufen, mit dem Ziel, eine demokratischere Union zu schaffen und die EU ihren Bürgern näher zu bringen. Man war zu dem Schluss gekommen, dass viele Menschen einem „föderalen Superstaat“ gegenüber ablehnend eingestellt waren und dass die EU nicht „in jedes Detail“ von Angelegenheiten, die am besten den gewählten Repräsentanten der Mitgliedsstaaten oder Regionen zu überlassen sind, eingreifen sollte. Mit anderen Worten, der europäische Konvent sollte ein konstitutionelles Rahmenwerk für ein neues Modell europäischen Regierens entwerfen, das auf dem Prinzip der Subsidiarität basiert. Im Juni 2004, beim Treffen des europäischen Rates in Brüssel, wurde Einigkeit über den Text des Verfassungsvertrages erzielt. In dem von Kompromissen durchzogenen Text werden vitale nationale Interessen wirksam geschützt, und wichtige Politikbereiche – besonders die Sozial- und Beschäftigungspolitik – werden durch die Konstitutionalisierung von Kompetenzen auf der niedrigstmöglichen Ebene der Beschlussfassung von supranationalen Eingriffen ausgenommen. Bisher ist das Inkrafttreten dieses Verfassungsvertrages in keinsten Weise garantiert. In manchen Mitgliedsstaaten werden dem Ratifizierungsprozess Volksabstim-

mungen vorausgehen, und der Ausgang dieser Referenden ist keineswegs sicher. Ein negatives Votum in einem oder mehreren Mitgliedsstaaten könnte die EU in eine neue Phase der Eurosklerose führen. Die Kombination dieser beiden Phänomene, also die beispiellose Erweiterung der EU (über jede Kontrolle hinaus, könnte man hinzufügen, und damit erneut Lievens „perennial dilemma of empire“ aufgreifen) zusammen mit dem problematischen, krisengeplagten Verfassungsprozess, hat bei manchen zu der Auffassung geführt, dass die gegenwärtige Entwicklung in der EU am besten als Rückkehr zu nationalen Interessen (und Reflexen) und als Rückkehr zu einer Politik wechselnder Allianzen und Loyalitäten interpretiert werden kann. Zusätzlich sehen manche auch neue (und alte) Trennlinien (wieder) auftauchen: zwischen alten und neuen, armen und reichen, kleinen und großen Mitgliedsstaaten, oder zwischen dem alten und neuen Europa. Man ist versucht diese Entwicklungen als Rückkehr zum Intergovernmentalismus zu betrachten, als Schritt jenseits des Föderalismus. In einer erweiterten Union mit 25 (oder mehr) Mitgliedstaaten ist die Vorstellung eines föderalen Superstaates „a Eurosceptic fantasy, not a Europhile ambition“, so ein britischer Kommentator (Peel 2004). Wie auch immer, die Wirklichkeit ist sehr viel komplexer als die (implizite) entweder-oder-Entscheidung zwischen einer Charakterisierung der EU als losem Zusammenhang unabhängiger Nationalstaaten auf der einen Seite und einem möglichen föderalen Superstaat auf der anderen. Das ist es, was Hardt und Negri meinen, wenn sie sagen, dass Souveränität eine neue Form angenommen hat, die eine Reihe nationaler und supranationaler Organismen verbindet, die eine einzige Herrschaftslogik eint. Bevor wir diesen Punkt näher erklären, sollten wir uns erst einer weiteren neueren Entscheidung zuwenden.

Drittens, und zwischen den beiden zuvor genannten Vereinbarungen, wurde beim Lissabonner Gipfel des Europäischen Rates im März 2000 ein neues strategisches Ziel für das nächste Jahrzehnt festgelegt: bis zum Jahr 2010 soll sich die EU zum „wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt“ entwickeln. Wettbewerbsfähiger meint, in Relation zur US-Wirtschaft. Seit dem Beginn der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) – und insbesondere seit der Implementierung des damit verbundenen Stabilitäts- und Wachstumspaktes – wissen wir, was dies bedeutet: die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit durch Flexibilisierung der Waren- und Arbeitsmärkte auf nationaler Ebene. Durch die Konstitutionalisierung eines in protestantischer Tradition stehendem liberalen bottom up- oder *laissez faire*-Konzepts der Subsidiarität – im Gegensatz zu einem katholisch-sozialen top down-Konzept – sind die sozialen Praktiken auf nationaler Ebene wirksam vor dem supranationalen Regieren geschützt. Dies ist ein Beispiel für das, was Wolfgang Streeck „the de facto deregulatory consequences of ungoverned interdependence between national regimes“ nennt (Streeck 1996: 80; vgl. auch Church / Phinnemore 1994: 70).

Dieser Aspekt verweist zudem auf das System asymmetrischer Regulierung in der EU. Mit Regulierung meinen wir, Giandomenico Majone folgend, “sustained and focused control exercised by a public agency, on the basis of a legislative mandate, over activities that are generally regarded as desirable to society” (Majone 1996: 9). Nehmen wir z.B. den Binnenmarkt, so können wir annehmen, dass die marktschaffenden Aktivitäten seit Mitte der 1980er-Jahre in einer entstehenden europäischen Gesellschaft reguliert werden, die die Marktintegration mittels europäischer (Re-)Regulierung im Allgemeinen als einen Selbstzweck betrachtet, den es zu schützen und zu kontrollieren gilt (ebd.). In ähnlicher Weise können wir die europäische Zentralbank als öffentliche Behörde betrachten, die eine nachhaltige und gezielte Kontrolle über Aktivitäten ausübt, die Auswirkungen z.B. auf die Preisstabilität haben. Das gleiche kann schließlich über das Feld der Sozialpolitik gesagt werden. Soziale Kohäsion aufrechtzuerhalten, oder ein gewisses Maß an sozialer Sicherheit zu gewährleisten, kann im Allgemeinen als wünschenswert für die Gesellschaft angesehen werden. Das Problem ist aber, dass die europäische (Re-)Regulierung, was den Binnenmarkt und die Währungsunion anbetrifft, zu Deregulierung sozialpolitischer Belange führt. Asymmetrische Regulierung bezeichnet folglich nicht nur die Diskrepanz zwischen Wirtschafts-, Währungs- und Marktregulierung auf der einen und den Mangel an sozialer Regulierung (oder Harmonisierung) auf der anderen Seite (d.h. zwischen negativer und positiver Integration), sondern auch – das ist noch wichtiger – die nachteiligen Auswirkungen der Wirtschafts- und Währungsintegration auf europäischer Ebene auf die soziale Regulierung auf der nationalen Ebene.

Um diesen letzten Punkt zu illustrieren, können wir uns kurz die Konsequenzen anschauen, die die Wirtschafts- und Währungsunion für nationale Arbeitsmarktpolitiken beinhaltet. Es versteht sich von selbst, dass sich die Regierungen nicht mehr der kompetitiven Abwertung bedienen können. Aber sie haben ebenso die Möglichkeit eingebüßt, ihre Volkswirtschaften mit monetären Mitteln zu beeinflussen. Es ist die EZB, die die Zinsen festlegt, um die Preisstabilität sicherzustellen. Zusätzlich haben Regierungen als Ergebnis des Stabilitäts- und Wachstumspaktes – im großen und ganzen – das Instrument der Fiskalpolitik (zur Stimulierung ihrer Volkswirtschaften) verloren. In Abwesenheit einer starken europäischen Regierung mit substantiellen redistributiven Befugnissen können strukturelle Ungleichgewichte zwischen Mitgliedsstaaten nur durch die Anpassung der Waren- und Arbeitsmärkte neutralisiert werden. Kurz, die strukturelle Verbesserung der mikroökonomischen Angebotsseite ist das einzige, was den Regierungen bleibt. Das ist der Grund dafür, dass diese sich alle auf Arbeitsmarktflexibilisierungsprogramme zurückziehen (die letzten Reformen in Deutschland sind ein solcher Fall): Maßnahmen, die darauf zielen, die makroökonomische Flexibilität, die Arbeitskräftemobilität und die Flexibilität der Unternehmen (d.h., zahlenmäßige, funktionale und finanzielle Flexibilität) zu erhöhen, werden bereits seit den 1980er-Jahren

nale und finanzielle Flexibilität) zu erhöhen, werden bereits seit den 1980er-Jahren durchgeführt (vgl. Grahl und Teague 1990: 186ff.), aber umfassender und strikter erst seit Mitte der 1990er-Jahre umgesetzt.

Diese Rekommodifizierung der Arbeitskraft ist eine der Konsequenzen des Systems asymmetrischer Regulierung in der EU. Man könnte behaupten, dass diese Ursache-Wirkungs-Beziehung – d.h., soziale Deregulierung auf nationaler Ebene als Konsequenz ökonomischer und monetärer Regulierung auf europäischer Ebene – die zentrale Hypothese des neueren „Europäisierung“-Ansatzes bestätigt, nach der Bereiche nationaler Politik zunehmend dem „european policy making“ untergeordnet werden (für einen Überblick über diesen Ansatz vgl. Olsen 2003). Aber der Punkt ist, dass nicht nur die europäischen Entscheidungen, sondern auch Nicht-Entscheidungen auf europäischer Ebene ihre Auswirkungen auf Bereiche der inländischen Politik haben: Die Tatsache, dass nationale Regierungen mit Verweis auf das Argument nationaler Souveränität bewusst entschieden haben, ihre Sozialpolitik nicht zu harmonisieren, hat ebenso große Auswirkungen auf nationale Strategien des derzeitigen Regime-Wettbewerbs (einschließlich der Arbeitsmarktpolitik) wie ihre frühere Entscheidung, Souveränität in den Bereichen der Markt- und Währungsregulierung abzugeben. In den letzten dreißig Jahren war die Erweiterung um neue Mitgliedsstaaten das größte Hindernis für eine Integration der Sozialpolitik (als Alternative zu asymmetrischer Regulierung). Die erfolgreichen Erweiterungsrunden haben nicht nur verschiedene Wohlfahrtsstaaten mit verschiedenen institutionellen Praktiken im Feld der Sozialpolitik im weiteren Sinne zusammengebracht, sie haben auch die Kluft zwischen armen und reichen Mitgliedsstaaten, bezogen auf Ausgaben zur sozialen Sicherung in Prozent des BIP, dramatisch erhöht (vgl. Scharpf 2002: 646). Tatsächlich hat jede neue Runde von Beitrittsvereinbarungen die Möglichkeit einer effektiven Harmonisierung von Sozialpolitiken auf europäischer Ebene eingeschränkt. Die kürzlich stattgefundenen umfassende Erweiterung nach Mittel- und Osteuropa wird die Aussicht auf eine zukünftige Harmonisierung noch unwahrscheinlicher machen. So lässt sich behaupten, dass durch die Erweiterungsstrategie der EU (und besonders ihre Betonung der Kopenhagener Kriterien) – d.h., die Beschneidung der Sozialausgaben der meisten Beitrittsländer – die soziale Kluft zwischen reichen und armen Ländern (und Regionen) in einer erweiterten Union weiter angewachsen ist (vgl. Holman 2004a).

In diesem Sinn wird die Erweiterung nach Mittel- und Osteuropa jeden Versuch, das europäische System asymmetrischer Regulierung zu überholen, weiter behindern: Sie wird die Kluft zwischen supranationaler Regulierung im Bereich des Binnenmarktes und der Währungsintegration auf der einen und nationaler (De-)Regulierung in sozialen Belangen auf der anderen Seite und damit die Entkopplung von Wirtschafts- und Sozialpolitiken konsolidieren; und sie wird ebenso die Ver-

knüpfung zwischen der (Re-)Regulierung im Bereich des Binnenmarktes und der Währungsintegration auf europäischer Ebene auf der einen und der Deregulierung von Arbeitsmarktstrukturen auf der anderen Seite festigen und schließlich die Verknüpfung der *Konsequenzen* der verschiedenen Politiken festschreiben (wenn nicht verstärken).

Unter Rückgriff auf unsere vorhergehenden Überlegungen zu den Ursachen des klassischen Imperialismus können wir jetzt besser verstehen, inwiefern die europäische Integration – und besonders ihr „verlängerter Neustart“ in den 1980er und 1990er-Jahren, zusammen mit der letzten Erweiterung – einen wesentlichen Faktor darstellte, der die nationalen Regierungen disziplinierte und die elementaren Grundlagen des rheinischen Kapitalismus erodieren ließ (und lässt). Des weiteren war die europäische Integration das Mittel zur Wiederherstellung der Souveränität des Kapitals auf europäischer Ebene. Dies kann durch einen Blick auf die neuen, transnationalen Strukturen bürgerlicher Herrschaft, die in der EU entstanden sind, weiter verdeutlicht werden. Im folgenden Abschnitt werde ich mich auf zwei Elemente des transnationalen Regierens in der EU konzentrieren: den neuen Konstitutionalismus und das Phänomen der Private-Public Partnerships.

4. Transnationales Regieren in der Europäischen Union

Transnationales Regieren (Transnational Governance) bezeichnet den Prozess der Errichtung einer neuen europäischen politischen Struktur oder, spezifischer, eine neue Form bürgerlicher Herrschaft im transnationalen Kernland des europäischen Produktions- und Finanzwesens. Regieren bezeichnet die Organisation kollektiver Handlungen durch formelle und informelle Institutionalisierung (mit Institutionen als „the rules of the game that permit, prescribe, or prohibit certain actions“, vgl. Prakash / Hart 1999: 2). *Transnationales* Regieren in der EU bezeichnet einen Prozess, der nationale Grenzen transzendiert und in subnationalen, nationalen und supranationalen Arenen zugleich stattfindet (cf. Overbeek 2003: 4). Bei Governance geht es also um Kontrolle und Hoheitsrechte, aber – anders als bei „Regierung“ in demokratischen Strukturen – nicht notwendigerweise um Legitimität und demokratische Verantwortlichkeit.

Dies führt uns zum ersten Charakteristikum europäischen Regierens. Der neue Konstitutionalismus bezeichnet die Trennung von “economic policies from broad political accountability in order to make governments more responsive to the discipline of market forces, and correspondingly less responsive to popular-democratic forces and processes” (Gill, 2001: 47). In der Europäischen Union ist der neue Konstitutionalismus sehr eng mit der Vollendung des Binnenmarktes in den 1980er und

frühen 1990er-Jahren verbunden. Ein besonders deutliches Beispiel für seine Wirkungsweise ist das Prinzip wechselseitiger Anerkennung, das ursprünglich vom Europäischen Gerichtshof (EuGH) im berühmten Cassis de Dijon-Fall (1979) formuliert und dann als allgemeingültiges Prinzip zur Vollendung des gemeinsamen Marktes eingeführt wurde. Nach diesem Prinzip – das zum Abbau technischer Barrieren bestimmt war (wie z.B. nationaler Regulierungen im Zusammenhang mit Gesundheits-, Sicherheits- und Umweltstandards und mit Verbraucherschutz) – müssen Produkte, die vorschriftsmäßig in einem Land hergestellt worden sind, auch in anderen Mitgliedsstaaten zugelassen werden, ohne Rücksicht darauf, ob sie bestehende Vorschriften in diesem Mitgliedsstaat erfüllen oder nicht. Allgemeiner gesprochen besteht der politische Kern dieser Rechtsprechung des EuGH im Primat des europäischen gegenüber dem nationalen Recht, des gemeinschaftlichen *acquis communautaire* über die nationale Gesetzgebung. In den Worten von Fritz Scharpf: „Kraft richterlicher Anordnung hatte [...] die Freiheit zu kaufen und zu verkaufen verfassungsmäßigen Vorrang vor dem politischen Ermessen der demokratisch legitimierten Legislative erhalten“ (Scharpf 1999: 58f.).

Ein zweiter Bestandteil transnationalen Regierens in Europa ist das Phänomen der Private-Public Partnerships, das im Laufe der 1990er-Jahre aufkam, und bis zu einem gewissen Grad institutionalisiert wurde. Gemeint sind damit die informellen und formellen Strukturen (oder Netzwerke), in denen sich Vorstandsvorsitzende des europäischen Kapitals, Politiker und wichtige Repräsentanten der europäischen Funktionärsschicht treffen. Es ist insbesondere die Fähigkeit zum Agenda-Setting und zur Policy-Planung dieser Netzwerke, die hier von Bedeutung ist. Auch hierbei geht es ebenso um Entscheidungen wie um Nicht-Entscheidungen: Bestimmte Bereiche oder Themen von der europäischen Agenda fernzuhalten, ist genau so wichtig wie den Prozess der neoliberalen Restrukturierung und der Entbettung des freien Marktes (im Zeichen der Wettbewerbsfähigkeit) voranzutreiben.

Die Partnerschaft zwischen der Europäischen Kommission und dem European Roundtable of Industrialists (ERT) ist vielleicht das treffendste (und einflussreichste) Beispiel in dieser Hinsicht. Die Europäische Kommission ist wegen ihrer Möglichkeiten zur Politikformulierung und ihrer Rolle als *Hüterin der Verträge* von besonderer Wichtigkeit. Sofern es um erstere Aufgabe geht, operiert die Kommission in enger Kooperation mit organisierten Wirtschaftsinteressen. Der ERT ist eine privilegierte Agenda Setting- und Policy Planning-Gruppe, verfügt über einen privilegierten Zugang zu europäischen Institutionen und zu den Regierungen der Mitgliedsstaaten und damit über gewichtige Möglichkeiten, die europäische Agenda zu beeinflussen. Die Beziehung zwischen der Kommission und dem ERT kann am besten als die einer „symmetrischen Interdependenz“ be-

schrieben werden: Die Kommission und der ERT benötigen einander in der Realisierung ihrer jeweiligen Ziele. Schon in den ersten Jahren seines Bestehens bezog sich ein Mitglied des Delors-Kabinetts folgendermaßen auf den ERT: „We see this group as a very useful bunch of people. These men are very powerful and very dynamic. They seed us with ideas. And when necessary, they can ring up their own prime ministers and make their case“ (zitiert nach Merritt 1986: 22). Mit anderen Worten, die Kommission konnte und kann die Mitglieder des ERT dazu benutzen, ihre Position gegenüber den Mitgliedsstaaten zu stärken, sowohl in der Initiierung wie in der Erneuerung von bestimmten Politiken. Andererseits braucht der ERT die Kommission wegen ihrer Rolle als Exekutive und Co-Legislative auf europäischer Ebene. Die Tatsache, dass die Kommission „a quasi-monopoly of policy-initiation and innovation inside the Community“ (Church / Phinnemore 1994: 271) hat, macht sie zu *der* politischen Adresse zahlreicher Interessengruppen; und unter diesen Interessengruppen ist der ERT der *primus inter pares*.

Diese privilegierte Private-Public Partnership zwischen organisierten Wirtschaftsinteressen und der Europäischen Kommission hilft uns besser zu verstehen, *warum* die europäische Integration als Hebel zur Wiederherstellung der Souveränität des Kapitals auf europäischer Ebene fungierte (neben der *Wie-Frage*, die teilweise in unserer Darstellung des Systems der asymmetrischen Regulierung im vorigen Abschnitt beantwortet wurde). In den letzten zwei Jahrzehnten hat sich die Europäische Union in Richtung eines „Mehrebenen-Spielfelds“ entwickelt, auf dem europäische Unternehmen in der Lage waren, ihre eigene regionale Kohäsion zu arrangieren und ihre Wettbewerbsfähigkeit zu steigern. Aber der entscheidende Punkt ist, dass ein Teil der europäischen Unternehmen aktiv in diesen Prozess eingebunden war, und zwar sowohl durch ihre Rolle in der Beibehaltung neoliberaler, angebotsorientierter Reformen auf der Agenda der europäischen Entscheidungsträger ebenso wie durch ihre erfolgreichen Bemühungen, alternative politische Initiativen, die ihrem alles vereinnahmenden Wettbewerbsfähigkeits-Diskurs zuwider laufen könnten, von der gleichen Agenda fernzuhalten. Anders ausgedrückt, handelt es sich bei der europäischen Integration um einen elitengesteuerten Prozess, in dem die Interessen der großen Unternehmen, der politischen Eliten und der transnationalen Funktionäre sich soweit angenähert haben, dass sie einen Konsens über den zukünftigen Kurs des europäischen Kapitalismus erzielen konnten. Die sogenannte Lissabon-Strategie ist in dieser Hinsicht mehr als nur ein Bündel utopischer Ziele. Die politische Struktur, die sich aus diesem elitengesteuerten Prozess ergeben hat, ist überdies keine demokratische. Mit anderen Worten, die EU stellt keine politische Struktur dar, die mit der expliziten Zustimmung ihrer Bevölkerung regiert würde, um noch einmal eines von Lievens Definitionsmerkmalen eines Empires

zu verwenden. Dies passt auch zur EU-Erweiterungsstrategie (und ihren Konsequenzen) für Mittel- und Osteuropa.

5. Erweiterung als imperialistische Strategie

Webster's Dictionary zufolge kann ein Imperium definiert werden als "a sovereign state whose possessions have been extended by military or economic conquest, colonisation, or federation, to include countries or territories originally independent of it". Wenn wir akzeptieren, dass Imperialismus die Ausdehnung des Herrschaftsbereiches durch ein Land oder eine Gruppe von Ländern über andere Länder mit politischen, militärischen *oder* ökonomischen Mitteln ist, und dass der Neoliberalismus die heutige Doktrin einer solchen Ausdehnung von Herrschaft ist, dann können wir die jüngste umfassende Erweiterung der EU nach Mittel- und Osteuropa in Begriffen des Empire-Building in Europa und die Erweiterungsstrategie der EU als ein Beispiel für einen Euro-Imperialismus reinterpretieren. Anders ausgedrückt, ähnlich wie die klassischen Theoretiker des Imperialismus die Veränderung von Klassenstrukturen in den imperialistischen Metropolen als prinzipielle *Ursache* für die äußere Expansion betonten, neige ich dazu, die gegenwärtige Dynamik der europäischen Integration – im Hinblick auf die „Vertiefung“ und „Erweiterung“ – als Ergebnis der kapitalistischen Restrukturierung und der Veränderung der zugrundeliegenden Beziehungen zwischen und innerhalb der sozialen Klassen zu betrachten. Aber der Blick auf die Ursachen allein genügt nicht, um das Phänomen des Imperialismus vollständig zu erfassen. An dieser Stelle kann uns der Begriff des Empires mit seiner territorialen wie nicht-territorialen Bedeutung helfen, Ursachen und Wirkungen in einem einzigen Rahmen zu verbinden.⁷

Die obige Definition eines Imperiums beginnt, erstens, mit der Identifizierung des Hauptakteurs im Empire-Building. Das ist der souveräne Staat. In unserer Darstellung von Souveränität haben wir nahegelegt, dass dieser Begriff nicht mehr exklusiv mit dem Nationalstaat verbunden ist. Mit Bezug auf den Begriff des „Schirm-Staates“ haben wir gesehen, dass die heutige EU am besten als eine Arena der Marktsouveränität („functioning market in sovereignty“) beschrieben werden kann oder alternativ als neuer konstitutioneller Rahmen für die Souveränität des Kapitals. Wenn wir diese Charakterisierung der EU als Marktplatz, der asymmetrisch reguliert wird, ohne die vollen Standards von Legitimität und demokratischer Verantwortlichkeit zu erfüllen, anerkennen, dann können wir zweitens die Erweiterung nach Mittel- und Osteuropa auf mindestens zwei unterschied-

liche Arten als Beispiel einer ökonomischen Eroberung interpretieren. Die Erweiterung läuft auf die Ausdehnung des „functioning market in sovereignty“ und auf die damit verbundene Eroberung neuer Märkte hinaus. Aber bei der Erweiterung geht es auch um die EU-induzierten Privatisierungsprojekte in Mittel- und Osteuropa und die darauf folgende Eroberung (wenn nicht offene Kolonisierung) der attraktivsten Teile der früheren Staatswirtschaften. Es ist daher die These vertreten worden, dass der Prozess der ökonomischen Transformation in Mittel- und Osteuropa der Einführung eines „Kapitalismus ohne Kapitalisten“ nahe kommt. Die entstehende soziale Struktur der Post-1989-Periode sei durch „die Abwesenheit einer Kapitalistenklasse“ oder durch den Mangel einer „organisierten Gruppe bedeutender Kapitalisten“ charakterisiert. In den Worten von Gil Eyal u.a.: “the new power elite of post-communism is not composed of owners, but rather of the technocratic-managerial elite together with the new politocracy which constitute its dominant fraction, and elite humanistic and social science intellectuals which form its dominated fraction” (Eyal, Szelenyi and Townsley, 1997, 61). Die Vorstellung, dass diese neue Machtelite sich keinem Wettbewerb mit einer besitzenden Bourgeoisie ausgesetzt sieht, wie die Autoren behaupten, kann aus verschiedenen Gründen kritisiert werden. Erstens zeigt eine genauere Betrachtung des Prozesses der Privatisierung in Mittel- und Osteuropa, dass es dort so etwas wie die Einführung eines Kapitalismus ohne Kapitalisten nicht gibt. Schließlich ist ein großer Teil der ehemals staatseigenen Unternehmen an auswärtiges Kapital verkauft worden, und es ist das auswärtige Kapital – und die quasi-staatlichen Strukturen und Funktionäre, die auf der supranationalen Ebene organisch mit ihm verbunden sind – das eine wesentliche Rolle im Prozess der *transnationalen* Klassenformierung in Mittel- und Osteuropa spielt. Die neue Machtelite, die in Mittel- und Osteuropa seit 1989 entstanden ist, ist dann nicht so sehr um eine besitzende Compradorenbourgeoisie gruppiert – wie es die Dependenztheoretiker der 1960er und 1970er-Jahre sehen würden – sondern um eine Manager- oder Aktionärselite (Böröcz 1997), deren Interessen denen des auswärtigen Kapitals vollständig untergeordnet sind und die als Durchgangs- und direkte Vermittlungsinstanz bei der Einführung und Reproduktion des auswärtigen Kapitals in diesen Ländern fungiert. Dies ist der wahre Charakter der entstehenden Muster des abhängigen Kapitalismus in Mittel- und Osteuropa: In Abwesenheit einer heimischen Bourgeoisie ist es das nicht-ansässige transnationale Kapital in Kooperation mit quasi-staatlichen Strukturen auf internationaler Ebene (besonders der EU und internationalen Finanzinstitutionen wie IWF und Weltbank), das eine bestimmende Rolle im Prozess neoliberaler Restrukturierung in Mittel- und Osteuropa gespielt hat. Kurs und Richtung der ökonomischen Transformation wurde den neuen Re-

⁷ Für eine vollständige Darstellung der Erweiterungsstrategie der EU und ihrer Konsequenzen für die neuen Mitgliedsstaaten in Mitteleuropa, siehe meinen Beitrag im *Journal of International Relations and Development* (Holman 2004a).

gimen in Mittel- und Osteuropa von transnationalen sozialen Kräften auferlegt und ist stark vom Neoliberalismus als hegemonialem Kontrollkonzept oder der „neuen Normalität“ in der globalen politischen Ökonomie inspiriert. Es ist dieser transnationale Druck der Kontrollgesellschaft, die den Kern der Erweiterungsstrategie der EU nach Mittel- und Osteuropa bildet, die die Ursachen und Wirkungen dieser im Kern imperialistischen Strategie synthetisiert und im Ergebnis ein angehendes europäisches Empire schafft, das auf der Souveränität des Kapitals basiert.

Übersetzung: Stefan Schoppengerd

Literatur:

- Arrighi, Giovanni (1983): *The geometry of Imperialism. The Limits of Hobson's Paradigm*, London: Verso
- Bobbitt, Philip (2002): *The Shield of Achilles. War, Peace and the Course of History*, London: Penguin Books
- Bobbitt, Philip (2004a): 'Better than Empire', *Financial Times*, 14. März
- Bobbitt, Philip (2004b): 'How Market-States can meet Global Challenges', *Financial Times*, 7. September
- Böröcz, József (1997) 'From Comprador State to Auctioneer State: Property Change, Realignment and Peripheralization in Post-State-Socialist Central and Eastern Europe', paper presented at the Conference on States and Sovereignty in the World Economy, University of California at Irvine, 22. Februar
- Church, Clive H. and David Phinnemore (1994): *European Union and European Community. A Handbook and Commentary on the Post-Maastricht Treaties*, New York and London: Harvester Wheatsheaf
- Eyal, Gil, Iván Szelényi and Eleanor Townsley (1997): 'The Theory of post-Communist Managerialism', *New Left Review* 222, S. 60-92
- Gallagher, John and Ronald Robinson (1953): 'The Imperialism of Free Trade', *The Economic History Review*, 2nd Series, VI, No. 1, S. 1-15
- Gill, Stephen (2001): 'Constitutionalising Capital: EMU and Disciplinary Neo-Liberalism' in: Andreas Bieler / Adam D. Morton (Hrsg.), *Social Forces in the Making of the New Europe. The Restructuring of European Social Relations in the Global Political Economy*, Houndmills: Palgrave, S. 47-69

- Grahl, John and Paul Teague (1990): 1992 – The Big Market. The Future of the European Community, London: Lawrence & Wishart
- Hardt, Michael/Antonio Negri (2002): Empire – Die neue Weltordnung. Frankfurt/Main
- Hill, Christopher (1993): ‘The Capability-Expectations Gap, or Conceptualizing Europe’s International Role’, *Journal of Common Market Studies*, Vol. 31, No. 3, September, S. 305-28
- Hobson, John A. (1968): *Der Imperialismus*. Köln
- Hobson, John A. (1988): ‘The Evolution of Modern Capitalism’, in: Michael Freedon (ed.), J.A. Hobson. John A. Reader, London: Unwin Hyman; extracts from the book originally published in 1894, S. 167-68
- Holman, Otto (2004a): ‘Integrating Peripheral Europe: the different roads to ‘security and stability’ in Southern and Central Europe’, in: *Journal of International Relations and Development*, Vol. 7, No. 2, S. 208-236
- Holman, Otto (2004b): ‘Asymmetrical Regulation and Multidimensional Governance in the European Union’, in: *Review of International Political Economy*, Vol. 11, No. 4, October, S. 714-735
- Lieven, Dominic (2000): *Empire. The Russian Empire and its Rivals*, London: John Murray
- Majone, Giandomenico (1996): ‘Regulation and its modes’, in: Giandomenico Majone (ed.), *Regulating Europe* (London: Routledge), S. 9-27
- Merritt, Giles (1986): ‘Knights of the Roundtable: Can They Move Europe Forward Fast Enough?’, *International Management*, 26 Juli: S. 22-26
- Mommsen, Wolfgang J. (1980): *Imperialismustheorien. Ein Überblick über die neueren Imperialismusinterpretationen*, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht
- O’Connor, James (1972): ‘Die Bedeutung des ökonomischen Imperialismus’, in Dieter Senghaas (Hrsg.), *Imperialismus und strukturelle Gewalt. Analysen über abhängige Reproduktion*, Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 123-186
- Olsen, Johan P. (2003): ‘Europeanization’, in: Michelle Cini (Hrsg.), *European Union Politics*, Oxford: Oxford University Press, S. 333-348
- Overbeek, Henk (2003): ‘Transnational Political Economy and the Politics of European (Un)Employment: Introducing the Themes’, in: Henk Overbeek (Hrsg.), *The Political Economy of European Employment*, London: Routledge, S. 1-10
- Peel, Quentin (2004): ‘The Personal Spat that Poisons Europe’, *Financial Times*, 24. Juni
- Prakash, Aseem / Jeffrey A. Hart, ‘Globalization and governance: an introduction’, in: Aseem Prakash and Jeffrey A. Hart, *Globalization and Governance*, London: Routledge, S. 1-24

Roxborough, Ian (1979): *Theories of Underdevelopment*, London: Macmillan

Scharpf, Fritz (1999): *Regieren in Europa. Effektiv und demokratisch?* Frankfurt/M, New York

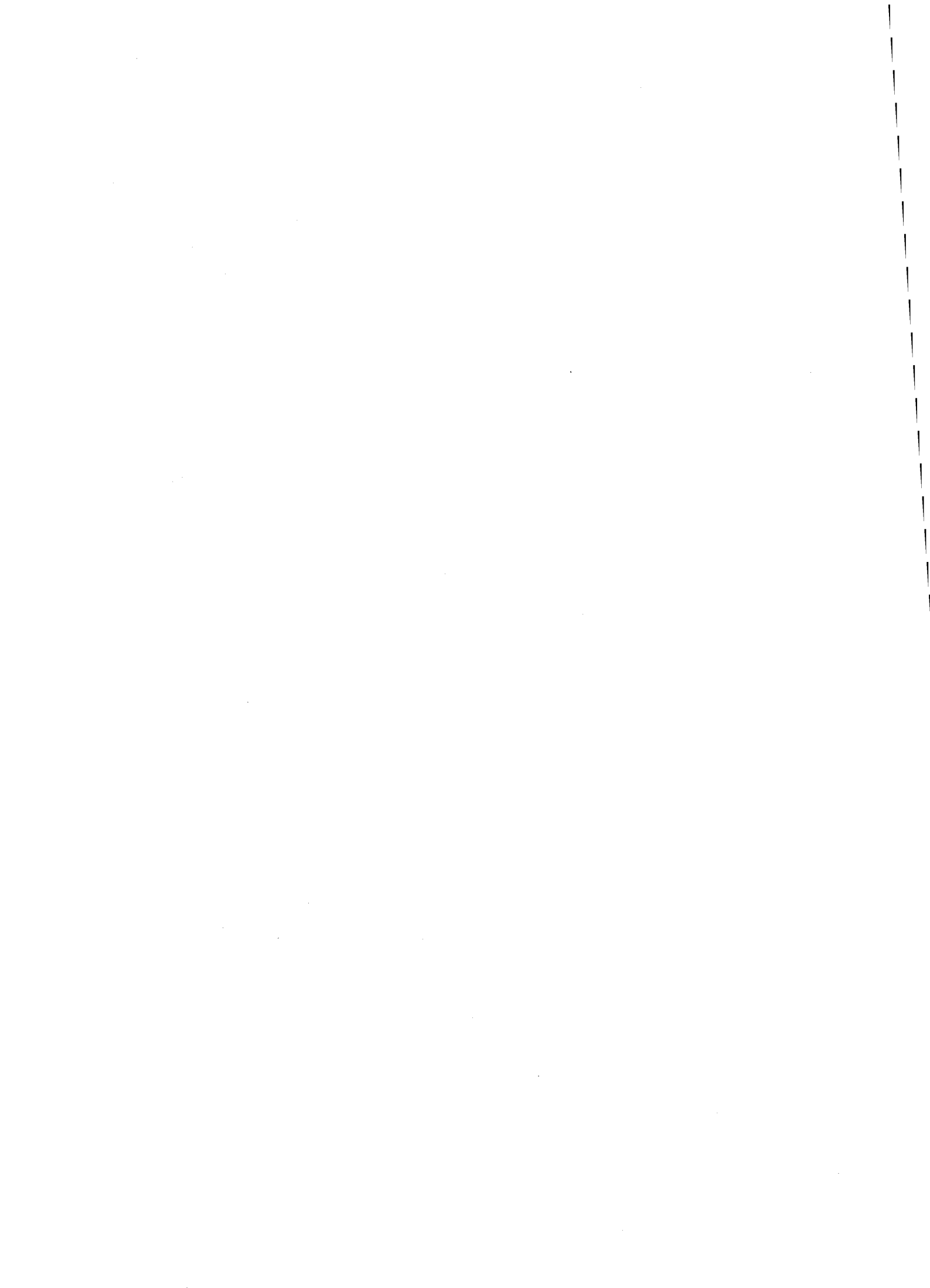
Scharpf, Fritz (2002): 'The European Social Model: Coping with the Challenges of Diversity', in: *Journal of Common Market Studies*, Vol. 40, No. 4, S. 645-70

Schumpeter, Joseph (1919): *Zur Soziologie der Imperialismen*. Tübingen

Streeck, Wolfgang (1996): 'New-Voluntarism: a New European Social Policy Regime?', in: Gary Marks u.a., *Governance in the European Union*, London: Sage, S. 64-94

Study Group (2004): *A Human Security Doctrine for Europe*, Barcelona: Study Group on Europe's Security Capabilities

Vlachos Dengler, Katia (2004): *Off Track? The Future of the European Defense Industry*, Washington: Rand Corporation



Hans-Jürgen Bieling

Die Europäische Union: Juniorpartner der USA, rivalisierende Großmacht oder Alternativmodell?

„Der Imperialismus ist ein eher ungenaues Konzept, das, wenn es praktisch angewandt wird, in bezug auf jede historische Periode neu definiert werden muss. Jenseits der Formen, die die Dominanz und Unterwerfung in unterschiedlichen, aufeinanderfolgenden Strukturen der Weltordnung annehmen, gibt es wenig Anhaltspunkte für die Suche nach irgendeinem ‚Wesen‘ des Imperialismus. Die tatsächliche Form ist unabhängig davon, ob sie durch Staaten, soziale Kräfte (z.B. den Geschäftsleitungen multinationaler Konzerne) oder durch eine Kombination beider angetrieben wird, und ob Herrschaft nun vornehmlich politisch oder ökonomisch ist, stets durch die historische Analyse zu bestimmen und nicht durch deduktive Überlegungen.“ (Cox 1998: 54)

1. Einleitung

In der letzten Zeit mehren sich die politikwissenschaftlichen Publikationen, die explizit die internationale oder globale Rolle der Europäischen Union zu bestimmen versuchen (vgl. Bretherton/Vogler 1999; Kierzkowski 2002; Müller-Brandeck-Bocquet 2002). Im Kern reflektieren sich hierin zwei Entwicklungen: Zum einen sind das Gewicht und die Gestaltungsmöglichkeiten, über die die EU in der Weltökonomie verfügt, in der Folge des EG-Binnenmarktes, der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) sowie der verschiedenen Erweiterungsrounden sukzessive angewachsen. Die supranationale Ebene hat vielfach an Bedeutung gewonnen. Dies gilt vor allem für das globale Handelsregime, d.h. die Verhandlungen im Rahmen der World Trade Organization (WTO), zunehmend aber auch für das Management der internationalen Finanzmärkte und Währungsbeziehungen. Zum anderen gab es nach dem Ende des Kalten Krieges eine Vielzahl von Initiativen, die außen-, sicherheits- und militärpolitische Kooperation zu intensivieren. Zu erwähnen sind in diesem Zusammenhang vor allem die Institutionalisierung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP),

die Erweiterung des Einsatzmandates europäischer Streitkräfte durch die Petersberger Beschlüsse, die Verschmelzung von Westeuropäischer Union (WEU) und EU durch die Entwicklung einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) sowie die Intensivierung der militärisch-industriellen Kooperation (vgl. Varwick 2004).

Beide Entwicklungen – die handels- und finanzpolitischen Handlungsoptionen und der Aufbau gemeinsamer sicherheits- und militärpolitischer Kapazitäten – lassen sich nun so interpretieren, dass sich die Europäische Union regional und global neu positioniert. Sie ist offenkundig bestrebt, die eigene weltpolitische Rolle aktiver auszufüllen. Wohin sich die EU konkret bewegt, ist bislang allerdings noch weitgehend offen und innerhalb wie auch zwischen den nationalen Regierungen – die Konflikte im Kontext des Irak-Kriegs haben dies deutlich gemacht – zum Teil heftig umkämpft. Mit dem Solana-Papier bzw. der neuen Europäischen Sicherheitsstrategie (ESS) sind zuletzt jedoch die programmatischen Umrisse der neuen europäischen Außenpolitik erkennbar geworden (vgl. Solana 2003; Europäischer Rat 2003). Worin diese bestehen, illustriert unter anderem das nachfolgende Zitat des deutschen Außenministers Joschka Fischer (2004): „Wir müssen nichts völlig Neues aufbauen, sondern eine Dynamik nutzen, die im europäischen Einigungsprozess und in der positiven Gestaltung der Globalisierung liegt. Da bekommt der Nahe und Mittlere Osten eine neue Bedeutung, weil von dieser Region die Bedrohung ausgeht. Es geht um einen neuen Transatlantismus, der den Veränderungen in Europa wie der neuen strategischen Bedrohungslage gerecht wird. Daran schließt sich dann die Modernisierungsidee für den Mittleren Osten an. Wir haben im Gegensatz zu Amerika gegenüber dem Nahen Osten eine doppelte Interessenlage. Eine strategische, die hat Amerika auch. Aber wir sind auch direkte Nachbarn – das sind die Vereinigten Staaten nicht. Die Spaltung im Irak-Konflikt hat bei den Europäern eher die Erkenntnis gefördert, die strategische Dimension auszufüllen. Mit der neuen Strategie, dem ‘Solana-Papier’, haben wir jetzt erstmals die Voraussetzung dafür geschaffen. Die Entwicklung der europäischen Sicherheitspolitik, besonders auch der militärischen Fähigkeiten, ist dabei ein ganz wichtiger Faktor (...)“ Wenig später fährt Fischer fort: „(...) Das meine ich mit der strategischen Dimension. Weißrussland, Moldova, der Balkan, die Türkei – mit all diesen Fragen hat die europäische Politik zu tun. Dort wird auch über unsere Sicherheit, Frieden und Stabilität für uns mitentschieden.“

Die Äußerungen des deutschen Außenministers stehen gleichsam stellvertretend für viele, sehr ähnliche, zum Teil bis in die Wortwahl identische Aussagen anderer wichtiger Repräsentanten europäischer Politik wie z.B. Romano Prodi oder Javier Solana. Sie machen deutlich, dass die EU ihr äußeres Umfeld als politisch-strategischen Handlungsraum entdeckt. Was dies bedeutet, ist in

der wissenschaftlichen und auch politischen Diskussion nach wie vor umstritten. Vereinfacht lassen sich zwei konträre Positionen identifizieren. Während einige in der EU bereits eine imperiale Supermacht erkennen (vgl. Neuber 2003; Oberansmayr 2004), sehen andere aufgrund der relativ unterentwickelten militärischen Kapazitäten keinen wirklich handlungsfähigen weltpolitischen Akteur (vgl. Kagan 2002). Die nachfolgenden Ausführungen sollen verdeutlichen, dass sich gegen beide Positionen begründete Argumente ins Feld führen lassen: Gegen die These einer imperialen Supermacht spricht vor allem die politisch-institutionelle Fragmentierung des EU-Systems, die noch immer recht schwache Integration im Bereich der Sicherheits- und Militärpolitik, auch die politisch-strategische Zurückhaltung, d.h. die fehlende offensive Proklamation imperialer Ambitionen; und gegen die These eines handlungsunfähigen Europas spricht, dass sich die EU ungeachtet ihrer strategischen Zurückhaltung sehr wohl – in erster Linie mit Blick auf die Weltökonomie und durch die Betonung der zivilen Prävention – weltpolitisch zu positionieren weiß. Sie formuliert in mancher Hinsicht einen neuen hegemonialen Gestaltungsanspruch, der unter regionalen und weltpolitischen Krisenbedingungen allerdings durchaus die Gefahr einer Zuflucht zu imperialen Strategien in sich birgt.

In den nachfolgenden Ausführungen geht es darum, dieses Argument vor dem Hintergrund der neueren imperialismustheoretischen Diskussion zu erläutern. Hierzu wird zunächst dargelegt, dass der Imperialismus-Begriff – auch mit Blick auf die Europäische Union – ein sinnvolles Korrektiv gegen harmonistisch-idealisierte Weltinterpretationen darstellt, analytisch oft jedoch nicht besonders hilfreich ist. Er ist vor allem nicht hinreichend differenzierungskräftig, um das Spektrum unterschiedlicher internationaler Herrschaftsformen in den Blick zu nehmen. Entsprechend problematisch ist denn auch jeder Versuch, die Europäische Union imperialismustheoretisch klassifizieren zu wollen. Dies wird nicht zuletzt erkennbar, wenn die Argumente für und gegen die These eines entstehenden Euro-Imperialismus – mit Blick auf die gegebenen Handlungskapazitäten und internationalen Gestaltungspotentiale – auch empirisch genauer betrachtet werden. Noch handelt es sich bei dem „Imperialismus neuen Typs“ daher um einen eher hegemonialen Politikansatz, dem sich die EU allerdings weniger aus freien Stücken, sondern aufgrund ihrer fragmentierten institutionellen Struktur und tradierter historischer Erfahrungen und Werte zugewandt hat.

2. Der neue Imperialismus und die Europäische Union

Die Renaissance imperialismustheoretischer Analysen und Konzeptionen ist vor allem dadurch gekennzeichnet, dass sie sich von zentralen Grundannahmen der klassischen Imperialismustheorien

verabschiedet (vgl. Kößler 2003; Deppe et al. 2004). Der Imperialismus wird demzufolge nicht mehr begriffen: als eine spezifische Phase und schon gar nicht als letztes Stadium der kapitalistischen Entwicklung; als eine relativ unvermittelte Übersetzung ökonomischer Krisenprozesse in eine internationale militärische Konfrontationsstrategie; und auch nicht als ein Eroberungsfeldzug konkurrierender staatsmonopolistischer Komplexe, der in erster Linie auf die unmittelbare und formale Kontrolle entlegender Territorien ausgerichtet ist. Die neueren imperialismustheoretischen Konzeptionen sind weitaus offener, flexibler und dehnbarer angelegt. Sie gehen im Umkehrschluss davon aus (vgl. u.a. Harvey 2003; Hirsch 2004): dass die imperiale Logik des Kapitals – gleichsam als eine dem tendenziellen Fall der Profitrate entgegenwirkende Bewegung – einen permanenten Prozess darstellt, der vor allem mit Prozessen der ursprünglichen Akkumulation und Enteignung verbunden ist; dass sich die territoriale Logik staatlicher Machtpolitik zwar auch auf kapitalistische Verwertungskrisen bezieht, ohne durch diese jedoch einseitig determiniert zu werden; und dass die entwickelten kapitalistischen Staaten ihr breites Arsenal von Machtinstrumenten nicht mehr zur Errichtung „formeller“, sondern eher „informeller“ imperialer Strukturen mobilisieren.

Diese veränderten Grundannahmen können nun freilich nicht überdecken, dass auch die aktuelle Imperialismus-Debatte durch konkurrierende theoretische Konzeptionen, Analysen und Zeitdiagnosen geprägt wird. Umstritten sind unter anderem die Bedeutung des Nationalstaats, die politischen Implikationen der ökonomischen Verflechtung und Interpenetration und damit auch der Charakter innerimperialistischer Konflikte. Von besonderer Bedeutung ist in diesem Kontext die Entwicklung der transatlantischen Beziehungen. Die meisten Beiträge befassen sich dabei mit der Funktionsweise der US-Hegemonie und den Perspektiven ihrer Reproduktion. Zuletzt wird jedoch verstärkt auch die Frage aufgeworfen, ob und inwiefern sich die Europäische Union im transatlantischen Verhältnis neu positioniert und bestrebt ist, die Funktionsweise der Weltökonomie und Weltpolitik zunehmend eigenständiger und aktiver zu gestalten. Die Diskussion hierüber bewegt sich dabei grundsätzlich im Spannungsfeld zwischen zwei konträren Positionsbestimmungen:

(1) Die erste Positionsbestimmung geht davon aus, dass die EU zwar ein regionales Machtzentrum bildet, zugleich jedoch – als Junior-Partner – in das US-zentrierte transnationale Imperium weitgehend integriert bleibt (vgl. Panitch/Gindin 2003; Harvey 2003: 81ff). Die Annahme eines US-zentrierten transnationalen Imperiums beschreibt – ungeachtet aller ökonomischen Rivalitäten – im Prinzip eine „ultra-imperialistische“ Konstellation (vgl. Kautsky 1914), die jedoch nicht durch gleichberechtigte Partner, sondern durch asymmetrische Machtverhältnisse geprägt ist (vgl. Anderson 2002). Diese Asymmetrie reproduziert sich vor allem über zwei parallele Prozesse (vgl. Pa-

nitch/Gindin 2003: 119ff): Zum einen orientieren sich die europäischen Konzernstrategien aufgrund der Durchdringung der europäischen Ökonomie durch – technologisch überlegene – US-amerikanische Unternehmen zunehmend an der Funktionsweise des US-Modells; und zum anderen verstärkt der US-amerikanische Staat diese Tendenz politisch dadurch, dass er – gestützt auf das Dollar-Wall-Street Regime (DWSR) und überlegene militärische Kapazitäten – nach wie vor dazu in der Lage ist, die Spielregeln der Weltökonomie und Weltordnung nach Maßgabe eigener Präferenzen zu gestalten.

(2) Die zweite Positionsbestimmung betont hingegen, dass die Europäische Union der Rolle eines „Juniorpartners“ zunehmend entwächst, d.h. sich zu einem eigenständigen Machtblock und einer ernsthaften Bedrohung der US-Hegemonie entwickelt (vgl. Layne 2003; Gowan 2003). Grundlegend ist dabei die Annahme, dass der globale – weltökonomische und weltpolitische – Dominanz- und Kontrollanspruch der USA unter den Bedingungen der neuen Welt(un)ordnung allenfalls noch kurzfristig – um den Preis einer strukturellen (Selbst-)Überforderung – aufrecht zu erhalten ist. Dies gilt umso mehr, als auch andere Staaten und Regionen bestrebt sind, ihre weltpolitischen Handlungs- und Gegenmachtkapazitäten auszubauen. Nachdem sich die Europäische Union lange darauf beschränkt hatte, das internationale Handelsregime zu beeinflussen, verfügt sie nun mit dem Euro über die monetären Voraussetzungen, auch die internationalen Währungs- und Finanzbeziehungen in ihrem Sinne zu beeinflussen. Zudem sind seit Ende der 1990er Jahre auch die verschiedenen Dimensionen der außen-, sicherheits- und militärpolitische Kooperation gestärkt worden. Einige sehen hierin bereits einen Beleg dafür, dass sich die EU auf dem Weg zu einer neuen Militärmacht oder sogar Supermacht befindet (vgl. Neuber 2003; Oberansmayer 2004).

Das Szenario einer „transatlantischen Krisenpartnerschaft“, das zuletzt von Ingo Schmidt (2003: 560ff) entworfen wurde, scheint sich zwischen diesen beiden konträren Perspektiven zu bewegen, neigt letztlich jedoch der ersten Positionsbestimmung zu. So räumt Schmidt zwar ein, dass sich die Verteilungskonflikte über die Kosten zur Aufrechterhaltung des gemeinsamen Imperiums intensivieren und die EU als konkurrierender Handelsblock die internationale Gestaltungs- und Kontrollmacht der USA strukturell beschneidet und unterhöhlt. Gleichzeitig ist für ihn mit dem Fortschreiten der europäischen Integration bislang allerdings noch kein eigenes Machtzentrum entstanden (Schmidt 2003: 545). Gegen diese Grundannahme lassen sich nun freilich eine ganze Reihe von Gegenargumenten ins Feld führen: unter anderem die europäische Wettbewerbsstrategie, die Handelskonflikte in der WTO, die Konkurrenz um privilegierte Wirtschaftsbeziehungen – etwa mit dem Mercosur oder China –, das umstrittene Verhältnis zwischen NATO und ESVP, die unterschiedliche Bedeutung multilaterale Institutionen und Abkommen (UNO, Kyoto-Protokoll, Internationaler

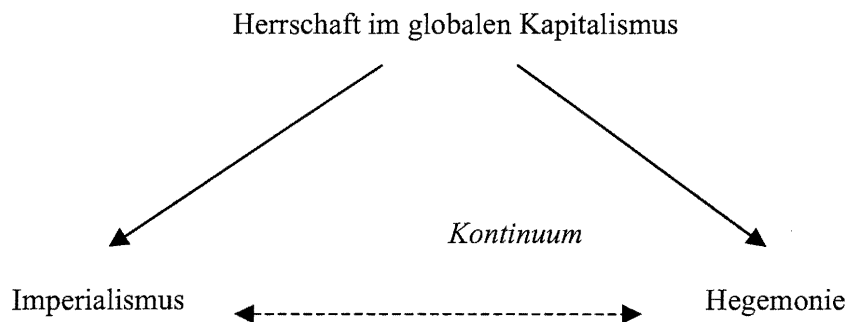
Strafgerichtshof) etc. All diese Konfliktdimensionen verweisen darauf, dass die Europäische Union durchaus ein eigenes Machtzentrum bildet, das in Bezug auf die Funktionsweise der Weltordnung und Weltökonomie einen konkurrierenden Gestaltungsanspruch artikuliert. Angesichts der fragmentierten Souveränitätsstruktur des EU-Systems bleibt dieser Gestaltungsanspruch freilich notgedrungen fragil und begrenzt. Er verdichtet sich denn auch weniger in einer traditionellen Groß- oder Supermachtstrategie – d.h. einer umfassenden militärisch-gewaltsamen Kontrolle entlegener Regionen –, als vielmehr in einer kooperativen, multilateral orientierten und rechtsbasierten Kontrollstrategie, die über ein weitausgreifendes Netzwerk der Wirtschafts- und Sicherheitsdiplomatie auch Elemente einer „weichen Geopolitik“ umschließt.

Für nicht wenige entspricht eine solche Charakterisierung der EU nun genau dem zuvor angedeuteten „neuen Imperialismus“, der angrenzende oder auch entfernte Sozialräume strukturell penetriert und sich hierbei verstärkt auf informelle oder weiche Machtinstrumente stützt. Dies macht zugleich deutlich, dass das neue Imperialismus-Verständnis weitaus flexibler und dehnbarer, zugleich aber nicht besonders trennscharf ist. Ihr kommt zweifelsohne das Verdienst zu, gegen die Anonymisierung von Macht- und Herrschaftsverhältnissen im Kontext der Globalisierungsdiskussion und den Idealismus bzw. die Ideologie des liberalen Kosmopolitismus einen analytischen Kontrapunkt gesetzt zu haben. Viele beziehen sich hierbei empirisch vor allem auf die internationale Machtpolitik der USA (vgl. Strange 1989; Panitch 2000; Gowan 2002). Wird von diesem konkreten Referenzpunkt jedoch abstrahiert – und diese Tendenz ist durchaus vernehmbar – so wird Imperialismus zu einer übergreifenden Konzeption, die gleichsam unentwirrbar mit der kapitalistischen Reproduktion im Weltmaßstab verbunden ist. Wer Kapitalismus sagt, muss entsprechend auch Imperialismus sagen, um dessen Funktionsweise dann mit Hilfe spezifischer Adjektive gegebenenfalls zu präzisieren.

Ob dies ausreicht, um die Strukturen, Organisationsformen und Mechanismen zu beleuchten, über die sich die internationalen Macht-, Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse reproduzieren, ist jedoch fragwürdig. Eine andere Anordnung von – teils komplementären, teils widersprüchlichen – analytischen Begriffen bzw. Konzeptionen, die hervor hebt, dass Herrschaftsbeziehungen im globalen Kapitalismus nicht notgedrungen imperialistisch sein müssen, sondern unterschiedliche Formen annehmen können, scheint zumindest differenzierungskräftiger zu sein. Konkret läuft dies darauf hinaus, Imperialismus und Hegemonie als jeweils spezifische inter- bzw. transnationale Herrschaftsformen auf der gleichen Abstraktionsebene anzusiedeln; und zwar als zwei Varianten bzw. Pole, die ein unterschiedliches Mischungs- bzw. Artikulationsverhältnis von Zwangs- und

Konsenselementen umschließen. Hegemonie stellt demzufolge eine durch repressive Zwangselemente abgestützte Konsensstruktur dar, während der Imperialismus – angesichts des Unwillens oder Unvermögens, die Zustimmung der Beherrschten zu organisieren – die Dimensionen des Zwangs und der Repression in den Vordergrund treten lässt.

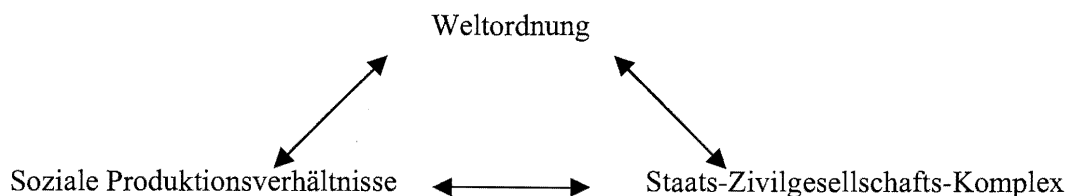
Schaubild 1:



3. Europäischen Integration und Weltordnung

Um zu bestimmen, inwiefern der internationale Macht- und Herrschaftsanspruch einer politischen Einheit eher als hegemonial oder imperial zu definieren ist, sind freilich noch weitere theoretische, aber auch empirische Fragen zu beantworten. Diese betreffen nicht zuletzt die Fähigkeiten und den politischen Willen, die weltökonomischen und weltpolitischen Rahmenbedingungen gemäß der eigenen Vorstellungen zu gestalten. In welchem Maße die EU hierzu in der Lage ist, lässt sich systematischer mit Hilfe der von Cox (1987) thematisierten Dreiecksbeziehung zwischen den sozialen Produktionsverhältnissen, dem Staats-Zivilgesellschafts-Komplex und den Strukturen der Weltökonomie und Weltordnung erfassen.

Schaubild 2:



(1) Den ersten Bereich dieser Dreiecksbeziehung bilden die sozialen Produktionsverhältnisse bzw. die sozialen Beziehungen in der Produktion. Produktion ist dabei in einem sehr umfassenden

den Sinne zu verstehen.¹ Für Cox (1989: 39) beschränkt sich die Produktion nicht auf die „production of physical goods used or consumed. It covers also the production and reproduction of knowledge and of the social relations, morals, and institutions that are prerequisites to the production of physical goods.“ Dies weist bereits darauf hin, dass die Produktion stets durch ein spezifisches Set von sozialen Verhältnissen und Machtbeziehungen umrahmt wird: zwischen Managern und Arbeitern, zwischen Firmen und Haushalten oder zwischen Gläubigern und Schuldnern. Wie die sozialen Produktionsverhältnisse organisiert sind, ist für die Dynamik der kapitalistischen Produktion von zentraler Bedeutung. Dies betrifft sicherlich die Art und Weise, wie der strukturelle Widerspruch zwischen der Finanzwelt und der „realen Ökonomie“ politisch, institutionell und rechtlich vermittelt wird, um Innovationen und Produktivitätssteigerungen zu ermöglichen. Darüber hinaus geht es aber auch um die Frage, inwiefern die Organisation der sozialen Produktionsverhältnisse einen hochproduktiven Rüstungssektor umschließt, also genügend Kapazitäten und Instrumente bereit stehen, um machtpolitisch motivierte – zivile wie militärische – Interventionen außerhalb des eigenen politischen Regelungsbereichs durchführen zu können.

(2) Der zweite Bereich, der Staats-Zivilgesellschafts-Komplex, thematisiert die Artikulation zwischen den Staatsapparaten im engeren Sinne und den Strukturen der zivilgesellschaftlichen Kommunikation. Im Sinne der von Gramsci (1991ff: 733, 783, 874) entwickelten Konzeption des „erweiterten Staates“, bildet die Zivilgesellschaft weder einen Gegenpol zum staatlichen Handeln, noch sollte der Staat als eine autonome, von der Zivilgesellschaft unabhängige Kraft betrachtet werden. Beide Bereiche sind vielmehr aufeinander angewiesen. Sie unterscheiden sich insofern, als der Staat im engeren Sinne bindende politische Entscheidungen – Regeln und Gesetze – festlegt und garantiert, während die Zivilgesellschaft als kommunikative Infrastruktur dem Staat und politischen Organisationen – Parteien, Verbänden und Gewerkschaften – aber auch transnationalen Konzernen, Medien und sozialen Bewegungen die Möglichkeit eröffnet, die Richtung und die Inhalte der politischen Entscheidungen zu beeinflussen. Auch in der Europäischen Union haben sich seit den 1980er Jahren Keimformen einer transnationalen Zivilgesellschaft herausgebildet (vgl. Demirovic 2000; Bieling 2001); und zwar in dem Maße, wie in der Folge des EG-Binnenmarktes, der Wirtschafts-

¹ Die unterschiedlichen Begriffe „Produktionsverhältnisse“ (production relations), „soziale Produktionsverhältnisse“ (social relations of production) und „Machtbeziehungen in der Produktion“ (power relations of production) beziehen sich auf den gleichen Sachverhalt, heben zugleich aber spezifische Aspekte hervor: „*Production relations* is the broadest term, including the relationship between the people involved and the world of nature, i.e., technology, as well as the relations between the various groups of people and the legal and institutional forms to which these relations give rise and which structure them. The term *social relations of production* focuses attention more specifically on the pattern or configuration of social groups engaged in the process, and the term *power relations of production* focuses on the dominant-subordinate nature of this pattern of social relations.“ (Cox 1987: 12)

und Währungsunion (WWU) und zuletzt der Finanzmarktintegration eine neue europäische Ökonomie entstanden ist, die ihrerseits durch das Zusammenspiel zwischen den nationalen Regierungen, supranationalen Institutionen – wie der Europäischen Kommission und dem Europäischen Parlament – und gesellschaftlichen Akteuren politisch eingebettet und reguliert wird. Diese Einbettung und Regulierung durch transnationale Kommunikationsnetzwerke trägt zweifelsohne mit dazu bei, die programmatische Kohärenz europäischer Initiativen zu steigern. Ob hierdurch zugleich die „externe“ Handlungsfähigkeit der EU gesteigert wird, ist jedoch eine offene Frage. Die intern verbesserte Feinabstimmung übersetzt sich – aufgrund national divergierender Interessenlagen – zumindest nicht bruchlos in eine gemeinsame und effektive außenpolitische Positionsbestimmung.

(3) Den dritten Bereich, die Strukturen der Weltordnung, begreift Cox (1998: 47ff) als Ausdruck einer historisch spezifischen Kräftekonfiguration, d.h. des Zusammenspiels von materiellen Machtverhältnissen, konkurrierenden Leitbildern und internationalen Institutionen. Es sind in diesem Kontext in erster Linie die Strategien und Konzeptionen von ökonomisch bedeutsamer und politisch einflussreicher Staats-Zivilgesellschafts-Komplexe, die mit Bezug auf internationale Organisationen und Regime ihre jeweilige Weltansicht zu verallgemeinern bestrebt sind. In den Nachkriegsjahrzehnten zielten die verschiedenen Initiativen der europäischen Integration – der Marshall-Plan, die Europäische Zahlungsunion (EZU) oder auch die NATO – vor allem darauf, Westeuropa in den Hegemonie- und Einflussbereich der USA zu inkorporieren (vgl. Kuttner 1991: 25ff; Helleiner 1994). Grundlegend war dabei die internationale Struktur eines „eingebetteten Liberalismus“ (Ruggie 1982), der einerseits durch das Bretton-Woods-System und eine relativ umfassende Regulierung der internationalen Geld- und Finanzbeziehungen und andererseits durch die wohlfahrtsstaatliche Absicherung der nationalen Kapitalismusmodelle charakterisiert war. Seit den 1980er Jahren veränderte sich die Funktionsweise der US-Hegemonie dann jedoch beträchtlich. Zum einen transformierte sich das Bretton-Woods-System zum „Dollar-Wall-Street-Regime“ (Gowan 1999), das gestützt auf die Finanzmacht der USA – d.h. den US-Dollar und die an der Wall Street tätigen Finanzmarktakteure – die weltweite Liberalisierung der Wirtschaftsbeziehungen vorantrieb; und zum anderen veränderten sich mit dem Zusammenbruch des Realsozialismus auch die Anforderungen an die NATO, die nicht mehr allein als Verteidigungs-, sondern nun auch als Krisen- und Interventionsarmee westeuropäischen Interessenlagen gerecht werden soll.

Alle drei Dimensionen lassen erkennen, dass sich nicht nur die Parameter der weltökonomischen und weltpolitischen Konstellation, sondern auch die spezifischen Funktionsbedingungen – Ziele und Instrumente – der europäischen Integration verändert haben. Die Europäische Union profiliert sich dabei zunehmend als Globalisierungsakteur: Im Unterschied zu den Nachkriegsjahr-

zehnten beschränkt sie sich „nach innen“ nicht mehr darauf, die nationalen wohlfahrtsstaatlichen Entwicklungsmodelle durch die wirtschaftlichen Wachstumsimpulse einer begrenzten Öffnung der nationalen Wirtschaftsräume abzusichern. Die forcierte ökonomische Integration ab Mitte der 1980er Jahre durch den EG-Binnenmarkt, die WWU und die Finanzmarktintegration, d.h. die Beseitigung nicht-tarifärer Handelshemmnisse, die Liberalisierung der Kapitalmärkte, die (Teil-)Privatisierung bzw. marktkonforme Reorganisation öffentlicher Dienstleistungen sowie die Vergemeinschaftung der Geld- und Finanzpolitik, impliziert vielmehr, dass nun die Modernisierung der nationalen Entwicklungsmodelle durch die EU aktiv vorangetrieben wird (vgl. Bieling/Deppe 2003). Doch nicht nur nach innen, auch „nach außen“ interpretiert die Europäische Union ihre Rolle als Globalisierungsakteur inzwischen recht offensiv. Noch bis vor kurzem segelte die EU in den GATT- bzw. WTO-Verhandlungen in vielen Fragen, die die Öffnung anderer Wirtschaftsräume anbetrafen, im Schatten der US-Politik. In den letzten Verhandlungsrunden ist diese Zurückhaltung jedoch kaum mehr festzustellen. Die europäischen Transnationalen Konzerne (TNKs) haben sich in den letzten beiden Jahrzehnten Schritt für Schritt globalisiert und einflussreiche Lobbying-Organisationen wie z.B. das European Services Forum (ESF) geschaffen, um die Liberalisierungsbemühungen der Europäischen Kommission aktiv zu unterstützen (Wesselius 2002: 8ff). Zudem hegen nicht wenige die Erwartung, dass durch die gemeinsame Währung und die Finanzmarktintegration die Rolle der EU in internationalen Wirtschafts- und Finanzorganisationen – wie z.B. der G-7, dem IWF oder der Weltbank – perspektivisch gestärkt wird; und dass der Ausbau von GASP und ESVP letztlich auch neue europäische Kompetenzen und Instrumente umfasst, um europäische Interessen jenseits der zivilen Wirtschaftsdiplomatie notfalls auch militärisch – und unabhängig von den USA – durchsetzen zu können.

4. Weltmacht Europa?

Hieraus zu schließen, dass sich die EU bereits auf dem Weg zu einer neuen Weltmacht befindet, ist jedoch offenkundig überzogen. In den vertraglichen Übereinkünften, institutionellen Regelungen sowie in den Strategiepapieren und Statements führender Politiker reflektiert sich vorerst nur, dass die EU bestrebt ist, ihre eigenen – währungs- und finanz- sowie sicherheitspolitischen – Kapazitäten und Handlungsressourcen auszuweiten. Unterschiedliche Ordnungsvorstellungen, politische Prioritäten und divergierende nationale Interessenlagen haben die Realisierung dieser Bestrebungen jedoch immer wieder erschwert. Einerseits spricht daher vieles dafür, dass sich in der EU die „capability-expectations gap“ (Hill 1993) nach wie vor reproduziert und eine traditionelle Weltmachtrolle

der Union strukturell blockiert bleibt; andererseits ist aber schon jetzt erkennbar, dass die EU eine eigenständige, im Unterschied zur traditionellen Großmachtspolitik allerdings stärker kooperative, rechtsbasierte Hegemonialstrategie entwickelt. Wieweit dieser Prozess voran geschritten ist, wird nachfolgend anhand von zwei wichtigen außenpolitischen Handlungsfeldern – der internationalen Währungs- und Finanzmarktpolitik sowie der internationalen Sicherheits- und Militärpolitik – diskutiert.

4.1 Die EU und die internationalen Währungs- und Finanzbeziehungen

Die internationale Struktur der Währungs- und Finanzbeziehungen wird vor allem durch die USA, in erster Linie durch das Finanzministerium, die Zentralbank und die an der Wall Street aktiven Finanzmarktakteure bestimmt. Dies ist nicht allein der Wirtschafts- und Finanzmacht der USA und der Standards setzenden Rolle von US-Konzernen, institutionellen Anlegern sowie Devisen- und Wertpapierhändlern geschuldet (vgl. Lütz 2002: 170ff), sondern auch dem institutionell und verfahrenstechnisch verankerten Übergewicht von US Vertretern in internationalen Finanzinstitutionen wie etwa dem IWF und der Weltbank (Bhagwati 1988). Ungeachtet des enormen Haushalts- und Handelsbilanzdefizits steht die strukturelle Führungsrolle der USA bislang nicht zur Disposition. Zumindest kurzfristig ist nicht zu erwarten, dass zur Korrektur des doppelten Defizits der US-Dollar unter Abwertungsdruck gerät und die Regierung einen wirtschaftspolitischen Kurswechsel vollzieht. Schließlich haben relevante Gläubigergruppen – wie z.B. die asiatischen Zentralbanken – ein vitales Interesse daran, einem starken Verfall des Dollar-Kurses entgegenzuwirken, um die eigenen Exporte und hiermit verbundene wirtschaftliche Wachstumsimpulse nicht zu gefährden. Die derzeitige Konstellation der Währungs- und Finanzbeziehungen stellt sich für die US-Ökonomie – zumindest auf den ersten Blick – als recht vorteilhaft dar. Mit dem Übergang vom Bretton Woods System zum Dollar Wall Street Regime ist es den USA offenbar gelungen, die währungs- und finanzpolitischen Handlungsrestriktionen, die ein Fixkurssystem auch für die dominante Wirtschaftsmacht mit sich bringt, zu lockern.

Dies heißt jedoch nicht, dass diese Konstellation und das beträchtliche Volumen des US-amerikanischen Haushalts- und Handelsbilanzdefizits – es liegt inzwischen bei jeweils etwa 5% des BIP (vgl. van Scherpenberg 2003) – dauerhaft aufrecht zu erhalten ist. Das Vertrauen, das die internationalen Finanzmarktakteure der Entwicklung in den USA entgegen bringen, ist keineswegs grenzenlos. Dies gilt umso mehr, als im Unterschied zu den Reaganomics der 1980er Jahre mit dem Euro inzwischen eine alternative internationale Handels-, Anlage- und Reservewährung existiert.

Nicht wenige gehen davon aus, dass – gestützt auf die Größe der europäischen Ökonomie sowie die Tiefe und Liquidität der europäischen Kapitalmärkte – mit dem Euro mittel- und langfristig eine bipolare Finanzordnung entsteht, die durch eine neue Rivalität in den internationalen Währungsbeziehungen geprägt wird (vgl. Bergsten 1999). Wie sich die EU und der Euro in der neuen globalen Finanzordnung positionieren, wird letztlich vor allem durch drei Faktoren beeinflusst: durch die innere – programmatische, strategische und regulative – Kohärenz des entstehenden europäischen Staats-Zivilgesellschafts-Komplexes; durch die wirtschaftliche Dynamik und Innovationsfähigkeit der europäischen Ökonomie; sowie durch die Fähigkeit, europäische Währungs- und Finanzmarktinteressen in internationalen Institutionen und Ausschüssen der Finanzmarktregulierung wirksam zu vertreten.

(1) Zunächst fällt auf, dass sich über eine Reihe integrationspolitischer Initiativen zur Vertiefung der Finanzmarktintegration auch ein europäischer Staats-Zivilgesellschafts-Komplex herausgebildet hat. Dies galt noch nicht für die Richtlinien zur Liberalisierung von Finanzdienstleistungen im EG-Binnenmarkt-Projekt, die in der öffentlichen Diskussion allenfalls am Rande zur Kenntnis genommen wurden. Selbst die Finanzmarktakteure engagierten sich – von einigen großen Banken, Versicherungen und Börsenplätzen einmal abgesehen – nur mit einer erheblichen Zeitverzögerung für die Finanzmarktintegration (vgl. Middlemas 1995: 473). Erst im Zuge der Umsetzung und Materialisierung der diversen Richtlinien entwickelten sich im Laufe der 1990er Jahre transnationale Kommunikations- und Regulierungsnetzwerke, die sich in erster Linie auf die Kooperation zwischen der Europäischen Kommission und Repräsentanten der Finanzindustrie stützten, darüber hinaus aber auch die nationalen Regulierungsbehörden und eine Vielzahl von Experten, Wissenschaftlern, Journalisten mit einbezogen. Hierbei sind auch die Inhalte und Formen der Beratung, Kooperation und Regulierung sukzessive erweitert worden (vgl. Bieling 2003). Die nachfolgend aufgeführten Initiativen und Zielsetzungen mögen dies verdeutlichen:

- Bereits 1987 hatten die transnationalen Konzerne des Industrie-, Dienstleistungs- und Finanzsektors mit der Association for the Monetary Union in Europe (AMUE) ein wichtiges Koordinationsforum gegründet, das mit seinen Aktivitäten die Realisierung der WWU mit Verweis auf die zu erwartenden ökonomischen Effekte – eine größere Markttransparenz, klarere Kalkulationsbedingungen und geringere Transaktionskosten – in den 1990er Jahren diskursiv unterstützte (vgl. McNamara 1998: 39).
- Parallel hierzu drängte die Europäische Kommission in Kooperation mit der European Venture Capital Association (EVCA), dem European Round Table of Industrialists (ERT)

und der European Association of Securities Dealers (EASD) darauf, einen pan-europäischen Risikokapitalmarkt (EASDAQ) zu etablieren, in dessen Folge – zumindest vorübergehend – eine ganze Reihe nationaler „neuer Märkte“ entstanden (vgl. Weber/Posner 2001: 163ff).

- Nur wenig später lancierte die Europäische Kommission – mit der Unterstützung diverser Finanzmarktakteure, der Competitiveness Advisory Group (CAG) und der nationalen Regierungen – den Aktionsplan für Finanzdienstleistungen (FSAP), um die bestehende Finanzmarktregulierung zu aktualisieren, gravierende Funktionsdefizite zu beseitigen und den Prozess der Finanzmarktintegration insgesamt zu vertiefen (vgl. Pearson 2001).
- Außerdem wurden zuletzt gemäß der Vorschläge der Lamfalussy-Gruppe (vgl. Ausschuss der Weisen 2001) zwei neue Beratungs- und Regulierungsausschüsse – der Europäische Wertpapierausschuss und der Ausschuss der Europäischen Wertpapierbehörden – eingerichtet, um den Gesetzgebungsprozess zu beschleunigen. Das hierdurch etablierte Komitologie-Verfahren fand nicht nur die breite Zustimmung der europäischen Finanzindustrie (vgl. Arlman 2002: 46), sondern wurde inzwischen auch auf die Regulierung von Bank- und Versicherungsdienstleistungen übertragen.

Die Allianzen und Kommunikationsnetzwerke im Bereich der Währungs- und Finanzmarktintegration beschränken sich nicht mehr nur auf die Kooperation zwischen der Europäischen Kommission, den nationalen Aufsichts- und Regulierungsbehörden sowie den Unternehmen und Verbänden des Finanzsektors. Auch Nicht-Finanzorganisationen (UNICE, ERT, EU Committee), unzählige Wissenschaftler und Think Tanks (z.B. das Centre for European Policy Studies) und Journalisten (Financial Times, Economist, Wall Street Journal) sind in den europäischen Diskurs mit eingebunden. In diesem Diskurs wird zum einen hervorgehoben, dass die Finanzmarktintegration durch verringerte Investitionskosten und einen intensivierten Modernisierungs- und Reformdruck die europäische Wettbewerbsfähigkeit stärkt (vgl. CAG 1998: 1; ERT 2002: 7). Zum anderen wird zugleich darauf hingewiesen, dass nur ein integrierter Finanzmarkt genügend Kapital und Investitionen in die europäische Ökonomie lenkt, den Euro in der internationalen Währungskonkurrenz also stärkt: „Whoever wants the Euro to stand proud must (...) support structural reforms and in particular the European Commission’s Financial Services Action Plan.” (Bolkenstein 2001)

(2) Bereits im Jahr 2000 haben die europäischen Regierungen diese Auffassung auf dem Gipfel in Lissabon zur offiziellen Programmatik europäischer Modernisierungsbestrebungen erhoben. Im allgemeinen wird davon ausgegangen, dass die forcierte Integration der Finanzmärkte die Investitionskosten reduziert, die Finanzierungsmöglichkeiten der Unternehmen erweitert, genügen

Risikokapital für technologische Innovationen bereit stellt und die Renditen für Kapitalmarktinvestitionen – Aktien, Wertpapiere, Pensionsfonds etc. – erhöht. Nicht nur der politisch-strategische Diskurs von transnationalen Konzernen, europäischen Wirtschaftsverbänden, Wissenschaftlern und Think Tanks, auch wichtige Indikatoren der Finanzmarktentwicklung – so z.B. die Marktkapitalisierung, der Handel mit Wertpapieren, die Investitionsstrategien von Industrieunternehmen, die wachsende Bedeutung institutioneller Anleger und die veränderte Funktionsweise der Börsen – sprechen dafür, dass sich die kontinental-europäischen koordinierten Marktökonomien verstärkt am US-Modell orientieren. Die zentrale Rolle der Devisen- und Wertpapiermärkte hat zumindest weitreichende Auswirkungen auf die Funktionsweise der europäischen Ökonomie, insbesondere auf die sozialen Produktionsverhältnisse (vgl. Boyer 2000: 116ff; Grahl 2001). Um nur einige Aspekte zu nennen: Mit der Finanzmarktintegration entsteht ein transnationaler Markt zur Unternehmenskontrolle, der die bestehenden Corporate Governance Systeme einem beträchtlichen Transformationsdruck aussetzt. In dem Maße, wie sich hierbei das Management am Shareholder Value orientiert und versucht, kurzfristig den Unternehmenswert zu steigern, verschlechtern sich in der Regel die Arbeits- und Entlohnungsbedingungen. Darüber hinaus stützt sich die Finanzmarktentwicklung auch auf die Privatisierung des öffentlichen Sektors und des Wohlfahrtsstaates. Um den Ausfall staatlicher Leistungen zu kompensieren, greifen viele Haushalte auf private Zusatzversicherungen – wie z.B. die sog. Riester-Rente – zurück, die ihrerseits maßgeblich durch die Entwicklung auf den Aktien- und Wertpapiermärkten bestimmt sind. Schließlich hat die Finanzmarktintegration auch Auswirkungen auf die staatliche Finanzpolitik. Die nationalen Regierungen sehen im hochmobilen Finanzkapital in erster Linie einen Disziplinierungsfaktor, der sie dazu veranlasst, die Steuerbelastung zu Gunsten der Unternehmen und zum Nachteil der abhängig Beschäftigten zu verlagern, öffentliche Ausgaben und Investitionen auf ein Minimum zu beschneiden und auf eine anti-zyklische Wirtschaftspolitik zu verzichten.

In der europäischen Öffentlichkeit, insbesondere bei der Europäischen Kommission, den nationalen Regierungen und den transnationalen Wirtschaftsverbänden, hatte sich ab Ende der 1990er Jahre die Auffassung durchgesetzt, dass sich mit dem Übergang zu einem finanzgetriebenen Akkumulationsregime (vgl. Aglietta 2000) die sozialen Produktionsbeziehungen insofern positiv verändern, als die produktiven Grundlagen der europäischen Ökonomie gestärkt werden. Im allgemeinen werden die regional gebundenen, bank-basierten Finanzsystemen als konservativ, markt-basierte Finanzsysteme hingegen als dynamisch und innovativ betrachtet. Diese Sichtweise sollte – nicht nur, weil die Finanzblasen inzwischen geplatzt sind – jedoch mit ein paar gewichtigen Vorbe-

halten versehen werden. Schließlich wird der bisherige, in den westeuropäischen Ökonomie dominante inkrementelle Innovationspfad, der durch die vertrauensvolle Kooperation vieler Beteiligter – Banken, Groß- und Kleinunternehmen, Wissenschaftler, Ingenieure und Gewerkschaften – gestützt wird (vgl. Hall/Soskice 2001: 36ff), untergraben, ohne dass sich die Erwartungen in technologische Quantensprünge materialisieren. Nachdem die EU bzw. die Eurozone bis weit in die 1990er Jahre hinein bei der Produktivitätsentwicklung gegenüber den USA noch die Nase vorn gehabt hatte, ist sie seit einiger Zeit deutlich abgefallen (vgl. Boltho 2003: 18ff).

Die Ursachen für diese Entwicklung mögen im Detail vielschichtig sein. Im Kern sind es jedoch vor allem Veränderungen in den sozialen Produktionsverhältnissen, mit denen sich die europäischen Innovationsförderer selbst aufs Abstellgleis manövriert haben. Zwei Tendenzen mögen dies illustrieren:

- Erstens beeinträchtigt die Finanzmarktintegration vor allem die kleineren und mittleren Industrieunternehmen. Diese finanzieren sich zumeist über Hausbanken und Sparkassen, die mit den Kreditkonditionen global aktiver Finanzunternehmen oft nicht mithalten können; überdies erhöhen die am Shareholder Value orientierten transnationalen Konzerne innerhalb der Produktionskette den Druck auf die kleineren Zuliefer- und Vertriebsunternehmen, ihre (Vor-)Leistungen zu günstigeren Konditionen anzubieten.
- Zweitens wird der so intensivierete Wettbewerbs- und Disziplinierungsdruck vor allem an die Belegschaften weiter gegeben. Vor dem Hintergrund der anhaltend hohen Massenerwerbslosigkeit zeigen sich die Beschäftigten und Gewerkschaften oft bereit, längere und flexiblere Arbeitszeiten, Abstriche bei betrieblichen Zusatzleistungen und niedrigere Löhne hinzunehmen. Derartige Konzessionen prägen in erster Linie die betrieblichen Verhandlungen, darüber hinaus aber auch die verschiedenen Varianten des nationalen „Wettbewerbskorporatismus“ (vgl. Bieling/Schulten 2003).

Für Verfechter eines marktliberalen Kapitalismusmodells sind dies oftmals nur Indizien dafür, dass sich Westeuropa noch immer nicht von einem erstarrten, da korporatistisch organisierten Entwicklungsmodell verabschiedet hat. Die hier präsentierte Lesart macht jedoch darauf aufmerksam, dass im Übergang zu einem finanzmarktbasieren Entwicklungsmodell bislang eigentlich nur dessen Nachteile – d.h. der Zerfall der öffentlichen Infrastruktur, Beschneidung sozialer Sicherungssysteme, Prozesse der soziale Ausgrenzung, zunehmende Unsicherheiten etc. – zum Tragen kommen.

(3) Die WWU hat diese Tendenzen dadurch verstärkt, dass sie den Prozess der Kapitalmarktintegration beschleunigte und ein spezifisches makroökonomisches Regulierungsregime eta-

blierte, das sich nahezu ausschließlich dem Kampf gegen die Inflation und Staatsverschuldung verschrieben hat. Die Regeln und Normen der internationalen Währungs- und Finanzmarktregulierung – offene Finanzmärkte, minimale staatliche Regulierungen, neoliberale Reformen etc. – werden allgemein befolgt. Dies ist nicht so zu verstehen, dass die EU extern definierte Vorgaben intern einfach nur umsetzt. Im Gegenteil, die nationalen Regierungen, die Europäische Kommission und auch die EZB sind an den Beratungen und Verhandlungen in internationalen Foren und Organisationen wie der G7, der OECD, der WTO oder dem Baseler Ausschuss zur Bankenregulierung und der International Organization of Securities Commissions (IOSCO) selbst aktiv beteiligt.

Am stärksten ausgeprägt ist der europäische Gestaltungsanspruch im Bereich der Handelspolitik, d.h. der WTO (vgl. Tsoukalis 2002). Dies ist vor allem der Bedeutung der EU als gewichtiger Absatzmarkt geschuldet, aber auch dem zentralisierten Verhandlungsmandat der Europäischen Kommission. In der Vergangenheit war zudem von Vorteil, dass die Kommission – so z.B. im Bereich der Finanzmarktliberalisierung – eine kompromissbereite Verhandlungslinie verfolgte und für Ausnahmeregelungen im Rahmen bilateraler oder regionaler Präferenzabkommen einträgt. Im Vergleich zu den WTO-Verhandlungen, d.h. hier speziell dem Financial Services Agreement (FSA), ist die Position der EU in anderen Bereichen der internationalen Währungs- und Finanzpolitik zumeist jedoch deutlich schwächer. Der wichtigen ökonomischen Vermittlungsrolle – „the rest of the world buys European securities and in exchange receives European direct investments“ (Steinherr 2002: 150) – entspricht kein komplementärer politischer Gestaltungsansatz, mit dem der europäische Staats-Zivilgesellschafts-Komplex die eigenen Interessen gemeinsam und nachdrücklich in internationalen Finanzinstitutionen wie der G7, dem IWF oder der Weltbank vertritt (vgl. McNamara/Meunier 2002: 850).

Für viele Beobachter werden die europäischen Interessen vor allem deswegen nicht effektiv wahrgenommen, weil die nationalen Regierungen nicht bereit sind, auf Souveränitätsrechte zu verzichten und die national fragmentierte Repräsentation zu überwinden (vgl. Cohen 2003). Diese Sichtweise ist keineswegs unzutreffend, greift jedoch insofern zu kurz, als eine europäische statt nationale Repräsentation in den erwähnten Gremien und Organisationen den Einfluss der EU nicht unbedingt steigert, da hiermit zugleich eine beträchtliche Reduktion der Stimmengewichte einhergehen würde.² Eine einheitliche institutionelle Repräsentanz der EU oder der Eurozone hat demzu-

² Die Stimmengewichte im IWF sind z.B. durch das Handelsvolumen und die internationalen Finanzströme der repräsentierten Wirtschaftsräume bestimmt. Wird nicht mehr die nationale Ökonomie, sondern die EU oder die Eurozone als Referenzgröße angenommen, so fallen die innereuropäischen Handels- und Finanztransaktionen aus der Berechnung heraus.

folge Vor- wie Nachteile. Doch selbst wenn eine vorteilhafte institutionelle Regulierung gefunden werden sollte, bleibt letztlich ein gravierendes Problem bestehen, nämlich der Mangel an Visionen und politischer Führung, ein autonom definiertes politisches Projekt zur Gestaltung der internationalen Währungs- und Finanzbeziehungen zu formulieren. Ein politischer Außenseiter wie Oskar Lafontaine hatte zwar versucht, einen stärker sozial- und beschäftigungspolitisch orientierten Gestaltungsansatz zu formulieren, ist hiermit jedoch recht schnell gescheitert. Offenbar gibt es einen recht breiten Konsens darüber, dass die WWU in erster Linie – vielleicht sogar ausschließlich – dazu dienen soll, die Finanzmarktintegration voran zu treiben und den Prozess der neoliberalen Restrukturierung zu beschleunigen: So sind denn auch der Rat, die Kommission und die EZB ganz darauf bedacht, die Funktionsweise der WWU intern zu stabilisieren und die zuvor mühsam ausgehandelten Abmachungen nicht in Frage zu stellen. Um Streitigkeiten zwischen den Mitgliedstaaten zu vermeiden, werden in der Praxis die geld- und währungspolitischen Entscheidungen möglichst per Einstimmigkeit getroffen. Mehr noch, die Regierungen scheinen bislang – obwohl ihnen dies vertraglich zusteht – bewusst darauf zu verzichten, auf den Wechselkurs des Euro einzuwirken; und die EZB sieht angesichts möglicher währungspolitischer Risiken davon ab, die Internationalisierung des Euro aktiv voran zu treiben (vgl. Solans 2002). Kurzum, vorerst ist nicht erkennbar, dass sich die Europäische Union einer aktiven Gestaltung der internationalen Finanzarchitektur zuwendet. Sie strebt sicherlich danach, die internationalen Finanzströme zu ihren Gunsten zu beeinflussen, letztlich jedoch ohne die Machtkonfiguration des DWSR direkt herauszufordern.

4.2 Die EU und die internationale Sicherheitsstruktur

Auch die Initiativen der Europäischen Union, eine gemeinsame Außen-, Sicherheits- und Militärpolitik zu entwickeln, stehen im Zeichen internationaler Umbrüche. Wie der Übergang vom Bretton Woods System zum DWSR die Währungs- und Finanzmarktintegration stimulierte, so förderte der Zusammenbruch des Realsozialismus und das Ende der Systemkonkurrenz die europäischen Initiativen für eine engere sicherheits- und militärpolitische Kooperation. Die integrationspolitischen Impulse in diesem Bereich sind durchaus bemerkenswert, vor allem im Kontrast zu den Misserfolgen der Nachkriegsjahrzehnte (vgl. Oberansmayr 2004: 8ff) In den 1950er Jahren scheiterte zunächst die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) und Anfang der 1960er Jahre der Versuch, durch die Fouchet-Pläne eine gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu entwickeln. Erst 1970 kam es zu einer Übereinkunft, die außen- und sicherheitspolitische Kooperation im Rahmen der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) neu zu beleben. Obwohl dieses Arran-

gement bis hin zur Aufnahme in die Einheitliche Europäische Akte (EEA) sukzessive gestärkt wurde, blieben die Belastbarkeit und der Anwendungsbereich der EPZ insgesamt sehr beschränkt; zumal die allgemein Auffassung dominierte, dass außen- und vor allem sicherheitspolitische Fragen im Kontext der North Atlantic Treaty Organization (NATO), d.h. unter Führung der USA, zu regeln sind.

Die NATO und die sie prägende Führungsstruktur ist mit dem Ende der bipolaren Weltordnung zwar nicht einfach hinfällig geworden, sieht sich nunmehr jedoch stärkeren inneren Konflikten und Belastungen ausgesetzt. Diese Belastungen resultieren nicht zuletzt daraus, dass – bezogen auf einige internationale Krisen- und Konfliktherde – die Schnittmenge US-amerikanischer und (west-)europäischer Interessenlagen kleiner geworden ist und die strategischen Präferenzen divergieren. Während die USA darauf drängen, ihre Rolle als globale Ordnungsmacht – insbesondere auf dem eurasischen Kontinent – zu festigen oder sogar auszubauen (vgl. Gowan 2002), befürchten einige Mitgliedstaaten der EU, dass die hiermit verbundene militärisch-gewaltsame Kontrollstrategie den eigenen Interessen zuwider läuft (Harvey 2003: 200ff). Allgemein kritisieren europäische Regierungen die US-amerikanische Neigung zu militärischen Interventionen als – regional und weltpolitisch – riskant und destabilisierend. Darüber hinaus sind sie besorgt, dass die USA ihre militärische Übermacht und die geopolitische Kontrolle von Ressourcen in der wirtschaftlichen Konkurrenz zu Lasten der EU ausspielen könnte. Im Gegenzug gab es daher in den 1990er Jahren immer wieder neue Initiativen der EU, die eigene Rolle als regionale Ordnungsmacht selbstbestimmter und aktiver wahrzunehmen und geographisch zu erweitern.

(1) Es wäre nun allerdings überzogen, die verschiedenen Initiativen als konstitutive Momente eines entstehenden europäischen Staats-Zivilgesellschafts-Komplexes zu interpretieren. Im Unterschied zur Währungs- und Finanzmarktintegration gibt es im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik noch immer – der Irakkrieg und die Spaltung der EU haben dies deutlich gemacht – ausgeprägte nationale Interessendivergenzen. Diese Divergenzen sind durch die USA auch zuvor bereits akzentuiert worden – z.B. durch die Aussicht auf eine privilegierte Partnerschaft –, um eine weitere Schwächung der NATO³ und eine eigenständige und kohärente europäische Außenpolitik zu verhindern. Doch trotz dieser Störmanöver, gelang es den Regierungen seit Anfang der 1990er Jahre –

³ Dieser Schwächung wurde auch durch weitere Maßnahmen begegnet. Unter anderem sorgte der NATO-Kooperationsrat dafür, dass nicht die Konferenz bzw. Organisation für Zusammenarbeit und Entwicklung (KSZE/OSZE), sondern die NATO das System kollektiver Sicherheit in Europa (re-)organisierte; und zugleich wurde die NATO – z.B. durch die Partnerschaft für den Frieden (1994) und die neue NATO-Militärdoktrin (1996) – von einem Verteidigungs- zu einem auch präventiv agierenden Interventionsbündnis umgewandelt (vgl. Cremer 2002).

zumindest partiell – die außen- und sicherheitspolitische Kooperation, nicht jedoch Integration, voran zu treiben:

- Einen ersten wichtigen Schritt bildete die vertragliche Verankerung der GASP im Maastrichter Vertrag. Dies war insofern bedeutsam, als hierdurch die Westeuropäische Union (WEU) als europäischer Pfeiler der NATO der EU eingegliedert wurde und die Mitgliedsstaaten in der Sicherheitspolitik fortan eine gemeinsame europäische Aufgabe erblickten. Als eine spezifische Säule im EU-Vertrag bleibt die GASP – aufgrund des Prinzips einstimmiger Entscheidungen und der zentralen Rolle des Europäischen Rats – jedoch intergouvernemental strukturiert.
- 1992 erklärten sich die WEU-Staaten bereit, im Rahmen der sog. „Petersberger Aufgaben“ – humanitäre Aktionen oder Evakuierungsmaßnahmen, friedenserhaltende Maßnahmen sowie der Einsatz von Kampftruppen für das Krisenmanagement – Truppenkontingente zur Verfügung zu stellen. Im Amsterdamer Vertrag von 1997 wurden diese Aufgaben im Rahmen der GASP rechtlich festgeschrieben; ebenso das Amt eines „hohen Vertreters“, um die Effizienz, Kohärenz der Sichtbarkeit der EU-Politik zu verbessern.
- Um die Aufwertung der europäischen Dimension zu unterstreichen, wurden im Verlauf der 1990er Jahre, angefangen mit dem Eurokorps im Jahr 1992, zudem mehrere multinationale Truppenverbände – allerdings ohne supranationale Kommandogewalt – geschaffen.
- Einen starken Impuls stellte die Balkan-Krise dar, wo die europäischen Regierungen feststellen mussten, dass ihnen sowohl in Bosnien als auch mit Bezug auf den Kosovo die politisch-militärische Strategie durch die USA vorgegeben wurde (vgl. Cafruny 2003). Um dem entgegen zu wirken, wurde im Anschluss an den britisch-französischen Gipfel in St. Malo mit Nachdruck das Projekt einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) – d.h. die vollständige Integration der WEU in die EU – verfolgt und zusätzlich mit dem Nizza-Vertrag die Kooperation im Rahmen der GASP weiter institutionalisiert: vor allem durch neue Koordinationsgremien wie das Politische und Sicherheitspolitische Komitee (PSK), den EU-Militärausschuss (EUMC) und den EU-Militärstab (EUMS).
- Zudem einigten sich die Regierungen auf dem Gipfel in Helsinki (1999) darauf, bis zum Jahr 2003 eine EU-Eingreiftruppe mit 60.000 Soldaten aufzubauen, die unter EU-Führung in Krisenregionen zum Einsatz kommen soll, um die sog. Petersberger Aufgaben – zumindest im näheren regionalen Umfeld – erfüllen zu können.

- Die Europäische Sicherheitsstrategie (ESS) konzentriert sich vor allem auf diese Aufgaben, freilich ergänzt durch die Herausforderung des internationalen Terrorismus (vgl. Solana 2003). Noch wichtiger als der konkrete Wortlaut der ESS ist allerdings, dass sich mit ihr die EU bemüht – z.T. sogar im Kontrast zur Nationalen Sicherheitsstrategie der USA –, eine gemeinsame strategische Positionierung vorzunehmen (vgl. Reiter 2004).
- Schließlich wird der Konsolidierungsprozess der europäischen Rüstungsindustrie, der sich seit Mitte der 1990er Jahre anfangs eher schleichend vollzog, zuletzt aber klare Konturen gewonnen hat, auch programmatisch offensiv proklamiert. Mit der Gründung einer europäischen Rüstungsagentur, die die nationalen Beschaffungsprogramme koordinieren soll, wird die Entwicklung eines europäischen militärisch-industriellen Komplexes strategisch voran getrieben (vgl. Heidbrink 2005).

Die Initiativen seit Ende der 1990er Jahre haben Javier Solana veranlasst, davon zu sprechen, dass sich die ESVP mit „Lichtgeschwindigkeit“ entwickelt. Tatsächlich lassen sich jedoch auch viele Beispiele anführen, die darauf hindeuten, dass die europäischen Kommunikations- und Kooperationsstrukturen aufgrund divergierender nationaler Interessen eher schleppend aufgebaut werden. Im Bereich der europäischen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik dominieren noch immer die nationalen Staats-Zivilgesellschafts-Komplexe (vgl. Cafruny 2003: 110ff; Müller 2003: 173f): So sieht Großbritannien in der ESVP vor allem einen Bestandteil der NATO, Frankreich ein Gegenmachtprojekt zur US-Politik und Deutschland ein Scharnier, um die transatlantische Drift auszubalancieren. Kurzum, trotz der zunehmenden Institutionalisierung der sicherheitspolitischen Kooperation ist ein europäischer Staat-Zivilgesellschafts-Komplex bislang allenfalls sehr fragmentarisch ausgebildet.

(2) Eine zentrale Frage ist in diesem Zusammenhang, ob und in welchem Maße die Entwicklung der europäischen Sicherheits- und Militärpolitik durch die sozialen Produktionsverhältnisse gefördert oder zumindest erleichtert wird. Die Wirkungszusammenhänge, die die Entwicklung einer eigenständigen europäischen militärisch-industriellen Basis bestimmen, bleiben dabei vorerst widersprüchlich:

- Auf der einen Seite gibt es eine Reihe von Indikatoren dafür, dass sich im Zuge der ökonomischen Globalisierung – d.h. der Liberalisierung und Privatisierung der Rüstungsproduktion – und nach dem Ende der Systemkonkurrenz die nationalen militärisch-industriellen Komplexe transnationalisieren. Zunächst, d.h. seit Ende der 1980er Jahre vollzog sich dieser Prozess nur inkrementell. Ab Ende der 1990er Jahre lässt sich nun jedoch von einer be-

schleunigten Konsolidierung der europäischen Rüstungsindustrie sprechen (Oberansmayr 2004: 126ff). Im Prinzip haben sich in Westeuropa mit BAE-Systems (Britisch Aerospace) und EADS (European Aeronautic Defence and Space Company) zwei übermächtige Konzerne herausgebildet, die mit einer Vielzahl mittlerer und kleinerer Rüstungsfirmen kooperieren, aber auch untereinander recht enge Geschäftsbeziehungen pflegen (vgl. Heidbrink 2005).

- Auf der anderen Seite gibt es nach wie vor jedoch noch immer eine technologische Dominanz der US-amerikanischen Rüstungskonzerne. Die europäischen Konzerne haben Schwierigkeiten, auf dem US-amerikanischen Markt Fuß zu fassen und müssen sich zugleich der Exportoffensive der US-Konzerne erwehren. Was den internationalen Waffenhandel und die Rüstungsexporte anbetrifft, so ist die Vormachtstellung der USA nach wie vor unbestritten (vgl. Neuber 2003: 17). Hieran dürfte sich vorerst auch nichts ändern, obwohl die EU bestrebt ist – z.B. durch die Einrichtung einer europäischen Rüstungsagentur –, die Beschaffungspolitik effektiver zu koordinieren und Synergien zu nutzen. Ein wesentliches Hindernis für eine systematische Aufrüstungspolitik stellt jedenfalls die WWU dar, deren monetaristischer Zuschnitt – die Geldpolitik der EZB sowie der Stabilitäts- und Wachstumspakt – einem dynamischen Wirtschaftsaufschwung, aber auch einer kreditfinanzierten Aufrüstung entgegen steht.⁴

Diese Konstellation lässt sich nun so interpretieren, dass die EU nicht in der Lage ist, eine umfassende Modernisierung der militärischen Kapazitäten durchzuführen. Dies ist möglicherweise aber auch gar nicht ihr Ziel. Das zentrale Anliegen der EU dürfte nicht so sehr darin bestehen, in der militärischen Aufrüstung mit den USA gleichzuziehen, sondern sich in wichtigen Bereichen von ihr waffentechnologisch unabhängig zu machen. Dies gilt umso mehr, als sich die EU – ungeachtet aller militärischen Anstrengungen – noch längst nicht als weltpolitische Supermacht, sondern als regionale Ordnungsmacht mit begrenzten, aber variablen Einfluss- und Interventionsmöglichkeiten begreift.

(3) Im Unterschied zu den internationalen Handels-, Produktions- und Finanzstrukturen ist im Bereich der internationalen Sicherheitsstruktur der weltpolitische Gestaltungsanspruch der Europäischen Union offenbar begrenzt und bislang wenig profiliert. Dieser Eindruck wirkt umso stärker, als die EU nach wie vor weit davon entfernt ist, der militärisch dominanten Weltmacht USA als

Kooperations- und Verhandlungspartner auf gleicher Augenhöhe zu begegnen. Gleichzeitig gibt es jedoch verstärkte Anstrengungen der EU, die alte – hierarchische – Arbeitsteilung, die sich unter der Führung der USA nach dem Zweiten Weltkrieg herausgebildet hatte, zu modifizieren: Zum einen entwickelt sich die EU zu einer regionalen Ordnungsmacht, die sich durch den Aufbau autonomer – ziviler und militärischer – Interventionskapazitäten der US-Kontrolle im Rahmen der NATO partiell entzieht; und zum anderen mehrten sich die Zeichen – der Irak-Krieg hat dies deutlich zum Ausdruck gebracht –, dass viele EU-Staaten die weltpolitische Führungsrolle der USA – ungeachtet ähnlicher weltpolitischer Interessenlagen – zunehmend kritischer sehen.⁵ Die Arbeitsteilung der 1990er Jahre, in der die USA das militärische Einsatzgebiet bestimmten und die EU-Mitgliedstaaten anschließend die „Nachsorge“- bzw. Aufräumtruppen stellten, lässt sich offenbar nicht in die Zukunft fortschreiben.

Gleichzeitig fällt es der EU schwer, einen kohärenten eigenen Gestaltungsansatz zu formulieren und politisch-institutionell durchzusetzen. Dies gilt weniger für den regionalen Nahraum des „wider Europe“, der zu einem festen, weitgehend akzeptierten Anwendungsbereich europäischer Ordnungspolitik geworden ist. Gravierender werden jedoch die Probleme, wenn über die Gebiete, die an die EU angrenzen, hinaus weltpolitische Entwicklungen proaktiv – und nicht einfach nur im Schlepptau der USA – beeinflusst werden sollen. So ist die USA bestrebt, durch eine expansive Interpretation des nationalen Souveränitätsprinzips den von ihr beherrschten Kontrollraum soweit wie möglich zu erweitern (Gowan 2002; vom Hagen 2003). Im Unterschied hierzu setzt die EU in erster Linie darauf, durch die Stärkung des Völkerrechts und der UNO – d.h. des UNO-Sicherheitsrats, nicht jedoch der Generalversammlung⁶ – die globale Kontrollmacht der USA institutionell und rechtlich zu begrenzen und einzubinden. Diese Strategie leitet sich zum einen aus den positiven Erfahrungen mit der eigenen Geschichte der europäischen Integration, ihrer dezentral-gepoolten Souveränität und ihren multilateralen Kooperationsformen her (vgl. Keohane 2002), zum anderen aber auch aus den – im Vergleich zu den USA – militärisch begrenzten Kapazitäten. Zudem dominiert in der Bevölkerung – die Demonstrationen gegen den Irak-Krieg lassen sich in diesem Sinne interpretieren – offenbar die Überzeugung, dass die Sicherung des Weltfriedens nicht in erster Linie durch

⁴ Die zuletzt aufgeführten Aspekte stehen möglicherweise im Widerspruch, zumindest aber in einem Spannungsverhältnis zum EU-Verfassungsentwurf, in dem sich die Mitgliedstaaten verpflichten, „ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern“ (Art. I-41, Abs. 3).

⁵ Dies mag fehlenden Einfluss- und Mitsprachemöglichkeiten oder der zunehmend aggressiven imperialen US-Politik geschuldet sein, möglicherweise aber auch dem Droh- und Erpressungspotential, das die USA aufgrund der militärischen Kontrolle der Ölvorräte prinzipiell auch gegen die Regierungen Westeuropas in Anschlag bringen kann.

⁶ Dies macht deutlich, dass der Multilateralismus der EU sich durchaus machtbewusst und realistisch positioniert und primär auf die OECD-Welt bezogen bleibt.

militärische Gewalt, sondern durch funktionsfähige internationale Institutionen, völkerrechtliche Abkommen und zivile Formen der Krisenbewältigung zu gewährleisten ist.

Die europäischen Versuche, die internationale Sicherheitsstruktur auf ein breites, kooperativ und multilateral organisiertes Fundament zu stellen, haben sich bislang jedoch als wenig erfolgreich erwiesen. Dies liegt unter anderem daran, dass die europäischen Regierungen der rechtsbasiert-multilateralen weltpolitischen Ordnungskonzeption bislang nur sehr vage zuneigen, sich aber nicht dazu durchringen können, deren praktische Umsetzung gemeinsam und nachdrücklich in Angriff zu nehmen. Der Irak-Krieg hat zuletzt noch einmal sehr deutlich vor Augen geführt, wie die US-Regierung die innere Divergenz der EU akzentuiert, um die eigene Ausnahme- und Vormachtstellung – als gleichsam schicksalhafte, zumindest alternativlose Gegebenheit – zu zementieren. Die europäischen Gegenreaktionen wie z.B. der fehlgeschlagene Versuch, durch den Vierergipfel von Frankreich, Deutschland, Belgien und Luxemburg das Kerneuropakonzept mit Leben zu erfüllen, oder die Bestrebungen, die internationale Kooperation mit Russland und China zu festigen, blieben vorerst blass. Sie lassen sich aber auch als Indizien dafür interpretieren, dass einige Länder darauf drängen, die EU nicht nur als regionale Ordnungsmacht zu etablieren, sondern auch als ein Forum – weniger hingegen als einen Akteur⁷ –, das auf die Weltpolitik konzeptionell einwirkt.

5. Die EU – ein „Imperialismus neuen Typs“?

Die bisherigen Überlegungen lassen sich dahingehend zusammen fassen, dass der Einfluss der EU auf die Weltökonomie und Weltordnung – aufgrund innerer Divergenzen und einer relativ geringen Zentralisierung von Entscheidungs- und Repräsentationsbefugnissen – hinter ihren wirtschafts- und militärpolitischen Möglichkeiten zurück bleibt. Angesichts des Anteils der EU am weltweiten Waren-, Investitions- und Kreditgeschäft und der inzwischen sehr aktiven Rolle des europäischen Kapitals im Globalisierungsprozess (vgl. Balanyá et al. 2000; van Apeldoorn 2000) ist die gemeinsame Handels-, vor allem aber Währungs- und Finanzmarktpolitik, sicherlich ausbaufähig; und nimmt man das militärische Potential der EU-Mitgliedstaaten zusammen, so ist der rüstungstechnologische Abstand zu den USA zwar noch beträchtlich, aber keineswegs so groß, dass hierdurch bereits die ausgeprägte Hierarchie in der internationalen Sicherheitspolitik erklärt wäre. Selbst vorsichtig for-

⁷ Dies würde etwa implizieren, dass die Mitgliedstaaten der EU im Rahmen der GASP und ESVP zu – qualifizierten – Mehrheitsentscheidungen übergehen und dem „hohen Vertreter“ der GASP oder einem zukünftigen europäischen Außenminister weitreichende Kompetenzen eingeräumt werden. In diesem Kontext könnte dann auch die EU – anstatt

muliert, lässt sich die EU daher als eine Zivilmacht auf Abruf, d.h. als „schlafender Riese“ begreifen, der mittel- und langfristig durchaus zu einer imperialen Großmacht erwachen kann.

Man kann auch noch einen Schritt weiter gehen. So lassen sich die Ereignisse der letzten zehn bis fünfzehn Jahre durchaus so interpretieren, dass die Europäische Union bereits erwacht ist und die Mitgliedstaaten ihrerseits darum ringen, einen gemeinsamen politisch-strategischen Gestaltungswillen auszubilden. Die zunehmenden Spannungen im transatlantischen Verhältnis – von der Handels-, über die Umwelt- bis hin zur internationalen Strafrechts- und Sicherheitspolitik (vgl. Müller 2004) – sprechen denn auch dafür, dass sich die EU gegenüber den USA seit einiger Zeit als ein eigenständiger – zum Teil allerdings noch recht disparater – Machtblock positioniert. Nach der Osterweiterung wird dies zukünftig zwar schwieriger, da sich viele der neuen Mitgliedstaaten stärker an den USA orientieren und hierdurch – gerade in außenpolitischen Fragen – die nationale Divergenz zunimmt. Gleichzeitig bleiben die grundlegenden Strukturprobleme und Ordnungskonflikte der neuen Welt(un)ordnung jedoch bestehen. Was die transatlantischen Beziehungen anbetrifft, so sind vor allem zwei Aspekte von zentraler Bedeutung:

- Zum einen gibt es trotz der grundsätzlich ähnlichen bzw. gemeinsamen Interessenlage der USA und der EU konkurrierende Vorstellungen darüber, wie und von wem wichtige weltpolitische und weltökonomische Entscheidungen getroffen werden; wie „Sicherheits“-Probleme (neu) definiert werden; wer jeweils als „Freund“ oder „Feind“, als „Partner“ oder „Schurkenstaat“ zu betrachten ist; mit wem demzufolge wie umzugehen ist; und natürlich auch: wer von internationalen Arrangements, wirtschaftlichen Sanktionen oder militärischen Interventionen im welchem Maße profitiert oder benachteiligt wird. Mit anderen Worten: Ungeachtet aller Kooperation entfaltet sich auch in der atlantischen Allianz – zuletzt verstärkt durch weltökonomische Krisenprozesse – die Logik einer machtpolitischen Rivalität, d.h. ein Kampf um weltpolitischen Einfluss und Definitionsmacht.
- Zum anderen gehen die Auffassungen darüber auseinander, über welche Mechanismen die neue Weltordnung und Weltökonomie effektiv und nachhaltig zu gestalten ist (vgl. Müller 2004). Während die USA offenbar dazu neigt, durch eine unilaterale Politik der mitunter recht aggressiven und gewaltsam-militärischen Machtdemonstration die tradierten Hierarchien in der internationalen Politik fortzuschreiben, setzt die EU zumeist darauf, durch mul-

einzelne wenige Mitgliedstaaten – einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat anstreben. Tatsächlich bemüht sich jedoch Deutschland um einen solchen Sitz, nicht aber die EU.

tilaterale und rechtsverbindliche – und allenfalls im „Notfall“ militärisch erzwungene – Kooperationsmuster, den Konsens der Beherrschten zu organisieren.

Nicht selten wird die Vermutung geäußert, dass genau diese Strategie einer rechtsbasierten – Konsens oder zumindest Akzeptanz generierenden – Hegemonialpolitik den Anforderungen der globalisierten Weltordnung weitgehend entspricht. Im Unterschied zur interventionistischen Übermachtstrategie der USA ist sie weniger legitimationsverzehrend und kostenintensiv, läuft also nicht so leicht Gefahr, sich imperial zu übernehmen. In kritischer Umkehrung der Annahme eines ohnmächtigen Europas (vgl. Kagan 2002) verweist diese Argumentation auf eine mögliche „Paradoxie der Schwäche“, wonach sich die begrenzte militärische Interventionsfähigkeit der EU letztlich zu einer Trumpfkarte im weltpolitischen Krisenmanagement verwandelt. Die internationale Gestaltungs- und Vermittlungsmacht stützt sich dieser Auffassung zufolge vor allem auf den Modellcharakter der Europäischen Union, d.h. auf die Ausstrahlungskraft der europäischen Integration und die Universalisierbarkeit ihrer kooperativen Entscheidungs- und Regulationsmuster (vgl. Derrida/Habermas 2003; Rifkin 2004; Müller 2003: 181ff).

Gleichzeitig gibt es jedoch auch berechtigte Zweifel an diesem Deutungsmuster. In mancher Hinsicht handelt es sich bei dieser Selbst- und Fremdbeschreibung der EU als einer global ausstrahlungsfähigen Zivilmacht um eine idealtypisch übersteigerte Identitätszuweisung. Ohne die Kontrastfolie der US-Politik lässt sich dieses Selbstbild – angesichts der zurückliegenden Integrationschritte und des Aufbaus gemeinsamer militärischer Interventionskapazitäten (GASP, ESVP, Verfassungsvertrag, Konsolidierung der Rüstungsindustrie etc.) – nur schwerlich aufrecht erhalten. Zudem verfügen die EU-Mitgliedstaaten als Basiseinheiten des europäischen Mehrebenensystems über beträchtliche militärische Potenziale, die in den Kriegen auf dem Balkan, in Afghanistan oder im Irak zuletzt wiederholt abgerufen wurden. Dass dies nur begrenzt geschah und die zivile Orientierung der EU – vor, während oder im Anschluss an die Kriegshandlungen – wieder in den Vordergrund trat, ist vor allem der weltpolitischen Arbeitsteilung mit den USA geschuldet. Mit anderen Worten, ungeachtet aller zivilen Komponenten der EU-Außenpolitik bleibt letztlich auch das weltordnungspolitische Alternativprojekt der EU – zumindest in der Wahrnehmung und Präferenzbildung des europäischen Machtblocks – darauf angewiesen, gestützt auf die Androhung und den Einsatz militärischer Gewalt missliebige Regierungen unter Druck setzen zu können.

Einige Wissenschaftler und Politikberater wie Robert Cooper (2002) und Herfried Münkler (2004) argumentieren in diesem Sinne, dass die kooperative Hegemonialpolitik der Europäischen Union letztlich nur dann erfolgreich sein kann, wenn zugleich ein ausreichendes militärisches Drohpoten-

tial aufgebaut wird. Die zuvor skizzierte Position, die in der EU primär eine kooperative Zivil- bzw. Hegemonialmacht sieht, wird hierbei in zweierlei Hinsicht modifiziert. Die erste Modifikation ist begrifflich und analytisch. Sie besteht vor allem darin, die EU nun offensiv als Prototyp eines post-modernen Imperiums zu begreifen, das jenseits der traditionellen Politik der Machtbalance und Souveränitätssicherung territoriale Grenzlinien – nach innen wie nach außen – aufbricht, durchdringt und rechtsförmig reorganisiert, um eine zivile Politik der Friedenssicherung und Wohlfahrtssteigerung voran zu bringen (vgl. Cooper 2002). Die andere Modifikation betrifft die politische Strategie. Betont die kooperative Zivilmachtkonzeption die weichen Strategiekomponenten einer wirtschaftlich vorteilhaften Zusammenarbeit nach Maßgabe klarer Regeln und politischer Zugeständnisse, so zielt der imperiale Herrschaftsdiskurs – nach innen wie nach außen – sehr viel stärker darauf, durch klare (geo-)politische Vorgaben, rasche Entscheidungsverfahren und effektive militärische Kapazitäten die Glaubwürdigkeit einer möglichen Gewaltanwendung zu steigern (vgl. Münkler 2003; 2004).

Noch fällt es der Europäischen Union – den supranationalen Institutionen, vielen Regierungen und großen Teilen der Bevölkerung – schwer, in der eigenen postmodernen Imperialität einen positiven Referenzpunkt zu erkennen. Mit dem Diskurs über die Notwendigkeit einer effektiven militärischen Gewaltmaschine scheint sich dies allmählich jedoch zu ändern. Sollten es im näheren regionalen Umfeld zu weiteren ernsthaften politischen Krisen, Konflikten oder Kriegen kommen, könnte sich dieser Prozess einer imperialen (Selbst-)Transformation der EU weiter beschleunigen.

Literatur

Aglietta, Michel (2000): Ein neues Akkumulationsregime. Die Regulationstheorie auf dem Prüfstand, Hamburg: VSA.

Anderson, Perry (2002): Force and Consent; in: *New Left Review*, Second Series, Nr. 17, 5-30.

Arlman, Paul (2002): Exchanges in Europe in 2002; in: *International Commodities Yearbooks*, Essex: Euromoney Yearbooks, 44-47.

Ausschuss der Weisen (2001): Schlussbericht des Ausschusses der Weisen über die Regulierung der europäischen Wertpapiermärkte, Brüssel.

Balanyá, Belen/Doherty, Ann/Hoedeman, Olivier/Ma'anit, Adam/Wesselius, Erik (2000): Europe

- Inc. *Regional & Global Restructuring and the Rise of Corporate Power*, London: Pluto Press.
- Bergsten, Fred (1999): *America and Europe: Clash of the Titans?*; in: *Foreign Affairs* 78(2), 20-34.
- Bhagwati, Jagdish (1998): *The Capital Myth*; in: *Foreign Affairs* 77(3), 7-12.
- Bieling, Hans-Jürgen (2001): *Staat, Zivilgesellschaft und New Governance in der Europäischen Union*; in: *Kurswechsel* 16(3), 26-35.
- Bieling, Hans-Jürgen (2003): *Social Forces in the Making of the New European Economy: The Case of Financial Market Integration*; in: *New Political Economy* 8(2), 203-224.
- Bieling, Hans-Jürgen/Deppe, Frank (2003): *Die neue europäische Ökonomie und die Transformation von Staatlichkeit*; in: *Europäische Integration*, Hg. Markus Jachtenfuchs/Beate Kohler-Koch, Opladen: Leske & Budrich, 513-539.
- Bieling, Hans-Jürgen/Schulten Thorsten (2003): *Competitive Restructuring and Industrial Relations within the European Union: Corporatist Involvement and Beyond?*; in: Cafruny, Alan/Ryner, Magnus (Hrsg.): *The Political Economy of the European Union*, Lanham: Rowman & Littlefield, 231-259.
- Bolkenstein, Frits (2001): 'European Competitiveness', *Ambrosetti Annual Forum*, Cernobbio, 8 September, http://europa.eu.int/comm/internal_market/en/speeches/spch373.htm.
- Boltho, Andrea (2003): *What's wrong with Europe?*; in: *New Left Review*. Second Series 22, 5-26.
- Boyer, Robert (2000): *Is a finance-led growth regime a viable alternative to Fordism? A preliminary analysis*; in: *Economy and Society* 29(1), 111-145.
- Bretherton, Charlotte/Vogler, John (Hrsg.) (1999): *The European Union as a Global Actor*, London: Routledge.
- Cafruny, Alan (2003): *The Geopolitics of US Hegemony in Europe. From the Breakup of Yugoslavia to the War in Iraq*; in: Cafruny, Alan/Ryner, Magnus (Hrsg.): *A Ruined Fortress? Neo-liberal Hegemony and Transformation in Europe*, Lanham et al.: Rowman & Littlefield, 95-119.
- CAG (1998): *Capital Markets for Competitiveness. Report to the President of the Commission and the Heads of State and Government for the Cardiff European Council*, Brüssel.
- Cohen, Benjamin J. (2003): *Global Currency Rivalry: Can the Euro Ever Challenge the Dollar?*; in: *Journal of Common Market Studies* 41(4), 575-595.
- Cooper, Robert (2002): *The postmodern State*; in: *The Observer*, 10. April.

- Cox, Robert W. (1987): *Production, Power, and World Order. Social Forces in the Making of History*, New York: Columbia University Press.
- Cox, Robert W. (1989): *Production, the State, and Change in World Order*; in: Czempel, Ernst-Otto/Rosenau, James N. (Hrsg.): *Global Changes and Theoretical Challenges. Approaches to World Politics for the 1990s*, Toronto: Lexington Books, 37-50.
- Cox, Robert W. (1998): *Weltordnung und Hegemonie – Grundlagen der „Internationalen Politischen Ökonomie“*. FEG-Studie Nr. 11, Marburg: Philipps-Universität Marburg.
- Cremer, Ulrich (2002): *Nach dem 11. September: NATO putzmunter oder am Ende?*; in: *Prokla* 32(2), 183-203.
- Demirovic, Alex (2000): *Erweiterter Staat und europäische Integration. Skizzenhafte Überlegungen zur Frage, ob der Begriff der Zivilgesellschaft zur Analyse der Veränderung von Staatlichkeit beitragen kann?*; in: Bieling, Hans-Jürgen/Steinhilber, Jochen (Hrsg.): *Die Konfiguration Europas. Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie*, Münster: Westfälisches Dampfboot, 51-72.
- Deppe, Frank/Heidbrink, Stephan/Salomon, David/Schmalz, Stefan/Schoppengerd, Stefan/Solty, Ingar (2004): *Der neue Imperialismus*, Heilbronn: Distel Verlag.
- Derrida, Jaques/Habermas, Jürgen (2003): *Unsere Erneuerung*; in: *FAZ*, 31. Mai, 33-34.
- ERT (2002): *Will European Governments in Barcelona keep their Lisbon Promises? Message from the European Round Table of Industrialists to the Barcelona European Council*, Brussels: European Round Table of Industrialists.
- Europäischer Rat (2003): *Ein Sicheres Europa in einer besseren Welt. Europäische Sicherheitsstrategie*, Brüssel, den 12. Dezember 2003, <http://www.auswaertigesamt.de/www/de/infoservice/download/pdf/friedenspolitik/ess.pdf>.
- Fischer, Joseph (2004): *„Die Rekonstruktion des Westens“ – Interview von Bundesaußenminister Fischer*; in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 06.03.2004.
- Gowan, Peter (1999): *The Global Gamble. Washington's Faustian Bid for World Dominance* (London: Verso).
- Gowan, Peter (2002): *The American Campaign for Global Sovereignty*; in: *Socialist Register 2003*, London: Merlin Press, 1-27.
- Gowan, Peter (2003): *U.S. Hegemony Today*; in: *Monthly Review* 55(3), 30-50.

- Grahl, John (2001): Globalized Finance. The Challenge to the Euro; in: New Left Review. Second Series 8, 23-47.
- Gramsci, Antonio (1991ff): Gefängnishefte. Kritische Gesamtausgabe, Hamburg: Argument Verlag.
- Hall, Peter A./Soskice, David (2001): An Introduction to Varieties of Capitalism; in: Hall, Peter A./Soskice, David (Hrsg.): Varieties of Capitalism, Oxford: Oxford University Press, 1-68.
- Harvey, David (2003): The New Imperialism, Oxford: Oxford University Press.
- Heidbrink, Stephan (2005): US-Hegemonie und europäische Integration. Die militärpolitische Konfiguration Europas im transatlantischen Spannungsfeld, FEG-Arbeitspapier Nr. 25, Marburg: FEG, i.E.
- Helleiner, Eric (1994): States and the Reemergence of Global Finance: From Bretton Woods to the 1990s, Ithaca; London: Cornell University Press.
- Hill, Christopher (1993): The capability-expectations gap, or conceptualizing Europe's international role; in: Journal of Common Market Studies 31 (3), 305-328.
- Hirsch, Joachim (2004): Was ist eigentlich Imperialismus?; in: links-netz, <http://www.links-netz.de/archiv.html>
- Kagan, Robert (2002): Macht und Schwäche. Was die Vereinigten Staaten und Europa auseinander treibt; in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 10, 1194-1206.
- Kautsky, Karl (1914): Der Imperialismus; in: Die Neue Zeit, Jg. 32, Nr. 21, 908-922.
- Keohane, Robert O. (2002): Ironies of Sovereignty: The European Union and the United States; in: Journal of Common Market Studies 40:4, 743-765.
- Kierzkowski, Henryk (Hrsg.) (2002): Europe and Globalization, Basingstoke u.a.: Palgrave.
- Kößler, Reinhard (2003): Imperialismus und Globalisierung. Anmerkungen zu zwei Theoriekomplexen; in: Prokla 33(4), 521-544.
- Kuttner, Robert (1992): The End of Laissez-Faire. National Purpose and the Global Economy After the Cold War, Philadelphia: University of Pennsylvania Press.
- Layne, Christopher (2003): America as European Hegemon; in: The National Interest, Nr. 72, 17-29.
- Lütz, Susanne (2002): Der Staat und die Globalisierung von Finanzmärkten. Regulative Politik in Deutschland, Großbritannien und den USA, Frankfurt a.M.: Campus.
- McNamara, Kathleen R. (1998): The Currency of Ideas. Monetary Politics in the European Union,

- Ithaca; London: Cornell University Press.
- McNamara, Kathleen R./Meunier, Sophie (2002): Between national sovereignty and international power: what external voice for the euro?; in: *International Affairs* 78(4), 849-868.
- Middlemas, Keith (1995): *Orchestrating Europe. The Informal Politics of European Union 1973-1995*, London: Fontana Press.
- Müller, Harald (2003): Amerika schlägt zurück. Die Weltordnung nach dem 11. September, Frankfurt a.M.: Fischer-Verlag.
- Müller, Harald (2004): Das transatlantische Risiko. Deutungen des amerikanisch-europäischen Weltordnungskonflikts; in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 3-4, 7-17.
- Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela (Hrsg.) (2002): *Europäische Außenpolitik: GASP- und ESVP-Konzeptionen ausgewählter EU-Mitgliedsstaaten*, Baden-Baden: Nomos.
- Münkler, Herfried (2003): Die Botschaft der Athene; in: *FR*, 27. Dezember, 7.
- Münkler, Herfried (2004): Europas imperiale Herausforderung; in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Heft 12, 1462-1464.
- Neuber, Arno (2003): *Militärmacht Europa. Die EU auf dem Weg zur globalen Interventionsmacht*, ISW-Report Nr. 56, München: Das freie Buch.
- Oberansmayr, Gerald (2004): *Auf dem Weg zur Supermacht. Die Militarisierung der Europäischen Union*, Wien: Promedia.
- Panitch, Leo (2000): The New Imperial State; in: *New Left Review*, Second Series, Nr. 2, 5-21.
- Panitch, Leo/Gindin, Sam (2003): Euro-Kapitalismus und amerikanischer Imperialismus; in: Beckmann, Martin/Bieling, Hans-Jürgen/Deppe, Frank (Hrsg.), „Euro-Kapitalismus“ und globale politische Ökonomie. Hamburg: VSA, 113-143.
- Pearson, Patrick (2001): The European Commission's Action Plan for Financial Services; in: *The Geneva Papers on Risk and Insurance* 26(3), 329-333.
- Reiter, Erich (2004): Die Sicherheitsstrategie der EU; in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 3-4, 26-31.
- Rifkin, Jeremy (2004): *Der Europäische Traum. Die Vision einer leisen Supermacht*, Frankfurt a.M.; New York: Campus.
- Ruggie, John Gerard (1982): International Regimes, Transactions and Change: Embedded Liberalism and the Postwar Economic Order; in: *International Organization* 36(2), 379-416.

- Schmidt, Ingo (2003): Transatlantische Beziehungen: Das Ende einer wunderbaren Freundschaft?; in: Prokla 33(4), 545-564.
- Solana, Javier (2003): Entwurf für eine Europäische Sicherheitsstrategie; in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 8, 1009–1014.
- Solans, Eugenio Domingo (2002): European financial integration and the international role of the euro: speech delivered at the Global Economic Summit IV, Estepona (Spain), 9 March 2002. <http://www.ecb.int/key/02/sp020309.htm>.
- Steinherr, Alfred (2002): Europe in the Global Financial Market; in: Kierzkowsky, Henryk (Hrsg.): Europe and Globalization, Hampshire; New York: Palgrave, 143-162.
- Strange, Susan (1989): Toward a Theory of Transnational Empire; in: Czempiel, Ernst-Otto/Rosenau, James N. (Hrsg.): Global Changes and Theoretical Challenges. Approaches to World Politics for the 1990s, Lexington: Lexington Books, 161-176.
- Tsoukalis, Lukas (2002): The European Union and Global Economic Governance. Paper presented at the Sixth ECSA-World Conference, "Peace, Security and Stability: International Dialogue and the Role of the European Union", Brussels, 5-6 December 2002.
- van Scherpenberg, Jens (2003): Imperiale Überdehnung? Die USA und die steigenden Kosten des „Krieges gegen den Terror“, SWP-Aktuell 35, September.
- Varwick, Johannes (2004): Die Europäische Union: Politisches System und Außenbeziehungen, in: Knapp, Manfred/Krell, Gerd (Hrsg.): Einführung in die internationale Politik. Studienbuch, München/Wien: Oldenbourg, 201-249.
- van Apeldoorn, Bastiaan (2000): Transnationale Klassen und europäisches Regieren: Der European Round Table of Industrialists; in: Bieling, Hans-Jürgen/Steinhilber, Jochen (Hrsg.): Die Konfiguration Europas. Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie, 189-221.
- vom Hagen, Ulrich (2003): Militärische Multinationalität in Europa angesichts divergierender Ordnungsvorstellungen; in: Kümmel, Gerhard/Collmer, Sabine (Hrsg.): Soldat - Militär - Politik - Gesellschaft, Baden-Baden: Nomos, 169-183.
- Weber, Steven/Posner, Elliot (2001): 'Creating a Pan-European Equity Market', in: Weber, Steven (Ed.), Globalization and the European Political Economy, New York: Columbia University Press, 140-196.
- Wesselius, Erik (2002): Behind GATS 2000: Corporate Power at Work, The World Trade Organisation Series No. 4, Amsterdam: Transnational Institute.



Ingo Schmidt

Ist der Euro ein Gegenprojekt zum US-Dollar?

1. Einleitung

Die „neue Weltordnung“, deren Durchsetzung nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion vom damaligen US-Präsidenten Bush sen. verkündet worden war, wurde in den 1990er-Jahren zumeist mit Schlagworten wie „Globalisierung“ und „Empire“ belegt. Diesen Begriffen wurden sehr unterschiedliche Bedeutungen beigemessen: Vom Bedeutungsverlust der Nationalstaaten in einem sich immer weiter vereinheitlichenden Weltmarkt bis zum Aufstieg der USA zur unverzichtbaren Supermacht.¹

Hinter dem Erfolg des Globalisierungsbegriffs trat eine andere Interpretation des Untergangs des Sowjetkommunismus zunächst zurück. Zwar wurde bereits zu Beginn der 1990er-Jahre behauptet, dass das Ende der Systemkonkurrenz einem Kampf zwischen liberal und korporativ verfassten Varianten des Kapitalismus Platz machen werde.² Größeres Interesse finden solche Rivalitäten jedoch erst, seit die Frage der Wettbewerbsfähigkeit einzelner Länder und ihrer spezifischen Institutionen von Konflikten um die Ausgestaltung der internationalen Wirtschaftsordnung sowie die globale Machtbalance überlagert werden. Dies war der Fall, als sich beständig schwelende Handelskonflikte zwischen USA und EU bis zum Scheitern der WTO-Verhandlungen in Seattle 1999 zugespitzt haben, die Europäische Währungsunion das Währungsmonopol des US-Dollars in Frage gestellt und erst recht, als der von den USA vorangetriebene Krieg gegen den Irak zu massiven außenpolitischen Konflikten mit Deutschland und Frankreich geführt hat.

Passend dazu fanden in den USA jene Stimmen immer mehr Gehör, welche ein Ende des Bündnisses mit den schwächlichen Europäern fordern³ und statt dessen eine ganz auf die eigene Kraft vertrauende imperialistische Politik zur Durchsetzung der nationalen Interessen fordern.⁴

Aus der alten Welt schallt es in ähnlicher Tonlage zurück: Europa befände sich in einem „Kulturkampf“⁵ mit den USA und brauche „keinen Vormund“⁶. Die in den politischen Klassen Europas vorherrschende Stimmungslage scheint durch solche Begriffe ganz gut getroffen zu sein. Immerhin

¹ Held, McGrew 2000

² Albert 1992

³ Kagan 2002

⁴ Mallaby 2002

⁵ Abelshausen 2003

⁶ Schmidt 2002

werden Auf- und Ausbau europäischer Verteidigungskapazitäten im vorliegenden Verfassungsentwurf des EU-Konvents als zentrale Ziele der europäischen Integration benannt.⁷ Darüber hinaus gilt die Entwicklung der „Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik“ als eines der zentralen Ziele der europäischen Integration nach der Währungsunion und der ersten Runde der EU-Osterweiterung.

Es könnte der Eindruck entstehen, der ökonomische Wettbewerb innerhalb einer wesentlich durch die USA geprägten Weltwirtschaftsordnung würde in einen Kampf um die (Neu-)Aufteilung der Weltmärkte zwischen Europa und Amerika übergehen. Tritt der Kapitalismus nach einem „kurzen Zeitalter der Globalisierung“⁸ also erneut in sein „höchstes, imperialistisches Stadium“⁹ ein? Wird die pazifizierende Wirkung weltwirtschaftlicher Integration abermals durch eine unheilvolle Symbiose zwischen ökonomischen Krisentendenzen und Militarismus abgelöst, welche bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts die Gemüter bewegt hat?¹⁰ Werden nationale Interessen und die hierdurch motivierte Außenpolitik nicht als gegeben und unabhängig von der Formierung und Durchsetzung ökonomischer Interessen angesehen, kann daher gefragt werden, ob sich auf beiden Seiten des Atlantik rivalisierende Wirtschaftsblöcke herausbilden?

Besondere Bedeutung kommt dabei dem Verhältnis zwischen dem US-Dollar und dem Euro zu. Schließlich stellt die Geldpolitik – zumindest im Falle starker Länder bzw. Ländergruppen – eine doppelte Schnittstelle dar: Erstens zwischen wirtschaftlichem Handeln privater Unternehmen und Haushalte und der politischen Steuerung dieser Aktivitäten und zweitens grenzt sie mit dem Gültigkeitsbereich einer Währung die Binnen- und Außenwirtschaft gegeneinander ab.

Um die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Europa und Amerika – und dem hiervon möglicherweise ausgehenden Einfluss auf die Außen(-wirtschafts-)politik – zu verstehen, kommt den Währungsbeziehungen gegenüber den transatlantischen Waren- und Kapitalströmen auch aus empirischer Sicht besondere Bedeutung zu. Vergleicht man nämlich internationale Handels- und Kapitalverflechtungen, so zeigt sich, dass die USA und die EU stärker gegenseitig durchdrungen sind als andere Weltregionen.¹¹ Werden anstelle der EU insgesamt ihre Mitgliedsländer einzeln mit den USA verglichen, stellt man fest, dass in vielen Fällen Amerika ein wichtigerer Handelspartner ist als europäische Nachbarländer. Dabei hätte mit Blick auf die transatlantische Wirtschaftsintegration anstelle einer europäischen auch eine transatlantische Gemeinschaftswährung eingeführt werden können. Wenn die EU einen optimalen Währungsraum darstellt und insofern die realwirtschaftli-

⁷ Pflüger 2004

⁸ Schmidt 2004

⁹ Lenin 1917

¹⁰ Hobson 1902, 126ff; Luxemburg 1913, 398ff

¹¹ Quinlan 2003

chen Bedingungen für eine einheitliche Währung erfüllt¹², gilt dies auch für den transatlantischen Wirtschaftsraum. Die regionalen Einkommens- und Produktivitätsunterschiede sind in den USA keineswegs größer als in der EU¹³ und zwischen beiden gibt es wie bereits erwähnt enge ökonomische Verflechtungen. Während die Idee einer transatlantischen Freihandelszone in der internationalen Diplomatie jedoch immer mal wieder auftaucht, ist die Forderung nach einer entsprechenden Währungsunion noch niemals geäußert worden.

Seit dem Übergang von festen zu flexiblen Wechselkursen im Jahre 1973 sind selbst Vorschläge währungspolitischer Kooperation kaum über die Entwicklung akademischer Blaupausen hinausgekommen.¹⁴ In den transatlantischen Wirtschaftsbeziehungen besteht demnach ein Gegensatz zwischen realwirtschaftlicher Integration, die sich offenbar unabhängig von länderspezifischen Institutionen vollzieht, und währungspolitischer Abstinenz. Hieran knüpfen sich zwei Fragen: Wenn erstens die realwirtschaftliche Entwicklung eine transatlantische Währungsunion ebenso gerechtfertigt hätte wie eine europäische, ist der Euro dann weniger als ökonomisches Instrument der Stabilisierung und Senkung von Transaktionskosten zu werten, denn als politisches Gegenprojekt zum US-Dollar? Zweitens und unabhängig von den Interessenlagen, die zur Einführung des Euro geführt haben: Wird das Privileg, aus der Leitwährungsfunktion des US-Dollars wirtschaftspolitische Spielräume abzuleiten, die andere Länder nicht haben, durch den Euro eingeschränkt?

2. Prämissen: Amerikanischer Keynesianismus und europäischer Merkantilismus

Nur die Anhänger einer extremen Globalisierungsthese, wonach alle Staaten unter der Diktatur des Weltmarktes „absterben“, bestreiten, dass die USA nicht nur außenpolitisch, sondern auch weltwirtschaftlich eine Sonderrolle spielen. Lässt man immer wieder zu hörende Überhöhungen der USA als auserwählte Nation ebenso beiseite wie deren Dämonisierung als eigentliches Reich des Bösen dreht sich die Frage nach der ökonomischen Rolle der USA darum, ob sie eine Rentiersökonomie sind, die sich auf Kosten anderer Länder bereichert und deren Wachstumsmöglichkeiten entsprechend einschränkt¹⁵ oder ob sie den möglicherweise stotternden aber dennoch einzig zugkräftigen Motor der Weltwirtschaft darstellen.¹⁶

Im erstgenannten Fall wird davon ausgegangen, dass sich die USA von einem weltweit begrenzten Kapitalangebot durch ihre Nettokapitalimporte einen größeren Teil aneignen als sie selber

¹² Garrett 1999, 26ff

¹³ Combes, Overman 2003

¹⁴ Frenkel, Menkhoff 2000, 51ff

¹⁵ Todd 2003, 115ff

¹⁶ Schmidt 2003

zur Schaffung von Einkommen und Ersparnis beitragen. Dagegen unterstellt der letztgenannte Fall, dass die USA willens und fähig sind, durch Kreditschöpfung mehr als andere Länder zur Schaffung weltweiter Nachfrage beizutragen. Unterstellt wird dabei weiterhin, dass die weltweit verfügbaren Produktionskapazitäten und Arbeitskräfte dieses Nachfragewachstum nicht begrenzen, dass also verschiedene Länder keineswegs um die Umverteilung eines gegebenen Wachstumspotenzials ringen.

Was hier als abermaliger Aufguss des ewig währenden Streits zwischen (neo-)klassischer und keynesianischer Ökonomik erscheinen mag, enthüllt seinen eminent politischen Charakter, sobald nach den geld- und währungspolitischen Implikationen für US-Dollar und Euro gefragt wird. Schafft letzterer die Möglichkeit, sich dem „monetären Imperialismus“¹⁷ der USA zu entziehen und die Position Europas im Kampf um den Zustrom knappen Kapitals zu verbessern.¹⁸ Oder kommt es zu einer transatlantischen Währungskonkurrenz, welche die wirtschaftspolitischen Spielräume bzw. den politischen Willen der USA einschränkt, die Weltwirtschaft weiterhin mit Nachfrage zu versorgen. Obgleich im wesentlichen als Instrument der binnenwirtschaftlichen Stabilisierung Europas gedacht, könnte sich der Euro demnach in einen Störfaktor für die Weltwirtschaft verwandeln.

Es ist zwar sehr wahrscheinlich, dass der Euro zu schwach sein wird, den US-Dollar als internationale Leitwährung abzulösen. Er könnte aber stark genug sein, die Preisführerschaft des Dollar im internationalen Währungskartell in Frage zu stellen. In diesem Fall könnte die transatlantische Währungskonkurrenz die makroökonomischen Spielräume der USA begrenzen.

Welcher Einfluss dem Währungssystem auf die geld- und fiskalischen Freiheitsgrade in Europa und Amerika zugemessen wird, hängt natürlich entscheidend von den theoretischen Prämissen ab, auf deren Grundlage diese Frage behandelt wird. Diesbezüglich besteht ein breiter sozial- und wirtschaftswissenschaftlicher Konsens, dass die Wirtschaftspolitik in den kapitalistischen Metropolen in der Zeit vom Zweiten Weltkrieg bis in die 1970er-Jahre keynesianisch ausgerichtet war und danach ein Schwenk zum Neoliberalismus erfolgt sei. Aus liberaler Perspektive wird dies als politisch notwendige Reaktion auf die Stagflation angesehen¹⁹, zu welcher der Keynesianismus mit seinen Versuchen, Nachfragerückgänge des privaten Sektors durch höhere Staatsausgaben und eine begleitende Politik des leichten Geldes auszugleichen, in den 1970er-Jahren geführt habe.

Keynesianer argumentieren dagegen vielfach, der Neoliberalismus sei ein politisch motiviertes Projekt der Umverteilung, welches rückläufige Wachstumsraten und Arbeitslosigkeit als

¹⁷ Hudson 2003, 377ff

¹⁸ Schubert 1998, 157ff

¹⁹ Sachs, Larrain 1993, 14f

Preis für höhere Profitraten einkalkuliere.²⁰ Allerdings weisen beide Erklärungen Blindstellen auf: So fügen sich Ausgaben- und Geldpolitik der USA nur in ganz wenigen Jahren, aber sicher nicht für die gesamte Zeit seit den 1970er-Jahren in das neoliberale Bild von Haushaltsausgleich und knappem Geldangebot. Andererseits haben die wirtschaftspolitischen Entscheidungsträger in Deutschland die liberalen Prinzipien des ausgeglichenen Haushalts und knappen Geldes gerade während der als keynesianisch charakterisierten 1950er- und 1960er-Jahre ganz entschieden vertreten.²¹ Mit Blick auf die Frage nach den transatlantischen Währungsverhältnissen ist insbesondere an die damals geäußerten Befürchtungen zu erinnern, über den damals bestehenden festen Wechselkurs würde der Preisauftrieb, den die USA mit ihrer keynesianischen Wirtschaftspolitik herbeigeführt hätten, zu importierter Inflation führen. Eine Argumentationsfigur die auch im Vorfeld der Euro-Einführung eine große Rolle gespielt hat: Demnach waren die restriktiven Konvergenzkriterien des Maastrichter Vertrages unerlässlich, um die Stabilität der DM in die Europäische Währungsunion hinüberzuretten. Ein dermaßen „gehärteter“ Euro würde darüber hinaus den Dollar unter Abwertungsdruck setzen und die USA zur Aufgabe ihres monetären Schlendrians mit Haushalts- und Leistungsbilanzdefiziten, eskalierender privater Verschuldung und großzügiger Geldversorgung zwingen²². Nichts davon ist eingetreten: Der US-Dollar setzte seine 1995 begonnene Aufwertungsbewegung auch nach Einführung des Euro fort, die 2001 einsetzende Gegenbewegung des Dollarkurses ist mit weiter steigenden Leistungsbilanzdefiziten verbunden und die monetäre Expansion in den USA scheint nach wie vor die wichtigste Triebkraft der weltwirtschaftlichen Entwicklung zu sein.²³

Die genannten Beobachtungen sprechen dafür, dass in den 1970er-Jahren keineswegs ein genereller Übergang von keynesianischer zu neoliberaler Wirtschaftspolitik erfolgt ist. Der zu jener Zeit erfolgte wirtschaftstheoretische Paradigmenwechsel führte keineswegs dazu, dass die damit verbundenen Politikempfehlungen des „Washington Consensus“²⁴ in allen kapitalistischen Metropolen gleichermaßen zur Anwendung kamen.

Die nachfolgende Analyse der transatlantischen Währungsbeziehungen geht deshalb von einer anderen Annahme aus: Das Bild eines in den 1970er-Jahren erfolgten Übergangs vom Keynesianismus zum Neoliberalismus wird ersetzt durch die These transatlantischer Kontinuität. Demnach verfolgen die USA – von sehr kurzfristigen Ausnahmen abgesehen – seit dem Zweiten Weltkrieg eine keynesianische Wirtschaftspolitik, während in Europa – von etwas länger währenden keynesianischen Experimenten abgesehen – im selben Zeitraum eine merkantilistische Ausrichtung

²⁰ Schui, Blankenburg 2002

²¹ Altvater, Hoffmann, Semmler 1982, Bd. 2, 277ff

²² Hankel 1992, 106ff

²³ SVR-Gutachten 2003/04, 28ff

²⁴ Pollin 2003, 3ff

der Wirtschaftspolitik vorherrschend ist. Aus dieser Perspektive waren die 1970er-Jahre demnach nicht durch eine Neuorientierung der makroökonomischen Politik gekennzeichnet, sondern durch den beginnenden sozialpolitischen Roll-Back.²⁵ Von einer Mehrheitsströmung in den herrschenden Klassen der kapitalistischen Metropolen werden Angriffe auf Sozialstaat und Gewerkschaften seither als notwendig angesehen, weil die weltwirtschaftliche Stimulierung durch den US-Keynesianismus gegenüber der Nachkriegsprosperität schwächer geworden ist.²⁶ Gewinnsteigerungen sind daher zunehmend von einer Umverteilung zu Lasten der Löhne abhängig.

Amerikanischer Keynesianismus mit geringeren Wachstumseffekten und deshalb steigender Verschuldung sowie europäischer Merkantilismus mit steigender Verschuldung als Folge restriktiver Makropolitik sind die Ausgangsbedingungen, von denen die Einschätzung der Beziehungen zwischen US-Dollar und Euro ausgeht.

3. Amerika: Der Dollar als monetärer Arm der Hegemonie

Die wirtschaftliche und politische Sonderstellung, welche die USA nach dem Zweiten Weltkrieg inne hatten, beruhte zum einen darauf, dass sie das größte Wirtschaftspotenzial der Welt besaßen und damit auch über entsprechende militärische Kapazitäten verfügen konnten. Über die Größe hinaus spielten jedoch die Monopolstellungen, die sie in drei Bereichen einnahmen, eine zentrale Rolle. Ihr Kernwaffenmonopol sicherte die USA auch gegen die Zusammenfassung der konventionellen Militärkapazitäten eines möglichen feindlichen Bündnisses ab. Das Innovationsmonopol sicherte einen Produktivitätsvorsprung, so dass der Größenvorteil der eigenen Ökonomie auch gegenüber bevölkerungsreicheren Ländern gesichert werden konnte. Und schließlich drückte sich im Währungsmonopol der entscheidende Einfluss aus, den die USA auf die Gestaltung der Währungsordnung hatten.

Größe und eine dreifache Monopolstellung sorgten dafür, dass das bereits 1942 propagierte „Amerikanische Jahrhundert“ in doppelter Hinsicht ein Wachstumsmodell wurde: Zum einen lieferten die USA anderen Ländern mit dem Fordismus ein Produktions- und Regulierungsmodell. Dessen Einführung in anderen Ländern war – von allen Spezifika hinsichtlich institutioneller Ausgestaltung und Spezialisierung in der internationalen Arbeitsteilung abgesehen – mit einem starken, insbesondere durch Investitionen getragenen Wirtschaftswachstum verbunden. Zum anderen war nach den Vorstellungen der USA eine internationale Wirtschaftsordnung geschaffen worden, die nicht nur für die USA, sondern auch für (West-)Europa und Japan vorteilhaft war.

²⁵ Schmidt 1999

Investitionsdynamik und überdurchschnittliches Wachstum in Europa und Japan zogen in großem Umfang Waren und Kapital aus den USA an. Die damit verbundenen Überschüsse in der Leistungs- und Kapitalbilanz haben dazu beigetragen, dass die Wiederkehr der Depressionskonstellation aus inländischem Nachfragemangel und äußerer Abschottung, die für die Große Depression der 1930er-Jahre charakteristisch war, nach dem Zweiten Weltkrieg vermieden werden konnte. Der andere Faktor, der dies verhinderte, war die keynesianische Nachfrageschaffung, insbesondere in Form der permanenten Rüstungswirtschaft. Andererseits sicherten die Währungsparitäten, die im Vertrag von Bretton Woods festgelegt worden waren, den sich rasch entwickelnden Exportindustrien in Europa und Japan preisliche Wettbewerbsvorteile: Bei festen Wechselkursen und zugleich – als Begleiterscheinung der Übernahme des amerikanischen Produktionsmodells – überdurchschnittlichem Produktivitätswachstum wurden europäische und japanische Waren gegenüber amerikanischen immer billiger.

Die Diffusion amerikanischer Produktionsmethoden führte außerdem dazu, dass der Produktivitätsvorsprung gegenüber Europa und Japan rasch kleiner geworden ist. Da – allem New-Economy-Hype in den 1990er-Jahren zum trotz – seit der Entstehung des Fordismus keine Welle radikaler Innovationen zur Herausbildung eines gänzlich neuen Produktionsmodells geführt hat, haben die USA ihr Innovationsmonopol weitgehend verloren.²⁷

Mit der technologischen Entwicklung eng verbunden ist das Kernwaffenmonopol, welches durch die Zündung der ersten russischen Atombombe 1949 sowie der ersten Wasserstoffbombe 1953 gebrochen wurde. Abgesehen von der Einschränkung außenpolitischer Handlungsspielräume, die mit dem Übergang vom Nuklearmonopol zu verschiedenen Strategien nuklearer Abschreckung verbunden waren, kommt dem Rüstungssektor auch enorme ökonomische Bedeutung zu. Dieser hatte zunächst zur Einführung fordistischer Methoden standardisierter Massenproduktion beigetragen. Die staatliche Nachfrage hatte den Firmen mit ihren damals neuen Produktionsmethoden beim Überschreiten der Gewinnschwelle geholfen sowie zur Ausnutzung steigender Skalenerträge beigetragen. Seither hat sich die Militärtechnik aber immer stärker in den Bereich der Hochtechnologie und damit in einen Sektor verschoben, der durch extrem hohe Entwicklungskosten aber rasche Diffusion verbunden ist. Der Bedeutungsverlust des US-amerikanischen Innovationsmonopols konnte deswegen auch durch anhaltend hohe Ausgaben für Rüstungsgüter nicht verhindert werden.²⁸ So gesehen ist es kein Zufall, dass die Überlegenheit des US-Militärs gegenüber allen anderen Ländern

²⁶ Schmidt 2003

²⁷ Nelson 1996, 264ff

²⁸ Harman 1999, 75ff

der Welt mehr mit dessen schiere Größe als mit seiner technologischen Überlegenheit begründet wird.

Bleibt das Währungsmonopol: Einerseits haben die europäischen und japanischen Exporterfolge während des Nachkriegsaufschwungs die amerikanischen Leistungsbilanzüberschüsse schnell zum Verschwinden gebracht, andererseits wurde der Krieg in Vietnam am Ende der 1960er-Jahre zunehmend durch Kapitalimporte finanziert, so dass auch die Kapitalbilanz defizitär wurde. Diese Entwicklung war mit einem Abfluss von US-Goldreserven, die in einem festen Verhältnis an den Dollar gebunden waren, sowie mit einem Abwertungsdruck auf den Dollar verbunden. Nachdem die US-Regierung 1971 die Goldbindung des Dollar und 1973 dessen Wechselkursbindung aufgegeben hatte, kam es zu einer massiven Abwertung. Mehr noch als das Ende des Kernwaffenmonopols und der allmählichen Diffusion des fordistischen Produktionsmodells wurde das Ende des Dollar-basierten Wechselkurssystems von Bretton-Woods als Zeichen amerikanischen Niedergangs angesehen, in dessen Folge die USA nicht mehr in Lage seien, der Weltwirtschaft und -politik ihren Stempel aufzudrücken. Vielmehr würden der wirtschaftliche Aufstieg Europas und Japans die USA zu internationaler Kooperation zwingen.²⁹

Der damals vielfach prognostizierte Übergang von der Dollar-Hegemonie zu einem Multiwährungsstandard ist nicht eingetreten. Rückblickend lässt sich feststellen, dass das Währungsmonopol der USA gegenüber dem Bretton Woods-System in veränderter Form fortbesteht und der US-Dollar sogar zur tragenden Säule des amerikanischen Einflusses auf die Weltwirtschaft geworden ist. Die Kombination aus hohen Zinsen sowie Haushalts- und Leistungsbilanzdefiziten, durch welche die erste Amtsperiode US-Präsident Reagans gekennzeichnet war, führte zur Durchsetzung eines „doppelten Standards“ in der Weltwirtschaft.³⁰ Während zunehmende Staats- und Auslandsverschuldung in anderen, insbesondere armen Ländern, zu wirtschaftlichem und – ganz im Sinne des „Washington Consensus“ – politischem Druck führt, die Staatsfinanzen durch Ausgabenkürzungen zu sanieren und die Währung abzuwerten, wurden US-Verschuldung und die damit verbundene Auslandsnachfrage nach Dollar-Krediten und – Wertpapieren zum Motor weltwirtschaftlichen Wachstums. In dieser Rolle wurden die USA umso wichtiger, je mehr die Weltwirtschaft insgesamt durch Überkapazitäten, die sich während des Nachkriegsaufschwungs aufgebaut hatten, gekennzeichnet war und je mehr sich in anderen Teilen der Welt eine restriktive Wirtschaftspolitik ausbreitete.

Es ist jedoch zu bemerken, dass die Defizitpolitik unter Reagan, die als keynesianische Reaktion auf die Wirtschaftskrise 1982 verstanden werden kann, mit einer seit 1979 betriebenen

²⁹ Gilpin 2001, 82ff

³⁰ Hudson 2003, 20ff

Hochzinspolitik zusammentraf, die zum Ausbruch der Krise nicht unwesentlich beigetragen haben dürfte. Diese Kombination von expansiver Fiskal- und restriktiver Geldpolitik – von Bush sen. in seiner ersten Wahlkampagne als „Voodoo-Ökonomie“ bezeichnet – hat entscheidend dazu beigetragen, dass die USA in einer Periode langfristig gesunkener Wachstumsraten mit ihrer inländischen Nachfragepolitik entscheidenden Einfluss auf die weltweite Wachstumsdynamik ausüben konnten. Die hohen US-Zinsen lösten nämlich einen massiven Kapitalzufluss aus, der die amerikanischen Haushalts- und Leistungsbilanzdefizite zu finanzieren half. Die damit verbundenen Importe sind der Kanal, über den inländische Nachfragesteigerungen teilweise an die Weltwirtschaft weitergegeben wurden und werden.

Zugleich führten die hohen Zinsen dazu, dass sich die Verteilung des Profits vom Unternehmensgewinn zum Zins verschoben und damit die Geldkapitalisten gegenüber den industriellen Kapitalisten an Bedeutung gewonnen haben. Auf dieser sozio-ökonomische Grundlage bildete sich in den 1990er-Jahren, als die Rüstungsausgaben – und der hiervon ausgehende fiskalische Impuls – vorübergehend gesunken sind, das Paradoxon eines „Börsenkeynesianismus“ heraus.³¹ Dieser verbindet eine Politik des billigen Geldes mit schuldenfinanzierten Wertpapierkäufen und daher steigenden Börsennotierungen. Dieser Vermögenseffekt ermöglicht es wiederum, eine steigende private Konsum- und Investitionsnachfrage zu finanzieren. Auf die Instabilitäten dieser Konstellation und die damit verbundenen Gefahren schwerer Finanz- und Wirtschaftskrisen ist immer wieder hingewiesen worden. Gleichwohl ist festzustellen, dass die US-Ökonomie das Ende der New Economy-Spekulation sowie die damit verbundene Konjunkturkrise schneller überwunden hat als Europa und Japan. Eine Mischung aus lang tradiertem Militär- und in den 1990er-Jahren entstandenen Börsenkeynesianismus ist gegenwärtig die entscheidende Zugkraft der Weltwirtschaft.³²

³¹ Brenner 2002, 171ff

4. Europa: Makroökonomische Disziplinierung nach innen und Exportförderung nach außen

Es ist bezeichnend für die Geschichte des Keynesianismus, dass dessen theoretische Grundlagen zwar in Großbritannien, dem Hort liberaler Theorie und Politik, entwickelt, aber zuerst in Deutschland und den USA angewendet wurden.³³ Nachdem die deutschen Großmachtpläne samt des dazu komplementären Militärkeynesianismus im Zweiten Weltkrieg gescheitert sind, waren es die Amerikaner, die mit der oben beschriebenen Kombination aus Weltmarktintegration und keynesianischer Wirtschaftssteuerung entscheidend zur wirtschaftlichen Rekonstruktion des vom Krieg zerstörten (West-)Europa beitrugen. Erst als sich die hierdurch angestoßene Nachkriegsprosperität ihrem Ende zuneigte, weil die Produktivitätspotenziale der fordistischen Innovationswelle erschöpft und zudem weltweite Überkapazitäten entstanden waren, kam es in den späten 1960er und 1970er-Jahren auch in einer Reihe europäischer Länder zu keynesianischen Experimenten. Im Gegensatz zu den USA, wo insbesondere die hohen Rüstungsausgaben zur langfristigen Auslastung des Produktionspotenzials beitrugen, wechselten sich in Europa expansive und kontraktive Impulse in schneller Folge ab. Diese abrupten Kurswechsel waren einerseits den heftigen Auseinandersetzungen um die Ausrichtung der Wirtschaftspolitik aber auch den Reaktionen auf die Freigabe der Wechselkurse 1973, Weltwirtschaftskrise 1974 sowie die beiden Ölpreisschocks 1973 und 1979 geschuldet.

Allerdings überlagerten sowohl die keynesianischen Experimente als auch die wirtschaftlichen Turbulenzen, die in 1970er-Jahren den Übergang vom Nachkriegsaufschwung zu einem sehr viel flacheren Wachstumstrend begleitet haben, nur vorübergehend eine merkantilistische Grundausrichtung der Wirtschaftspolitik. Diese wurde insbesondere von Deutschland betrieben³⁴ und wurde mit dem Aufstieg Deutschlands zum Exportweltmeister sowie der D-Mark zur regionalen Leitwährung auch den anderen europäischen Ländern aufgedrängt. Während des Nachkriegsaufschwungs profitierten die deutschen Exportindustrien wie bereits geschildert von der Verbindung fester Wechselkurse mit einem überdurchschnittlichen Produktivitätswachstum. Die starke Exportorientierung der deutschen Wirtschaft trat zu jener Zeit allerdings noch nicht so deutlich hervor, weil der Aufbau zusätzlicher Produktions- und damit auch Exportkapazitäten entscheidend zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum beitrug. Nach Freigabe der Wechselkurse war es insbesondere die

³² International Monetary Fund 2004, 63ff

³³ Hall 1989

³⁴ Herr 1991

Politik der „Competitive Disinflation“³⁵, welche die deutschen Exporte einerseits zum wichtigsten Träger des Wachstums und andererseits die D-Mark zur regionalen Leitwährung machten.

Unterdurchschnittliche Inflationsraten führten bei gegebenem Wechselkurs zu preislichen Wettbewerbsvorteilen und daher steigenden Exporten. Die dabei auftretenden Leistungsbilanzüberschüsse haben gegenüber den Währungen wichtiger Handelspartner immer wieder zu Aufwertungen geführt. Trotzdem sahen sich diese Länder – um der deutschen Exportoffensive zu begegnen – gezwungen, die Politik der strikten Inflationsbekämpfung zu übernehmen und damit auf die geldpolitische Linie der Deutschen Bundesbank einzuschwenken. Zugleich machten hohe Preisniveaustabilität und stetiger Aufwertungsdruck die D-Mark zu einer internationalen Reservewährung. Zwar war die Position des US-Dollar durch zunehmende D-Mark-Reserven zu keiner Zeit gefährdet. Sie reichten aber aus, um die regionale Leitwährungsrolle der D-Mark zu festigen.

Eine nicht zu vernachlässigende Rolle für die Aufgabe keynesianisch inspirierter Versuche, einem sich abflachenden Wachstumstrend gegenzusteuern und stattdessen zur Politik der Competitive Disinflation überzugehen, hat der „Volcker-Schock“ gespielt.³⁶ Mit einer drastischen Verknappung des Geldangebotes wollte der gerade ernannte Chef der amerikanischen Zentralbank dem mit der zweiten Öl-Krise eingetretenen Inflationsschub entgegenwirken. Diese Maßnahme war zwar binnenwirtschaftlich motiviert, hatte aber enorme weltwirtschaftliche Konsequenzen. Wie bereits gezeigt, machten als Folge des Volcker-Schocks stark ansteigende Realzinsen die USA zu einem bevorzugten Anlageplatz für international mobiles Kapital.

Damit geriet insbesondere die seit 1981 betriebene linkskeynesianische Politik der französischen Regierung von zwei Seiten unter den Druck restriktiver Geldpolitik: Von der deutschen mit ihrer Politik der „Competitive Disinflation“ und von der amerikanischen Zentralbank im Gefolge des Volcker-Schocks. Die dadurch ausgelösten massiven Kapitalabflüsse aus Frankreich und Abwertungen des Franc stellten die Regierung vor die Wahl, entweder den Kapitalverkehr einzuschränken oder die Politik des leichten Geldes aufzugeben. Da die expansive Wirtschaftspolitik in Frankreich zugleich mit überdurchschnittlichen Inflationsraten einherging, in deren Folge immer weniger inländische anstelle billigerer ausländischer Waren gekauft wurden, kam es darüber hinaus zu Leistungsbilanzdefiziten und damit der Frage, ob außer dem Kapital- auch der Warenverkehr eingeschränkt werden sollte. Die französische Regierung entschied sich gegen die Fortsetzung des „Keynesianismus in einem Land“ und schwenkte auf den Pfad der neoliberalen Integration ein.³⁷

³⁵ Grahl 1997, 70ff

³⁶ Ebenda, 66ff

³⁷ Childs 2000, 94ff

In Europa führte dieser Weg über das EU-Binnenmarktprogramm zur Europäischen Währungsunion. Dabei stellen Flexibilisierung und restriktive Makropolitik die Hebel dar, mit denen internationale Wettbewerbsfähigkeit, Exporte und auf diese Weise auch das gesamtwirtschaftliche Wachstum gefördert werden sollten. Diese Politik war wenig erfolgreich: Zwar gelang es Deutschland in den 1980er-Jahren erhebliche Leistungsbilanzüberschüsse zu erzielen. Diesen standen jedoch Defizite vieler anderer europäischer Länder gegenüber. Aus dieser Handelsstruktur ist die D-Mark zwar als regionale Leitwährung hervorgegangen, ein stabiler und vor allem von äußeren Impulsen unabhängiger Wachstumsprozess konnte auf diese Weise jedoch nicht in Gang gesetzt werden.

Dennoch kann das „Modell Deutschland“ nicht auf die EU übertragen werden. Es gibt zwei Gründe, weshalb die EU durch Exportförderung keine weltwirtschaftliche Leitährungsposition in der Weise erringen wird, wie dies Deutschland innerhalb Europas gelungen ist. Erstens war die Leistungsbilanz der EU insgesamt während der 1980er-Jahre und 1990er-Jahre weitgehend ausgeglichen. Die Spirale aus Leistungsbilanzüberschüssen, Aufwertung und hierauf gründende Verwendung als Reservewährung konnte für den ECU bzw. Euro nicht in gleicher Weise in Gang gesetzt werden wie für die DM in den 1980er-Jahren. Zweitens stieß das Modell Deutschland auch innerhalb Europas an Grenzen: DM-Aufwertungen und die Übernahme einer exportorientierten Wirtschaftspolitik hatten die preislichen Wettbewerbsvorteile Deutschlands schon in den 1980er-Jahren immer wieder nivelliert. Die Kapital- und Warenimporte im Zuge der deutschen Einheit führten dann in den 1990er-Jahren dazu, dass die deutsche Leistungsbilanz defizitär wurde und nun andere europäische Länder Überschusspositionen aufbauen konnten.

So war die Europäische Währungsunion in folgendem Widerspruch eingebunden: Einerseits orientierte sich die Wirtschaftspolitik an einem Denkmodell, das die eigene Währung als Waffe im Kampf um Weltmarktanteile und hierdurch angetriebenes Wachstum betrachtete, andererseits konnten nicht einmal die Ziele dieses Modells erreicht werden, weil die Exportförderung mit den Mitteln restriktiver Geld- und Fiskalpolitik und somit eines schwachen Wachstums der Binnennachfrage betrieben wurde.

Selbst wenn man von einem Niedergang der USA³⁸ und einer damit verbundenen Schwächung des Dollar ausgeht, ist doch höchst zweifelhaft, ob der Euro zur internationalen Leitwährung aufsteigen kann. Britisches Pfund und US-Dollar sind zu ihrer Zeit im wahrsten Sinne des Wortes in diese Rolle „hineingewachsen“. Sie repräsentierten Ökonomien, die auf der Grundlage eines innovativen Produktionsmodells überdurchschnittliche Wachstumsraten aufwiesen, weltweit Märkte für

³⁸ Wallerstein 2003

völlig neue Güter schufen und gleichzeitig Absatzmärkte für technologisch weniger entwickelte Länder boten. Von einer so verstandenen ökonomischen Führung – und einer hierauf basierenden Leitwährung – kann im Falle der EU nicht die Rede sein.

5. Transatlantische Währungsbeziehungen: Monetäre Neuaufteilung der Welt oder fragile Dollar-Hegemonie?

Aus den vorangehenden Abschnitten sollte folgendes hervorgegangen sein: Die USA sind noch immer der entscheidende Motor der Weltwirtschaft. Während die Durchsetzung des fordistischen Wachstumsmodells innerhalb der USA jedoch gleichzeitig den Anstoß zu weltweiter Prosperität geliefert hat, ist seit den 1970er-Jahren eine Phase fragiler Hegemonie eingetreten. Die keynesianische Stabilisierung der Binnenwirtschaft ist seither mit immer häufigeren Wirtschaftskrisen in anderen Ländern verbunden. Hieran anknüpfende Regionalisierungsbestrebungen³⁹ sind zwar einerseits Ausdruck nachlassender Führungskraft der USA, haben aber andererseits noch nicht zur Entstehung weitgehend geschlossener regionaler Wirtschaftskreisläufe geführt.

Dabei ist Europa während des Nachkriegsaufschwungs und im Rahmen einer wesentlich von den USA geprägten internationalen Wirtschaftsordnung zu einem entscheidenden weltwirtschaftlichen Faktor geworden. Als solcher fordern Europäischer Binnenmarkt und Euro-Zone zwar die Sonderstellung der USA heraus, verfügen aber weder über die ökonomischen und politischen Kapazitäten, um deren Führungsrolle zu übernehmen. Allerdings sind die Mitgliedsländer der EU von schweren Finanz- und Wirtschaftskrisen, wie sie in allen anderen Weltregionen seit dem Ausbruch der Schuldenkrise 1982 in Mexiko aufgetreten sind, verschont geblieben. Dies kann als Hinweis auf eine vergleichsweise große wirtschaftliche Autonomie gesehen werden. Mit Blick auf die transatlantischen Währungsbeziehungen stellt sich damit die Frage, ob es zu einer monetären Neuaufteilung der Welt, insbesondere in Form fortschreitender Dollarisierung⁴⁰ und Euroisierung⁴¹, kommt. Sofern dies der Fall sein sollte, stellte sich als nächstes die Frage, ob zwischen diesen beiden Währungsblöcken eine Kooperation notwendig und ob sie realisierbar ist.

In den letzten Jahren sind die internationalen Währungsbeziehungen immer häufiger durch die „Extremlösungen“ völlig frei schwankender Kurse oder fester Wechselkursbindungen bis hin zu Übernahme der Währung eines anderen Landes gekennzeichnet. Dem gegenüber hat das „Managed Floating“, bei dem Zentralbanken versuchen, Wechselkurse durch entsprechende Interventionen

³⁹ Dieter 2000

⁴⁰ Frieden 2001

bestimmten Zielwerten anzunähern, an Bedeutung verloren. Die wichtigen Ankerwährungen sind natürlich insbesondere der Dollar und in jüngster Zeit auch der Euro. Während der Dollar in vielen Weltregionen als Ankerwährung dient, ist die Frage der Dollarisierung vor allem in Lateinamerika und seit dem Krieg gegen den Irak auch im Mittleren Osten relevant. Dies gilt unmittelbar für den Irak. Dieser verfügt zwar mit dem Dinar gegenwärtig noch über eine eigene Währung. Es gibt aber nach wie vor Überlegungen mit dem Aufbau eines neuen politischen Systems auch den Dollar als offizielles Zahlungsmittel einzuführen.⁴² Darüber hinaus hat der Golf-Kooperationsrat seine – am Vorbild Europas ausgerichteten – Planungen für eine Währungsunion eingestellt und statt dessen beschlossen, die nationalen Währungen seiner Mitgliedsländer weiterhin an den Dollar zu binden.

Dagegen hat der Euro vor allem durch die Osterweiterung der EU an Bedeutung gewonnen.⁴³ Da die osteuropäischen Länder über den Beitritt zur EU hinaus auch der Währungsunion beitreten wollen, haben die meisten ihre Währungen bereits jetzt in einem festen Kurs an den Euro gebunden. Anders als der Dollar stellt der Euro also im Wesentlichen eine regionale Währung dar.

Ein erhebliches Bedeutungsgefälle besteht außer in regionaler auch in quantitativer Hinsicht. Von der Euro-Einführung unberührt, werden rund zwei Drittel aller internationalen Devisenreserven in Dollar gehalten. Die leichten Anstiege, die der Euro seit seiner Einführung zu verzeichnen hat, schreiben lediglich die bereits von der D-Mark eingeschlagene Trendentwicklung fort. Bemerkenswert ist dabei, dass der Anteil der weltweiten Euro-Reserven nicht zu Lasten des Dollar, sondern des japanischen Yen erfolgt ist. Von 2000 bis 2002 ist der Anteil des Yen von 5,2 auf 4,5 Prozent gesunken, während der Euro von 15,9 auf 18,7 Prozent zulegen konnte.⁴⁴ Im Welthandel spielt der Euro dagegen eine völlig untergeordnete Rolle, lediglich Großbritannien und Japan wickeln nennenswerte Anteile ihres Handels in Euro ab, in anderen Ländern der Welt ist dieser Anteil dagegen zu vernachlässigen.⁴⁵

Nach den Funktionen als legales Zahlungsmittel, Anker- bzw. Reservewährung und Recheneinheit im internationalen Handel ist noch nach der Bedeutung von Dollar und Euro als Anlagewährung zu fragen. Gemessen an Umsatz und Vermögensbestand ist die Wall Street auch nach dem Ende der New Economy-Spekulation mit Abstand der wichtigste Finanzplatz der Welt.⁴⁶ Die Fähigkeit, beständig ausländisches Kapital zu attrahieren, ist ein wesentlicher Bestandteil der weltweiten Nachfrageschaffung durch die USA. Dabei hat sich in den letzten Jahren ein bemerkenswertes regionales Muster herausgebildet.

⁴¹ Bratkowski, Rostowski 2002

⁴² Roubini, Setser 2003

⁴³ European Central Bank 2003, 43f

⁴⁴ Ebenda, 45

⁴⁵ Ebenda, 32ff

Um Aufwertungen- und vor allem dadurch ausgelöste Exportrückgänge zu vermeiden, bauen die Zentralbanken Chinas und Japans riesige Dollar-Reserven auf und finanzieren damit erhebliche Teile des amerikanischen Leistungsbilanzdefizits. Dies ist Teil des Wall Street-zentrierten Börsenkeynesianismus. Nach keynesianischer Theorie können Zentralbanken durch direkte Geldschöpfung staatliche Defizitprogramme finanzieren. Durch eine solche „Monetisierung“ der Staatsschuld sollen Zinssteigerungen – und ein hiervon möglicherweise ausgehendes „Crowding Out“ privater durch öffentliche Nachfrage – vermieden werden. Gemäß der monetaristischen Theorie, die dem Washington Consensus zugrunde liegt, führt diese Form der Ausgabenfinanzierung nicht zu steigender realer Nachfrage, sondern zu steigenden Preisen. Zusätzliches Geld würde also lediglich zu steigenden nominellen Umsätzen führen, die realen Werte von Produktion und Beschäftigung aber nicht verändern. Die Besonderheit der USA besteht nun nicht nur darin, dass sie als einziges großes Land der Welt eine keynesianische Wirtschaftspolitik betreiben; einige kleine europäische Länder wie Schweden⁴⁷ und Österreich⁴⁸ haben solch eine Politik erst in den 1990er-Jahren aufgegeben. Darüber hinaus sind sie in der Lage, andere Länder in den Finanzierungsmechanismus dieser Politik einzubeziehen. Die beständigen, insbesondere aus Asien stammenden Kapitalimporte, ohne welche der amerikanische Wirtschaftskreislauf in eine schwere Krise geraten würde, gelten vielfach als wunder Punkt der US-Ökonomie. Als größte Schuldernation seien sie abhängig von ihren Gläubigern. Übersehen wird dabei jedoch, dass leichte Konjunkturkrisen in den USA seit den 1970er-Jahren stets von schweren Krisen in anderen Ländern begleitet worden sind. Die fragile Hegemonialposition der USA besteht eben genau darin, dass sie zwar von Kapitalimporten abhängig sind, der Rest der Welt im Gegenzug aber darauf angewiesen ist, dass der amerikanische Börsenkeynesianismus den „Rohstoff“ Auslandskapital zu weltwirtschaftlicher Nachfrage verarbeitet.

In diesen Kreislauf aus Kapitalimport, Börsen-getriebenem Vermögenseffekt und darauf gründenden Nachfragesteigerungen ist Europa viel weniger eingebunden als Asien. Darüber hinaus reagierte die europäische Wirtschaft auf die Kursschwankungen des Dollars seit Beginn der 1980er-Jahre viel weniger als Japan. Während Dollaraufwertungen die japanische Ökonomie über steigende Exporte ganz erheblich angetrieben haben, führten im umgekehrten Fall Abwertungen zu massiven Wachstumsrückgängen. Der gegenüber Asien geringere Anteil an der Finanzierung des amerikanischen Leistungsbilanzdefizits und die schwächeren Reaktionen des Wirtschaftswachstums auf schwankende Wechselkurse könnten darauf hindeuten, dass die wirtschaftliche Abhängigkeit Europas von Amerika viel geringer ist als diejenige Japans und auch andere ostasiatischer Länder.

⁴⁶ World Federation of Exchanges 2004

⁴⁷ Michelsen 1995, 175ff

⁴⁸ Schröder 1995, 107ff

Eine solche Interpretation wird jedoch dadurch in Frage gestellt, dass sich auch Europa den drei letzten, von den USA ausgehenden Konjunkturkrisen nicht entziehen konnte. Mit Blick auf die transatlantischen Waren- und Direktinvestitionsströme ist dies auch verständlich. Die wirtschaftlichen Verflechtungen zwischen Nordamerika und Westeuropa sind so eng, dass anstelle von amerikanischem und europäischem Kapitalismus von einem Atlantischen Kapitalismus gesprochen werden sollte. Dessen Währungs- und Finanzzentrum liegt ganz eindeutig in den USA. Umsätze und Börsenkapitalisierung auf den kontinentaleuropäischen Finanzplätzen sind viel zu gering, um mit der New Yorker Wall Street zu konkurrieren.

Dies ist im Falle der Londoner City zwar anders, diese ist aber– nicht zuletzt aufgrund der engen außenpolitischen Beziehungen zwischen Britannien und den USA– fest in das Dollar-Wall-Street-Regime eingebunden⁴⁹. Dies hätte im Falle eines britischen Beitritts zur Europäischen Währungsunion paradoxe Folgen: Einerseits würde sich der Euro-Kapitalmarkt enorm vergrößern⁵⁰, andererseits eine engere Anbindung der gesamten Euro-Zone an die USA stattfinden. Britannien könnte damit zu einer monetären Schnittstelle des Atlantischen Kapitalismus werden.

Unabhängig von Wertschöpfung und Handel innerhalb der Euro-Zone sind deren Finanzmärkte gegenwärtig zu wenig entwickelt, um die Leitwährungsrolle des Dollar herauszufordern.⁵¹ Würde sich dies durch die Einführung des Euro in Britannien ändern, fände dagegen über die engen transatlantischen Handels- und Unternehmensverflechtungen hinaus auch eine Intensivierung der monetären Beziehungen statt. So gesehen führt die Europäische Währungsunion keineswegs zur Währungskonkurrenz um die internationale Leitwährungsposition. Bestehende Regionalisierungstendenzen im Weltwährungssystem sind insofern eher auf die Fragilität der US-Hegemonie zurückzuführen, nicht aber darauf, dass die Integration der europäischen Wirtschaft notwendigerweise zu transatlantischen Währungsivalitäten führt.

Doch auch wenn der Euro nicht mit der Absicht eingeführt wurde, den Dollar als Leitwährung zu beerben: kann nicht ausgeschlossen werden, dass seine bloße Existenz weltwirtschaftliche Instabilitäten verstärken wird. Sollten die USA einmal nicht allein in der Lage sein, die Weltwirtschaft aus einer Rezession zu ziehen, würde eine zwischen Amerika und Europa abgestimmte Währungs- und Konjunkturpolitik erforderlich, um das Abgleiten einer Konjunkturkrise in eine Depression zu vermeiden.

Ein solches Szenario ist nicht so unwahrscheinlich, wie es auf den ersten Blick erscheinen mag. Schon die letzte Konjunkturkrise im Jahre 2001 hat die Weltwirtschaft hart an den Rand einer

⁴⁹ HM Treasury 2003, 161ff

⁵⁰ European Central Bank 2003, 35ff

⁵¹ Grahl 2003

Deflation gebracht und die USA gezwungen, ihren geldpolitischen Spielraum fast völlig auszuschöpfen, indem die kurzfristigen Realzinsen auf nahezu null gedrückt wurden. Gleichzeitig hat die Europäische Zentralbank wenig Neigung gezeigt, dieser Politik des extrem leichten Geldes zu folgen. An Fähigkeit und Willen zur Kooperation, die im Falle einer neuerlichen Krise gefordert wären, kann freilich auf beiden Seiten des Atlantik gezweifelt werden.

6. Fazit

Trotz Handelskonflikten, außenpolitischen Spannungen und der Herausforderung der monetären Sonderstellung des US-Dollar durch die Einführung des Euro bleibt die transatlantische Arbeitsteilung bestehen, die sich nach dem Zweiten Weltkrieg eingestellt hat. Dabei fällt den USA die Rolle der Konjunkturlokomotive zu, während Europa stets für ein ausreichend hohes Angebot an technologisch hochentwickelten Waren sorgt. Auf diese Weise können Nachfrageengpässe und hiervon ausgehende Inflationsgefahren vermieden werden. Seit den 1970er-Jahren stellt sich freilich eher das umgekehrte Problem der Disinflation, die in der letzten Konjunkturkrise an den Rand der Deflation geführt hat.

Angesichts weltweiter Überkapazitäten reicht die Nachfragestimulierung durch die USA nicht mehr aus, in allen kapitalistischen Metropolen eine starke Wachstumsdynamik auszulösen. Die nachlassende Zugkraft der Konjunkturlokomotive USA hat wesentlich dazu beigetragen, dass das „amerikanische Jahrhundert“ der Nachkriegsprosperität in eine fragile Hegemonialposition übergegangen ist. Angesichts dessen stellt sich durchaus die Frage, ob die fortschreitende Wirtschaftsintegration der EU deren Aufstieg zu einer Hegemonialmacht ankündigt oder die damit verbundene Regionalisierung lediglich eine Begleiterscheinung der weltweit nachlassenden Integrationskraft der US-Ökonomie ist.

Gegenüber der in dieser Frage unterstellten strikten Trennung zwischen amerikanischer und europäischer Wirtschaft ist darauf hinzuweisen, dass die realwirtschaftlichen Verflechtungen in keiner Weltregion so eng sind, wie zwischen den Ländern am West- und Ostufer des Nordatlantik. Dieser Atlantische Kapitalismus, der unter Führung der USA nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden ist, wird durch die Europäische Währungsunion nicht in Frage gestellt. Dazu sind die Finanzzentren in der Euro-Zone zu schwach entwickelt. Dies könnte sich durch einen Beitritt Großbritanniens, das mit der City of London über das zweitwichtigste Finanzzentrum der Welt verfügt, zwar ändern. Aufgrund der besonders engen britisch-amerikanischen Finanzbeziehungen wäre damit allerdings weniger eine transatlantische Spaltung als eine monetäre Integration des Atlantischen Kapitalismus ver-

bunden. Ob mit britischem Beitritt zur Währungsunion oder ohne: Eine währungspolitische Kooperation zwischen amerikanischer und europäischer Zentralbank steht gegenwärtig nicht auf der Tagesordnung. Sie dürfte sich aber als notwendig erweisen, wenn die von den USA ausgehenden Wachstumseffekte und der hierdurch geschaffene weltwirtschaftliche Zusammenhalt weiter nachlassen. Dieses Problem dürfte sich stellen, sobald der gegenwärtige, ohnedies schwache und regional höchst ungleich verlaufende Aufschwung der Weltkonjunktur seinen Höhepunkt überschritten haben wird. Ein innovatives Produktionsmodell, das die Kohäsion kapitalistischer Gesellschaften auf der Grundlage hohen Wachstums sichern könnte, zeichnet sich nämlich auf keiner Seite des Atlantik ab.

Literatur:

Abelshauser, W. (2003): Kulturkampf, Berlin.

Albert, M. (1992): Kapitalismus contra Kapitalismus, Frankfurt/M.

Altwater, E; Hoffmann, J.; Semmler, W. (1982): Vom Wirtschaftswunder zur Wirtschaftskrise – Ökonomie und Politik in der Bundesrepublik, 2 Bände, Berlin.

Bratowski, A.; Rostowski, J. (2002): Why Unilateral Euroization Makes Sense for (some) Applicant Countries, Paper presented at the Conference “Dollarization and Euroization- Viable Policy Options?”, Centre for Economic Performance at the London School of Economics and Political Science, 24 - 25 May 2002.

Brenner, R. (2002): The Boom and the Bubble – The U.S. in the World Economy, London; New York.

Childs, D. (2000): The Two Red Flags - European Social Democracy and Soviet Communism since 1945, London; New York.

Combes, P.-P.; Overman, H. G. (2003): The Spatial Distribution of Economic Activities in the European Union, Centre for Economic Performance at the London School of Economics and Political Science.

Dieter, H. (2000): Re-Regulierung der internationalen Finanzmärkte, in: Prokla, H. 118, 30. Jg., Nr. 1, 39 - 59.

European Central Bank (2003): Review of the International Role of the Euro, Frankfurt/M.

- Frenkel, M; Menkhoff, L. (2000): *Stabile Weltfinanzen – Die Debatte um eine neue internationale Finanzarchitektur*, Berlin et al.
- Frieden, J. (2001): *The Political Economy of Dollarization - Domestic and International Factors*, Unpublished Paper, Department of Government at Harvard University.
- Garrett, G (1999): *The Transition to Economic and Monetary Union*, in: Eichengreen, B.; Frieden, J. (Hrsg.): *Forging an Integrated Europe*, Ann Arbor, 21 – 47.
- Gilpin, R. (2001): *Global Political Economy – Understanding the International Economic Order*, Princeton; Oxford.
- Grahl, J. (1997): *After Maastricht - A Guide to European Monetary Union*, London.
- Grahl, J. (2003): *Finanzintegration und europäische Gesellschaft*, in: Beckmann, M. et al. (Hrsg.): „Euro-Kapitalismus“ und globale politische Ökonomie, Hamburg, 18 - 40.
- Hall, P. (1989): *The Political Power of Economic Ideas: Keynesianism across Nations*, Princeton.
- Hankel, W. (1992): *Dollar und ECU – Leitwährungen im Wettstreit*, Frankfurt/M.
- Harman, C. (1999): *Explaining the Crisis – A Marxist Re-Appraisal*, London; Chicago; Sydney.
- Held, D.; McGrew, A. (Hrsg.), (2000): *The Global Transformations Reader - An Introduction to the Globalization Debate*, Cambridge.
- Herr, H. J. (1991): *Der Merkantilismus der Bundesrepublik in der Weltwirtschaft*, in: Voy, K.; Polster, W.; Thomasberger, C. (Hrsg.): *Marktwirtschaft und politische Regulierung*, Marburg, 227 - 261.
- HM Treasury (2003): *UK Membership of the Single Currency - An Assessment of the Five Economic Tests*, London.
- Hobson, J. A. (1902) : *Der Imperialismus*, Köln ; Berlin 1968.
- Hudson, M. (2003): *Super Imperialism – The Origin and Fundamentals of U.S. World Dominance*, London; Sterling, VA.
- International Monetary Fund (2004): *World Economic Outlook*, April 2004, Washington.
- Kagan, R. (2002): *Power and Weakness*, in: *Policy Review*, June/July 2002.
- Lenin, W. I. (1917): *Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus*, in: Ders.: *Werke*, Bd. 22, Berlin/O. 1972, 189 – 309.
- Luxemburg, R. (1913): *Die Akkumulation des Kapitals*, in: Dies.: *Gesammelte Werke*, Bd. 5, Berlin/O. 1975, 5 – 411.
- Mallaby, S. (2002): *The Reluctant Imperialist*, in: *Foreign Affairs*, March/April 2002.
- Michelsen, K. (1995): *Schweden – Luxussanierung des Volksheims?*, in: Bieling, H.-J. (Hrsg.): *Arbeitslosigkeit und Wohlfahrtsstaat in Westeuropa – Neun Länder im Vergleich*, Marburg, 169 – 198.

- Nelson, R. R. (1996) : *The Sources of Economic Growth*, Cambridge, MA ; London.
- Pflüger, T. (2004): *Durch (Kern-)Europa zum weltweiten Militäreinsatz*, in: Friedrich, R.; Pflüger, T. (Hrsg.): *In welcher Verfassung ist Europa?*, Grafenau, 21 – 36.
- Pollin, R. (2003): *Contours of Descent – U.S. Economic Fractures and the Landscape of Global Austerity*, London; New York.
- Quinlan, J. (2003): *Drifting Apart or Growing Together? The Primacy of the Transatlantic Economy*, Center for Transatlantic Relations at Johns Hopkins University.
- Roubini, N.; Setser, B. (2003): *Should Iraq Dollarize, Adopt a Currency Board or let its Currency Float? A Policy Analysis*, New York University, Council of Foreign Relations.
- Sachs, J. D.; Larrain, F. B. (1993) : *Macroeconomics in the Global Economy*, Englewood Cliffs.
- Schmidt, H. (2002): *Europa braucht keinen Vormund*, *Die Zeit*, 32/2002.
- Schmidt, I. (1999): *Vom keynesianischen Wohlfahrtsstaat zur neokeynesianischen Stabilisierung des Kapitalismus*, in: *Sozialismus*, H. 10, 9 – 16.
- Schmidt, I. (2003): *Die USA in der Weltwirtschaft – Konjunkturlokomotive ohne Dampf?*, in: *WSI Mitteilungen*, H. 12, 712 – 719.
- Schmidt, I. (2004): *Imperialismus aktuell – Was folgt dem kurzen Zeitalter der Globalisierung?*, in: *Forum Wissenschaft*, Jg. 21, Nr. 1, 29 – 32.
- Schröder, M. (1995): *Österreich– Republik der Glückseligen?*, in: Bieling, H.-J. (Hrsg.): *Arbeitslosigkeit und Wohlfahrtsstaat in Westeuropa – Neun Länder im Vergleich*, Marburg, 107 – 142.
- Schubert, A. (1998): *Der Euro– Die Krise einer Chance*, Frankfurt/M.
- Schui, H.; Blankenburg, S. (2002): *Neoliberalismus: Theorie– Gegner– Praxis*, Hamburg.
- SVR (2003/04): *Jahresgutachten 2003/04 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung*, Bundestagsdrucksache.
- Wallerstein, I. (2003): *The Decline of American Power- The U.S. in a Chaotic World*, New York; London.
- World Federation of Exchanges (2004): *Focus*, Nr. 136, Juni 2004.

Paul Schäfer

Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) – Das militärische Projekt des Euro-Imperialismus?

1. Der Weg zur Herausbildung der ESVP

Versuche einer Neugewichtung des transatlantischen Verhältnisses waren in den 1980er-Jahren des vorigen Jahrhunderts mit dem Namen WEU verbunden. Die USA waren unter dem Stichwort „burden-sharing“ daran interessiert, die enormen Rüstungslasten des unter Präsident Reagan eingeleiteten „zweiten Kalten Krieges“ auch auf die Europäer abzuwälzen. Die europäischen NATO-Staaten waren nicht zuletzt unter dem Eindruck der sog. Nachrüstung und damit einhergehender Abkopplungsdebatten auf mehr Eigenständigkeit bedacht. Die Aktivierung der Westeuropäischen Union (WEU) galt im Grundsatz als Stärkung des „europäischen Pfeilers“ der Nordatlantischen Allianz. Zugleich beginnt jedoch der Diskurs über eine eigenständige Außen- und Sicherheitspolitik im Kontext des sich beschleunigenden Integrationsprozesses der Europäischen Union. Die Integrationsdynamik vollzieht sich zu dieser Zeit anhand anderer Herrschaftsprojekte¹, wie der Herstellung des Binnenmarkts oder der Wirtschafts- und Währungsunion. Erst die Zäsur 1989/90 setzt eine Entwicklung frei, in der die absolute NATO-Dominanz zur Disposition gestellt und über eine eigenständige Europäische Sicherheitspolitik ernsthaft nachgedacht werden konnte. Die Nordatlantische Allianz war Produkt einer gemeinsamen Interessenlage gegenüber dem Warschauer Pakt und ein entscheidendes Instrument zur Sicherung der US-Hegemonie gegenüber Westeuropa zugleich. Erscheint die Sicherheits- und Militärpolitik Westeuropas in den achtziger Jahren bestenfalls im embryonalen Zustand, so setzt in den neunziger Jahren mit dem Wegfall der äußeren Bedrohung durch den Niedergang der UdSSR und dem forcierten Projekt einer Politischen Union Europas eine neue Entwicklung ein. Fragen einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und einer militärischen Dimension der Integration erlangen eine neue Brisanz. Diese neue Dynamik lässt sich an drei Punkten festmachen:

- Die „militärische Frage“ wird Bestandteil der Bemühungen, die EU-Integration auf neue, verbindlichere vertragliche Grundlagen zu stellen. Im Vertrag von Maastricht (1992) findet

¹ S. dazu: Hans-Jürgen Bieling, Jochen Steinhilber (Hrsg.), Die Konfiguration Europas. Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie, Münster 2000

sich das Bekenntnis zu einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP), „wozu auf längere Sicht auch die Festlegung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik gehört, die zu gegebener Zeit zu einer gemeinsamen Verteidigung führen könnte“.² Die Union ersucht die WEU, die als integraler Bestandteil der EU angesehen wird, Entscheidungen und Aktionen mit verteidigungspolitischen Bezügen auszuarbeiten. Die vorsichtigen Formulierungen geben Auskunft darüber, dass sich die EU erst an die Fragen einer „Militärunion“ herantastet.

- Mit den Petersberger Beschlüssen vom 17. Juni 1992 deklarieren die EU-Mitgliedsstaaten den Anspruch, in einem breiten Spektrum eigene Beiträge zu einer „militärischen Friedenssicherung“ leisten zu wollen. Auch „Kampfeinsätze bei der Krisenbewältigung, einschließlich Maßnahmen zur Herbeiführung des Friedens“ werden ins Auge gefasst.³
- Mit der Gründung des Eurokorps 1991, auf Initiative Deutschlands und Frankreichs, beginnt der mühselige Aufbau eigener militärischer Strukturen und zugleich das zähe Ringen mit den USA innerhalb der NATO über die Eigenständigkeit dieser Strukturen. Auf dem Berliner NATO-Gipfel 1996 wird unter der Bezeichnung „NATO plus“ ein erster Kompromiss erzielt. Dort wird die Formel geprägt, dass es um „trennbare, aber nicht getrennte Fähigkeiten“⁴ gehe! Damit beginnt erst das Tauziehen um EU-eigene Hauptquartiere, Planungskapazitäten und Entscheidungsstrukturen.

Bei Licht besehen, ändert sich in diesem Zeitraum an den „materiellen“ Verhältnissen wenig. Der bestimmende Zugriff der NATO (und damit das Vetorecht der USA) auf die vorhandenen militärischen Kapazitäten bleibt zementiert; die Aktionen der WEU auf dem Krisenherd „Balkan“ sind eher symbolischer Natur und die Assignierung von Streitkräften bei der WEU (Forces Answerable to WEU/FAWEU) für militärische Kriseneinsätze bleibt auf dem Papier. Aber unter der Führung der Hauptmächte Deutschland und Frankreich entwickelt sich ein Diskurs, der energische Schritte zur Weiterentwicklung der GASP und zu einer „Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität“ fordert. Als Begründung werden die Notwendigkeit der Festigung der politischen Union Europas, die auch auf militärischer Stärke beruhen müsse und die Notwendigkeit, eine Antwort auf neuere gewaltförmige Konflikte, wie im auseinanderbrechenden Jugoslawien, geben zu müssen, angeführt. Im Ergebnis werden die Formulierungen zur GASP und zur Europäischen Sicherheits- und Verteidi-

² Presse- und Informationsamt der Bundesregierung: Europäische Gemeinschaft – Europäische Union. Neufassung der europäischen Vertragstexte, Bonn 1992, S. 179; siehe auch: <http://europa.eu.int/pol/cfsp/>; 26.09.04

³ www.auswaertiges-amt.de/www/de/infoservice/ - 26.09.04

⁴ Bulletin Nr. 47/S. 505, Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, 12.06.1996, Bonn, s. auch: www.nato.int/docu/basics.htm, 26.09.04

gungspolitik (ESVP) im Vertrag von Amsterdam, der in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre ausgehandelt wurde und im Mai 1999 in Kraft trat, verbindlicher. Die EU will die WEU jetzt nicht mehr ersuchen, sondern „in Anspruch nehmen“, die Festlegung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik wird von einer längerfristigen Eventualität zu einer in Angriff zu nehmenden Nahaufgabe. Von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist die Schaffung des Amtes eines „Mr. GASP“, dem die Rolle des Koordinators der EU-Außenpolitik zukommen soll.

Zwei Entwicklungen leiten eine neuerliche und entscheidende Zäsur ein: Die Regierung Großbritanniens will dem zunehmenden Schwund ihres innereuropäischen Einflusses durch eine aktivere, mitgestaltende EU-Politik entgegenwirken. Mit der britisch-französischen Vereinbarung von St. Malo vom 4.12.1998 über eine Europäische Verteidigungspolitik wird ein entscheidendes Hindernis für den Aufbau „Europäischer Streitkräfte“ aus dem Weg geräumt. Und noch wichtiger: Die im Zuge der Eskalation des Kosovo-Konflikts immer sichtbarer werdende Neigung der USA zu einem im Grundsatz eigenmächtigen Vorgehen löst hektische Bemühungen der westeuropäischen Mächte aus, sich diesem „Ausgeliefertsein“ durch eigene militärische Bemühungen zu widersetzen. Der Kosovo-Konflikt und der NATO-Krieg gegen Jugoslawien werden so zum Katalysator der neuen europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Die Beschlüsse des Europäischen Rats von Köln und Helsinki aus dem Jahre 1999 markieren diesen Wendepunkt. Auf dem Kölner Gipfel im Juni 1999 erklären die Mitglieder des Rates, dass sie entschlossen dafür eintreten wollen, dass die EU ihre Rolle auf der internationalen Bühne uneingeschränkt wahrnimmt und dass sie dazu den Aufbau von „wirksameren militärischen Fähigkeiten“ betreiben wollen. Zur Umsetzung der „Petersberg-Aufgaben“ wird festgestellt: „Im Hinblick darauf muss die Union die Fähigkeit zu autonomem Handeln, gestützt auf glaubwürdige militärische Fähigkeiten, sowie die Mittel und die Bereitschaft besitzen, dessen Einsatz zu beschließen, um – unbeschadet von Maßnahmen der NATO – auf internationale Krisensituationen zu reagieren.“⁵

Mit dem Gipfel von Helsinki im Dezember 1999 wird der Aufbau der erforderlichen politisch-militärischen Gremien auf den Weg gebracht und sog. „Headline Goals“ vereinbart. Es geht dabei um die Aufstellung einer Streitmacht, die 60.000 Personen umfassen, innerhalb von dreißig Tagen mobilisierbar sein und eine Durchhaltefähigkeit von einem Jahr haben soll. Die WEU wird im Prinzip aufgelöst (vollzogen im November 2000) und in den Bestand der EU überführt.

Mit den politisch-institutionellen Regelungen, d.h. mit der Einsetzung eines Politischen und Sicherheitspolitischen Komitees (PSK), dem Hohe Beamte/Botschafter der EU-Mitgliedstaaten in

⁵ unter: www.europarl.eu.int/summits - 26.09.2004; s. auch: Europäischer Rat, Tagung am 10./11.12.1999 in Helsinki, Schlussfolgerungen des Vorsitzes, in: EU-Nachrichten, hrsgg. von der Europäischen Kommission, Vertretung in der Bundesrepublik Deutschland, 13.12.1999, Bonn

Brüssel angehören, mit der Bildung eines Militärausschuss, dem die Stabschefs der Streitkräfte angehören und der das PSK beraten soll, sowie eines Militärstabes, dem die Aufgaben „Frühwarnung, Lagebeurteilung, strategische Planung, Beratung bei der Durchführung von Militäroperationen“ obliegen, werden sukzessive die materiell-politischen Voraussetzungen geschaffen, um überhaupt gemeinsame militärische Operationen in Angriff nehmen zu können. Zusammen mit den Headline Goals werden gemeinsame rüstungstechnologische Anstrengungen vereinbart, mit denen die materiell-technischen Bedingungen für künftige Militärinterventionen erreicht werden sollen. D.h. zusammengefasst: Die Weichen für die Herausbildung eigenständiger EU-Streitkräfte und für deren Einsetzbarkeit sind gestellt. Aber bis zur Erreichung dieses Ziels ist es noch ein weiter Weg.⁶

2. Die Europäische Sicherheitsstrategie

In den neunziger Jahren verstärkte sich die Neigung der verbliebenen Weltmacht USA, ihre einzigartige Machtposition nach der „Zeitenwende“ 1989/1990, zur Befestigung weltherrschaftlicher Ansprüche zu nutzen. Unter dem Präsidenten George W. Bush mündeten diese Ambitionen nach den Terrorattacken des 11. September 2001 in die Präventivkriegsdoktrin einer Neuen Sicherheitsstrategie, die mit dem „Feldzug“ gegen das irakische Regime durchexerziert werden sollte. Die Europäer wurden damit in eine Entscheidungssituation geworfen, ob sie bedingungslos folgen oder die Gefolgschaft verweigern sollten. Die dadurch hervorgerufene tiefgreifende Spaltung des Alten Kontinents hat deutlich gemacht, wie weit die EU noch davon entfernt ist, die Rolle eines einheitlich agierenden, weltpolitischen Akteurs einnehmen zu können. Zwar wurden nach dem militärischen Sieg der US-geführten Allianz im Irak erhebliche Anstrengungen unternommen, um das zerschlagene Porzellan wieder zu kitten, an den grundlegenden Konfliktlinien hat das wenig geändert. Die deutsche Regierung lancierte daher den Versuch, durch die Verständigung über eine gemeinsame Sicherheitsstrategie zu einer Homogenisierung und Handlungsfähigkeit zu kommen. Ausgehend von einer gemeinsamen Bedrohungsanalyse sollten dabei Schlüsse über gemeinschaftlich zu verfolgende Strategien gezogen werden. Der Hohe Repräsentant für außenpolitische Belange der EU, Javier Solana, legte dem Europäischen Rat am 20.06.03 ein Dokument vor, das den Titel trug: „Ein sicheres Europa in einer besseren Welt. Europäische Sicherheitsstrategie.“⁷ Auf drei internationalen Konfe-

⁶ s. dazu auch: Paul Schäfer, Europäische Sicherheits- und Verteidigungsidentität, in: Christiane Lammers/Lutz Schrader (Hrsg.), Neue deutsche Außen- und Sicherheitspolitik? Baden-Baden 2001; Philippe Morillon, Bericht über die neue europäische Sicherheits- und Verteidigungsarchitektur – Prioritäten und Schwachstellen, Europäisches Parlament, 27.3.2003; Elmar Brok, Bericht über die bei der Durchführung der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik erzielten Fortschritte, Europäisches Parlament, 11. 9.2002 – beide Dokumente unter: www.europarl.eu.int/committees/ - 26.09.04

⁷ www.ausaertiges-amt.de/www/de/infoservice - 26.09.04

renzen beschäftigten sich danach hochrangige außen- und sicherheitspolitische Experten mit dem Text. Am 12. Dezember 2003 wurde er in Brüssel einvernehmlich verabschiedet. Damit sollte eine Lücke geschlossen werden, zwischen den allgemein-deklaratorischen Aussagen der Gemeinschaft einerseits (s. die außenpolitischen Teile der Verträge von Maastricht und Amsterdam) und den inzwischen überaus zahlreichen Einzelstellungen zu konkreten Konfliktthemen. Die neue europäische Sicherheitsstrategie kann in mehrerer Hinsicht als paradigmatisch angesehen werden:

In ihr werden die weltpolitischen Ansprüche und Ambitionen des sich neu herausbildenden globalen Akteurs „EU“ dargelegt.

In ihr werden – mehr oder weniger verbindlich – Grundorientierungen, Prioritätensetzungen und Handlungsinstrumente der EU formuliert.

Ob daraus tatsächlich eine stärkere Vereinheitlichung der außenpolitischen Praxis der EU wird, bleibt abzuwarten. Die Schlüsselaussagen des Dokuments sind:

a) Die EU versteht sich zwangsläufig als **globaler Akteur**, der Verantwortung für die globale Sicherheit und eine bessere Welt übernehmen müsse.

b) Als **Hauptbedrohungen** für die Sicherheit werden eingestuft:

Der internationale Terrorismus, die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen („Am erschreckendsten ist der Gedanke, dass terroristische Gruppierungen in den Besitz von Massenvernichtungswaffen gelangen.“⁸), regionale Konflikte (Kaschmir, Nahost), das Scheitern von Staaten und die Organisierte Kriminalität.

„Bei einer Summierung dieser verschiedenen Elemente – extrem gewaltbereite Terroristen, Verfügbarkeit von Massenvernichtungswaffen, organisierte Kriminalität, Schwächung staatlicher Systeme und Privatisierung der Gewalt – ist es durchaus vorstellbar, dass Europa einer sehr ernststen Bedrohung ausgesetzt sein könnte.“⁹

c) Als **Strategische Ziele** werden definiert:

Die Abwehr von Bedrohungen – „Unser herkömmliches Konzept der Selbstverteidigung, das bis zum Ende des Kalten Krieges galt, ging von der Gefahr einer Invasion aus. Bei den neuen Bedrohungen wird die erste Verteidigungslinie oftmals im Ausland liegen ... Daher müssen wir bereit sein, vor Ausbruch einer Krise zu handeln.“¹⁰

⁸ ebd. (S. 4 des Dokuments)

⁹ ebd. (S. 5)

¹⁰ ebd. (S. 7)

Die Stärkung der Sicherheit in unserer Nachbarschaft - Unter dieser Rubrik werden aufgeführt: Ein stärkeres und aktiveres Interesse für die Probleme im Südkaukasus, der prioritäre Stellenwert einer Lösung des israelisch-arabischen Konflikts, die Vertiefung des Barcelona-Prozesses (Mittelmeer-Raum).

Eine Weltordnung auf der Grundlage eines wirksamen Multilateralismus – dabei gilt die Charta der VN als grundlegender Rahmen, das Völkerrecht soll gewahrt und weiterentwickelt werden (Beispiel: Der Internationale Strafgerichtshof). Zum Geflecht der multilateralen Institutionen rechnet die EU umstandslos die UNO, die WTO, die internationalen Finanzinstitutionen, die NATO, Regionalorganisationen wie die OSZE. Während die Stärkung der Vereinten Nationen eher prominent behandelt wird (ohne allzu konkret zu werden), wird die NATO eher pflichtschuldig erwähnt.

d) Die **Auswirkungen auf die europäische Politik** werden folgendermaßen beschrieben:

Eine „Strategie-Kultur“ müsse sich herausbilden, die „rasches und wenn nötig robustes Eingreifen“¹¹ fördert. Die EU müsse sich in die Lage versetzen, mehrere (Militär-)Missionen gleichzeitig durchführen zu können. Wesentlich sei dabei aber die Verbindung von zivilen und militärischen Fähigkeiten bei der Krisenbewältigung. Der erforderliche Aufbau flexibler und moderner Einsatzkräfte verlange, die Mittel für Verteidigung aufzustocken und effektiver zu nutzen.

Eine Gesamtbewertung der EU-Sicherheitsstrategie kann die Annäherung an Grundelemente der National Security Strategy (NSS) der USA nicht übersehen. Die Bedrohungsanalyse zeigt weitreichende Übereinstimmung. Auch die daraus abgeleitete Schlussfolgerung, dass bei diesen neuen Bedrohungen „die erste Verteidigungslinie oftmals im Ausland liege“¹² wird, lässt Anklänge an die NSS erkennen. Schließlich erscheint der Schluss, dass die Herstellung unbegrenzt einsetzbarer militärischer Handlungsfähigkeit als essentielle Bedingung angesehen wird, um weltpolitisch gestaltend wirken zu können, in hohem Maße mit den Vorstellungen der US-Administration kompatibel.

Zugleich legt die EU Wert darauf, ein eigenes Profil in der Internationalen Politik zu erringen: Die Akzentuierung der internationalen Einbindung des eigenen Handelns wird dem Unilateralismus US-amerikanischer Prägung entgegengesetzt. Bei der Krisenbewältigung wird Wert gelegt auf einen kohärenten Politik-Ansatz, der wirtschaftliche Zusammenarbeit, Entwicklungspolitik, Diplomatie und militärische Intervention in das richtige Verhältnis bringen müsse. Diese Balance wird als effektiveres Mittel der dauerhaften Krisenbearbeitung begriffen, als ein Konzept, das einseitig auf militärische Stärke baue.

¹¹ ebd.(S. 11)

¹² ebd.(S.7)

Einen interessanten, neu akzentuierten Aspekt weist die Aufgabenbeschreibung auf, wonach die EU als gewichtiger diplomatischer Faktor vor allem darauf hinwirken soll, ihr näheres Umfeld zu befrieden und zu stabilisieren. „Wir müssen darauf hinarbeiten, dass östlich der Europäischen Union und an den Mittelmeergrenzen ein Ring verantwortungsvoll regierter Staaten entsteht, mit denen wir enge, auf Zusammenarbeit gegründete Beziehungen pflegen können.“¹³

Der in der Irak-Krise sichtbar gewordene tiefergehende Richtungsstreit ist mit der Annahme des Strategie-Dokuments nicht aus der Welt; er wird durch Formelkompromisse überlagert. Zugleich kann kaum übersehen werden, dass sich die Gewichte mit dem Ratsbeschluss vom Dezember 2003 zugunsten einer eigenständigeren und wirkungsvolleren EU-Rolle verlagert haben. Nach dem vorherrschenden Verständnis setzt eine solche Aufwertung der GASP eine Stärkung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) voraus. Das wird in der Praxis dazu führen, dass die EU sich – wie auch im Verfassungsentwurf des Konvents niedergelegt – zukünftig auf stärkere militärische Fähigkeiten und Komponenten abstützen will. Während diese „Militarisierung“ der EU Konsens zu sein scheint, bleibt der Rahmen, innerhalb dessen Militär eingesetzt werden sollte, umstritten. Klare Kriterien für Militäreinsätze bleiben bisher Fehlanzeige. Großbritannien und die neuen mittel- und osteuropäischen Mitgliedsstaaten bevorzugen weiterhin eine enge Anbindung an die Vereinigten Staaten von Amerika und beharren demzufolge auf der substantiellen Rolle der Nordatlantischen Allianz. Besonders Frankreich verfolgt stattdessen den gezielten Aufbau autonomer Handlungsfähigkeiten der EU. Die Bundesrepublik zieht eher in diese Richtung, möchte aber, dass es keiner merkt. Dieser Grundkonflikt wird auf längere Sicht virulent bleiben. Damit aber bleiben auch weitere Fragen ungelöst. Was ist mit den „strategischen Partnerschaften“ gemeint, die mit Japan, China, Kanada, Indien und Russland angestrebt werden sollen? Welche Folgerungen werden daraus gezogen? Hier ist noch sehr viel Klärungsbedarf.¹⁴

Was das Verhältnis zu den USA anbetrifft, scheint die Grundphilosophie in dem Satz zu liegen: „In gemeinsamem Handeln können die Europäische Union und die Vereinigten Staaten eine mächtige Kraft zum Wohl der Welt sein. Unser Ziel sollte eine wirkungsvolle, ausgewogene Partnerschaft mit den USA sein.“¹⁵

¹³ ebd., (S. 8)

¹⁴ Jan Joel Andersson, *The European Union Security Strategy: Coherence and Capabilities*, Discussion Paper, 20.10.2003; Martin Ortega, *The EU's Strategic Objectives: Effective Multilateralism and extended security*, Paper vom 6./7.10.2003. Beide Papiere, wie auch weitere, wurden im Zuge der drei Vorbereitungskonferenzen unter Federführung des Instituts for Security Studies der EU präsentiert. Diese Papers, wie auch nachfolgend genannte Titel aus diesem Institut sind zu finden unter: www.iss-eu.org/

¹⁵ a.a.O., (S. 13)

3. Der Verfassungsvertrag

Mit dem vom Europäischen Rat am 18. Juni 2004 angenommenen Verfassungsvertrag wird der weitere Integrationsprozess auf eine neue Grundlage gestellt. Das bedeutet indes nicht, dass wir es mit einer großen Summe an strukturellen und inhaltlichen Neuerungen zu tun hätten. Der Präsident des Verfassungskonvents, Giscard d'Estaing, sprach davon, dass – neben den bewahrenden Elementen – ein „Gründergeist“ insbesondere in der Außen- und Verteidigungspolitik, bei der Kriminalitätsbekämpfung und den Bürgerrechten gewaltet habe.¹⁶ Aber selbst diese Aussage bedarf einer genaueren Prüfung. Scheint es nicht so zu sein, dass es im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik in hohem Maße um Bestandssicherung geht? Sind nicht viele Dinge bereits vertraglich geregelt oder auf den Weg gebracht, die durch den Verfassungsvertrag nur neue legitimatorische Weihen erhalten sollen? Ja und Nein.

Die verbindlichere Fixierung von Regularien und Strukturen ist in der internationalen Politik von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Ein Außenminister der EU ist mehr als der bisherige Hohe Repräsentant, selbst wenn ihm zunächst nicht viel mehr Kompetenzen zukommen (Art. I-39).¹⁷ Dass die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik integraler Bestandteil der GASP ist (Artikel I-40), ist wenig spektakulär. Aber die Ergänzung „Die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik umfasst die schrittweise Festlegung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik der Union. Diese führt zu einer gemeinsamen Verteidigung, sobald der Europäische Rat einstimmig darüber beschließt“¹⁸, impliziert ein höheres Maß an Verbindlichkeit und macht die Tür zu weiteren Schritten der Militärintegration weit auf. Die Aussage „[d]ie Mitgliedsstaaten verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern“¹⁹, umschreibt kein ehernes Gesetz, bleibt ergo interpretationsfähig. Sie löst aber Handlungszwänge aus, denen sich ein Mitgliedsstaat kaum entziehen kann. Dies gilt auch deshalb, weil diese Rüstungsverpflichtung mit der Schaffung einer EU-Behörde verknüpft ist, die den Prozess der Rüstungsmodernisierung steuern und kontrollieren soll (ebenfalls Art. I-40). Der Katalog der Petersberg-Aufgaben hatte bereits im Amsterdamer Vertrag Aufnahme gefunden und die weitgefächerten militärischen Ambitionen der EU unterstrichen. Doch die Hinzufügung des folgenden Satzes ist keine Bagatelle: „Mit allen diesen Missionen kann zur Bekämpfung

¹⁶ s. Andreas Wehr, *Europa ohne Demokratie? Die europäische Verfassungsdebatte – Bilanz, Kritik und Alternativen*, Köln 2004

¹⁷ Die hier aufgeführten Nummerierungen beziehen sich auf den Vertragsentwurf vom 18. Juli 2003. Inzwischen ist im Ergebnis der Regierungskonferenz vom 18. Juni eine Modifikation des Entwurfs inklusive neuer Zählungen vorgelegt worden, die nicht mehr berücksichtigt werden konnten.

¹⁸ <http://european-convention.eu.int/docs/Treaty> - (S. 33)

des Terrorismus beigetragen werden, unter anderem durch die Unterstützung für Drittstaaten bei der Bekämpfung des Terrorismus in ihrem Hoheitsgebiet.“²⁰ (Art. III-210) Hier wird nicht nur eine Aktualisierung vorgenommen, mit der Militäreinsätze begründet werden können; hier wird ein neues Handlungsfeld eröffnet, um auf innere Entwicklungen in Drittstaaten massiv Einfluss nehmen zu können.

Eine echte und zu beachtende Neuerung sind die Regelungen, mit denen eine engere Zusammenarbeit von Mitgliedsstaaten möglich gemacht werden: „Die Mitgliedstaaten, die anspruchsvolle Kriterien in Bezug auf die militärischen Fähigkeiten erfüllen und die im Hinblick auf Missionen mit höchsten Anforderungen untereinander festere Verpflichtungen eingegangen sind, begründen eine strukturierte Zusammenarbeit im Rahmen der Union.“²¹ (I-40, Abs. 6) Diese Regelung muss in Verbindung mit Art. III-206 gelesen werden, wonach der Rat die Durchführung einer militärischen Mission einer Gruppe von Mitgliedsländern übertragen kann, die über die erforderlichen Fähigkeiten verfügen und sich beteiligen wollen. Eine europäische Militärunion à la carte ist danach nicht mehr auszuschließen. Das erhöht die Gefahr, dass die eher pazifistischen Traditionen einiger EU-Mitglieder künftig weniger ins Gewicht fallen, bzw. die hauptsächlich Rüstungsmächte allein den Ton angeben. Allerdings gilt noch immer das Prinzip der strikten Einstimmigkeit bei Beschlüssen mit militärischen und verteidigungspolitischen Bezügen. Dies wird auch weiterhin als Bremse für allzu interventionistische Machtpolitiken wirken.

4. Streitkräfte-Potenzial

Mit den Headline Goals (HLG) verpflichten sich die EU-Mitgliedsstaaten auf den Aufbau einer Streitmacht, die 60.000 Soldaten umfassen soll, der bislang ca. 400 Schiffe und 100 Kampfflugzeuge zugeordnet sind, eine Truppe, die innerhalb von 30 Tagen verlegbar sein und ein Jahr „durchhalten“ soll. Damit könnte man, so die Annahme, maximal zwei mittlere Missionen gleichzeitig durchführen. Durchgespielt wurden intern etwa Szenarien, die ein Korps für Krisenmanagement plus eine Evakuierungsoperation umfassten, bzw. eine Langzeit-Mission unterhalb des Maximums plus eine kürzere Mission.²² Die volle Einsatzfähigkeit (Full Operation Capability) soll 2006 erreicht sein. Von Bedeutung dürfte sein, dass man diese HLG-Planung durch die Absicht ergänzt hat, künftig European Battle Groups zu bilden, d.h. kleinere Einheiten, die als „Early Entry Forces“ sehr rasch

¹⁹ ebd., (S. 34)

²⁰ ebd. (S.162)

²¹ ebd.(S. 34)

²² Gustav Lindstrom, The Headline Goal, Institute for Security Studies; Jean-Yves Haine, ESDP: an overview. a.a.O.

eingesetzt werden können. Gedacht ist an sieben bis neun Einheiten à 1.500 Soldaten, die entweder im Rahmen der Terrorismusbekämpfung eingesetzt werden können (s.o.) oder die als Vorauskommando den Boden für die sog. „Stabilisierungstruppen“ bereiten sollen.

Auf die Initiative der USA, im Rahmen der NATO eine sog. Response Force zu bilden, die mit modernsten Kampfmitteln ausgerüstet und zu blitzschnellen militärischen Reaktionen oder Überraschungscoups befähigt ist, haben Frankreich, Großbritannien und Deutschland reagiert und den Aufbau einer Ultrarapid Reaction Force der EU angeregt. Dahinter steht die gleiche Philosophie, die zur Bildung der Battle Groups geführt hat: Mit verhältnismäßig kleinen, aber hochmobilen und besonders schlagkräftigen Einheiten will man eine erste Kontrolle in Kriseneinsatzgebieten erreichen, bzw. den Gegner durch flexible Einsatzoptionen überraschen und abschrecken können. Damit sollen die Instrumente für die sog. asymmetrische Kriegführung geschärft werden, die davon ausgeht, dass man den heutigen, vorwiegend nicht-staatlichen Gegnern, die in der Regel nicht über Großarmeen, sondern über kleine Kampfgruppen/Milizen verfügen, mit angemessenen Mitteln (Rapid Reaction Forces) begegnen müsse. USA/NATO und EU wollen offenkundig darauf gestützt, Ordnungs- und Kontrollfunktionen in Krisenszenarien ausüben, wobei sie darum konkurrieren, wer, wo, was machen darf oder sollte – Kooperationen sind nicht auszuschließen.

Die europäischen Planungen haben dabei mit dem Umstand zu tun, dass die EU – im Unterschied zu den USA – nicht über die militärischen Kapazitäten und Instrumente für die „neuen Kriege“ verfügt. Daher hat der Europäische Rat in Laeken, Dezember 2001, einen European Capabilities Action Plan (ECAP) beschlossen, der ausgehend von den militärischen Defiziten der EU Maßnahmen zu einer umfassenden Rüstungsmodernisierung festlegt.²³ Als Defizite werden vor allem genannt:

- Unmanned Air Vehicles/Surveillance and Target Acquisition Units
- Special Operation Forces
- Cruise Missiles/Precision Guided Munitions
- Theatre Ballistic Missile Defense
- Headquarters
- Theatre Surveillance and Reconnaissance Air Picture
- Strategic Air Mobility/Outsized Transport Aircraft, General Cargo Aircraft.

²³ Burkhart Schmitt, European Capabilities Action Plan (ECAP), Institute for Security Studies, ebd.

In den hier aufgeführten Bereichen existiert inzwischen eine umfangreiche Beschaffungsplanung, die den Zeithorizont von 2007 bis 2015 umfasst. Während man mit der Satellitenaufklärung ab 2008 präsent sein will, sollen die neuen Transportflugzeuge A-400 M ab 2010 „zulaufen“, bei den neuen Gefechtsfeldaufklärungssystemen rechnet man mit der Einführung 2015. Ob man die jeweiligen Ziele angesichts begrenzter staatlicher Haushaltsmittel rechtzeitig oder überhaupt erreichen kann, wird unter den Fachleuten noch kontrovers diskutiert.

Auch wird diese Entwicklung zu einer „Euro-Armee“ erhebliche Umstrukturierungsprozesse der rüstungsökonomischen Basis erforderlich machen. Bisher noch in hohem Maße nationalstaatlich fragmentiert – Ausnahmen: Luft- und Raumfahrt, Verteidigungselektronik – müssen jetzt erhebliche Anstrengungen zu einer Internationalisierung der Rüstungsunternehmen unternommen werden. Tatsächlich zeichnen sich hier seit einiger Zeit Prozesse ab, die der europäischen Rüstungszusammenarbeit einen neuen Schub geben können.

Kostenträchtige Modernisierungszwänge („Revolution in Military Affairs“), die Umstrukturierung für neue Einsatzszenarien (asymmetrische Kriegsführung) und die machtpolitischen Ambitionen der EU (GASP/ESVP) sind die Triebkräfte, die eine Überwindung gegebener Strukturen und verstärkte internationale Kooperation erzwingen. Die Organisation dieser Zusammenarbeit im Rahmen der EU scheiterte bisher an nationalstaatlichen Rivalitäten und Vorbehalten. Bisher herrscht die rein intergouvernementale Kooperation zwischen Einzelstaaten vor; institutionelle und industrielle Arrangements werden auf ad-hoc-Basis getroffen; die programm-spezifische Zusammenarbeit hat die Fragmentierung des Rüstungssektors nicht grundlegend verändern können. Die Folgen: Überbordende Kosten, überflüssige Verdoppelungen, zeitliche Verzögerungen.

Immerhin konnten sich in der Luft- und Raumfahrt mit (EADS , Thales, BaeSystems) durch Fusionen und Zusammenschlüsse drei internationale Champions herausbilden, die ihrerseits in verschiedenen Projekten untereinander verbunden sind. Die „Säkularisierung“ der Rüstungswirtschaft, d.h. ihre Entstaatlichung/Privatisierung hat erhebliche Fortschritte gemacht. Diese „Rüstungsgiganten“, aber auch die nationalen Champions in den übrigen Rüstungsbereichen, sind gegenwärtig dabei, sich für den Kampf um Weltmarktanteile neu aufzustellen. Daher ist davon auszugehen, dass sich eine neue Dynamik der Europäisierung der Industrie- und Rüstungspolitik entwickeln wird. Nachdem der erste Versuch der Europäischen Kommission, auf diesem Feld initiativ zu werden, 1997 verpuffte (Draft Common Position on the Framing of a European Armaments Policy), scheint der neue Anlauf der Kommission vom März 2003 aussichtsreicher zu sein. Mit einem weiteren Dokument „Strategic Aerospace Review for the 21st Century - STAR 21“ liegen auch für diesen Schlüsselsektor konkrete Überlegungen der Kooperation und Integration vor, die über die Institutionen der EU bewerkstelligt werden sollen. Schließlich wird die bislang eher vor sich hindümpelnde

Rüstungsagentur OCCAR durch neue Vereinbarungen (s. auch Verfassungsvertrag) möglicherweise auf eine neue Grundlage gestellt werden können. Nur am Rande sei auf die Bündelung der europäischen Rüstungslobby durch den Zusammenschluss der European Defense Industries Group/EDIG und der Association Européenne des Constructeurs de Matériel Aérospatial/AECMA hingewiesen. Ergo: Entwicklungen werden eingeleitet, stehen aber erst am Anfang.²⁴

Tatsache ist, dass die „Euro-Armee“ zwar keine Armada auf dem Papier mehr ist, aber eine voll einsatzfähige Truppe, die zudem völlig unabhängig von den USA bzw. den NATO-Kapazitäten agieren könnte, noch nicht existiert. Als Voraussetzungen für autonomes militärisches Handeln wären anzusehen:

- Informations- und Aufklärungssysteme (Satelliten)
- Integration der Aufklärungs-, Führungs- und Wirksysteme
- Nicht nur „verbundene“, sondern in stärkerem Maße „integrierte“ Streitkräfte
- Strategische Mobilität
- Planungs- und Leitungskapazitäten (Hauptquartiere)

Diese Aufzählung macht klar, dass einige der Voraussetzungen erst im Laufe der nächsten Jahre geschaffen werden sollen. Und es bleibt überdies unklar, ob es tatsächlich gelingt, die angestrebte Autonomie gegenüber den USA zu erreichen. Die Vereinbarungen über das europäische Satellitensystem GALILEO etwa, schließen eine Störung dieses Systems durch die USA nicht aus.²⁵ Die vor kurzem und gegen den langanhaltenden Widerstand der USA aufgestellte Planungszelle der EU logiert im NATO-Hauptquartier SHAPE gleichsam zur Untermiete und ist mit 150 Personen extrem unterbesetzt. Von der geheim gehaltenen, im Jahre 2002 getroffenen Vereinbarung zwischen der NATO und der EU wissen Insider zu berichten, dass darin ein einseitiger Souveränitätsverzicht der Europäer festgeschrieben sei. Ob dies zutrifft, kann gegenwärtig nicht verifiziert werden. Ein von Bundesaußenminister Fischer jüngst lancierter Vorschlag, eine Euro-Gruppe in der NATO zu bilden, der listig darauf zielte, eine europäische Vereinheitlichung zu erreichen ohne die USA vor den Kopf zu stoßen, wurde von den USA brüsk zurückgewiesen. Als Fazit bleibt: Die Tendenz der EU, über

²⁴ Zu diesem Abschnitt: Dieter Hanel, Die Rüstungsindustrie in Deutschland, in: Soldat und Technik Online vom 27.4.2004; Burkhardt Schmitt, Armaments cooperation in Europe, Institute for Security Studies; Jocelyn Mawdsley, The European Union and Defense Industrial Policy, BICC Paper 31, Bonn 2003; Commission Communication, March 2003, European Defence – industrial and market issues. Towards an EU Defence Equipment Policy.

²⁵ Regina Hagen, Europa – eine führende Macht im Weltraum?, in: Wissenschaft und Frieden 2/2004, S. 21ff., Bonn 2004

die festgefügten NATO-Strukturen hinaus Militärkapazitäten zu bilden, ist unverkennbar; aber noch kann von autonomen Fähigkeiten keine Rede sein.

Ein Vergleich der militärischen Fähigkeiten zwischen Europa und den USA ergibt grob gesagt folgende Werte: Bei den gesamten Rüstungsausgaben ergibt sich ein Verhältnis von 1:2 (170 Mrd. zu 300 Mrd. \$), bei den Beschaffungen von 1:4, bei der militärischen Forschung & Entwicklung 1:6. Rüstungsexperten taxieren das Stärkeverhältnis in toto auf 1:10! Dieser Schätzwert ist ein Indikator; die wirklichen Fähigkeiten zur globalen „power projection“ ein anderer. Die USA verfügen derzeit über ca. 800 auswärtige Militär-Stützpunkte, die EU könnte auf wenige Stützpunkte der alten Kolonialmächte England und Frankreich zurückgreifen.²⁶ An diesem Kräfteverhältnis wird sich absehbar nichts ändern. Mehr spricht dafür, dass die Entwicklung eher gegenläufig bleiben wird. Ob die von einigen EU-Staaten intendierte Strategie „Aufholen, ohne Einzuholen“ realitätstauglich ist, kann daher in Zweifel gezogen werden.

5. Militärmissionen der EU

EU-Mitgliedstaaten sind schon länger an militärischen Interventionen beteiligt - ob es sich dabei um unilaterale Einsätze der früheren Kolonialmächte oder um die Beteiligung an multilateralen Einsätzen unter dem Dach der UNO bzw. der NATO handelt. Militärische Aktionen unter der direkten Federführung der EU sind neueren Datums. Die nachfolgende Tabelle umfasst die drei bisher vorliegenden Fälle: Zwei davon sind inzwischen abgeschlossen; ein größerer Einsatz steht ab Beginn des nächsten Jahres bevor. Es wird deutlich, dass es sich bisher ausschließlich um UN-mandatierte Einsätze auf relativ niedrigem Niveau handelt. Allerdings ist die bevorstehende Mission in Bosnien-Herzegowina ein wichtiger Beleg dafür, dass es die EU danach drängt, Militärmission zumindest innerhalb oder am Rande Europas unter Eigenregie zu bringen.

Die beiden folgenden Tabellen beleuchten den Anteil der EU-Militärbeiträge an den anderen Militäroperationen der jüngeren Vergangenheit. Dabei scheint sich eine interessante Arbeitsteilung anzudeuten: Militärische Kampfeinsätze sind durch die Führung und Dominanz der USA geprägt, nachfolgende „Stabilisierungseinsätze“ werden in höherem Maße durch EU-Mitgliedsstaaten und die UNO bestimmt. Dieses Verhältnis kann zumindest für die „Nachkriegsregelungen“ auf dem Balkan und in Afghanistan geltend gemacht werden; Irak kann als Sonderfall verbucht werden, da dieser Krieg US-amerikanisch-britisch bestimmt war.

Tab.: Militäreinsätze der EU

2003	Operation Concordia	Mazedonien	UN-mandatiert, peace-keeping, befristet	350 Soldaten Rückgriff auf NATO-assets
2003	Operation Artemis	DR Congo	UN-mandatiert, Kap. VII, befristet	1.800 Soldaten frz. geführt, D mit Logistik beteiligt
2005	Eurofor	Bosnien	UN-mandatiert, peace-keeping, unbefristet	7.000 Soldaten EU bisher 53% der Beiträge US/Nato weiterhin präsent

Tab.: Vergleich der Einsätze - Kosovo, Afghanistan, Irak

1999	KFOR	Kosovo	UN/NATO	16.173 Soldaten EU-15* = 69 % Anteil
2002	ISAF	Afghanistan	UN, post-conflict-building	4073 Soldaten 62% Anteil durch EU-20
2003	Operation Iraqi Freedom	Irak	US-geführte Allianz Preventive war	120.000 Soldaten knapp 20.000 durch 13 EU-MS

* EU-15 meint die EU der 15 Mitgliedsstaaten. EU-20 die osterweiterte EU

Die Zahlen bei den Militäroperationen im ehemaligen Jugoslawien sind besonders eindeutig. Der NATO-Luftkrieg gegen Serbien wurde zu 98 Prozent von den USA getragen, der militärische Teil des „post-conflict-building“ wird überwiegend durch die EU bestritten.

²⁶ Werner Biermann, Arno Klönne, The Big Stick. Imperiale Strategie und globaler Militarismus – Die USA als Mega-

Tab.: Vergleich USA/Europa-Militärkontingente auf dem Balkan 2004

	SFOR	KFOR	TOTAL
US	1.645	2.149	3.794
EU-15	6.211	16.173	22.384

Ein innerwestlicher Widerspruch scheint gerade darin begründet, dass dies nicht als dauerhaftes Muster einer möglichen Arbeitsteilung angesehen wird. Die EU-Staaten können nicht akzeptieren, dass sie für die Folgekosten von Militäreinsätzen herangezogen werden, an deren Planung sie nicht „auf Augenhöhe“ beteiligt waren, bzw. zu denen sie nolens volens gezwungen wurden. Der Irak-Krieg hat diese Problematik besonders zugespitzt auf die Tagesordnung gebracht. Ein Teil der europäischen Staaten ist nur bedingt bereit, die Negativfolgen des unilateralen Vorgehens der USA „auszubügeln“. Es ist davon auszugehen, dass dieses Verhältnis, nach dem Debakel „Irak“ einer Neujustierung bedarf, die im Falle eines Regierungswechsels in den USA auch zu erwarten wäre. Ob dies mit einer neuerlichen Aufwertung der Nato verbunden sein könnte, bleibt freilich abzuwarten.

6. Auf dem Weg zu einem neuen militärischen Machtblock „Europa“?

Leo Panitch/Sam Gindin haben die Notwendigkeit akzentuiert, sich von den „klassischen“ Imperialismus-Vorstellungen zu lösen und den Begriff des „neuen“ Imperialismus zu erarbeiten.²⁷ Im Zentrum dieses „Neo-Imperialismus“ stehen für sie die veränderten Beziehungen zwischen den entwickelten kapitalistischen Staaten. Die besondere Eigenschaft des US-amerikanischen Staates, als hegemoniale Macht zu fungieren, wird darin gesehen, dass er einerseits die eigenen Nationalstaatsinteressen, andererseits die Interessen des globalen Kapitals fördert und durchsetzt. Grundlage dieser Hegemonie, d.h. eines transatlantischen Kapitalismus unter der Vorherrschaft der USA, bilden die nach 1945 ins Werk gesetzten Prozesse der Internationalisierung der Ökonomie (v.a. zum Vorteil des US-Kapitals), der Politik und der Kultur. Die Globalisierung der letzten beiden Jahrzehnte hat diese dominante Stellung der USA eher gefestigt denn untergraben. Allerdings problematisieren auch Panitch und Gindin, ob diese Beziehung so weitergeführt werden kann:

„In den jüngsten Spannungen zwischen Europa und den USA geht es um die Rolle des amerikanischen Staates; denn dieser handelt im partikularen Interesse des amerikanischen Kapitals und

macht?, Köln 2003

²⁷ Leo Panitch, The New Imperialist State, New Left Review 2 (new series). 5-21, 2000

nicht im Interesse des globalen Kapitals. Die nationalen Interessen werden nur allzu oft chauvinistisch definiert und geraten so in Gegensatz zu den weiteren neo-imperialen Interessen.“²⁸

Diese Spannungen, die im jüngsten Irak-Krieg kulminierten, werden von Panitch/Gindin nicht als Ausdruck einer vordergründigen Rivalitätsbeziehung verstanden. Es gehe darum, wie das gegenwärtige hegemoniale Weltsystem mit den Widersprüchen, die es selber hervorruft, fertig werden will. Die nationalchauvinistisch inspirierte Antwort der Bush-Administration, die ja nicht zuletzt die Vorstellung eines gewaltsamen regime-changes in unbotmäßigen Staaten und Regionen umfasst, wird von den europäischen Partnern und Konkurrenten nicht nur als zu „egozentrisch“, sondern insgesamt als zu riskant und westliche Dominanz potenziell delegitimierend angesehen.²⁹

Robert W. Cox hat sich eingehender mit dem Wechselverhältnis von ökonomischer, militärischer und ideologischer Macht im Rahmen hegemonialer Ordnungen beschäftigt. Das Missverhältnis zwischen der dominierenden militärischen Position der USA und ihrem verringerten Vorsprung in der Weltökonomie liegt auf der Hand. Ob die USA auch als führende ideologische Macht im Niedergang begriffen ist, wird noch strittig diskutiert. Robert W. Cox wertet allein die Tatsache dieser Debatte als Indiz, dass sich die ideologische Dimension der US-Hegemonie abgeschwächt habe und wohl weiter verringern werde. Er entwirft verschiedene Szenarien der künftigen Weltentwicklung:

„Wenn angenommen wird, dass sich die Hegemonie im Niedergang befindet, so gibt es verschiedene logische Möglichkeiten für die zukünftige Entwicklung: (a) eine Wiederbelebung der niedergehenden Hegemonie, (b) eine Wiederbelebung der universellen Werte der niedergehenden Hegemonialmacht – nicht durch einen einzigen Staat, sondern durch eine Oligarchie von mächtigen Staaten, die ihre Machtpotentiale aufeinander abstimmen müssen, (c) die Begründung einer neuen Hegemonie durch einen anderen Staat, der seine eigenen Ordnungsprinzipien erfolgreich zu verallgemeinern vermag; (d) eine nicht-hegemoniale Ordnung, in der keine Ordnungsprinzipien wirken und die vermittels des Zusammenspiels rivalisierender, mächtiger Staaten funktioniert, von denen jeder über Klientelstaaten verfügt; diese Ordnung wird sich wahrscheinlich auf eine Organisation rivalisierender Weltregionen gründen; und (e) eine gegen-hegemoniale Ordnung mit einer breiten Machtdiffusion.“³⁰

Cox hält die Varianten (a) und (c) für wenig wahrscheinlich, (e) für eine langfristige Möglichkeit. Die Variante (d) würde eine schwerwiegende Krise des internationalen Systems, z.B. in

²⁸ Leo Panitch/Sam Gindin, Euro-Kapitalismus und amerikanischer Imperialismus, in: Martin Beckmann, Hans-Jürgen Bieling, Frank Deppe (Hrsg.), „Euro-Kapitalismus“ und globale politische Ökonomie, Hamburg 2003, S. 139

²⁹ Leo Panitch/Sam Gindin, Global Capitalism and American Empire, In: Socialist Register 2004, unter: www.yorku.ca/socreg/ - 26.09.04

³⁰ Robert W. Cox, Weltordnung und Hegemonie – Grundlagen der „Internationalen Politischen Ökonomie“, Studie Nr. 11 der Forschungsgruppe Europäische Gemeinschaften (FEG), Institut für Politikwissenschaft an der Univ. Marburg

Folge einer Finanzkrise, voraussetzen. Die multilaterale Wiederbelebung einer US-geführten Hege-monialstruktur erscheint in diesem Modell als wahrscheinlichste Variante.

Die hier vorgelegte Untersuchung des Standes der Europäischen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik und die daraus abgeleiteten Voraussagen zur künftigen Rolle Europas in der Welt, decken sich weitgehend mit den Überlegungen von Robert Cox.

1. Tatsächlich sind die Fortschritte bei der Herausbildung einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) seit 1999/2000 beachtlich. Der Hohe Repräsentant der EU für die GASP, Javier Solana, spricht von der „Lichtgeschwindigkeit“, in der sich dieser Prozess seitdem vollzogen habe. Andererseits bleiben beträchtliche militärische Defizite; der Weg zu einer global einsetzbaren Euro-Interventionsarmee, die das gesamte geplante Einsatzspektrum abdecken kann, ist noch weit. Nimmt man die Planungen für bare Münze, wird eine solche Fähigkeit der Machtprojektion erst im Laufe des nächsten Jahrzehnts erreicht werden. Es bleiben zudem die Zweifel, ob sich die Ambitionen globaler, militärisch gestützter und autonomer (!) Machtentfaltung politisch realisieren lassen. Kein Zweifel kann daran bestehen, dass eher selektive Militäreinsätze (Beispiel Kongo), die auch mit der Übernahme regional konzentrierter Ordnungsmachtfunktion (Bsp. Balkan) verbunden sein können, heute gemacht und noch ausgebaut werden können.

2. Die Krise um den Irak hat nachdrücklich die Hauptschwäche der EU ins Licht gerückt: die mangelnde Kohärenz in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Schon bei den Balkan-Kriegen der neunziger Jahre hatte sich dies als ein entscheidendes Handicap Europas erwiesen. Mit der EU-Osterweiterung ist nun eine erhebliche Komplizierung hinzugekommen. Neue, effektivere politische Entscheidungsstrukturen sollen laut Verfassungsvertrag ab 2009 gelten. Der Dissens ist grundsätzlicher Art: Wird die EU im wesentlichen als Freihandelszone verstanden, die nur beschränkte Funktionen als Politische Union ausüben und eng an die Vereinigten Staaten von Amerika angebunden bleiben soll, oder soll die EU zu einem eigenständigen politischen Machtzentrum in der Welt ausgebaut werden? Darüber scheiden sich die Geister, z.B. zwischen Großbritannien und Frankreich, oder auch zwischen westeuropäischen und osteuropäischen Mitgliedsländern. Ob sich in den nächsten Jahren eine Harmonisierung der Standpunkte im Rahmen des EU-Integrationsprozesses herauskristallisieren wird, ist nur schwer prognostizierbar. Dieser Prozess ist eingebettet in die kapitalistische Akkumulations- und Krisendynamik. Ob daher die Ziele der Lissaboner Deklaration, die EU bis 2010 zum stärksten und dynamischsten Wirtschaftsraum der Welt machen zu wollen, auch erreicht werden, bleibt fraglich. Eine solche Entwicklung scheint indes eine der Voraussetzungen dafür, dass die weltpolitischen Ambitionen der EU-Eliten weiter genährt werden und in greifbare Nähe rücken können.

Seit längerem sind die beiden „Hauptantreiber“ der EU-Integration, Frankreich und Deutschland, darum bemüht, die mangelnde politische Kohärenz dadurch zu umgehen, dass Möglichkeiten einer engeren Kooperation zwischen einzelnen Mitgliedstaaten unter dem Dach der EU ermöglicht werden („Kerneuropa“, „verstärkten Zusammenarbeit“). Jetzt wird mit dem Verfassungsvertrag eine „strukturierte Zusammenarbeit“ im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik eröffnet. Im Idealfall können damit die machtpolitisch Ambitionierten ihre Interessen zur Geltung bringen und dabei auf die Legitimation der europäischen Gemeinschaft zurückgreifen. Ein dauerhafter und tragfähiger Ausweg aus dem europäischen Dilemma ist das nicht. Es kann auf Dauer nicht gut gehen, dass alle in Mithaftung genommen werden für politische Entscheidungen und Aktionen, die von Einigen innerhalb der EU durch- und umgesetzt werden.

3. Die Auseinandersetzungen um eigenständigere europäische Strukturen auf dem Feld der Sicherheits- und Militärpolitik zwischen den USA und Europa existieren seit Jahrzehnten. Eine Zuspitzung haben sie in den letzten fünfzehn Jahren erfahren (Beginn: Der Streit um den Aufbau des Eurokorps 1992). Die unglaublich zähen Verhandlungen haben dabei klargemacht, wie stark die Bindungswirkung ist, die die USA kraft ihrer militärischen und machtpolitischen Überlegenheit im Rahmen des transatlantischen Bündnisses auszuüben in der Lage sind. Leo Panitch, Peter Gowan³¹ und andere haben Recht, wenn sie darauf hinweisen, dass es die von den USA nach 1945 geprägten institutionellen Verflechtungen und Strukturen sind, die eine Garantie dafür bieten, dass sich US-Interessen letztlich durchsetzen lassen. Nach dem Zusammenbruch des Warschauer Pakts sind wir in eine Transitionsperiode eingetreten, in der der Kampf um die neuen politischen Metastrukturen des Westens (Gowan) entbrannt ist. Während die USA bemüht sind, nicht zuletzt über die NATO, die Heraufkunft von machtpolitischen „Gegenspielern“ strikt zu unterbinden, sind relevante Mitgliedsstaaten der EU auf eine stärkere weltpolitische Rolle erpicht. Der Jugoslawien-Krieg, auch als Mittel gemeint, um die US-amerikanische Führung (leadership) zu festigen, verkehrte sich ins Gegenteil und wurde zum Katalysator europäischer Verselbstständigungsbemühungen. Die Entwicklung der letzten Jahre hat verdeutlicht, welche Fliehkräfte durch die Dominanz der USA produziert werden. Außerdem hat der Prozess der EU-Integration die Erwartung eines zumindest gleichberechtigteren Umgangs unweigerlich auf die Tagesordnung gesetzt. Die unübersehbar gewordene Krise der transatlantischen Partnerschaft ist durch den extremen Unilateralismus der Bush-Administration weiter beschleunigt und zugespitzt worden. Es zeigt sich einmal mehr, dass dieses latente Widerspruchspotenzial davon abhängig ist, wie in der Politik des American Empire nationalstaatliche Interessen der USA und die Wahrung der Interessen des globalen Kapitalismus durch die Supermacht

³¹ Peter Gowan, *The Global Gamble*, London/New York 1999

USA ausbalanciert werden. Das „System der Arbeitsteilung“, das sich im Kalten Krieg unangefochten durchsetzen konnte, basierte darauf, dass die USA als Schutzmacht fungierten, der im Gegenzug die Märkte geöffnet wurden. Diese Grundkonstellation ist nach dem Wegfall der „systemischen“ Bedrohung durch die sog. sozialistische Staatengemeinschaft nicht mehr gegeben. Die Bush-Administration hat daher die Terrorattacken des 11. September 2001 benutzt, um eine ähnliche Konstellation „heraufzubeschwören“. „NineEleven“ wurde als Katalysator für die brachiale Durchsetzung von global leadership instrumentalisiert. Doch gerade dieser Versuch, die eigene Dominanz zu sichern, hat erhebliche Gegenkräfte freigesetzt. Die überwiegende Mehrzahl der Staaten betrachtet die Stärkung des Multilateralismus in den Internationalen Beziehungen als unabdingbare Voraussetzung zur Wahrung eigener Interessen und der Minimierung außenpolitischer Risiken. In diesem Spannungsfeld zwischen der nahezu alternativlos erscheinenden Einpassung in das US-Hegemonialsystem und dem Bestreben, sich mehr Handlungsspielräume zu erkämpfen, bewegt sich die europäische Politik. Es wird auf absehbare Zeit um mehr Gewicht, mehr Einfluss, mehr Autonomie für EU-Europa in diesem Rahmen gehen, nicht um den Ausbruch aus der Hegemonialordnung des Westens.

4. Die Rede von einem Euro-Imperialismus ergäbe nur Sinn, wenn die Europäische Union eine expansive und auf militärische Macht gestützte aggressive Außenpolitik verfolgen würde, der daran gelegen ist, andere Länder und Regionen in den eigenen Einflussbereich zu inkorporieren und dauerhaft zu subordinieren. Davon kann gegenwärtig nur in einem äußerst begrenzten Sinne gesprochen werden. Dass die EU ein Instrument ökonomischer Expansion, d.h. nicht zuletzt der Durchdringung anderer Märkte ist, ist kaum von der Hand zu weisen. Das Modell der Osterweiterung, innerhalb dessen die Beitrittsstaaten dazu verdammt waren, den *acquis communautaire* der EU als gegeben zu akzeptieren, kann durchaus als Unterwerfungsakt verstanden werden. Der tiefe Zwist zwischen Teilen Westeuropas und Osteuropa im Irak-Konflikt hat aber die (noch) begrenzte politische Reichweite dieser Subordination gezeigt. Und was die Bereitschaft betrifft, eine „Kultur des robusten Eingreifens“, sprich des militärischen Interventionismus, zu entwickeln, so müssen zumindest die erheblichen Vorbehalte in den verschiedenen Ländern Europas gegen eine Militarisierung der Außenpolitik in Rechnung gestellt werden. Die Neigung, für Kriege in der kapitalistischen Peripherie Opfer zu bringen, ist in den „postheroischen Gesellschaften“ eher gering. Hier mag es zwischen den verschiedenen Ländern Unterschiede geben (der Bogen reicht von Großbritannien bis Finnland); aber der Widerstand der Zivilgesellschaften gegen die Beteiligung dieser Staaten am US-geführten Irak-Krieg war ein eindrucksvoller Beleg dieser These. Zwar erscheint die in diesem Zusammenhang öfter bemühte Entgegensetzung zwischen Europa als einer „weichen“ und den USA als einer „harten“ Macht“ idealtypisch und verklärend. Aber einiges spricht dafür, dass sich nach 1945

in der Formulierung und Umsetzung der jeweiligen Außenpolitiken unterschiedliche Traditionslinien und unterschiedliche politische Kulturen diesseits und jenseits des Atlantiks herausgebildet haben. Die durch die Terroranschläge vom 9. September 2001 veränderte Weltlage hat diese Diskrepanz noch vertieft. Andererseits darf nicht übersehen werden, dass maßgebliche EU-Eliten versuchen, – diese Tradition in Rechnung stellend – Paradigmen für eine neue Rolle der EU in der Welt zu formulieren, die weit über diese „pazifistische“ Traditionslinie hinausweisen. Die traditionelle Stärke Europas, die in der Orientierung auf den Multilateralismus (i.e. die Stärkung der internationalen Organisationen, die Verrechtlichung der Internationalen Beziehungen etc.) und einem umfassenderen und kohärenteren Politikansatz (i.e. besserer Interessenausgleich zwischen Nord und Süd, stärkere Berücksichtigung entwicklungs- und umweltpolitischer Belange etc.) gesehen wird, soll sich mit der Bereitschaft verbinden, künftig weltordnungspolitische Funktionen auch mittels militärischer Gewalt übernehmen zu wollen. Bundesaußenminister Fischer u.a. sehen in diesem Ansatz einen entscheidenden „komparativen Vorteil“, der konsequent für die Stärkung der EU in der internationalen Arena genutzt werden soll. Die Gefahren eines solchen Politikansatzes, der nur eingeschränkt als „Gegenmodell“ zur Politik der Weltordnungsmacht USA verstanden werden kann, liegen auf der Hand. Wer Krieg als Mittel der Politik nicht ausschließt und demzufolge gehalten ist, die Instrumente des Krieges fortlaufend zu perfektionieren, wird versucht sein, militärische Stärke in internationalen Konflikten auch in Anschlag zu bringen. Die noch gezügelte Neigung einer machtfixierten Interessenpolitik des Alten Kontinents könnte anwachsen. Mit dem Essen kommt bekanntlich der Appetit.

Robert Cox liegt richtig: Für die nähere Zukunft erscheint die Heraufkunft einer neuen Hegemonie, die sich auch als Gegenpol zu bestehenden Hegemonialmacht USA definieren müsste, nahezu ausgeschlossen. Japan und die EU bleiben in beträchtlichem Maße, nicht zuletzt durch die ökonomischen, aber auch die militärpolitischen Verflechtungen, in das hegemoniale System des American Empire inkorporiert. Noch immer bildet die Sicherung der westlich-kapitalistischen Dominanz im Weltsystem die gemeinsame Interessenbasis in den transatlantischen Beziehungen. Eine europäische „Gegenmacht“-Bildung im Alleingang ist zudem kaum vorstellbar. Die in der Sicherheitsstrategie anvisierten „strategischen Partnerschaften“ mit China und Russland werden absehbar nicht eine solche Qualität erreichen, dass von stabilen Allianzen, auch im Widerstreit zu den USA, ausgegangen werden kann. Nur ein Beispiel: Ansätze einer engen Kooperation der EU mit Russland auf dem strategisch relevanten Feld der Energiepolitik werden durch die neue Langzeitplanung der Russischen Föderation konterkariert, in der sich auf den Ausbau der Beziehungen mit China und den

USA orientiert wird.³² Die Auseinandersetzungen werden sich in den nächsten Jahren (UN-Reform, Nachkriegsregelung im Irak, Nahost) genau um den von Cox beschriebenen Abstimmungsprozess innerhalb der Oligarchie der mächtigen Staaten drehen. Ohne die US-Führerschaft grundsätzlich in Frage zu stellen, wird die EU darauf drängen, ihr Gewicht in der internationalen Politik weiter zu stärken und dabei auch bereit sein, den militärischen Faktor im Rahmen ihrer Politik aufzuwerten. Ein Euro-Imperialismus ist das noch lange nicht, aber er kann es werden.

Literatur

- Andersson, Jan Joel (2003): The European Union Security Strategy: Coherence and Capabilities, Discussion Paper, 20.10.2003; Martin Ortega, The EU's Strategic Objectives: Effective Multilateralism and extended security, Paper vom 6./7.10.2003.
- Bieling, Hans-Jürgen/Steinhilber, Jochen (Hrsg.)(2000): Die Konfiguration Europas. Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie, Münster
- Biermann, Werner/Klönne, Arno (2003): The Big Stick. Imperiale Strategie und globaler Militarismus – Die USA als Megamacht?, Köln
- Brok, Elmar (2002): Bericht über die bei der Durchführung der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik erzielten Fortschritte, Europäisches Parlament, 11. 9.2002, in: www.europarl.eu.int/committees/
- Cox, Robert W. (1998): Weltordnung und Hegemonie – Grundlagen der „Internationalen Politischen Ökonomie“, Studie Nr. 11 der Forschungsgruppe Europäische Gemeinschaften (FEG), Institut für Politikwissenschaft an der Univ. Marburg
- Götz, Roland (2004): Russlands Energiestrategie und die Energieversorgung Europas, SWP-Studie, 2004/S 06
- Gowan, Peter (1999): The Global Gamble, London/New York 1999
- Hagen, Regina (2004): Europa – eine führende Macht im Weltraum?, in: Wissenschaft und Frieden 2/2004, S. 21ff., Bonn
- Hanel, Dieter (2004): Die Rüstungsindustrie in Deutschland, in: Soldat und Technik Online vom 27.4.2004

³² Europäische Union sichert sich russische Energiereserven, in: Financial Times Deutschland, 12.10.2000; Roland Götz, Russlands Energiestrategie und die Energieversorgung Europas, SWP-Studie, 2004/S 06, März 2004; s. dazu auch: Frank Umbach, Security Partnership and Strategic Energy Resources, Paper des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), Januar 2004,

- Morillon, Philippe (2003): Bericht über die neue europäische Sicherheits- und Verteidigungsarchitektur – Prioritäten und Schwachstellen, Europäisches Parlament, 27.3.2003, in: www.europarl.eu.int/committees/
- Panitch, Leo (2000): The New Imperialist State, *New Left Review* 2, 2000, S.: 5-21
- Panitch, Leo/Gindin, Sam (2003): Euro-Kapitalismus und amerikanischer Imperialismus, in: Beckmann, Martin/Bieling, Hans-Jürgen/Deppe, Frank (Hrsg.)(2003): „Euro-Kapitalismus“ und globale politische Ökonomie, Hamburg 2003
- Panitch, Leo/Gindin, Sam (2004): Global Capitalism and American Empire, In: *Socialist Register* 2004, unter: www.yorku.ca/socreg/
- Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (1992): Europäische Gemeinschaft – Europäische Union. Neufassung der europäischen Vertragstexte, Bonn 1992, S. 179;
- Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (1996): Bulletin Nr. 47/S. 505, 12.06.1996, Bonn
- Schäfer, Paul (2001): Europäische Sicherheits- und Verteidigungsidentität, in: Christiane Lamers/Lutz Schrader (Hrsg.), *Neue deutsche Außen- und Sicherheitspolitik?* Baden-Baden
- Schmitt, Burkhard (2004): *European Capabilities Action Plan (ECAP)*, Institute for Security Studies
- Schmitt, Burkhard (2003): *Armaments cooperation in Europe*, Institute for Security Studies; Jocelyn Mawdsley, *The European Union and Defense Industrial Policy*, BICC Paper 31, Bonn
- Umbach, Frank (2004): *Security Partnership and Strategic Energy Resources*, Paper des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), Januar
- Wehr, Andreas (2004): *Europa ohne Demokratie? Die europäische Verfassungsdebatte – Bilanz, Kritik und Alternativen*, Köln 2004

Melanie Wehrheim

EU-Osterweiterung und erweiterte EU im globalen Kontext

1. Einleitung

Mit dem Zusammenbruch des „real existierenden Sozialismus“ in den Mitgliedstaaten des Warschauer Paktes und des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) sowie der Auflösung der Sowjetunion 1991 endete das Zeitalter der Systemkonkurrenz und des Kalten Krieges. Unter dem Eindruck der Auflösung der bipolaren Weltordnung, die seit 1947/48 das globale System militärisch, politisch, ökonomisch und ideologisch strukturiert hatte, schien die „US-Decline-Debatte“ der 1970/80er Jahre beendet und es überwogen Hoffnungen auf eine künftige kooperative Zusammenarbeit der Staaten unter Einschluss zivilgesellschaftlicher Akteure im Rahmen einer „Global-Governance-Architektur“ (Görg/Wissen 2003: 625). Doch der Weg hin „zu einer kooperativ gestalteten, friedlich und ökologisch-stabilen Weltgesellschaft“ (Borg 2002: 8) erwies sich angesichts zahlreicher Krisen und Kriege im Laufe der 1990er und nicht zuletzt infolge des 2. Golfkriegs zu Beginn der 1990er Jahre als Illusion. Ähnlich schnell verblasste auch die These eines „Souveränitätsverlustes“ des Nationalstaates, die ihren Aufschwung im Kontext des Globalisierungs-Diskurses genommen hatte. Infolge der Ereignisse vom 11. September 2001 und verstärkt in Reaktion auf den Irak-Krieg rückten Staaten bzw. Staatenblöcke zunehmend wieder in den Fokus wissenschaftlicher Analysen (vgl. ebd. 2002: 9).

Im Vordergrund steht dabei die Frage nach der weltpolitischen Stellung der USA. Eingebettet ist diese oftmals in die neuere imperialismustheoretische Diskussion (vgl. Harvey 2003; Hirsch 2004; Köbler 2003; Narr 2003), die den in den 1990er herrschenden Diskurs zu „Global Governance“ und „Globalisierung“ „erheblich modifiziert“ hat (Hirsch 2004). Entgegen des Begriffs der „Weltgesellschaft“ wird nunmehr ihre äußerst fragmentierte und heterogene Struktur unterstrichen und das Augenmerk auf die Existenz internationaler Ausbeutungs-, Gewalt- und Abhängigkeitsverhältnisse gelegt. Verfügten die USA nach dem Ende der Systemkonkurrenz militärisch, ökonomisch und politisch über das größte Machtpotential, so ist derzeit umstritten, ob die neue US-Strategie Ausdruck einer US-Hegemonie, eines US-Imperialismus oder „einer Krise neoliberaler Hegemonie bzw. des Aufbrechens der Widersprüche des imperialen Modells“ (Görg 2004) ist. In den mittlerweile hierzu erschienenen zahlreichen Veröffentlichungen fand die Rolle der Europäischen Union (EU) lange Zeit wenig Beachtung: Ob der EU der Aufbau einer eigenen Einflussphäre

gelungen ist, sie sich zu einem eigenständigen, handlungsfähigen Akteur in der internationalen Politik entwickelt hat und welches die gemeinsamen sowie divergenten Interessen von USA und EU sind, blieb damit meist unreflektiert. Vor diesem Hintergrund erscheint die Frage nach einem möglichen Euro-Imperialismus – als ein dem US-Imperialismus untergeordneter Subimperialismus oder den US-Imperialismus herausfordernder Gegenimperialismus – mehr als berechtigt. Denn nicht zuletzt mit der Vorlage des Verfassungsentwurfs, so Jörg Huffs Schmid (2004: 777), seien alle Vorstellungen, die mit der fortschreitenden Integration Europas die sukzessive Herausbildung eines grundlegenden alternativen Gesellschaftsmodells verbanden, vom Europäischen Konvent zurückgewiesen worden: „Das Muster, in das sich die EU hineinbegibt, ist das des klassischen Imperialismus: Nicht Wohlstand und Gerechtigkeit für alle, sondern Disziplin nach innen und militärische Stärke nach außen sollen die Klammern bilden, die die Gesellschaft zusammenhalten.“

Ob und inwieweit diese Charakterisierung der EU zutrifft, ist in zahlreichen politischen und wissenschaftlichen Beiträgen sehr umstritten. Ein Grund hierfür liegt in dem Wandel, dem die EU infolge ihrer ökonomischen Kernprojekte – dem EG-Binnenmarkt und der Wirtschaft- und Währungsunion (WWU) –, den Vertragsänderungen und Erweiterungsrounden unterliegt (vgl. Beckmann et al. 2004: 8). Dieser Artikel befasst sich mit der Bedeutung des Beitritts von acht mittel- und osteuropäischen Ländern (MOEL)¹ zur EU am 1. Mai 2004. Das Projekt der Osterweiterung schließt dabei an bislang drei Erweiterungsprojekte – die Erweiterung um Dänemark, Irland und Großbritannien 1973, die so genannte Süderweiterung um Griechenland 1981 sowie Spanien und Portugal 1986 und an die letzte Erweiterung um Finnland, Schweden und Österreich im Jahr 1995 – an. Im Vergleich zu diesen Erweiterungsrounden unterscheidet sich die Osterweiterung insbesondere durch die Anzahl der beigetretenen Länder. Angesichts des Beitritts von insgesamt zehn Ländern ist von einer deutlichen Veränderung der EU und damit auch ihrer Rolle innerhalb der Weltökonomie und -ordnung auszugehen (vgl. Dauderstädt 2004a: 28). In einem Ausblick werden daher (mögliche) Auswirkungen der letzten Erweiterung diskutiert. Zuvor wird das Augenmerk auf den Erweiterungsprozess und dabei auf das Verhältnis zwischen der EU und den MOEL gelegt.

¹ Zu den acht MOEL zählen Polen, Ungarn, die Tschechische und Slowakische Republik, Slowenien, Estland, Lettland und Litauen. Slowenien, das zu Jugoslawien gehörte, stellt unter diesen Beitrittsländern eine Ausnahme dar, da es kein Mitglied des Warschauer Pakts und des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe war. Die Beitrittsverhandlungen mit Bulgarien und Rumänien sollen bis 2007 abgeschlossen sein. Des Weiteren wurden Zypern und Malta in die EU aufgenommen.

2. Zur neuen Struktur globaler Macht- und Herrschaftsverhältnisse

Die Auflösung der Nachkriegsordnung und der Übergang in eine neue Epoche vollzieht sich nach Ende des Kalten Krieges nicht allein auf dem Gebiet der Weltordnung, sondern umfasst auch den langfristigen Strukturwandel – die krisenhafte Transformation vom Fordismus zum Postfordismus – in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern (vgl. Bieling/Deppe 1996b: 46). Diese tief greifenden Umbrüche erfassten jedoch nicht nur die kapitalistischen Zentren, sondern wirkten sich auch – zumindest indirekt – auf die staatssozialistischen Länder aus, in denen sich seit Ende der 1960er Jahre zugleich der Beginn einer „großen Krise“ abgezeichnet hatte. Die daraufhin eingeleitete partielle Öffnung zum kapitalistischen Weltmarkt konnte die ökonomischen und gesellschaftlichen Probleme jedoch nur für eine kurze Zeit abfedern, in ihrer langfristigen Folge hatten sie insbesondere eine stetig wachsende Auslandsverschuldung zum Ergebnis (vgl. Bohle 2002a; Damus 1982; Hofbauer 2003). Während die staatssozialistischen Länder seitdem eine lange Phase der ökonomischen Stagnation durchliefen, zeichneten sich zum Zeitpunkt des Zusammenbruchs des Staatssozialismus in den kapitalistischen Zentren bereits zentrale Elemente des neuen Entwicklungspfades ab. Allerdings ist auch weiterhin umstritten – je nachdem welche theoretischen Ansätze, Kriterien und Analyseinstrumente zu Grunde gelegt werden –, ob sich bereits eine neue Formation des Kapitalismus herausgebildet hat und damit verbunden, wie die Konturen der „neuen Weltordnung“ zu definieren sind (vgl. hierzu Brand/Raza 2003; Candeias/Deppe 2001; Hirsch 2002).

In der aktuellen Debatte um die „neue Weltordnung“ konkurrieren insbesondere drei Begriffe – Empire, Imperialismus und Hegemonie. Je nachdem welche Definitionen diesen Begriffen zu Grunde liegen, werden Entwicklungen unterschiedlich charakterisiert und bewertet. Die große Bedeutung einer Definition zeigt sich besonders im Rückblick auf das frühere Verständnis von Imperialismus, da der Begriff zur Kennzeichnung unterschiedlichster Phänomene herangezogen wurde. Oftmals wurde Imperialismus auf Kapitalismus reduziert, während „jegliche spezifisch mit dem Staat gekoppelte Vorstellung von Imperialismus [verloren ging; M.W.]“ (Panitch 2002: 79) Eine solche Begriffsverwendung – die sich auch in der heutigen Debatte findet – gibt jedoch wenig Aufschluss über die „Strukturen, Organisationsformen und Mechanismen [...] über die sich die internationalen Macht-, Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse reproduzieren“ (vgl. Bieling in dieser Studie). Imperialismus und Hegemonie werden daher im Folgenden als „jeweils spezifische inter- bzw. transnationale Herrschaftsformen“ verstanden, die „ein unterschiedliches Mischungs- bzw. Artikulationsverhältnis von Zwangs- und Konsenselementen umschließen.“ (ebd.) Während

Hegemonie einen Modus von Herrschaft bezeichnet, der auf Konsens beruht, überwiegen beim Imperialismus die Elemente des Zwangs, der Repression und Gewalt.

Um die neue Struktur globaler Dominanz- und Abhängigkeitsverhältnisse infolge der Inter- bzw. Transnationalisierungsprozesse erfassen zu können, bietet die neogramscianische Internationale Politische Ökonomie (IPÖ) einen vielversprechenden Anknüpfungspunkt. Diese zeichnet sich dadurch aus, Gramscis Staats- und Hegemonietheorie für die Analyse inter- bzw. transnationaler Macht- und Herrschaftsverhältnisse fruchtbar zu machen. Während Gramscis Erkenntnisinteresse auf die Erklärung der „Mechanismen bürgerlicher Herrschaft innerhalb westlicher Nationalstaaten“ zielte (Bieler/Morton 2003: 339), steht bei der neogramscianischen Forschungsperspektive die „Rekonstruktion hegemonialer historischer Strukturen durch das Offenlegen der gesellschaftlichen und internationalen Zusammenhänge von Produktion, Macht und Herrschaft“ im Vordergrund (ebd.: 343).

Der Begriff Hegemonie bezeichnet im Sinne Gramscis eine „gefestigte Herrschaft“ (Scherer 2003: 90), in der Zwang zwar stets latent vorhanden ist, jedoch konsensuale Elemente der Macht überwiegen. Hegemonie unterscheidet sich von Dominanz besonders dadurch, dass sie auf einem „aktiven Konsens“ beruht, in den auch subalterne Kräfte einbezogen sind. Dies hat zur Voraussetzung, dass deren Interessen wenigstens partiell berücksichtigt werden müssen (vgl. Winter 2003: 203). Gewalt wird demzufolge nur in Ausnahmefällen ausgeübt und „auch dann ist im Regelfall die Gewaltanwendung durch einen Konsens der Mehrheit gedeckt, da jede Hegemonie auch ein spezifisches, mehrheitlich akzeptiertes Ausgrenzungsprofil beinhaltet.“ (Borg 2002: 10) Damit stellen auch „diskursive Elemente“ eine wesentliche Ressource dar, denn „eine hegemoniale Konstellation [umfasst; M.W.] ebenso internalisierte Normen und Werte, Wertvorstellungen, Alltagsphilosophien, die selbst im Wandel sind, zugleich aber stets Aspekte jener Grenzen und Bedingungen markieren, in denen Konflikte sich bewegen und gelöst werden.“ (Winter 2003: 203) Das wichtigste Feld, auf dem die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen stattfinden und um Hegemonie gerungen wird, ist das der Zivilgesellschaft: „Sie ist somit als Kampffeld zu verstehen, auf dem in einem Prozess permanenter politisch-sozialer und ideologisch-kultureller Auseinandersetzung sehr wesentlich die herrschende Hegemonie, verstanden als das verallgemeinerte Konzept von Ordnung und Entwicklung der Gesellschaft erzeugt und durchgesetzt wird.“ (Hirsch 2001: 106f.) Entgegen ihrer üblichen Verwendung bilden „Staat“ und „Gesellschaft“ damit – entsprechend Gramscis Konzept des „integralen Staates“ – einen „ebenso komplexen wie widersprüchlichen Herrschaftszusammenhang“ (ebd.: 107).

Diese Einsicht Gramscis, „dass sich bürgerliche Herrschaft nicht allein auf den Staat im engeren Sinne stützt, sondern ihre Basis in der zivilen Gesellschaft findet, bietet Anknüpfungspunkte

für Untersuchungen auf einem Feld, das sich durch das Fehlen einer zentralen Zwangsgewalt auszeichnet“ (Scherrer 2003: 91). Während der Neorealismus in den Internationalen Beziehungen den Staat als einheitlichen und einzigen Akteur begreift, spielen in den neogramscianischen Ansätzen soziale Kräfte eine ganz entscheidende Rolle (vgl. Bieler/Morton 2003: 344). Hegemonie auf internationaler Ebene wird demzufolge nicht als bloße Dominanz eines ökonomisch und militärisch starken Nationalstaats verstanden, sondern „als ein konsensual abgestützter Modus transnationaler Vergesellschaftung, einschließlich der Klassenbeziehungen, ideologischen Verhältnisse sowie Herrschafts- und Konsensstrukturen“ (Bieling/Deppe 1996a: 67; vgl. Cox 1998: 83). Differenzen bestehen innerhalb der neogramscianischen IPÖ hinsichtlich der Frage, ob und inwieweit die Entstehung und Reproduktion von Hegemonie an den Nationalstaat gebunden ist. Während für Robert Cox eine Welthegeemonie auch weiterhin „an die Fähigkeit und Bereitschaft eines *Staates* gebunden ist, die in seinem *Inneren* herrschende hegemoniale Konstellation nach außen zu verallgemeinern“ (Borg 2002: 12), rückt bei Stephen Gill verstärkt die transnationale Ebene in den Vordergrund. Die entstehende Hegemonie beruht nach Gill nicht mehr – wie im Fordismus – auf einer „*inter-national* vermittelten Konstellation jeweils *nationaler* historischer Blöcke“, sondern auf einem entstehenden *transnationalen historischen Block sozialer Kräfte*.“ (ebd.: 13) Als dessen Kern macht er eine „transnationale kapitalistische Klassenfraktion“ aus, deren Schlüsselfiguren „Spitzeneigentümer und -manager von transnationalen Konzernen, Führungspersonen von Zentralbanken und anderen internationalen Banken, viele (wenn auch nicht alle) führenden Politiker und Beamten in den meisten fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern sowie einige in bestimmten Entwicklungsländern“ sind (Gill 1993: 261; zit. nach Borg 2001: 106). Allerdings kommt den USA innerhalb der sich herausbildenden neuen Weltordnung auch weiterhin eine entscheidende Bedeutung zu, da der entstehende transnationale historische Block auf diese ausgerichtet und von ihnen geführt sei (vgl. Gill 2000: 40). Vor dem Hintergrund der Entwicklungen in den neunziger Jahren – dem „disziplinierenden Neoliberalismus“ und den gravierenden sozialen Konsequenzen – spricht Gill jedoch zunehmend von einer „Politik der Vorherrschaft“: „Mit dieser Situation ist die Herrschaft eines nicht-hegemonialen Blocks von Kräften gemeint, der gegenüber einer augenscheinlich fragmentierten Bevölkerung solange dominant ist, wie keine kohärente Opposition entstanden“ ist (ebd.).

Trotz der mittlerweile zahlreich erschienenen Arbeiten, bestehen weiterhin spezifische Schwierigkeiten im Hinblick auf die Analyse globaler Macht- und Herrschaftsverhältnisse, die sich auch in der Anwendung des neogramscianischen Analyserahmens auf die EU-Osterweiterung widerspiegeln (vgl. Bohle 2003a: 28ff.). Problematisch ist in vielen Untersuchungen, dass die weltmarktorientierten Kapitalfraktionen von vornherein bevorzugt werden und ihre Gestaltungsmacht

vielfach überschätzt wird (vgl. Borg 2001; Scherrer 2003). Dies führt einerseits zu einer Gering-schätzung der Rolle des Nationalstaats, womit die Bedeutung der (fortgeschrittenen) kapitalis-tischen Länder als „wesentliche Akteure der ökonomischen Entwicklung“ ausgeblendet wird (Hirsch 2001: 128). Des Weiteren verfügen nationale Regierungen auch weiterhin über „Entscheidungsmacht“, während sozialen Kräften eine wachsende „diskursive *Definitionsmacht*“ – verstanden als „die Fähigkeit, die grundlegenden Ziele und Inhalte von institutionellen und regula-torischen Arrangements zu beeinflussen“ – zukommt (Bieling 2003: 46). Andererseits wird infolge der Konzentration auf transnationale Eliten die „neoliberale Globalisierung“ als „Durchsetzungs-prozess top-down gefasst“ (Borg 2001: 114). Obwohl Akteure über unterschiedliche „Reichweiten“ verfügen, kann die konsensuale Einbindung subalternen Akteure nicht einfach als gegeben voraus-gesetzt werden. Vielmehr sind „die heterogenen Erwartungen, Interessen und vor allem die spezi-fischen Kontexte, in denen subalterne Akteure der zivilen Gesellschaft wirken (können)“ zu disku-tieren, da „erst hier [...] der aktive Konsens konstituiert, Hegemonie konsolidiert“ wird (Winter 2003: 206). Damit bleibt innerhalb der neogramscianischen IPÖ die Verflechtung der globalen Ebene zu den darunter liegenden Ebenen der Hegemoniebildung und dabei vor allem das Verhältnis der globalen zur nationalen Ebene der Herrschaft unterbestimmt. Dem neogramscianischen For-schungsprogramm fehlt also insbesondere, so Erik Borg (2002: 16), „eine staatstheoretisch inform-ierte Perspektive, die systematisch nach der fortbestehenden Relevanz der Konkurrenz territorial umgrenzter Herrschaftsräume fragt und diese in Beziehung setzt zu entstehenden Strukturen inter-nationaler bzw. globaler Staatlichkeit.“

Nichtsdestoweniger ermöglicht der neogramscianische Analyserahmen einerseits im Hin-blick auf die MOEL, Transformation als gesellschaftlich umkämpften Prozess zu analysieren, der das Ergebnis widersprüchlicher und konfligierender Handlungen einer Vielzahl von Akteuren ist, und zugleich den eingeschlagenen Transformationsweg sowie den konkreten Verlauf der Transfor-mationsprozesse in den Kontext der Restrukturierung internationaler Macht- und Kräfteverhältnisse nach dem Ende der Pax Americana zu stellen (vgl. u.a. Bohle 2002a; Bieler 2002; Shields 2003). Andererseits liefert er erste Einsichten, wie die erweiterte EU sich innerhalb der Strukturen der Weltordnung und -ökonomie positioniert und ihr Macht- und Herrschaftsanspruch zu charakteris-ieren ist.

3. Transformation und EU-Integration

Unmittelbar nach Ende des Staatssozialismus fand die Vorherrschaft neoliberaler Positionen in der Transformationsforschung als auch in der Reformpraxis ihren besonderen Ausdruck. Bereits Mitte des Jahres 1990 beauftragten die Staats- und Regierungschefs der G7-Länder auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Houston den Internationalen Währungsfonds (IWF), die Weltbank, die OECD und die neu gegründete Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE), einen ersten Transformationsentwurf der Industrieländer zu der Situation in der UdSSR zu erstellen (vgl. Csaba 2002: 5). Diese Studie übernahm wesentliche Positionen von Jeffrey Sachs², die er bereits im Januar 1990 in seinem Artikel „Poland and Eastern Europe: What is to be done?“ dargelegt hatte. In ihrer abschließenden Studie empfahlen sie ein radikales Transformationsprogramm, das später als „Schocktherapie“ bekannt wurde.

In Polen traten bereits zu Beginn des Jahres 1990 eine Reihe von Gesetzen in Kraft, die die radikale Wende des „Übergangs zum Kapitalismus“ begründeten und Polen zum Vorreiter des „neoliberalen Modellprojekts“ werden ließen.³ Von Beginn an hatten internationale Institutionen – insbesondere IWF und Weltbank – sowie internationale Berater einen bedeutenden Einfluss auf die Ausgestaltung des Transformationsablaufs. Im Vordergrund des radikalen Reformansatzes stand der Dreiklang aus Stabilisierung, Liberalisierung und Privatisierung, wobei letztere sich am schwierigsten gestaltete und vielfach die „Grenze“ der eingeleiteten Reformprozesse markierte (Bohle 2002a: 125). Dieser Reformagenda lag die Annahme zu Grunde, dass graduelle Transformationsstrategien aufgrund der äußerst engen Verflechtung von Politik und Ökonomie in den MOEL scheitern würden (vgl. Sachs 1991: 238), weshalb sie auf ein neues Verhältnis von Staat und Markt zielte. Entgegen der allgemeinen Auffassung, dass hierbei der Staat aus der Ökonomie einfach zurückgedrängt wird, führten die Prozesse der Privatisierung wie auch der Deregulierung und Flexibilisierung zu einem Aufbau neuer staatlicher Funktionen. Neben dem Wandel von Staatlichkeit war die rasche und nachhaltige Integration in den Weltmarkt – insbesondere in die sich neu gestaltende europäische Wirtschaft – das zweite zentrale Merkmal der dominierenden Reformpraxis. Diese sollte durch eine weitgehende Liberalisierung des Außenhandels und des Kapitalverkehrs erfolgen, wobei

2 Sachs hatte bereits in den achtziger Jahren an wirtschaftspolitischen Strategien für Bolivien, Venezuela und Ecuador mitgearbeitet; Anfang der neunziger Jahre – nachdem er 1989 für kurze Zeit die jugoslawische Regierung beraten hatte – wurde er wie weitere Harvard-Ökonomen Berater der polnischen und russischen Regierung.

3 Einen guten Überblick über die konkreten Entwicklungen in den jeweiligen Transformationsländern bietet Hannes Hofbauer (2003: 83ff.).

auch die strukturellen Reformen der Deregulierung und Privatisierung eine wesentliche Voraussetzung bildeten (vgl. Bohle 2002a: 46).

Der „neoliberale Transformationsdiskurs“ übte aufgrund des Versprechens eines „universalen Entwicklungspfades“ und als radikale Alternative zum Staatssozialismus eine hohe Anziehungskraft auf die Transformationsgesellschaften aus (Müller 2001a). Den „Kräften des Marktes“ wurde für einen erfolgreichen gesellschaftlichen Wandel eine entscheidende Rolle zugeschrieben: Im Sinne eines „Modelltransfers“ sollten die konstruierten Basisinstitutionen einer „ideal konzipierten kapitalistischen Geld- und Marktwirtschaft“ in die vormals staatssozialistischen Länder übertragen werden (Hübner 1992: 561). Nach ihrer erfolgreichen Einführung sollten die „Marktkräfte“ ihr Wirken entfalten und – entsprechend der „marktinduzierten Modernisierung“ (Müller 2001a: 225) – zu weiteren spontanen institutionellen Neuformierungen führen. Der radikale Reformansatz unterschied sich in seiner inhaltlichen Ausrichtung kaum von jenen „Strukturanpassungsprogrammen“, die seit den 1980er Jahren den hoch verschuldeten Ländern Afrikas und Südamerikas auferlegt worden waren (vgl. Bohle 2002a; Stiglitz 2002). Die Problematik in den Transformationsländern galt damit keineswegs als „einzigartig“, da dem „liberalistischen Credo“ die Überzeugung zu Grunde lag, dass „elementare Marktgesetze, monetäre Zusammenhänge und fiskalpolitische Restriktionen in allen möglichen Welten gelten“ (Müller 2001a: 214). Der „rasche(n) Einführung von Marktverhältnissen“ lag die politische Intention zu Grunde, einen irreversiblen Wechsel der Macht durch eine grundlegende Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zu erzielen (Müller 2001b: 1155).

Der große Einfluss der internationalen Finanzinstitutionen begründete sich besonders durch die hohe Auslandsverschuldung. Es wäre jedoch verkürzt, den eingeschlagenen Transformationsweg trotz der asymmetrischen Machtverhältnisse allein als das Ergebnis externen Drucks zu interpretieren: Meistens „suchten die Reformeliten selber aktiv die Unterstützung der internationalen Finanzorganisationen, förderten die Ansiedlung ausländischen Kapitals und dräng(t)en auf einen möglichst schnellen EU-Beitritt.“ (Bohle 2002b: 368) Die Suche der nationalen Reformeliten – zumeist Intellektuelle und „staatliche Eliten“ – nach einer externen Absicherung ihres Reformprojektes resultierte aus ihrer „zumeist geringe(n) gesellschaftliche(n) Verankerung“ (ebd.). Der marktradikale Durchbruch in MOE wurde daher oftmals mittels des Konzepts der „passiven Revolution“ analysiert (vgl. Bohle 2000, 2002a; Gill 2000). Charakteristisch hierfür ist, dass der Staat sich an die „Spitze der gesellschaftlichen Erneuerung setzt, mit dem Ziel, diejenigen Kräfte hervorzubringen, die zu den Trägern weiterer Reformen werden sollen.“ (Bohle 2002b: 369) Eine erhebliche Rolle im Prozess der Klassenbildung spielte von Beginn an in vielen MOEL „ausländisches Kapital“ (vgl. Holman 2002), wobei es in einigen Ländern – u.a. Slowenien sowie die Tschechische und

Slowakische Republik – Versuche gab, eine „einheimische Bourgeoisie“ herauszubilden (vgl. Becker 2004; Hofbauer 2003: 125ff.). Dem Ziel der Mitgliedschaft in der damaligen EG kam in den Transformationsländern schnell eine größere Bedeutung zu als der externen Absicherung der Reformstrategien durch die internationalen Institutionen: „Die ‚Rückkehr nach Europa‘ war der *Zeitgeist* des Umbruchs von 1989, der nicht nur als historische Idee, sondern als stabilisierendes politisches Umfeld der Transformation wirksam ist.“ (Müller 2001b: 1163) Erst nachdem sich gegen Ende der 1990er Jahre zunehmend abzeichnete, dass die Hoffnungen auf Wohlstandseffekte infolge einer zukünftigen Mitgliedschaft nicht erfüllt werden würden – auch vor dem Hintergrund der geringen finanziellen Unterstützungsleistungen durch die EU und den gravierenden sozialen Konsequenzen der „doppelten Transformation“ – wich die „hegemoniale Einbindungs- und Mobilisierungskraft des EU-Projektes“ (Neunhöffer/Schüttpelz 2002: 378) verstärkt einer ernüchternden Stimmung, zunehmender Skepsis und vielfach sogar einer ablehnenden Haltung gegenüber einem EU-Beitritt.

3.1 Phasen und Akteure des Erweiterungsprozesses

Die EG hingegen verhielt sich nach den historischen Umbrüchen lange Zeit zurückhaltend gegenüber den MOEL. Ein wesentlicher Grund hierfür lag in den vielfältigen und teilweise gegensätzlichen nationalen Interessen, die die Phase der grundsätzlichen Zustimmung zur Eröffnung einer Beitrittsperspektive prägten. Während von Beginn an die BRD aus sicherheitspolitischen und ökonomischen Interessen eine rasche Osterweiterung befürwortete, hoffte Großbritannien infolge des Beitritts der Transformationsländer auf eine „Schwächung des Projekts einer politischen Integration“ (Deppe 2004: 49). In der ersten Hälfte der 1990er Jahre galt Frankreich hingegen als die „bedeutendste hemmende Kraft“ (Deubner 1999). Hohe Zustimmung erhielt das Projekt der Osterweiterung von Beginn an von den europäischen Konzernen. Im Unterschied zu den Gewerkschaften, die keinen wesentlichen Einfluss auf das Projekt nehmen konnten, kam dem European Roundtable of Industrialists (ERT) eine entscheidende Rolle im Prozess des Agenda-Setting zu (vgl. Holman 2002; Bieler 2002: 591), wobei seine Vorstellungen zur Osterweiterung erst gegen Ende der 1990er Jahre konkretisiert wurden (vgl. Bohle 2002b: 364).

Die französische Regierung trat – insbesondere vor dem Hintergrund der deutsch-deutschen Vereinigung – vor einer Erweiterung für eine weitere Vertiefung des europäischen Integrationsprozesses ein, deren bedeutendste Resultate der Maastrichter Vertrag und die Einigung auf die WWU waren (vgl. ebd.; Hofbauer 2003: 67). Als Alternative zur raschen Osterweiterung schlug Staatspräsident Mitterand das Konzept der so genannten europäischen Konföderation vor, demzufolge

die MOEL inklusive der damaligen UdSSR gemeinsam in „ein lockeres Vertragsverhältnis“ zur EG gelangen sollten (ebd.). Während dieses Projekt schließlich am Widerstand der BRD, der MOEL und der USA scheiterte, waren die französischen Initiativen zu einer europäischen bzw. europäisch geführten Hilfe für die MOEL erfolgreicher. Diese sind ebenso vor dem Hintergrund der Zielsetzung einer Zurückdrängung des Einflusses der USA in den MOEL zu beleuchten, der sich angesichts des sinkenden Einflusses der UdSSR in den MOEL und der Bündelung der bilateralen finanziellen Hilfe der Industrieländer⁴ auf Vorschlag von US-Präsident George Bush zu verstärken schien (Dröbner 1998: 168ff.). In diesem Kontext ist zunächst die Gründung der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE) im Mai 1990 zu erwähnen. Entsprechend der französischen Konzeption sollten die EG-Mitgliedsländer und die UdSSR „unter sich bleiben“. Allerdings waren bereits an der konkreten Ausgestaltung der EBWE auf Drängen Großbritanniens unter Premierministerin Thatcher die USA beteiligt, womit die von Frankreich beabsichtigte „gesamteuropäische Besonderheit“ nicht durchgesetzt werden konnte (Deubner 1999). London wurde Bankensitz, ihr erster Präsident der damalige Sonderberater Mitterands Jacques Attali. Überdies wurde auf eine erfolgreiche Initiative der USA hin festgeschrieben, dass nicht mehr als 40 Prozent des gesamten Darlehens und Garantievolumens dem Staatssektor zur Verfügung gestellt werden dürfen (vgl. Dröbner 1998; Gowan 1995). Die EBWE ist damit seit ihrer Gründung überwiegend in den Bereichen tätig, die innerhalb der Weltbankgruppe von der International Finance Corporation (IFC) und der Multilateral Investment Guarantee Agency (MIGA) – also der Förderung von Privatisierungen und privaten Institutionen – wahrgenommen werden.

Im Hinblick auf die Bündelung der bilateralen Hilfe wurde die EG-Kommission auf der Basis eines französisch-amerikanischen Kompromisses mit der Koordination und Steuerung der westlichen G-24-Hilfe betraut (vgl. Dröbner 1998: 167). Dabei veranstaltete die Kommission in Zusammenarbeit mit der Weltbank so genannte Geberkonferenzen, auf denen die Darlehen und Kredite der internationalen Finanzinstitutionen sowie die bilaterale Hilfe im Grundsatz vereinbart wurden (vgl. Europäische Gemeinschaften 1999). Die Vergabe der Mittel erfolgte weitgehend nach den Kriterien des „Washington Consensus“. Zwar liegen keine umfassenden Untersuchungen vor, welche Bedeutung diese „Schlüsselrolle“ der EG-Kommission hatte⁵, allgemein lässt sich jedoch

4 Dröbner (1998: 169) zufolge habe US-Präsident Bush im Rahmen der finanziellen Hilfe für Osteuropa im Vorfeld beabsichtigt, die US-amerikanische Hilfe in erster Linie der Förderung des Privatsektors und damit der Sicherung von ausländischen Direktinvestitionen zukommen zu lassen, während die finanzielle Hilfe der weiteren beteiligten Staaten in Politikbereiche wie der Umweltpolitik fließen sollte.

5 Wedel (2001: 32) schreibt: „Nevertheless, ‚aid coordination‘ was a popular topic of discussion among donors, and many meetings, including those of the G-24 – charged with the daunting task of coordinating all the programs – were devoted to this purpose. Meetings among G-24 officials at high political level bore few concrete results in coordinating specific projects, because the officials present often were not at the working level and not well enough versed in actual

schlussfolgern, dass die Politik der EG im „Konsens mit der westlichen Staatenwelt und den internationalen Finanzorganisationen“ mit dazu beigetragen hat, die Reformagenda der Stabilisierung, Liberalisierung und Privatisierung durchzusetzen (Bohle 2000: 312). Nahezu zeitgleich war innerhalb der EG auf Initiative Frankreichs das PHARE-Programm zunächst für Polen und Ungarn eingeleitet worden, das bald darauf auf alle MOEL ausgedehnt und durch die Kreditvergabe der Europäischen Investitionsbank (EIB) flankiert wurde. Neben PHARE bildeten die Europa-Abkommen das zweite zentrale Instrument in dieser ersten Phase der Beziehungen zwischen der EG und den MOEL. Die Europa-Abkommen umfassten einen breiten Themenkatalog wie Regelungen zur Niederlassungsfreiheit, Direktinvestitionen, Wettbewerbspolitik, Rechtsangleichung sowie Vereinbarungen zur politischen, finanziellen und kulturellen Zusammenarbeit (vgl. Kreile 2000: 5). Zudem wurden erstmals gemeinsame Institutionen in Form der Assoziierungsgremien geschaffen, in deren Folge die zentralen Ministerien der Transformationsländer – vor allem Wirtschaft und Finanzen – regelmäßig in Angelegenheiten der EU involviert wurden (vgl. Lippert/Umbach 2004: 59). Den Kern bildeten jedoch die handelspolitischen Bestimmungen, die aufgrund des langwierigen Ratifizierungsverfahrens vorzeitig durch Interimsabkommen in Kraft gesetzt wurden (vgl. ebd.). In der ersten Hälfte der 1990er Jahre hatte die EG im Vergleich zu IWF und Weltbank einen wesentlich geringeren Einfluss auf die Ausgestaltung der Transformationsprozesse.

Nach dem Regierungswechsel 1993 änderte sich die Haltung Frankreichs im Hinblick auf eine schnellere Öffnung der EG gegenüber den Transformationsländern. Zugleich hatte die französische Position innerhalb der EG immer weniger Unterstützung gefunden (vgl. Deubner 1999). Über langwierige Verhandlungen und Kompromisse hatten sich trotz der divergierenden nationalen Interessen schließlich die „gemeinschaftlichen Interessen an der Osterweiterung durchgesetzt“ (Deppe 2004: 48ff.). Enthalten die Europa-Abkommen noch eine „unverbindliche Beitrittsperspektive“ (Kreile 2000: 5), so eröffnete der Europäische Rat von Kopenhagen im Juni 1993 grundsätzlich die Möglichkeit des Beitritts für alle assoziierten Länder und knüpfte diese an eine Reihe von Vorbedingungen. Die so genannten Kopenhagener Kriterien legten fest, dass der Beitritt zur EU erst erfolgen kann, wenn die politischen Kriterien, d.h. Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und Schutz von Minderheiten, und die wirtschaftlichen Kriterien, d.h. eine funktionsfähige Marktwirtschaft, die dem Wettbewerbsdruck und den Marktkräften im Binnenmarkt standhält, erfüllt sind sowie die Fähigkeit vorhanden ist, die aus der Mitgliedschaft resultierenden Verpflichtungen und die Ziele der politischen Union und der WWU zu übernehmen. Ende Dezember 1994 einigte sich der Europäische Rat von Essen zudem auf eine Heranführungsstrategie, deren

conditions and projects. As Alan Mayhew, the former head of the EU's PHARE program, summed it up, 'The G-24 coordination process never coordinated.'”

Schlüsseldokument das von der Kommission vorgelegte Weißbuch „Vorbereitung der assoziierten Staaten Mittel- und Osteuropas auf die Integration in den Binnenmarkt“ ist. Über die Angleichung der Rechtstexte hinaus sollten dabei die institutionellen und administrativen Voraussetzungen für die Umsetzung des Gemeinschaftsrechts geschaffen werden. Während die MOEL damit ein „überaus anspruchsvolles und umfassendes Programm der Angleichung von Normen, Institutionen und Strukturen verwirklichen“ sollten, ging die EU keine „auch nur entfernt vergleichbare Selbstbindung“ ein (Kreile 2000: 6). In dieser zweiten Phase rückte damit die Vorbereitung der assoziierten Staaten auf den Binnenmarkt in den Vordergrund, obgleich das Weißbuch bis dahin noch keinen verbindlichen Charakter hatte (vgl. Bohle 2002a: 166).

Eine „neue Qualität“ in den Beziehungen zwischen EU und den MOEL zeichnete sich 1997 mit der Vorlage der Agenda 2000 durch die Kommission ab (Bohle 2002a: 178). Beigefügt waren dieser auch erstmalig Stellungnahmen zu den Beitrittsanträgen der MOEL, denen die Kopenhagener Kriterien zu Grunde lagen und von der Kommission im Rahmen ihrer jährlich erstellten Fortschrittsberichte aktualisiert wurden. Damit besaß sie „kraft ihrer institutionellen Stellung [...] eine weit reichende Definitionsmacht im Erweiterungsprozess“, die ihren Ausdruck bei der Bewertung der Anpassungsfortschritte fanden (Kreile 2000: 11). Auf Empfehlung der Kommission wurden zunächst mit fünf Beitrittskandidaten⁶ Verhandlungen aufgenommen, die im Rahmen bilateraler Regierungskonferenzen stattfanden. Der Stand der Beitrittsverhandlungen wurde dabei an der Anzahl der abgeschlossenen Kapitel gemessen, in die der *acquis communautaire* – insgesamt 31 Kapitel – aufgeteilt worden war. Voraus ging den bilateralen Verhandlungen eine Prüfung der Vereinbarkeit der Gesetzgebung des jeweiligen Beitrittslandes mit den gemeinschaftlichen Rechtsvorschriften – das so genannte Screening –, das von der Kommission und dem jeweiligen Bewerberland vorgenommen wurde. Für jeden Bereich wurde eine Übersicht der Rechtsakte aufgestellt, die das entsprechende Land übernehmen bzw. anpassen musste. Die Beitrittsverhandlungen standen folglich ganz im Zeichen der Übernahme *acquis communautaire* zum Zeitpunkt des Beitritts. Übergangsfristen sollten nur in äußerst begrenzten Ausnahmefällen und zeitlich befristet gewährt werden, um „Störungen des Binnenmarkts vor allem durch ungleichen Wettbewerb“ zu vermeiden (Gnoth/Kämpfe 2002: 38). Im Unterschied zu Großbritannien, Dänemark und Schweden wurden

⁶ Der Europäische Rat war auf dem EU-Gipfel von Luxemburg im Dezember 1997 zunächst dem Vorschlag der EU-Kommission gefolgt, Polen, die Tschechische Republik, Ungarn, Slowenien und Estland sowie Zypern offiziell zu Verhandlungen einzuladen. Auf dem EU-Gipfel in Helsinki im Dezember 1999 wurde schließlich beschlossen, Verhandlungen mit Bulgarien, Rumänien, Lettland, Litauen, der Slowakei und Malta – oftmals als Kandidaten der „zweiten Runde“ oder als „Helsinki-Gruppe“ bezeichnet – aufzunehmen.

den MOEL keine opting-out-Klauseln eingeräumt – die Teilnahme an der WWU⁷ ist für sie nach dem Beitritt verpflichtend, sobald sie die Konvergenzkriterien erfüllen.

Das wichtigste Instrument der intensivierten Heranführungsstrategie waren die Beitrittspartnerschaften, die sicherstellen sollten, dass die Beitrittskandidaten bereits vor dem Beitritt zur EU den *acquis communautaire* übernommen haben. Im Rahmen der Beitrittspartnerschaften wurden für jeden einzelnen Bewerberstaat die Finanzhilfen der EU und die Bedingungen ihrer Vergabe sowie die im Regelmäßigen Bericht der Kommission ausgewiesenen Prioritäten für die Übernahme des *acquis communautaire* für jeden Beitrittskandidaten ausgewiesen. Auf dieser Grundlage hatte jeder Beitrittskandidat ein detailliertes Nationales Programm zur Übernahme des Besitzstands der Union zu erstellen und vorzulegen. Dieses sowie die Beitrittspartnerschaften wurden von der Kommission und dem jeweiligen Beitrittsland fortlaufend angepasst.

3.2 Asymmetrien im Erweiterungsprozess

Die Einbindung der MOEL in die EU fiel zeitlich mit einem neuen Integrationsschub der EU zusammen, in deren Folge sich über die zentralen Integrationsprojekte – EG-Binnenmarkt und WWU – Qualität und Charakter der europäischen Integration veränderten (vgl. hierzu Bieling/Steinhilber 2000; 2002). Das Projekt der Osterweiterung stand dabei in der Kontinuität der bisherigen Integrationsprojekte, fügte sich also in den Prozess der neoliberalen Restrukturierung ein (vgl. Bohle 2003b). Dies hatte erhebliche Auswirkungen auf die Art und Weise der Integration der MOEL in die EU und die dortigen Transformationsprozesse. Die ökonomischen Wirkungen der Ausrichtung der Transformationsländer an die EU lassen sich am Beispiel der Handelspolitik der EU gegenüber den MOEL verdeutlichen. Im Zuge der tief greifenden Umbrüche zu Beginn der 1990er Jahre traten die MOEL aus dem Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) aus, in dessen Folge es zu einer Umlenkung der Handelsströme der MOEL nach Westeuropa und zu einem starken Anstieg des Handels zwischen der EG und den MOEL kam. Eine entscheidende Rolle spielten dabei die zu Beginn der 1990er Jahre abgeschlossenen Assoziierungsabkommen mit der EG, die eine stufenweise Errichtung einer Freihandelszone für industrielle Produkte innerhalb von zehn Jahren beabsichtigten. Vorgesehen war ein asymmetrischer Abbau der Handelsschranken von Seiten der EG zugunsten der MOEL, jedoch behielt sich die EG den Schutz ihrer Landwirtschaft und einiger sensibler Bereiche – Stahl, Kohle, Chemie, Textil und Bekleidung – sowie die Möglichkeit von Schutzmaßnahmen – u.a.

⁷ Zum Zeitpunkt des Beitritts mussten die MOEL die Anforderungen der zweiten Stufe der WWU erfüllt haben wie die Unabhängigkeit der Zentralbank und die vollständige Liberalisierung des Kapitalverkehrs. Zudem wurde bereits vor

Anti-Dumping Maßnahmen – vor (vgl. Dauderstädt 2004b: 23). Da es sich um Bereiche handelte, in denen die MOEL Konkurrenzvorteile gegenüber Westeuropa gehabt hätten, wurden ihre Exportmöglichkeiten erheblich beschränkt. Die MOEL verzeichneten im Laufe der 1990er Jahre insgesamt Außenhandelsdefizite gegenüber der EU; innerhalb der EU erzielte dabei vor allem die BRD gegenüber den MOEL Handelsbilanzüberschüsse (vgl. ebd.: 20). Mit der Umorientierung des Außenhandels ging zudem eine Änderung der Exportstruktur einher, in deren Folge viele MOEL statt Maschinen nunmehr Rohstoffe und Halbfertigwaren exportierten. Im Laufe der 1990er Jahre veränderte sich jedoch die Zusammensetzung der Handelsströme, demzufolge im Außenhandel aller MOEL – wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß – arbeitsintensive und preissensible Produkte überwiegen. Mittlerweile lässt sich insbesondere in Ungarn, der Tschechischen Republik sowie Slowenien im Außenhandel eine Verlagerung vom inter-industriellen auf intra-industriellen Handel feststellen (ebd.). Allerdings haben nähere Untersuchungen gezeigt, dass dieser überwiegend aus vertikalem intra-industriellen Handel besteht, womit sie sich innerhalb der Industriezweige auf die Marktsegmente mit niedrigen Preisen und geringer Qualität konzentrieren (vgl. Gabrisch 2002). Neben diesem ungleichen Verhältnis in den ökonomischen Beziehungen⁸, waren auch die Verhandlungen durch Ungleichgewichte gekennzeichnet.

Der Einfluss der EU gegenüber den MOEL ging insgesamt weit über den Einfluss in vorherigen Erweiterungsrunden hinaus (vgl. Grabbe 2002: 3). Wesentlich hierfür waren die asymmetrischen Machtbeziehungen zwischen der EU und den MOEL, die die EU über „eine bilaterale und differenzierte Herangehensweise“ noch weiter verstärken konnte. Politisch förderte die EU damit einen „Wettlauf“ der jeweiligen Kandidaten um die vordersten Plätze der Mitgliedschaft, wodurch deren Verhandlungsposition weiter geschwächt wurde (vgl. ebd.; Jacoby 2002: 293). Intensiviert wurde dieser Wettlauf zudem durch „das hohe Maß an Konditionalität“, das an die „Perspektive der Mitgliedschaft“ geknüpft war (Bohle 2002b: 361). Die Kopenhagener Kriterien gingen weit über den *acquis communautaire* hinaus und ermöglichten der EU einen tiefen Eingriff in die nationale Souveränität der Transformationsländer: „The political criteria take the EU into areas such as judicial reform and prison conditions; the economic criteria are interpreted to include areas such as reform of pension, taxation and social security systems; and the measures for ‚administrative capacity to apply the *acquis*‘ brings EU conditions to civil service reform in CEE.“ (Grabbe 2002: 5) Zudem verfügte die Kommission – obgleich die Kopenhagener Kriterien im Laufe der 1990er Jahre weiter konkretisiert worden waren – über einen weiten Ermessensspielraum bei der regelmäßigen Evalua-

dem EU-Beitritt der wirtschaftspolitische Spielraum der MOEL in Richtung einer restriktiven Finanz- und Wirtschaftspolitik in zunehmenden Maße eingeschränkt (vgl. Kreile 2000: 13).

tion. Und auch der *acquis communautaire*, den die MOEL bereits vor dem EU-Beitritt übernommen haben mussten, war seit der so genannten Süderweiterung der EU quantitativ und qualitativ stark verändert. Als „Errungenschaft“ der europäischen Integration stand er nicht mehr zur Verhandlung. Infolgedessen waren für die Beitrittskandidaten die „Anforderungen und damit die Hürden, die sie zu nehmen [hatten; M.W.], höher denn je.“ (Kreile 2000: 3) Insgesamt waren 40.000 Rechtsakte auf 80.000 Seiten in nationales Recht zu übernehmen, was für die Transformationsländer auf vielen Gebieten, „eine Regelungsdichte“ bedeutet, „wie sie diese Wirtschaften trotz oder wegen der planwirtschaftlichen Praxis vorher nicht gekannt haben.“ (Dauderstädt 1998: 152) Das zentrale Instrument zur Übernahme des *acquis communautaire* – die Beitrittspartnerschaften – waren, wie die Kommission unterstrich, „keine Übereinkünfte von Parteien“, sondern beruhten auf den Kopenhagener Kriterien und dem *acquis communautaire* (Jetzlsperger/Schattenmann 1999: 309). Insgesamt waren also allein die Modalitäten des Beitritts verhandelbar: Die MOEL konnten jährlich die jeweiligen Schwerpunkte bestimmen und in begrenztem Maße auch das Tempo der Übernahme, keinesfalls jedoch den Inhalt.

Mit den Beitrittspartnerschaften war die EU zum „externen Motor der Reformen in Osteuropa avanciert.“ (Bohle 2000: 315) Die Vorbereitungen der MOEL auf den EU-Beitritt konnten in zunehmendem Maße nicht mehr von den Transformationsprozessen getrennt werden; Reformmaßnahmen, die sie im Zuge der Transformation unternahmen, waren zugleich notwendige Voraussetzungen für den Beitritt zur EU (vgl. Dauderstädt 1998). Insgesamt hatte die EU „ihren Einfluss (ge)nutzt, um die institutionellen Grundlagen ihrer regulatorischen Reformen nach MOE zu exportieren“ (Bohle 2002b: 362) Die Beitrittskandidaten hingegen haben sich „einem historisch einmaligen Prozess der externen Evaluierung ihrer Fortschritte beim Aufbau von Institutionensystemen unterstellt, die mit dem Regelwerk und den Praktiken der bestehenden EU kompatibel sein müssen.“ (Müller 2001b: 1164) Die Transformationsprozesse in den MOEL wurden damit „einem neoliberalen Modell angepasst. Mit anderen Worten: Der Abbau von Strukturen und Sektoren, die dem verstärkten Wettbewerb nicht mehr standhalten können (von den ehemaligen Staatskonzernen vor allem in der Schwerindustrie bis hin zu den Strukturen in der Landwirtschaft, ganz zu schweigen von den Anforderungen an die Infrastrukturen, die Sozialpolitik und die öffentliche Verwaltung), wird sich beschleunigen und damit die schon vorhandenen Probleme [...] noch verstärken.“ (Deppe 2004: 53) Zugleich zögerte die EU die „Ausdehnung all derjenigen Politikbereiche, die den Transformationsprozess in MOE erleichtert und/oder sozial abgefedert hätten“, hinaus (Bohle 2002b: 362). Auch nach der Erweiterung werden den neuen Mitgliedsländern (übergangsweise) die

8 Ein Überblick über die wirtschaftliche Entwicklung der MOEL findet sich in Dauderstädt (1998b); zur Bedeutung ausländischer Direktinvestitionen im Transformationsprozess vgl. Kurz/Wittke (1998); Sherman (1998).

gleichen Rechte verweigert, indem bspw. Übergangsfristen bei der Freizügigkeit für ArbeitnehmerInnen durchgesetzt wurden. Und auch die finanziellen Kosten der Erweiterung sind zu einem großen Teil von den MOEL zu tragen, da sie in den ersten Jahren der Mitgliedschaft vergleichsweise geringe finanzielle Transferzahlungen aus den Bereichen der Agrar- und Strukturpolitik erhalten werden (vgl. Axt 2003, Erdmenger/Ziegler 2004).

In vielen Analysen zum Erweiterungsprozess wird, um die „asymmetrische Beziehung zwischen dem Zentrum der EU und ihrer osteuropäischen Peripherie zu beleuchten, [...] die zunehmende Orientierung an Europa als strikter Top-down-Prozess beschrieben, in dem die Bewerberstaaten passiv Auflagen der EU erhalten und diese dann implementieren.“ (Lindstrom/Piroska 2002: 423) In diesem Kontext wurde auch die These vertreten, dass der gesamte Verhandlungsprozess die Tendenz zum „Euro-Imperialismus“ aufweist (vgl. Deppe 2004). Piroska und Lindstrom (2002) stellen jedoch eine solch einfache top-down Sichtweise der „Europäisierung“ – hier verstanden als Ausrichtung der MOEL an der EU – in Frage. Ihrer Position zufolge sind „eher die verschiedenen Weisen [zu untersuchen; M.W.], in denen die allgemeinen, durch die zunehmende Orientierung an EU-Europa hervorgerufenen Zwänge in den lokalen Kontexten verarbeitet werden“ (ebd.: 424). Am Beispiel der Entstehung des Kapitalismus in Slowenien vertreten die Autorinnen die These, dass dieser Prozess nicht als eine „einfache strukturelle Anpassung“ charakterisiert werden kann, sondern abhängig ist „von lokaler Vermittlung und historischen Institutionen“. Obgleich die asymmetrischen Beziehungen zwischen der EU und den MOEL ganz offensichtlich bestehen, stellen sie die Darstellung infrage, wonach die „mittel- und osteuropäischen Eliten – und Bevölkerungen – als passive Beobachter (oder Opfer) des Europäisierungsprozesses“ zu verstehen sind, um zugleich darauf zu verweisen, dass die interne Durchsetzung vielfach auch abhängig von internen Interessenskonstellationen war (ebd.). Damit lenken sie den Fokus auf die Analyse der – auf nationaler und europäischer Ebene – involvierten sozialen Kräfte. Um das Spannungsfeld von externem Zwang und internen Interessenskonstellationen erfassen zu können, ist demzufolge in weiteren Untersuchungen zur Osterweiterung der Blick auf eine „breitere Palette“ von Akteuren zu richten.

4. Ausblick: Die „Zukunft der EU“ nach der Osterweiterung

Nach der erfolgten Ost-Erweiterung rückte die Frage nach der Bedeutung des Beitritts der acht MOEL für die künftige Weiterentwicklung des europäischen Integrationsprozesses und der damit verbundenen Rolle der vergrößerten EU in der Weltordnung und -ökonomie in den Vordergrund. Bei der Bewertung dieser Auswirkung existieren zwei unterschiedliche Positionen.

Zum einen erwarten einige Beobachter dieses Prozesses, dass „die Einbeziehung Ost- und Mitteleuropas letztlich ökonomische Vorteile zeitigen wird, und dass langfristig die politische Position der erweiterten EU im konfliktreichen Prozess der Konstruktion neuer Weltordnungen gestärkt werden kann.“ (Deppe 2004: 48) Diese Erwartungen werden von den Regierungen der „alten“ Mitgliedsländer geteilt. Sollten sich diese Hoffnungen erfüllen, würde der Einfluss der EU auf die Weltordnung und -ökonomie weiter gestärkt. Denn die Entwicklungen der letzten Jahren lassen sich dahingehend interpretieren, dass sich die EU neu positioniert und sich zunehmend zu einem eigenständigen, handlungsfähigen Akteur in der internationalen Politik entwickelt (vgl. Bieling in diesem Band). Für die anfangs skizzierte theoretische Auseinandersetzung hätte eine solche Perspektive wichtige Implikationen. Die EU könnte sich einerseits als ein eigenständiges "imperialistisches" Zentrum etablieren, das als ein relativ einheitlicher Akteur auf der weltpolitischen Ebene agiert und auch in ein Konkurrenzverhältnis mit anderen regionalen Blöcken wie der US-geführten NAFTA tritt. Anzeichen für eine derartige Entwicklung sind beispielsweise im Bereich der Außenhandelpolitik wahrnehmbar, in der die EU auf ein äußerst aggressives Agenda-Setting setzt (Frein/Fuchs/Schilder i.E) und dieses auch nach der Osterweiterung weiter verfolgt. Denn die EU forciert beispielweise die Aushandlung von intraregionalen und bilateralen Verhandlungsprozessen, deren Inhalte wie Investitionsliberalisierungen und Wettbewerbsregelungen disziplinierend auf die nationalen Gesellschaftskonfigurationen in peripheren Staaten einwirken und deswegen als klare Zwangsmittel zu beurteilen sind.

Eine weitere Option der Stärkung der EU bestände jedoch in einer Implementation des *acquis communautaire* in weiteren peripheren Anrainerstaaten durch eine fortgeführte Osterweiterung der EU. Für diese eher auf konsensuale Elemente basierende Erweiterung des Einflusses der EU auf der weltpolitischen Bühne, lassen sich die (geplanten) Beitrittsverhandlungen mit der Türkei und der Ukraine und die so genannte Wider-Europe-Strategie anführen (Soghomonyan 2005). Dieses hegemoniale Integrationsmodell würde infolge der an die Beitrittsverhandlungen gekoppelten internen Reformen eine Erweiterung des Einflusses der EU nach sich ziehen, da die Beitrittskandidaten ihre Wirtschafts- und Finanzpolitik infolge der Beitrittsverhandlungen so gestalten, dass EU-Interessen bedient werden.

Im Unterschied hierzu wird in einer zweiten Position eher eine Schwächung der EU infolge der Osterweiterung prognostiziert. Zu Grunde liegt dieser Position die Annahme, dass die neuen Mitgliedsländer auf dem Weg zu einer "europäischen Peripherie" sind (Neunhöffer/Schüttpelz 2002: 389), die „die innere Kohäsion und damit auch das weltwirtschaftliche und weltpolitische Gewicht der EU beeinträchtigen dürfte.“ (Beckmann et al. 2003: 15e 2002b). Eine solche Fortentwicklung der EU könnte wiederum dazu führen, dass vermehrt nationale Interessen der eu-

ropäischen Mitgliedstaaten überwiegen und ein einheitliches Agieren der EU im Bereich der Außen-, Sicherheits-, und Handelspolitik erschwert wird. Hierauf verweisen die Spannungen im Vorfeld des Irak-Kriegs und das vorläufige Scheitern des Verfassungsentwurfs. Jedoch würde es zu kurz greifen, diese Konflikte als „nationale Egoismen“ zu bezeichnen. Vielmehr sind sie Ausdruck unterschiedlicher nationaler Vorstellungen über die Weiterentwicklung der EU (Becker 2004). Dabei sind derzeit zwei Perspektiven von entscheidender Bedeutung: „Die einen (z.B. Spanien, Polen, Großbritannien) sehen die zukünftige EU vor allem als lockere Markt- und Wettbewerbszone, die außen- und sicherheitspolitisch als Juniorpartner an der Seite der USA die ‚neue Weltordnung‘ mitgestalten soll. Ihnen geht bereits der jetzige Integrationsprozess zu weit und zu schnell. Die anderen (z.B. Frankreich, Deutschland, Belgien, Luxemburg) teilen zwar die wirtschaftspolitische Orientierung auf ein ‚Markteuropa‘. Außen- und sicherheitspolitisch wollen sie hingegen eine von den USA unabhängigere ‚Europäische Verteidigungsunion‘ und ein ‚Kerneuropa‘, das auch im Hinblick auf den Euro und die Wirtschafts- und Währungsunion fester zusammenarbeitet. Diese Vision läuft auf ein ‚Europa der mehreren Geschwindigkeiten‘ hinaus.“ (Dräger/Karrass 2004: 77)

Fraglich ist, welchen Einfluss die MOEL auf die künftige europäische Entwicklung nehmen können. Der Beitritt zur EU hatte für sie zunächst einmal eine „weitgehend formale politische Gleichstellung“ zur Folge. Damit haben sie mit der Erweiterung an Gestaltungsmacht gewonnen. Zugleich kann jedoch von einer „faktischen politischen Gleichstellung“ – aufgrund der im Unterschied zu den bisherigen Mitgliedsländern geringeren finanziellen Transferzahlungen aus den Bereichen der Struktur- und Regionalpolitik – nicht die Rede sein und damit wird nach der Erweiterung zumindest in den ersten Jahren der Mitgliedschaft das asymmetrische Verhältnis zwischen der EU und den neuen Mitgliedsländern weiter bestehen bleiben (Neunhöffer/Schüttpelz 2002: 388). Im Rahmen dieses Spannungsfeldes sind also die Möglichkeiten der neuen Mitgliedsländer im Hinblick auf ihren Einfluss auf die Ausgestaltung der europäischen Politikfelder zu untersuchen.

Aufschwung erhielt die Frage nach der Bedeutung der (damals künftigen) neuen EU-Mitglieder auf die Weiterentwicklung des europäischen Integrationsprozesses und der Rolle der EU in der Weltordnung im Zuge des „Briefs der acht“. In diesem Kontext wurde die stärkere transatlantische Orientierung der neuen Mitgliedsländer sowie ihre spezifischen außen- und sicherheitspolitischen Interessen im Hinblick auf die künftige Ausgestaltung der GASP thematisiert. Infolgedessen wurde die Position vertreten, dass die zukünftigen neuen Mitgliedsländer der politischen Union entgegenstehen und sie ihre Sicherheit besser durch die USA – entweder über die NATO oder bilaterale Bündnisse mit den USA – gewährleistet sehen. Über die enge Bindung an die USA hoffen diese jedoch einerseits, ihre relativ schwache Position in der EU zu stärken, andererseits

wird die NATO von den osteuropäischen Regierungen nicht als potentiell konkurrierendes Projekt zur EU wahrgenommen (vgl. Becker 2004). Alle Beitrittsländer sprechen sich für eine Aufwertung von GASP und ESVP aus, allerdings darf die GASP weder auf ein Wettfeiern mit den USA hinauslaufen, noch zur Erosion der transatlantischen Bindungen beitragen (Lang 2004: 448). Insgesamt ist jedoch die Gestaltungsmacht der MOEL in der GASP begrenzt, da ihre formelle Position sich von ihrem wirtschaftlichem oder militärischem Gewicht unterscheidet (ebd.).

Trotz dieser Widerspruchskomplexe in der Formulierung der Außenpolitik zwischen Supranationalisierung und Renationalisierung kann jedoch abschließend konstatiert werden, dass der Beitritt der MOEL zu einer Rekonfiguration der internen gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse in Europa führen wird, die schwerwiegende Implikationen auf das außenpolitische Engagement der EU haben wird. Denn in den acht neuen Mitgliedsstaaten herrscht ein konservativ-neoliberaler politischer Konsens vor, der sich unter anderem diskursiv in der Diskreditierung des Staatssozialismus äußert und sich auch parlamentarisch niederschlägt. In den Europawahlen 2004 wurde die europäische Linke durch den Beitritt geschwächt. Somit kann festgehalten werden, dass unabhängig davon, ob die EU als weitgehend einheitlicher politischer Akteur auf der internationalen Ebene auftreten wird, die von der Union propagierten Politikinhalt ihre neoliberale Grundausrichtung beibehalten werden.

Literatur⁹

Axt, Heinz-Jürgen (2003): Was kostet die EU-Erweiterung? In: WSI-Mitteilungen 1/2003, S. 3-9.

Becker, Joachim (2004): EU-Verfassung: Zentrum gegen Peripherie? [<http://www.links-netz.de>; abgerufen am 11.11.2004]

Beckmann, Martin/Bieling, Hans-Jürgen/Deppe, Frank (2004): »Euro-Kapitalismus«: begriffliche Provokation oder heuristische Analysekonzeption? In: Beckmann, Martin/Bieling, Hans-Jürgen/Deppe, Frank (Hg.): »Euro-Kapitalismus« und globale politische Ökonomie. Hamburg, S. 7-17.

Bieler, Andreas (2002): The struggle over EU enlargement: a historical materialist analysis of European integration. In: Journal of European Public Policy 9:4/2002, S. 575-597.

⁹ Die Rechtschreibung innerhalb von Zitaten wurde den aktuell gültigen Regeln angepasst. Hervorhebungen stammen –soweit nicht anders vermerkt – aus den Originalen.

- Bieler, Andreas/Morton, Adam David (2003): Neo-Gramscianische Perspektiven. In: Schieder, Siegfried/Spindler, Manuela (Hg.): Theorien der Internationalen Beziehungen. Opladen, S. 337-362.
- Bieling, Hans-Jürgen (2003): Die neue europäische Ökonomie: Transnationale Machtstrukturen und Regulationsformen. In: Beckmann, Martin/Bieling, Hans-Jürgen/Deppe, Frank (Hg.): »Euro-Kapitalismus« und globale politische Ökonomie. Hamburg, S. 41-67.
- Bieling, Hans-Jürgen/Deppe, Frank (1996a): Gramscianismus in der Internationalen Politischen Ökonomie. In: Das Argument 217/1996, S. 729-740.
- Bieling, Hans-Jürgen/Deppe, Frank (1996b): Internationalisierung, Integration und politische Regulierung. In: Bieling, Hans-Jürgen/Deppe, Frank /Röttger, Bernd: Weltmarkt, Hegemonie und europäische Integration. Kritische Beiträge zur Theorie der internationalen Beziehungen. Arbeitspapier Nr. 15 der FEG. Marburg, S. 45-71.
- Bieling, Hans-Jürgen/Steinhilber, Jochen (2000): Hegemoniale Projekte im Prozess der europäischen Integration. In: Bieling, Hans-Jürgen/Steinhilber, Jochen (Hg.): Die Konfiguration Europas. Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie. Münster, S. 102-130.
- Bieling, Hans-Jürgen/Steinhilber, Jochen (2002): Finanzmarktintegration und Corporate Governance in der Europäischen Union. In: Zeitschrift für internationale Beziehungen 1/2002, S. 39-74.
- Bohle, Dorothee (2003a): Imperialismus, peripherer Kapitalismus und europäische Einigung. Einige skizzenhafte Überlegungen. In: Z. 54/2003, S. 19-33.
- Bohle, Dorothee (2003b): Osterweiterung der EU – Neuer Impuls oder Rückschlag für die europäische Integration. In: Beckmann, Martin/Bieling, Hans-Jürgen/Deppe, Frank (Hg.): „Euro-Kapitalismus“ und globale politische Ökonomie. Hamburg, S. 144-168.
- Bohle, Dorothee (2002a): Europas neue Peripherie: Polens Transformation und transnationale Regulation. Münster.
- Bohle, Dorothee (2002b): Erweiterung und Vertiefung der EU: Neoliberale Restrukturierung und transnationales Kapital. In: Prokla 128/2002, S. 353-376.
- Bohle, Dorothee (2000): EU-Integration und Osterweiterung: die Konturen einer neuen europäischen Unordnung. In: Bieling, Hans-Jürgen/Steinhilber, Jochen (Hg.): Die Konfiguration Europas. Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie. Münster, S. 304-330.
- Borg, Erik (2001): Projekt Globalisierung. Soziale Kräfte im Konflikt um Hegemonie. Hannover.
- Borg, Erik (2002): Wovon wir reden, wenn wir von Hegemonie reden. Überlegungen zur neuen Weltordnung. Vortrag auf der IPC-Konferenz in Frankfurt am Main, 12.11.2002. [<http://www.gesellschaftswissenschaften.uni-frankfurt.de>; abgerufen am 22.09.2004]

- Brand, Ulrich/Raza, Werner (Hg.) (2003): Fit für den Postfordismus? Theoretisch-politische Perspektiven des Regulationsansatzes. Münster.
- Candeias, Mario/Deppe, Frank (Hg.) (2001): Ein neuer Kapitalismus? Hamburg.
- Cox, Robert W. (1998): Gramsci, Hegemonie und Internationale Beziehungen: Ein Aufsatz zur Methode. In: Robert W. Cox. Weltordnung und Hegemonie – Grundlagen der “Internationalen Politischen Ökonomie”. Studie Nr. 11 der FEG. Marburg, S. 69-86.
- Csaba, László (2002): Transformation – Entwicklung – EU-Integration. In: Berliner Debatte INITIAL 3/2002, S. 5-16.
- Damus, Renate (1982): Die polnische Wirtschafts- und Gesellschaftskrise: Folge des Ost-West-Handels, sowjetischen Raubhandels oder verfehlter wirtschaftlicher Entwicklungsstrategie. In: Prokla 48/1982, S. 19-66.
- Dauderstädt, Michael (1998): EU-Osterweiterung: Wirkungen, Erwartungen und Interessen in den Beitrittsländern. In: Integration 3/1998, S. 149-167.
- Dauderstädt, Michael (2004a): Das erweiterte Europa in einer bedrohlichen Welt. In: Integration 1-2/2004, S. 28-43.
- Dauderstädt, Michael (2004b): Transformation und Integration der Wirtschaft der postkommunistischen Beitrittsländer. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 5-6/2004, S. 15-34.
- Deppe, Frank (2004): Die Osterweiterung. In: Karrass, Anne u.a. (2004): Europa: Lieber sozial als neoliberal. Hamburg, S. 45-60.
- Deubner, Christian (1999): Frankreich in der Osterweiterung der EU, 1989 bis 1997. [<http://www.weltpolitik.net/policy-forum/article/1868.html>; abgerufen am 14.09.2004]
- Dräger, Klaus/Karrass, Anne (2004): Ein anderes Europa in einer anderen Welt? In: Karrass, Anne u.a. (2004): Europa: Lieber sozial als neoliberal. Hamburg, S. 77-92.
- Dröbner, Stefan (1998): Die Osteuropabank. In: Rode, Reinhard (Hg.): Die Integration Mittelosteuropas in die Weltwirtschaft: Die Integration Mittelosteuropas in die Weltwirtschaft. Amsterdam, S. 163-196.
- Erdmenger, Katharina/Ziegler, Astrid (2004): Strukturpolitik nach 2006 – Der Vorschlag der Europäischen Kommission. In: WSI-Mitteilungen 6/2004, S. 325-331.
- Europäische Gemeinschaften (1999): Beiheft A. Wirtschaftsanalysen. Nr. 7/8/9 – September 1999. Brüssel.
- Frein, Michael/Fuchs, Peter/Schilder, Klaus (i.E.): Die EU als handelspolitischer Mehrebenenspieler zwischen multilateraler, regionaler und bilateraler Freihandelsstrategie. Gemeinsame Studie von WEED und EED. Berlin.

- Gabrisch, Hubert (2002): Intra-industrieller Handel und Produktivitätslücke in der erweiterten Union. In: *Wirtschaft im Wandel* 16/2003, S. 509-517.
- Gill, Stephen (1993): Neo-Liberalism and the Shift towards US-Centered Hegemony. In: Overbeek, Henk (Ed.): *Restructuring Hegemony in the Global Political Economy. The Rise of Transnational Neo-Liberalism in the 1980s*. London/New York, S. 246-282.
- Gill, Stephen (2000): Theoretische Grundlagen einer neo-gramscianischen Analyse der europäischen Integration. In: Bieling, Hans-Jürgen/Steinhilber, Jochen (Hg.): *Die Konfiguration Europas. Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie*. Münster, S. 23-50.
- Gnoth, Werner/Kämpfe, Martina (2002): EU-Osterweiterung: Sinkende Akzeptanz eines Beitritts in den Bewerberländern. In: *Wirtschaft im Wandel* 2/2002, S. 35-40.
- Görg, Christoph (2004): Ein neuer Imperialismus? [http://www.links-netz.de/T_texte/T_goerg_imperialismus.html].
- Görg, Christoph/Wissen, Markus (2003): National dominierte globale Herrschaft. Zum Verhältnis von Uni- und Multilateralismus in der „Neuen Weltordnung“. In: *Prokla* 133/2003, S. 625-644.
- Gowan, Peter (1995): Neo-Liberal Theory and Practice for Eastern Europe. In: *New Left Review* 213/1995, A. 3-60.
- Grabbe, Heather (2002): Europeanisation goes East: Power and Uncertainty in the EU Accession Process. Paper for the ECPR Joint Sessions of Workshops, Turin 22-27 March 2002.
- Harvey, David (2003): Der >>neue<< Imperialismus: Akkumulation durch Enteignung. Supplement der Zeitschrift *Sozialismus* 5/2003. Hamburg.
- Hirsch, Joachim (2001): Die Internationalisierung des Staates. Anmerkungen zu einigen aktuellen Fragen der Staatstheorie. In: Hirsch, Joachim/Jessop, Bob/Poulantzas, Nicos (Hg.): *Die Zukunft des Staates*, Hamburg, S. 101-138.
- Hirsch, Joachim (2002): *Herrschaft, Hegemonie und politische Alternativen*. Hamburg.
- Hirsch, Joachim (2004): Was ist eigentlich Imperialismus? [http://www.links-netz.de/T_texte/T_hirsch_imperialismus.html]
- Hofbauer, Hannes (2003): *Osterweiterung. Vom Drang nach Osten zur peripheren EU-Integration*, Wien.
- Holman, Otto (2002): Die Neue Europäische Peripherie. Ost- und Süderweiterung der Europäischen Union im Vergleich. In: *Prokla* 128/2002, S. 399-420.
- Hübner, Kurt (1992): Ökonomische Theorie und osteuropäische Transformation. In: *Prokla* 89/1992, S. 552-579.

- Huffschmid, Jörg (2004): Sackgasse EU-Verfassung. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 6/2004, S. 775-777.
- Inotai, András (2004): Erfolgreiche Erweiterung durch zügige Vertiefung: Prioritäten der EU-25. In: Integration 1-2/2004, S. 4-11.
- Jacoby, Wade (2002): Der Wettlauf nach Europa – die Bedeutung der Osterweiterung für makroökonomische Fragestellungen. In: WSI-Mitteilungen 5/2002, S. 292-299.
- Jetzlsperger, Christian/Schattenmann, Marc (1999): Agenda 2000: Die Erweiterung und Vertiefung der Union. In: Herz, Dietmar (Hg.): Die Europäische Union. Politik Recht Wirtschaft. Frankfurt am Main, S. 293-329.
- Kößler, Reinhart (2003): Imperialismus und Globalisierung. Anmerkungen zu zwei Theoriekomplexen. In: Prokla 133/2003, S. 521-544.
- Kreile, Michael (2000): Die Osterweiterung der Europäischen Union. CAP Working-Paper. [<http://www.cap.uni-muenchen.de/download/2000/kreile.pdf>; abgerufen am 24.09.2004]
- Kurz, Constanze/Wittke, Volker (1998): Die Nutzung industrieller Kapazitäten in Mitteleuropa durch westliche Unternehmen - Entwicklungspfade einer neuen industriellen Arbeitsteilung. In: SOFI-Mitteilungen 26/1998, S. 45-68.
- Lang, Kai-Olaf (2004): Störenfriede oder Ideenratgeber? Die Neuen in der GASP. In: Osteuropa 5-6/2004, S. 443-458.
- Lindstrom, Dóra/Piroska, Nicole (2002): Slowenischer Weg? Die Politik der „Europäisierung“ in Europas südöstlicher Peripherie. In: Prokla 128/2002, S. 421-439.
- Lippert, Barbara/Umbach, Gaby (2004): Verwaltungen in Mittel- und Osteuropa unter Europäisierungsdruck: Phasen – nationale Differenzierungen – Szenarien. In: Integration 1-2/2004, S. 56-74.
- Müller, Klaus (2001a): Konkurrierende Paradigmen der Transformation. In: Hopfmann, Arndt/Wolf, Michael (Hg.): Transformationstheorie – Stand, Defizite, Perspektiven. Münster, S. 202-255.
- Müller, Klaus (2001b): „Countries in Transition“. Entwicklungspfade der osteuropäischen Transformation. In: Osteuropa 10/2001, S. 1146-1167.
- Narr, Wolf-Dieter (2003): Introvertierte Imperialismen und ein angstgeplagter Hegemon. Für eine utopische Transzendenz der Globalisierungskritik. In: Prokla 133/2003, S. 575-599.
- Neunhöffer, Gisela/Schüttpelz, Anne (2002): „Offene“ und „geschlossene“ Transformation: Von peripheren und noch periphereren Kapitalismen in Osteuropa. In: Prokla 128/2002, S. 377-398.

- Panitch, Leo im Gespräch mit André Leisewitz und David Salomon (2002): Neuer Imperialismus – neue Imperialismustheorie. In: *Z.* 52/2002, S. 76-87.
- Sachs, Jeffrey (1991): Poland and Eastern Europe: What is to be done? In: Köves, András/Marer, Paul (eds.): *Foreign Economic Liberalization. Transformations in Socialist and Market Economies.* Boulder, S. 235-246.
- Scherrer, Christoph (2003): Verschränkte Hegemonie? Staat und Klasse in den transatlantischen Beziehungen. In: Beckmann, Martin/Bieling, Hans-Jürgen/Deppe, Frank (Hg.): »Euro-Kapitalismus« und globale politische Ökonomie. Hamburg, S. 87-112.
- Sherman, Heidemarie C. (1998): Europäische Union: Direktinvestitionen in Drittländern vermehrt in der Form von Fusionen und Übernahmen. In: ifo-Schnelldienst 27/1998.
- Shields, Stuart (2003): The 'Charge of the Right Brigade': Transnational Social Forces and the Neoliberal Configuration of Poland's Transition. In: *New Political Economy* 2/2003, S. 225-243.
- Soghomonyan, Vahram (2004): Europäische Integration und die regionale Konfiguration des Südkaukasus. FEG-Arbeitspapier Nr. 24. Marburg.
- Stieglitz, Joseph (2002): *Die Schatten der Globalisierung.* Bonn.
- Wedel, Janine R. (2001): *Collision and Collusion. The Strange Case of Western Aid to Eastern Europe.* New York.
- Winter, Jens (2003): Regulation und Hegemonie in nach-fordistischen Zeiten. In: Brand, Ulrich/Raza, Werner (Hg.): *Fit für den Postfordismus?* Münster, S. 196-216.

Dieter Boris/Ingo Malcher

Die Konkurrenz zwischen den USA und der Europäischen Union (EU) in Lateinamerika

1. Einleitung

Spätestens seit der Monroe-Doktrin (1823) besteht die Konkurrenz zwischen europäischen Mächten und den USA, um politischen Einfluss, ökonomische Positionen und kulturelle Hegemonie in Lateinamerika. Abgesehen von der Weltkriegssituation, in der einige europäische Länder an der Seite der USA gegen die faschistischen europäischen Länder (Deutschland und Italien) kämpften, waren die Auseinandersetzungen nicht primär militärischer Natur, sondern eher politisch und ökonomisch ausgerichtet (was natürlich nicht bedeutet, die zahlreichen unilateralen, militärischen Interventionen der USA in Lateinamerika zu übersehen).

Es ging und geht in der Konkurrenz zwischen den europäischen Mächten und den USA um die Sicherung von Anlagefeldern für ausländisches, produzierendes Kapital (Direktinvestitionen), Geldkapitalanlage, um die Sicherung des Zugangs zu Rohstoffreserven, Zugang zu Märkten und zunehmend um die Beherrschung von genetischen Ressourcen, Eindringen in verschiedene Dienstleistungssparten, vor allem das Banken- und Versicherungswesen. Die zeitgemäße Form dieses Konkurrenzkampfes und der dauerhaften Einflussicherung konkretisiert sich im Werben für bestimmte ökonomische Integrationsprojekte bzw. im Abschluss von Verträgen und Kooperationsabkommen zwischen regionalen Blöcken. Soll die aktuelle Konkurrenz zweier imperialistischer Zentren um Lateinamerika behandelt werden, muss zwangsläufig von der Free Trade Area of the Americas (FTAA oder ALCA¹) und dem EU-Mercosur-Kooperationsabkommen andererseits die Rede sein.

Im ersten Schritt ist die Entwicklung ökonomischer Positionen der USA in Lateinamerika während der letzten zwanzig Jahre knapp zu skizzieren. Im zweiten Schritt ist der analoge Prozess für die EU-Länder zu analysieren. Im letzten Punkt muss eine knappe Einschätzung der augenblicklichen Konkurrenzsituation und der kurz- bis mittelfristigen Perspektiven vorgenommen werden.

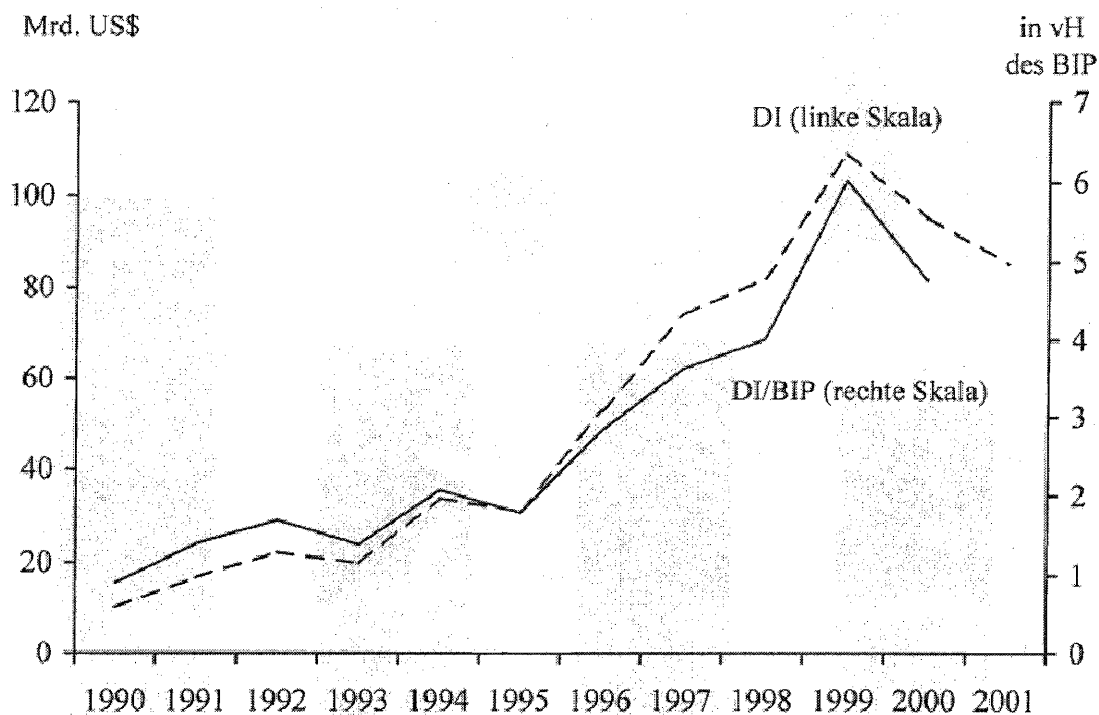
2. USA – Lateinamerika

Die seit dem 19. Jahrhundert bis in die Hochphase des Kalten Kriegs reichende ökonomische und informell-politische Beherrschung des mittleren und südlichen Teils des amerikanischen Kontinents durch die USA kann als bekannt vorausgesetzt werden (Niess 1986). Noch in den 1950er- und 1960er-Jahren des vergangenen Jahrhunderts war die ökonomische Bedeutung Lateinamerikas für die USA vergleichbar groß wie die Europas. Zirka ein Drittel der US-Auslandsinvestitionen ging in den 1950er-Jahren nach Lateinamerika, und mehr als ein Drittel des Außenhandels der USA wurde in dieser Zeitspanne mit Lateinamerika abgewickelt. Diese Werte gingen bis Anfang der 1980er-Jahre auf etwa 15% zurück, d.h. gegenüber Europa und Ostasien hatte die externe Bedeutung des südlichen Subkontinents stark abgenommen. Hier soll nun erörtert werden, in welchem Maße die USA die im Gefolge von Schuldenkrise und Strukturanpassungsprogrammen (SAP) eingetretene neoliberale Wende in den meisten Ländern Lateinamerikas für ihre Interessenwahrnehmung nutzen konnten und Lateinamerika wieder an Bedeutung für die äußere ökonomische Expansion der USA gewinnen konnte.

Wenn von den ökonomischen Beziehungen der USA zu Lateinamerika die Rede ist, muss man sich stets bewusst sein, dass die Einflussstärke der USA sich gemäß geographischer konzentrischer Kreise abstuft. Die stärksten Einflüsse sind für Mexiko zu konstatieren, aufgrund des nun über zehn Jahre alten NAFTA-Abkommens. Der zweite Kreis umfasst die zentralamerikanischen Länder, die Karibik und vielleicht noch die nördlichen Länder Südamerikas. Der dritte Kreis umfasst den Rest Südamerikas, vor allem die ConoSur-Länder. „Mexiko, Zentralamerika und die Karibik, auf die mehr als ein Drittel der lateinamerikanischen Bevölkerung entfällt, erhalten fast die Hälfte der US-Investitionen in der Region; mehr als 70% des lateinamerikanischen Handels mit den USA entfällt auf sie. Zugleich stammen ca. 80% der lateinamerikanischen Einwanderer in den USA aus diesen Ländern. Entsprechend prägen Themen wie Migration und Handel in einem nicht unerheblichen Ausmaß die Beziehungsagenda.“ (Birle 2002: 303)

In Bezug auf den Zufluss von Direktinvestitionen kam es seit Beginn der 90er Jahre – im Kontext der neoliberalen Öffnungen und der anfänglichen Wirtschaftsdynamik – zu einem starken Anstieg der Auslandsinvestitionen in Lateinamerika

¹ Span.: Área de Libre Comercio de las Américas

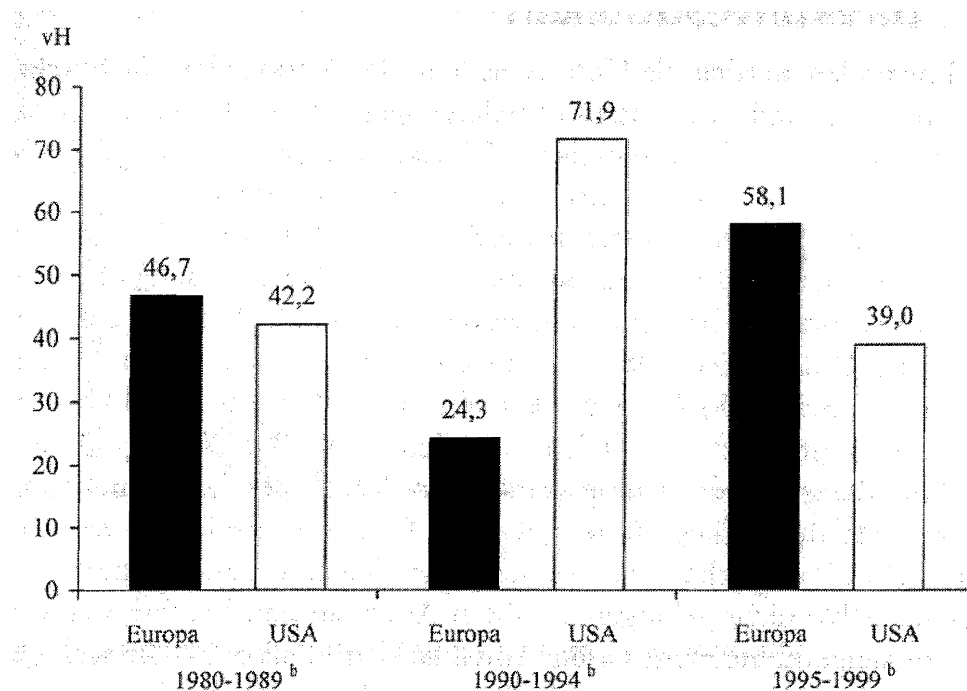
Schaubild 1: Zustrom ausländischer Direktinvestitionen in Lateinamerika, 1999-2001

Quelle: UNCTAD (online Datenbank); World Bank 2002.

aus: Nunnenkamp 2003: 27

Während sich die Anteile der USA und der Europäer während der „verlorenen Dekade“ der 1980er-Jahre (auf viel niedrigerem Niveau) in etwa die Waage hielten, partizipierten die USA in der ersten Hälfte der 1990er-Jahre eindeutig stärker an dem Anstieg der Direktinvestitionen. Erst in der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre änderte sich das Bild, vor allem infolge des spanischen Engagements: „Der markante Anstieg des Anteils europäischer Herkunftsländer ist in erster Linie auf spanische Direktinvestitionen in Lateinamerika zurückzuführen. Der jahresdurchschnittliche Zustrom europäischer Direktinvestitionen im Zeitraum 1995-1999 (von insgesamt US\$ 20,5 Mrd.) stammte zu 43 vH aus Spanien; im Zeitraum 1990-1994 hatte der spanische Anteil erst 23 vH betragen. Frankreich, die Niederlande und Großbritannien folgten mit jeweils gut US\$ 2 Mrd. Deutschland rangierte hinter diesen Ländern nur auf Platz 5 (US\$ 1,7 Mrd.).“ (Nunnenkamp, 2003: 29)

Schaubild 2: Anteile Europas und der USA an den ausländischen Direktinvestitionen in Lateinamerika^a, 1980-1999



^a Zustrom von Direktinvestitionen (in US\$) aus Europa, Nordamerika und Japan nach Lateinamerika (ohne Finanzzentren) = 100.

^b Periodendurchschnitt.

aus: Nunnenkamp, 2003: 29

In Bezug auf den Bestand der Direktinvestitionen (auch hier gibt es unterschiedliche Berechnungsmethoden) fällt die Konzentration auf bestimmte Länder Lateinamerikas besonders auf. „Argentinien, Chile, Brasilien und Mexiko vereinigen rund 82% der Gesamtinvestitionssumme von 550 Mrd. US-Dollar auf sich. Die sieben wichtigsten Länder Lateinamerikas sind wie folgt an dieser Summe beteiligt: Mexiko 28,6%, Brasilien 26%, Argentinien 18,5%, Chile 9,5%, Kolumbien 4,1%, Peru 2,3% und Venezuela 2,1%. Während das direkte Engagement der US-Unternehmen in Mexiko und auch in Venezuela über dem aller EU-Unternehmen zusammengenommen liegt, dominieren die Unternehmen aus der EU in vielen anderen Ländern der Region und vor allem im südlichen Teil des Subkontinents. Allerdings führen die USA auch dort fast überall die Liste der Herkunftsländer ausländischer Direktinvestitionen an. Lediglich in Peru haben Spanien und Großbritannien die USA als Herkunftsland für ausländische Direktinvestitionen überflügelt.“ (Rösler, 2003: 158).

Herkunftsländer der ausländischen Direktinvestitionen in Lateinamerika und der Karibik

Herkunftsland	Ungefährer Bestandteil der Direktinvestitionen in Lateinamerika im Dez. 2002 (Mrd. US\$)	Anteil am Gesamtbestand der ausländischen Direktinvestitionen in Lateinamerika im Dez. 2002 (in %)
USA	223	41
Spanien	56	10
Niederlande	33	6
Frankreich	25	5
Kanada	24	4
Großbritannien	22	4
Deutschland	18	3
Italien	15	3
Japan	13	2
Schweiz	9	2
Andere Länder inkl. Steueroasen	112	20
Gesamt ca.	550	100

Quelle: Rösler, 2003: 58

Sowohl die USA wie Länder der EU haben ihren absoluten Stand und ihre Anteile an Direktinvestitionen in Lateinamerika erhöht; es scheint aber, dass gerade die europäischen Kapitale, besonders die aus Spanien, teilweise auch die französischen Investitionen überwiegend der Privatisierung von öffentlichen Infrastrukturunternehmen gegolten haben und daher diese Ausdehnung nach Abschluss der Privatisierungen wieder stark zurückgehen wird. In Argentinien etwa war der Zustrom ausländischer Direktinvestitionen im Zeitraum 1988 bis 1995 zu 80% auf Privatisierungen und die Konversion von Schuldtiteln zurückzuführen. Eine neuere Studie der Inter-American Development Bank schreibt es den Privatisierungen im Bereich der Telekommunikation und anderer staatlicher Dienste zu, dass der Anteil des tertiären Sektors an den gesamten ausländischen Direktinvestitionen Lateinamerikas deutlich stärker gestiegen ist als in anderen Regionen. In Brasilien flossen in den 90er Jahren vier Fünftel aller Direktinvestitionen in den Dienstleistungsbereich. Selbst wenn der Kauf

staatlicher Dienstleistungsunternehmen häufig zusätzliche Folgeinvestitionen induziert, dürften umfassende Privatisierungsprogramme für einen zeitlich begrenzten Boom ausländischer Direktinvestitionen gesorgt haben. Es ist also offen, ob sich die Anteilsgewinne Lateinamerikas als dauerhaft erweisen werden. (Nunnenkamp, 2003: 37f.). Insgesamt scheint sich die Ausbreitung der US-Investitionen relativ kontinuierlich und die Hauptempfängerländer in ähnlichem Umfang erfassenden Weise abgespielt zu haben: die Anteilssteigerung Mexikos beispielsweise ist zwischen 1990 und 1998 sogar geringer als die Argentinien und Chiles.

Ausländische Direktinvestitionen der USA 1990, 1994 und 1998 (in Mrd. US\$ und %)

	1990	%	1994	%	1998	%
Insgesamt	430,52		612,89		980,56	
Kanada	69,51	16,1	74,22	12,1	103,90	10,6
Europa	214,74	49,9	297,13	48,5	489,54	49,9
Lateinamerika und Karibik	71,40	16,6	116,48	19,0	196,66	20,1
Mexiko	10,31	2,4	16,97	2,8	25,88	2,6
Südamerika	22,93	5,3	37,67	6,1	73,29	7,5
Argentinien	2,53	0,6	5,69	0,9	11,49	1,2
Brasilien	14,38	3,3	17,88	2,9	37,80	3,9
Chile	1,90	0,4	5,06	0,8	9,13	0,9
Zentralamerika	10,11	2,3	13,11	2,1	30,51	3,1
Panama	9,29	2,2	11,91	1,9	26,96	2,7
Karibik	28,06	6,5	48,72	7,9	66,98	6,8
Bermuda	20,17	4,7	28,35	4,6	41,08	4,2
U.K. Islands	5,92	1,4	7,86	1,3	15,71	1,6
Afrika	3,65	0,8	5,76	0,9	13,49	1,4
Mittlerer Osten	3,96	0,9	6,37	1,0	10,59	1,1
Asien/Pazifik	64,72	15,0	108,53	17,7	161,80	16,5

aus: Birle, 2002: 309

Demgegenüber ist die Konzentration des Außenhandels der USA auf bestimmte Länder (vor allem Mexiko, mit Abstand Karibik und Zentralamerika) wesentlich höher; die moderate Steigerung der

Anteile des Außenhandels mit Lateinamerika geht fast ausschließlich auf Mexiko bzw. das NAF-TA-Abkommen zurück.

Die Bedeutung Lateinamerikas als Handelspartner der USA

	Exporte 1991		Exporte 1999		Importe 1991		Importe 1999	
	Mrd. US\$	%	Mrd. US\$	%	Mrd. US\$	%	Mrd. US\$	%
Insgesamt	421,7	100,0	695,8	100,0	488,5	100,0	1024,6	100,0
EU	108,4	25,7	151,8	21,8	93,0	19,0	195,2	19,1
Sonst. Westeuropa	10,3	2,4	14,1	2,0	9,2	1,9	17,7	1,7
Osteuropa	4,8	1,1	5,9	0,8	1,8	0,4	11,8	1,2
Kanada	85,2	20,2	166,6	23,9	91,1	18,6	198,7	19,4
Mexiko	33,3	7,9	86,9	12,5	31,1	6,4	109,7	10,7
Karibik	6,2	1,5	10,3	1,5	5,3	1,1	8,3	0,8
Zentralamerika	4,3	1,0	10,2	1,5	3,2	0,7	11,4	1,1
Südamerika	19,2	4,6	34,1	4,9	22,8	4,7	38,7	3,8
Argentinien	2,1	0,5	5,0	0,7	1,3	0,3	2,6	0,3
Brasilien	6,2	1,5	13,2	1,9	6,7	1,4	11,3	1,1
Chile	1,8	0,4	3,1	0,4	1,3	0,3	3,0	0,3
Kolumbien	2,0	0,5	3,6	0,5	2,7	0,6	6,3	0,6
Venezuela	4,7	1,1	5,4	0,8	8,2	1,7	11,3	1,1
Lateinamerika insgesamt	63,0	14,9	141,5	20,3	62,4	12,8	168,1	16,4
Asien	130,6	31,0	190,9	27,4	210,2	43,0	408,5	39,9
Australien/Ozeanien	9,8	2,3	14,2	2,0	5,3	1,1	7,4	0,7
Afrika	8,8	2,1	9,9	1,4	14,0	2,9	17,0	1,7

aus: Birle, 2002: 308

Die FTAA würde aus der Sicht der USA helfen, diese Positionen des US-Kapitals zu konsolidieren und zu erweitern (vor allem im Banken-, Versicherungs- und Dienstleistungsbereich) und würde den Außenhandel analog zu Mexiko entscheidend erhöhen helfen.

Jedoch: Mit der FTAA werden die Spielregeln für den interamerikanischen Handel festgeschrieben. Dabei geht es den USA vor allem um vier Punkte: 1.) Freier Zugang zu sämtlichen Märkten in Lateinamerika für US-Produkte und Investoren; 2.) Gleichbehandlung von US-Konzernen bei der Privatisierung von staatlichen Firmen und der Vergabe von staatlichen Aufträgen; 3.) Schutz des geistigen Eigentums von US-Firmen in Lateinamerika; 4.) Öffnung der lateinamerikanischen Staaten für Dienstleistungen aus den USA. Dies geht darüber hinaus, was gegenwärtig auf WTO-Ebene durchsetzbar ist.

Mit der FTAA wird damit eine Marktverfassung in den Americas verankert, die den politischen Interventionsraum einengt den freien Markt zum dominanten Regulationsmodus erhebt. Das neoliberale Modell in den Americas wird hierdurch weiter institutionalisiert und auf ein festes Fundament gestellt werden, weil ein Ausstieg aus diesem Modell nahezu unmöglich sein wird. Das entscheidende Hindernis ist hierbei aber nicht die institutionelle Ebene der FTAA-Verträge, die ein Land kündigen könnte, wenn es sich für einen anderen Entwicklungsweg entscheidet, sondern die Gefahr einer Marginalisierung des eigenen Außenhandels. Durch das System präferentieller Zollsätze würde es vom regionalen Markt verdrängt, weil es durch die handelsumlenkende Wirkung einer Freihandelszone Marktanteile gegenüber den Ländern, die der FTAA angehören, einbüßen würde. Wer politisch einen anderen Weg sucht und sich der FTAA verschließt, isoliert sich selbst. (Berriel Diaz/Malcher 2001: 34ff.)

Entscheidendes Druckmittel: Seit die Verhandlungen im FTAA-Rahmen mit dem Mercosur nur schleppend in Gang kommen, haben die USA eine neue Strategie: Die der FTAA durch die Hintertür: Bilaterale Abkommen wurden schon geschlossen mit Chile und Zentralamerika, Kolumbien verhandelt, Peru bekam es angeboten. Hieraus entsteht ein Anpassungsdruck, der den Mercosur dazu zwingen könnte ein ebensolches Abkommen zu unterzeichnen.

3. EU – Lateinamerika

Die Länder des Mercosur und die Länder der EU haben historisch enge Beziehungen zueinander. Um 1900 kam es zu einer starken Einwanderungswelle aus Europa nach Argentinien, Brasilien, Uruguay und Paraguay. Dies hat vor allem Argentinien und Uruguay bis heute kulturell stark geprägt. Seit den 1920er-Jahren waren die Länder Europas wichtige wirtschaftliche und finanzielle Akteure in Lateinamerika. Nach 1945 allerdings ging die Präsenz Europas in Lateinamerika stark zurück. Doch in den 1960er- und 1970er-Jahren kam es politisch und wirtschaftlich wieder zu einer Annäherung beider Kontinente. Die 1990 verabschiedete „Erklärung von Rom“ der EU unterstützte

dezidiert die Integrationsbemühungen in Lateinamerika. Während der 1990er-Jahre waren vor allem europäische transnationale Konzerne stark an den Privatisierungen in Südamerika, vor allem im Handelsblock Mercosur, aktiv.

Im Jahr 1999 unterzeichnete die EU ein Freihandelsabkommen mit Mexiko.² Darin wurde vereinbart, dass Mexiko seine Zölle auf die Einfuhr sämtlicher Industrieprodukte aus der EU eliminiert. Die EU hingegen verpflichtete sich, Industrieprodukte aus Mexiko ab 2003 zollfrei einzuführen. Industrieprodukte machen etwa 93 Prozent des gesamten jährlichen Handels zwischen Mexiko und der EU aus. Die EU ist nach den USA der wichtigste Handelspartner Mexikos. Etwa neun Prozent der Importe Mexikos kommen aus der EU und drei Prozent der mexikanischen Ausfuhren werden in die EU geliefert. Mit dem Freihandelsabkommen hofft Mexiko darauf, seine Exporte zu diversifizieren, die gegenwärtig extrem stark von den USA abhängen. Dieses Abkommen stellt das erste Abkommen dar, mit dem die EU ihre Produkte zollfrei an den amerikanischen Kontinent liefern kann. (vgl.: Roett 2001: 64)

Die Unterzeichnung kann als Reaktion auf die Etablierung der NAFTA³ bewertet werden, da sie von der EU als gefährliches Projekt angesehen wurde. Hierzu stellte die Europäische Kommission fest: „The recent establishment of NAFTA illustrates the significant risks which the creation of a free trade area of the Americas (FTAA in 2005) could entail if not preceded by a free trade agreement between the EU and Mercosur and Chile.“ (European Commission 1999). Seit der NAFTA-Gründung wurde die EU im Handel mit Mexiko stark zurückgeworfen. Die US-Exporte nach Mexiko hingegen verdoppelten sich fast, von 41.000 Millionen Dollar im Jahr 1994 auf 79.000 Millionen Dollar im Jahr 1998. Im Jahr 1998 betraf das Exportvolumen der EU nach Mexiko gerade einmal zehn Prozent vom Wert der US-Exporte nach Mexiko (European Commission 1999). Eine FTAA hätte, so wird seitens der EU befürchtet, einen handelsumlenkenden Effekt für die EU, die gegenwärtig im Handel mit dem südamerikanischen Block besser aufgestellt ist.

In ihrem Bemühen, die Beziehungen zu Südamerika zu stärken, hat sich die EU den Mercosur als Partner ausgesucht. Der Mercosur ist das erfolgreichste, dynamischste und ambitionierteste Integrationsprojekt in Lateinamerika in der vergangenen Dekade, eine Ausdehnung des Mercosur auf ganz Südamerika ist geplant. Über den Mercosur versucht die EU, die US-Vorherrschaft in Lateinamerika zu brechen und sie versucht, ihre eigene Einflusszone in Lateinamerika zu verteidigen. Denn die EU ist der wichtigste Handelspartner des Mercosur.

² Financial Times, 19.1.2000, in: <http://www.ft.com>

³ North American Free Trade Area (NAFTA); 1992 gegründet; Mitgliedsländer: Kanada, Mexiko, USA

Tabelle: Ausfuhren aus dem Mercosur in Prozent (Jahr 2001)

EU	23
NAFTA	24
Intra Mercosur	17
Andere	36

Tabelle: Einfuhren in den Mercosur in Prozent (Jahr 2001)

EU	25
NAFTA	24
Intra Mercosur	19
Andere	32

Tabelle: Ausländische Direktinvestitionen im Mercosur und Chile in Prozent (Jahr 2000)

Japan	4
USA	38
EU	58

Quelle: Comisión Europea (2002): Una Asociación para El Futuro. Unión Europea – Mercosur, Montevideo

Seit Gründung des Mercosur im Jahre 1991 ist der Güterhandel zwischen der EU und dem Mercosur stark gewachsen. Die Steigerung der EU-Exporte hat spürbar ab 1994, dem in Kraft treten des Mercosur, zugelegt (vgl. European Commission 1998). Dies beweist den handelsumleitenden Effekt von Regionalblöcken. Im Jahr 1990 betrug das Handelsvolumen zwischen beiden Blöcken 19 Milliarden Euro, im Jahr 2000 waren es bereits 47,2 Milliarden Euro, was einen Anstieg von 148 Prozent bedeutet, oder ein jährliches Wachstum des Handels von 15 Prozent (European Commission 2002a). Dieser Anstieg lässt sich zum einen dadurch erklären, dass der Mercosur als Integrationsprojekt für europäische Investoren sehr attraktiv war und ist, und zum anderen dadurch, dass EU-Konzerne stark bei den im Mercosur in dieser Zeit eingeleiteten Privatisierungen aktiv wurden, was zu einem starken Anstieg des Handels und der Kapitalflüsse führte.

Durch die Handelsliberalisierung und den Anstieg europäischer Investitionen im Mercosur ist davon auszugehen, dass der Intra-Handel transnationaler Konzerne stark zu diesem Anstieg beigetragen hat. Dies spiegelt auch folgende Zahl wieder: EU-Exporte in den Mercosur haben sich in den 1990er-Jahren vervierfacht, Exporte des Mercosur in die EU stiegen im selben Zeitraum um 67 Prozent. Die Handelsbilanz zwischen beiden Blöcken ist damit für die EU positiv, für den Mercosur

negativ. Obwohl der Anteil der Mercosur-Exporte in die EU von 31,8 Prozent aller Mercosur-Exporte im Jahr 1990 auf 23,4 Prozent im Jahr 2000 sank, bleibt die EU in den meisten Jahren der wichtigste Handelspartner des Mercosur, sowohl bei den Exporten als auch bei den Importen. Dabei macht der Handel mit Dienstleistungen etwa ein Viertel des gesamten bilateralen Handels aus. Ausländische Direktinvestitionen von EU-Konzernen im Mercosur sind in den 1990er-Jahren ebenfalls stark gestiegen, vor allem in den Sektoren Banken, Versicherungen, Telekommunikation, Transport und Energieversorgung. EU-Konzerne investieren mehr im Mercosur als US-Konzerne (European Commission 2002a: 15).

Die EU und die USA stehen in einem starken Rivalitätsverhältnis bei der Aufteilung der Einflussosphäre in Südamerika. Jedoch ist fraglich, ob dies von den Mercosur-Ländern zu ihren Gunsten genutzt werden kann. Denn die EU und USA sind nicht nur Rivalen, sondern auch Partner. Zum Beispiel dann, wenn Länder sich weigern, den Maßgaben des Internationalen Währungsfonds (IWF) zu folgen oder eine Politik betreiben, die den Interessen ihrer multinationalen Konzerne oder ihrer Finanzkapitalistenklasse entgegensteht. In diesem Fall verfolgen die USA und die EU dieselben (imperialistischen) Interessen. Neben dem gemeinsamen Klasseninteresse, das sowohl die EU als auch die USA als Herkunftsregionen transnational agierender Kapitaleigner haben, bleiben sie bei der Konkurrenz der Standorte, des Einflusses und der politischen und ökonomischen Macht auch Rivalen.

Von der Schaffung einer Freihandelszone zwischen dem Mercosur und der EU erhofft sich die Europäische Kommission eine Steigerung der Exporte in den Mercosur, um damit den Vorsprung zu den USA zu erhalten. Aber es geht auch um Bereiche wie Patentrecht und Markenschutz, wie sie auch vor der WTO verhandelt werden: „The establishment of a free trade area [between EU and Mercosur and Chile] would generate a flow of EU exports of many products which are present subject to high duties and internal taxes, with little protection of industrial property.“ (European Commission 1999)

Im starken Agenda-Setting seitens der EU manifestiert sich ein aggressiver außenhandelspolitischen Kurs, der dazu beiträgt, ein bestehendes, auf Liberalisierung und Deregulierung beruhendes Welthandelssystem zu stärken. Dabei tritt die EU, wie auch die USA im Falle der FTAA, ganz offen für ihre eigenen imperialistischen Interessen ein: Patentschutz und Gleichbehandlung ihrer Konzerne bei Regierungsaufträgen aus den Mercosur-Ländern. Ungleichheiten im internationalen Handelssystem werden auf diese Weise verfestigt, da Patentschutz immer den politisch und wirtschaftlich stärkeren Ländern zugute kommt, und es ist geradezu absurd zu glauben, ein brasilianischer Konzern könnte sich um den Ausbau einer deutschen Bundesautobahn bewerben. Umge-

kehrt ist es aber durchaus nicht außergewöhnlich, dass etwa Firmen wie Hochtief Autobahnen in Brasilien bauen und damit brasilianische Konkurrenten aus dem Rennen werfen. Im Gegenzug versucht die EU an ihrer Agrarpolitik festzuhalten, dies ist jedoch der einzige Wirtschaftssektor bei dem die Mercosur-Länder gegenüber der EU konkurrenzfähig sind.

Damit geht auch ein EU-Mercosur-Abkommen weit über klassische Freihandelsabkommen hinaus, was die EU-Kommission bestätigt: „(...) the future Interregional Association Agreement should not only cover a liberalization of trade in goods and services, but will also deal with government procurement, investment, intellectual property rights, competition policies, trade defense instruments and a dispute settlement mechanism“ (European Commission 2000a).

Aber es muss noch auf eine weitere Ebene der EU-Mercosur-Verhandlungen eingegangen werden. In dem von der EU und dem Mercosur diskutierten Entwurf werden die Beziehungen zwischen beiden Blöcken in drei Bereiche aufgeteilt: Politischer Dialog, technische Kooperation und Handelsfragen. Damit hätte ein EU-Mercosur-Abkommen auch einen *politischen Mehrwert*, da die EU ein Interesse an einem starken Mercosur hat. Dies brächte ihr zwei Vorteile: Zum einen hätte sie dadurch automatisch Zugang zu mehr Märkten in Südamerika. Zum anderen steigt damit das politische Gewicht der EU in Südamerika und des Mercosur – dies ist wichtig hinsichtlich der Optionen des Mercosur in Sachen FTAA.

Doch trotzdem bleibt nicht zu verkennen, dass durch eine Freihandelszone EU-Mercosur der normative, politische und ökonomische Rahmen der EU nach Südamerika exportiert würde und die dortigen Länder in das neoliberale Projekt der EU mit einbinden würde. Der Ausstieg hieraus ist zwar formell möglich, aber die Mercosur-Länder benötigen den Zugang zum europäischen Markt für ihre Agrargüter. Die Dynamik der neoliberalen Globalisierung hätte mit einem solchen Projekt eine weitere Stufe erreicht. Von ihr würde ein Anpassungsdruck auf andere Blöcke der Welt ausgehen. Neben dem geostrategischen und handelspolitischen Interesse hat die EU noch ein welthandelspolitisches Interesse an einem Freihandelsabkommen mit dem Mercosur: Es geht um die Verfestigung eines international liberalisierten Handelssystems. Mit bi-regionalen Freihandelsverträgen wird der liberalisierte Freihandel nach den Vorstellungen der EU und der USA in ausgewählten Regionen durchgesetzt. Daher sei hier Peter Gowan rechtgegeben, der schreibt: „There is a widespread assumption in Western Europe that somehow the European Union is bound to have a more ‚civilised‘ attitude towards the IMF/WB and the countries of the South than the attitude of American administrations. Yet evidence for this is almost impossible to come by, and at least as far as the general approaches of British, German and Dutch governments have been concerned, their records in the 1980s and 1990s towards North-South economic issues have often been worse than that of US governments.“ (Gowan 1999, S.131f.)

4. Bewertung und Perspektiven

Die 1990er-Jahre waren in Lateinamerika die Dekade der neoliberalen Hegemonie. In so gut wie allen Ländern des lateinamerikanischen Kontinents kamen die neoliberalen Politiken Anfang der 1990er-Jahre vollständig zum Greifen. Allerdings ist feststellbar, dass die neoliberale Hegemonie in Lateinamerika um die Jahrtausendwende in eine Krise geraten ist, nicht zuletzt durch dramatische Finanzkrisen in allen Ländern des Kontinents, die zu erheblichen sozialen Unruhen und der Revitalisierung sozialer Bewegungen führten. Vor allem die Argentinienkrise 2001/2002 muss als politökonomische Zäsur in Lateinamerika aufgefasst werden. Seither ist bei Regierungen, Politikern, sozialen Bewegungen, Wissenschaftlern oder internationalen Organisationen eine Rehabilitierung des Staates auszumachen. Dem stehen die Freihandelsprojekte der EU und der USA entgegen.

Es ist festzustellen, dass zwischen der EU und den USA eine imperialistische Konkurrenz besteht, die bestimmt wird durch die Schaffung und Verteidigung von Einflußzonen. Doch auch wenn beides imperialistische Projekte sind, so sind sie nicht völlig kongruent. Identisch sind sie hinsichtlich der Verankerung einer Marktverfassung, die den politischen Handlungsspielraum für die Länder Südamerikas einengt und den freien Markt zum regulierenden Faktor erhebt. Sowohl die USA, als auch die EU gehen in ihren Forderungen dabei sehr viel weiter, als dies im Rahmen der WTO derzeit durchsetzbar ist. Nicht identisch sind die beiden Freihandelsprojekte hinsichtlich ihrer politischen Implikationen: Die EU braucht einen starken Mercosur, unterstützt dessen Institutionen finanziell und hat auch ein Interesse an seiner Ausweitung auf ganz Südamerika. Die USA hingegen sehen den Mercosur – erst recht einen erweiterten – als Hindernis für die Schaffung der FTAA. Der Mercosur würde im Falle einer FTAA auch überflüssig werden und damit absterben. Dieser Unterschied hinsichtlich der Integrationsziele zwischen der EU und den USA ist wichtig hinsichtlich der Optionen für den Mercosur und die südamerikanischen Länder. Es wird deutlich, dass sich beide Projekte, FTAA und ein EU-Mercosur-Abkommen, ausschließen. Im Falle eines Abkommens EU-Mercosur würde der Südamerikablock überleben. Doch würde ein solches Abkommen die neoliberalen Strukturen im Mercosur stärken. Ergebnis wäre ein eurokapitalistisches-neoliberales Integrationsprojekt.

Wenn der Mercosur zum Träger einer – wie auch immer gearteten Gegenhegemonie – werden sollte, so müsste er vertieft und erweitert werden. Denkbar wären ein reiner Südamerikablock und die Gründung eines lateinamerikanischen Währungsfonds. Doch trotzdem würde der Mercosur

weiterhin mit weltwirtschaftlichen Zwangsstrukturen⁴ auseinandersetzen müssen, welche politische und ökonomische Entscheidungen im Mercosur konditionieren. Diese Strukturen allerdings können von den Mercosur-Ländern nicht alleine aus der Welt geschafft werden. Hierzu wäre eine komplett neue Organisation der weltwirtschaftlichen Machtverhältnisse vonnöten, angefangen von einer Regulierung der internationalen Finanzmärkte bis hin zu einem Welthandelssystem, das nicht den freien Handel ungleicher Länder als Fortschritt propagiert.

Literatur:

Berriel Díaz, Alvaro/Malcher, Ingo (2001): FTAA - Auf dem Weg zu einer Marktverfassung in den Americas. Die Pläne für eine gesamtamerikanische Freihandelszone in den Americas in: Z.-Zeitschrift marxistische Erneuerung, Nr. 46, Juni 2001, S. 34-46

Birle, Peter (2002): Die Americas auf dem Weg zur strategischen Partnerschaft? Thesen zur Neuorientierung der Beziehungen zwischen Lateinamerika und den USA nach dem Kalten Krieg, in: Birle, Peter u.a. (Hg.): Globalisierung und Regionalismus. Bewährungsproben für Staat und Demokratie in Asien und Lateinamerika, Opladen, S. 291-318

Comisión Europea (2002): Unión Europea – Mercosur. Una Asociación para el Futuro, Montevideo

European Commission (EC) (1998): Relations between the EU and Mercosur, Background Document, Brüssel, 22. July 1998, in:

http://europa.eu.int/comm/external_relations/mercosur/background_doc/relat_eu_mercosur.htm

European Commission (EC) (1999): European Union Interests in Mercosur and Chile, Background Document, Brussels

European Commission (EC) (2000a): Mercosur (Southern Common Market) – Overview, July 2000, http://europa.eu.int/comm/external_relations/mercosur/intro/index.htm

European Commission (2002a): Mercosur – European Community. Regional Strategy Paper 2002-2006, K. O.

⁴ Gill (2000: 24) spricht auch vom „neuen Konstitutionalismus des disziplinierenden Neoliberalismus“.

- Gill, Stephen (2000): Theoretische Grundlagen einer neo-gramscianischen Analyse der europäischen Integration, in: Bieling, Hans-Jürgen/Steinhilber, Jochen: Die Konfiguration Europas. Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie, Münster, S. 23-50
- Gowan, Peter (1999): The Global Gamble. Washington's Faustian Bid for World Dominance, London/New York
- Niess, Frank (1986): Der Koloss im Norden. Geschichte der Lateinamerikapolitik der USA, Köln
- Nolte, Detlef (2002): Wächst Südamerika unter brasilianischer Führung zusammen oder schwächt der ALCA-Prozess die südamerikanischen Integrationsbestrebungen?, in: Calcagnotto, Gilberto/Detlef Nolte (Hg.): Südamerika zwischen US-amerikanischer Hegemonie und brasilianischem Führungsanspruch. Konkurrenz und Kongruenz der Integrationsprozesse in den Amerikas, Frankfurt/M., S. 11-37
- Nunnenkamp, Peter (2003): Ausländische Direktinvestitionen in Lateinamerika: Enttäuschte Hoffnungen trotz attraktiver Standortbedingungen?, in: Lateinamerika Analysen 5, Juni, S. 25-60
- Rösler, Peter (2003): Ausländische Direktinvestitionen in Lateinamerika, in: Brennpunkt Lateinamerika, Nr. 16 v. 31. Aug., S. 155-166
- Roett, Riordan (2001): La política de los Estados Unidos y la Unión Europea: La política de los Estados Unidos frente a la integración continental, in: Contribuciones, 3/2001, S. 45-73



Joachim Bischoff

Die Zukunft Europas

Ende oder Rekonstruktion transatlantischer Partnerschaft?

Das transatlantische Bündnis zwischen Europa und den USA ist unter der Präsidentschaft von George Bush jr. schweren Belastungen ausgesetzt. Der Konflikt über den Irak-Krieg zwischen der „Koalition der Willigen“ unter Führung der USA und Teilen von „Old Europe“ – d.h. vor allem Frankreich, Russland und Deutschland – kam für viele Beobachter überraschend. Während Großbritannien und Spanien zusammen mit den mittelosteuropäischen EU-Beitrittsländern (Polen, Ungarn) den Krieg der USA gegen den Irak unterstützen, blieben Frankreich und Deutschland – mit Unterstützung Russlands – bei einer eindeutigen Ablehnung der durch den UN-Sicherheitsrat nicht legitimierten Militäroperation. Auf Seiten der US-Führung wurde nicht bestritten, dass es sich bei der Politik des „preemptive strike“ um eine Verletzung des Völkerrechts und des Angriffskriegsverbotes der UN-Charta handelt. Die Ablehnung dieses Angriffskrieges im Mittleren Osten vereinte eine sozialdemokratisch geprägte wie eine rechtskonservative Regierung in Europa, die damit auch eine schwere Belastung des transatlantischen Bündnisses in Kauf nahmen. Die Missstimmung im transatlantischen Verhältnis wurde in der politischen Öffentlichkeit zum einen kurzfristigen politischen Taktiken zugeschrieben; zum anderen wurde der Übergang der US-Politik auf eine aggressivere unilaterale Interessenvertretung in den Kontext eines neuen Imperialismus eingeordnet.

1. Neuer Imperialismus

Ausgangspunkt der Debatte über die Zukunft der westlichen Allianz ist die offenkundige Veränderung der strategischen Konzeption der USA. „Das neue Amerika war in den letzten Jahrzehnten immer offensiver dazu übergegangen, die multilateralen Institutionen der Weltwirtschaft in den Dienst der eigenen Volkswirtschaft zu stellen. Es missachtet immer skrupelloser das vom alten Amerika mitgeschaffene UN-System und stellt sich immer bedenkenloser über das Völkerrecht. So deutlich wie nie zuvor offenbarte sich Amerika als eine unilateralistische Hegemonialmacht, die bereit ist, ihre gigantische militärische Vormachtstellung bedenkenlos gegen den Willen der Völkergemeinschaft einzusetzen.“ (Massarat 2004: 2) Auch David Harvey konstatiert einen Strategiewechsel bei der Sicherung der Hegemonie der USA und der von ihnen geprägten weltweiten Kapitalakkumulation. Die Hegemonialmacht verzichtet auf die langjährige Praxis, mittels multilateralem Konsens und Zwang die Vorherrschaft zu sichern und geht dazu über, durch einen militärischen

Frontalangriff die Verfügungsgewalt über die weltweit wichtigsten Rohstoffressourcen zu etablieren. Neben der Stärkung der geopolitischen Machtposition „trägt ein solches imperialistisches Unterfangen dazu bei, die innenpolitische Machtposition der wohlhabendsten Schichten in den Vereinigten Staaten abzusichern, innenpolitische Klassenauseinandersetzungen durch den Appell an nationalistische Gefühle zu umgehen und den neokonservativen Traum von Ruhe und Ordnung kraft einer gut organisierten herrschenden Klasse in den USA zu verwirklichen“ (Harvey 2004: 50).

Der Imperialismusbegriff hat zweifellos unterschiedliche Bedeutungen und wechselvolle Konjunkturen (Deppe u.a. 2004, Hirsch 2004). Im Prinzip stehen sich aus der kritisch marxistischen Perspektive grundsätzlich zwei Deutungen gegenüber. Auf der einen Seite wird das imperialistische Zeitalter in den Strukturwandel des kapitalistischen Weltsystems im Übergang vom 19. zum 20. Jahrhundert eingeordnet. Hobsbawm (1987: 98) fasst zusammen: „Alle Erklärungsversuche, die den Imperialismus von den besonderen Entwicklungen des Kapitalismus im späten 19. Jahrhundert trennen wollen, müssen als – freilich vielfach gelehrte und zuweilen auch scharfsinnige – Übungen in Ideologie betrachtet werden.“ Den anderen Pol der Debatte bildet die Position von Rosa Luxemburg, die den Übergang zu einer aggressiv-militärischen Außenpolitik aus der Akkumulationslogik des Kapitals ableiten will. „Dass die Erklärung der ökonomischen Wurzel des Imperialismus speziell aus den Gesetzen der Kapitalakkumulation abgeleitet und mit ihnen in Einklang gebracht werden muss, unterliegt keinem Zweifel, da der Imperialismus im ganzen schon nach empirischer Wahrnehmung nichts anderes als eine spezifische Methode der Akkumulation ist.“ (Luxemburg 1975: 431) Die Debatte um diese Konzeptionen kann hier nicht aufgegriffen werden. Meine Interpretation geht von der zentralen These aus, dass der kapitalistische Weltmarkt die abschließende Totalität des kapitalistischen Systems bildet, in der sich zugleich alle Widersprüche entwickeln, die andererseits die Voraussetzung des Ganzen und seiner Träger bildet. Die Krisen bilden die Triebkräfte für allgemeine wie konkrete geschichtliche Veränderungen der geschichtlichen Gestalt des Kapitalismus. Das Umschlagen des normalen Gangs der Akkumulation des Kapitals – Aneignung durch Tausch und ohne offene Gewalt – in gewaltsame Aneignung von Mehrarbeit und vorhandenem Eigentum aus der Logik des Kapitals im allgemeinen begründen zu wollen, stellt eine massive Verkürzung dar.

Zu klären ist in diesem Zusammenhang daher, welche gesellschaftlichen Gründe die Veränderungen der strategischen, geopolitischen Konzeption der USA ausgelöst haben. Hinter diesem Problem steckt eine folgenreiche Auseinandersetzung über die weitere Entwicklung: „Viele betrachten die USA als ökonomisch, militärisch und kulturell dominante Weltmacht. Andere argumentieren, der relative Niedergang us-ökonomischer Stärke und die weltweite Opposition gegen die Okkupation des Irak deuten auf eine wachsende Konkurrenz zwischen den Blöcken EU, USA und

Ostasien.“ (Harris 2004: 656) Es geht nicht nur um die Einschätzung des Potenzials der US-Gesellschaft, sondern auch darum, welche Konsequenzen die These von einer stabilen Hegemonialmacht oder deren ökonomisch-politischem Niedergang für das transatlantische Bündnis zwischen Amerika und Europa hat und welche Schlussfolgerungen sich für die sozialistische Linke – vor allem in Europa – daraus ergeben.

2. Krise im transatlantischen Bündnis

Es besteht weitgehend Konsens darüber, dass die US-Außenpolitik sich zu Beginn des 21. Jahrhunderts weitaus stärker auf Zwang als auf Konsens stützt, mehr auf Unilateralismus als auf Multilateralismus und auf militärische Operationen als auf ökonomische Macht und politische Diplomatie. Strittig wird beurteilt, wodurch diese Veränderung verursacht wurde und ob die These von einem neuen Imperialismus begründet ist. Vor diesem Hintergrund eines Strategiewechsels der Hegemonialmacht USA wurde schließlich die im Zusammenhang des Irak-Krieges aufgetretene Spaltung in Europa eingeordnet. Der seit längerem schwelende Streit zwischen Vertretern einer Konzeption des „Kerneuropa“ oder einem Europa mit variabler Geometrie (vgl. dazu Ersil 2004) gewann durch den Konflikt mit den USA neue Aktualität: „Wird von Kerneuropa gesprochen, so ist in der Regel eine Union mit einem machtpolitischen Zentrum von Mitgliedsstaaten im Blick, die sich um das deutsch-französische Tandem scharen.“ (Ersil 2004: 346). Es geht bei dieser Konstruktion um Integrationsprozesse und Machtverhältnisse in der EU, aber auch um die EU als Militärmacht, als Akteur in der internationalen Politik und somit um die Ausgestaltung des transatlantischen Verhältnisses. „Frankreich und Deutschland engagieren sich seit langem für eine autonome Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit der EU im Bereich der Sicherheit und Verteidigung.“ (ebd.: 351) Im Zusammenhang mit der Entscheidung der USA für einen Angriffskrieg auf den Irak ist die Spaltung in Europa, aber auch die Krise des transatlantischen Verhältnisses schlagartig deutlich geworden.

Die Veränderungen in den transatlantischen Beziehungen gehen nicht nur auf die Tendenzen in Europa in Richtung auf eine autonomere Rolle in der internationalen Politik zurück, sondern haben auch mit Veränderungen der US-Politik und der amerikanischen Weltordnung zu tun. Das amerikanisch-europäische Bündnis befindet sich in Erosion, zum Teil aufgrund verschärfter Handelskonflikte und wachsender Konkurrenz der nationalen Kapitale, zum Teil über die Führungsrolle der USA im Umgang mit Sicherheitsfragen. Eine ganze Reihe von neokonservativen Politikern und Politikberatern in den USA fordert in diesem Sinne eine grundlegende Korrektur im transatlantischen Bündnis.

Die welthistorische Zäsur

Unter den Bedingungen der Systemkonfrontation verhielten sich die USA von Mitte der 1940er-Jahre bis 1990 als „gütige Hegemonialmacht“. „Dank seiner wirtschaftlichen, militärischen und ideologischen Ressourcen besaß Amerika alle Merkmale einer Weltmacht.“ (Todd 2003: 30) Mit der Transformation der früheren staatssozialistischen Gesellschaften veränderte sich die bis dahin geltende Hegemonialstruktur. „Wenn das Ende des Kalten Krieges eine Epoche eingeleitet hätte, in der wirtschaftliche Macht eine größere Rolle gespielt hätte als militärische Macht, wie es viele in Europa und den Vereinigten Staaten erwartet hatten, dann hätte die Europäische Union tatsächlich genau so viel Einfluss auf die Weltordnung genommen wie die USA. Aber das Ende des Kalten Krieges hat die Bedeutung militärischer Macht nicht verringert, und die Europäer mussten feststellen, dass wirtschaftliche Macht nicht unbedingt gleichbedeutend war mit strategischer und geopolitischer Macht.“ (Kagan 2003: 26)

In den 1990er-Jahre ändert sich die Hegemonialstruktur der Weltordnung erneut – die USA gehen mehr und mehr zu unilateralen politisch-militärischen Operationen über, das Verhältnis der Hegemonialmacht zu Europa wird konfliktreicher. Dies ist zunächst nicht die Folge einer Veränderung von gesellschaftlich-politisch Kräftenverhältnissen in den USA selbst.

Schon unter der Clinton-Administration zeichnet sich diese Veränderung im Charakter der Hegemonialmacht ab mit entsprechenden Auswirkungen auf das Gefüge der transatlantischen Beziehungen.

- Clinton setzt sich mit Blick auf die Konflikte auf dem Balkan für einen assertiven, d.h. durchsetzungsstarken Multilateralismus ein.
- „Es war 1998, unter Clinton, als der damalige französische Außenminister Hubert Vedrine den sprechenden Ausdruck *hyper puissance* prägte, um das Hyperaktive und Antisoziale im Handeln der Supermacht hervor zu heben. Die Tendenz, die zu einem neuen Imperialismus führen sollte, war da.“ (Mann 2003: 19)
- Nicht zuletzt die Erfolge der strategischen Konzeption „Wandel durch Annäherung“ (KSZE etc.) hat die europäischen Länder überwiegend darin bestärkt, diese Konzeption weiter zu verfolgen. „Die strategische Kultur Europas zeichnet die Betonung von Verhandlungslösungen ebenso aus wie die Diplomatie und Handelsbeziehungen, der Vorrang des Völkerrechts vor Gewaltanwendung, das Überzeugen vor Zwang und Multilateralismus vor Unilateralismus.“ (Kagan 2003: 66) Der insgesamt widersprüchliche Ausbau des inter-

nationalen Rechts und entsprechenden Institutionen ist vor dem Hintergrund der realen Vernetzung der nationalen Ökonomien einzuordnen.

- Es geht aber nicht nur um geopolitische Optionen vor dem Hintergrund verschiedener Kulturen. Die wirtschaftliche Kooperation zwischen den großen Kapitalgesellschaften in den USA und Europa entwickelte sich nach dem Systemzusammenbruch in den 1990er-Jahren hervorragend, was sowohl die Verflechtung der Investitionen als auch die Kapitalerträge zeigen (vgl. dazu Quinlan 2003). Allerdings ist diese Wachstumsperiode offenkundig erschöpft und der Schwerpunkt der Kapitalinvestitionen verlagert sich nach Asien. Die wachsenden ökonomisch-finanziellen Konflikte werden durch die Verlagerung der US-Truppenkontingente aus Europa zusätzlich belastet.

Resultat dieser Veränderungen nach dem Ende der Systemkonfrontation und des Kalten Krieges: Es wird eine neue Gestalt der amerikanischen Weltordnung entwickelt. „Das ordnungspolitische Interregnum der Welt ist vorüber. Es hat – fast auf den Tag genau – zehn Jahre gedauert...Die Chance ist vertan worden. An die Stelle der Vereinten Nationen setzten sich alsbald die Vereinigten Staaten, denen es nicht um kollektive Sicherheit, sondern um präventive Verteidigung geht.“ (Czempiel 2002) Mehr als ein Jahrzehnt nach der Auflösung der Systemkonfrontation ist festzuhalten, dass wir uns am Beginn des neuen Zeitalters in einer welthistorischen Krise befinden.

Der Strategiewechsel in der US-Politik

Mit dem Hegemoniewechsel in den USA zu den Republikanern und der Administration Bush jr. erfährt der Übergang zu einer unilateralen, imperialen Weltmachtspolitik eine weitere Zuspitzung – eine Tendenz, die nach dem 11. September 2001 anhält. Diese Qualität der imperialen Politik der Weltmacht hat jetzt entscheidend mit einer Verschiebung des gesellschaftlich-politischen Kräfteverhältnisses in den USA zu tun. Die politische Elite unter dem Präsidenten Bush geht offen zur imperialen Politik über. „Man sollte sich erinnern, dass der zentrale Faktor in der amerikanischen Politik der ist, dass bei Präsidentschaftswahlen nur die Hälfte der Bevölkerung wählt, und bei den Zwischenwahlen zum Repräsentantenhaus und zum Senat der Prozentsatz nur bei knapp 40 Prozent liegt. Dadurch wird die Bedeutung einzelner Segmente in der Wählerschaft sowie auch das Gewicht jener Gebildeten und Wohlhabenderen größer, die wählen (...) In der Zeit der reformistischen Demokratischen Partei, von Franklin Roosevelt bis Lyndon Johnson, organisierten die Gewerkschaften ein Drittel der Arbeitskräfte, und diese handelten quasi als Treuhänder einer Gesamtbevölkerung, die sich ansonsten völlig in den Händen eines organisierten Kapitals befunden hätten.“ (Birnbäum

2002: 282) Am Ende des 20. Jahrhunderts ist der Organisationsgrad der Gewerkschaften auf zirka 13% abgesunken und die Funktion der Bündelung von entsprechenden Willensverhältnissen fällt den Gewerkschaften erheblich schwerer. Folglich ist das innergesellschaftliche Kräfteverhältnis in den USA weitaus stärker als früher abhängig von vorherrschenden Trends innerhalb der wirtschaftlichen Elite. Schon unter Clinton hat ein massiver Terraingewinn der stark rechtskonservativ geprägten Republikaner eingesetzt. Mit Präsident Bush ist diese rechtskonservative Politik sowohl innen- wie außenpolitisch voll zum Tragen gekommen. Dies schloss in der Konsequenz das Abrücken von der Konzeption der kollektiven Sicherheit und den Übergang zu einer präventiven Angriffspolitik ein. Die Missachtung der internationalen Organisationen und der modernen Strukturen des Völkerrechtes provozierte in letzter Konsequenz eine Spaltung in der EU. Damit war die bisherige Sicherheitskonzeption für die EU, aber auch das transatlantische Bündnis, in Frage gestellt. Und wie reagieren die Europäer?

Erosion und Rekonstruktion der transatlantischen Beziehung

In Absprache mit Frankreich hatte sich die rot-grüne Bundesregierung durch Außenminister Fischer im Mai 2000 auf die Konzeption einer Föderation europäischer Kernstaaten festgelegt, was zu wachsenden Spannungen mit der Administration des US-Präsidenten Bush jr. und einer Erosion im transatlantischen Verhältnis führte. Nachdem sich die Gründe für den Angriffskrieg gegen den Irak mehr und mehr in Fehlinformationen und Lügen auflösen, macht ein erneuter Kurswechsel der deutschen Außenpolitik Schlagzeilen. Der SPD-Politiker Glotz bemüht als Vergleich den von dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Wehner im Jahr 1960 eingeleiteten Wechsel auf eine Westorientierung, d.h. die Anerkennung der US-Hegemonie. „Das neue Konzept kommt als Begründung der beabsichtigten (und von den Amerikanern ultimativ verlangten) Aufnahme der Türkei in die EU daher. Es ist aber mehr: ein Abschied von der Idee der Selbstbehauptung Europas, der Verzicht auf ein Europa der engen, irreversiblen Verzahnung und ein eiskalter Wasserguss für Deutschlands wichtigsten Bündnispartner Frankreich.“ (Glotz 2004)

Außenminister Fischer hat – in bewusster Korrektur seiner Positionsbestimmung zu einer Politik des Kerneuropas vom Mai 2000 – für eine Korrektur der strategischen Konzeption Europas plädiert. Es geht dabei auch um „eine Chance für eine erneuerte transatlantische Partnerschaft für das 21. Jahrhundert.“ (Fischer 2004) Das Projekt einer neuen europäischen Ordnung soll mit einer Erneuerung der transatlantischen Allianz unter den Bedingungen des 21. Jahrhunderts verknüpft werden. „Ich meine nicht Rekonstruktion in dem Sinne, dass da etwas zusammengebrochen ist. Wir müssen nichts völlig Neues aufbauen, sondern eine Dynamik nutzen, die im europäischen Eini-

gungsprozess und in der positiven Gestaltung der Globalisierung liegt.“ (Fischer 2004) Verallgemeinernd kann für die politischen Klassen von „old europe“ gesagt werden, dass sie im Wissen über die Chancen eines gestärkten Europas an einer ökonomischen, militärischen und politischen Weiterentwicklung der transatlantischen Partnerschaft festhalten wollen. Es geht m. E. nicht um Rivalitäten unter den kapitalistischen Hegemonialmächten, sondern um die Neuerfindung des transatlantischen Bündnisses mit seiner asymmetrischen Machtstruktur, d.h. der Aufrechterhaltung der Führungsrolle der USA. Die ökonomischen Widersprüche und politischen Krisen in der Peripherie des Weltsystems zwingen zu Anpassungen und Veränderungen.

3. Die neue europäische Ordnung

Fischer (2004) unterscheidet drei Dimensionen des europäischen Einigungsprozesses:

- „Die Überwindung der deutsch-französischen Feindschaft durch die Integration war der Inhalt der historischen Dimension...Der deutsch-französische Motor und die Annäherung unserer Staaten bleiben von zentraler Bedeutung.“ (Fischer 2004)
- Die pragmatische Dimension zielt auf die Integration der ökonomischen Interessen, die mit dem Beitritt von acht mittel- und osteuropäischen Staaten sowie Malta und Zypern Europa ein völlig neues Gesicht verleihen wird.
- Die strategische Dimension soll Europa ein größeres Gewicht bei der positiven Gestaltung der Globalisierung geben, folglich die NATO in ein Instrument zur Gestaltung des 21. Jahrhunderts transformieren und eine Erneuerung des Bündnisses zwischen Europa und Amerika begründen. Das Bewusstsein von einer veränderten strategischen Konstellation in Europa sei –so der Außenminister – die Bedingung für ein Abrücken der USA von einer eher unilateral geprägten Weltmachtpolitik. „Jetzt dämmert auch jenseits des Atlantiks die Erkenntnis, dass ein stärkeres Europa gut für Amerika ist. Die Rekonstruktion des Westens ist für eine positive Gestaltung der Globalisierung und die Überwindung der Gefahr des neuen Terrorismus von entscheidender Bedeutung.“(Fischer 2004)

Die Polemik von Glotz, es handele sich um einen Abschied von der Selbstbehauptung Europas, um eine Kombination von europäischer Freihandelszone und geopolitischer Brückenfunktion, geht an dem Konfliktpotential vorbei. Auch Goulard (2004) interpretiert die Wende in der Außenpolitik oberflächlich als Verzicht auf Kerneuropa: „Das Projekt von Fischer, auf eine europäische Avant-

garde zu verzichten, könnte das Ende der EU bedeuten (und eher zur Destabilisierung der Welt beitragen)...Deutsche und Franzosen (sollten) aber weiter der Motor der Integration sein.“ Nicht der Verzicht auf Kerneuropa ist das zentrale Problem, sondern: Wie kann Europa sein ökonomisches Potential erneuern? Sicherlich müsste ein Prozess der grundlegenden Erneuerung ökonomisch-sozialer Strukturen von den großen Ländern der EU getragen werden. Solange der hegemoniale Trend in Europa – gleich welche Fraktion der politischen Klasse regiert – auf eine Umsetzung einer neoliberalen Gesellschaftskonzeption hinausläuft, werden sich die ökonomischen Struktur- und Konjunkturprobleme verschärfen, die Polarisierung in den Verteilungsverhältnissen anhalten und die sozialen Spannungen zunehmen.

Angesichts dieser massiven ökonomischen und sozialen Verwerfungen wird die Erweiterung der EU zu einer kaum lösbaren Herausforderung. Weder die rot-grüne Regierungskoalition in Deutschland noch das konservative bürgerlicher Lager in Frankreich hat eine realistische Konzeption zur Bewältigung der ökonomischen Probleme und einer sozialverträglichen Gestaltung des europäischen Sozialmodells. Zugleich sehen sich die politischen Klassen in Frankreich und Deutschland mit einer Krise des transatlantischen Bündnisses konfrontiert, die sicher nicht wegzudefinieren ist. Zurecht konstatiert Bütikofer: „Weil wir eine multilaterale Zukunft gestalten wollen, dürfen wir nicht zulassen, dass die Risse im transatlantischen Bündnis sich zu einem Bruch entwickeln. Dies hätte nämlich entweder eine Abgrenzung Europas zur Folge oder eine Zersplitterung Europas zwischen einigen, die sich dann für Washington entscheiden, und den anderen. In keinem Fall wäre es ein Schritt in Richtung multilateraler Politik.“ (Bütikofer 2004: 2)

Es handelt sich nicht um eine Wende in der europäischen Außenpolitik, sondern um eine Konsequenz aus dem Ziel eines effektiven Multilateralismus für das transatlantische Bündnis. Die veränderte Strategiekonzeption basiert darauf, die ost- und südosteuropäischen Staaten auf den europäischen Wirtschaftsraum zu orientieren und so eine Zone der Stabilität zu generieren. Bestandteil dieser Konzeption ist auch die europäische Einbindung der Türkei, was nicht nur innerhalb der deutschen politischen Klasse sehr umstritten ist. „Die Türkei hat die strategische Bedeutung einer Brücke, und zwar auch im neuen Kontext des Staatensystems in einer Konfliktstruktur im 21. Jahrhundert (...) Die Frage der Verbindung von Islam und Demokratie, von Islam und moderner Gesellschaft, das ist die Kernfrage der neuen strategischen Bedrohung.“ (Fischer 2004) Die Türkei als Brücke zu definieren heißt schließlich, dass es bei dieser Konzeption – in Ergänzung zur US-Politik – um eine europäische Initiative zur Modernisierung und Demokratisierung des Nahen und Mittleren Ostens (Greater Middle East) geht. In Kooperation mit dem US-Potential – und dies macht die neue transatlantische Partnerschaft aus – soll der gesamte Raum des Greater Middle East

über ökonomische Entwicklung, Demokratisierung der Zivilgesellschaft und „Nationbuilding“ in eine Zone der Stabilität zum Nutzen der kapitalistischen Hauptländer transformiert werden.

Die Kritik trifft die neuralgische Stelle der Gesamtkonzeption der europäischen Außenpolitik, wo sie auf den Widerspruch zwischen ökonomischer Integration und politischer Zielvorstellung abhebt. Schon jetzt ist das integrierte Europa kaum in der Lage eine sozialverträgliche Modernisierung und eine Zukunftssicherung des europäischen Sozialmodells zu organisieren. Die Engagements auf dem Balkan zeigen mehr und mehr den Charakter von „Protektoraten“, denn eine ökonomische Entwicklung der einheimischen Potentiale und eine Entfaltung von zivilgesellschaftlichen Potentialen findet nicht statt. Auch die politische Konzeption einer Integration der Türkei hängt vollständig in der Luft, weil hauptsächlich über die Frage der Koexistenz von Christentum und Islam gestritten wird und die Anforderungen für eine Transformation der Türkei in eine entwickelte kapitalistisch geprägte Gesellschaft völlig ausgeblendet bleiben. Solange die Europäer die Aufgabe der Erneuerung ihres Ökonomie- und Sozialmodells nicht lösen, solange muss eine Integration der Türkei eine symbolische Operation bleiben. „Nein, ein um die Türkei erweitertes Europa mit mehr als 600 Millionen Einwohnern, das weder handlungsfähig ist noch seine äußeren Grenzen kennt, bietet keinen Schutz gegen die Gefahren dieser Welt. Es verlöre seine innere Kraft, nämlich den Rückhalt seiner Bürger. Statt Stabilität zu exportieren, würde Europa Unsicherheit importieren.“ (Goulard 2004)

Man muss nicht die Bewertung von Glotz teilen, dass die Amerikaner ultimativ die Aufnahme der Türkei in die EU verlangen. Es geht nicht um die Unterwerfung unter ein Ultimatum, sondern in der Tat könnte eine Erneuerung des transatlantischen Bündnisses über die Integration der Türkei zustande kommen. Allerdings wäre mit der Einbindung der Türkei nur dann etwas gewonnen, wenn die unterliegenden sozio-ökonomischen Probleme gelöst werden könnten. Eine solche Zielvorstellung ist angesichts der durch Überakkumulation und ökonomische Wachstumsprobleme geprägten Europäischen Union kaum einlösbar, zumal mit der Erweiterung diese inneren Widersprüche anwachsen werden. Auch abgesehen von der Bewertung der ökonomischen Strukturprobleme ist zudem eine Beitrittspolitik gegenüber der Türkei aus ideologisch-religiösen Gründen innerhalb der politischen Klassen Europas massiv umstritten. Ein Großteil der Politiker des bürgerlichen Lagers in Deutschland, aber auch einflussreiche Strömungen in der französischen Mehrheitspartei UMP lehnen einen Beitritt der Türkei ab und bieten stattdessen eine „privilegierte Partnerschaft“ an, was freilich auch mit erheblichen ökonomisch-finanziellen Belastungen verbunden wäre.

Die strategische Konzeption der politischen Führungen Deutschlands und Frankreichs ist fragwürdig, weil sie eine positive Gestaltung der Globalisierung versuchen, ohne die eigentlichen

Strukturprobleme der kapitalistischen Ökonomie überhaupt zur Kenntnis zu nehmen. Umgekehrt könnte ein Bruch mit der neoliberalen Gesellschaftspolitik in Europa eine positive, d.h. alternative Globalisierungsgestaltung eröffnen. Eine grundlegende Erneuerung der europäischen Ökonomien wäre eingebettet in eine kooperative Entwicklungspolitik und einen Umbau der internationalen Weltmarktinstitutionen (IMF, Weltbank, WTO etc.) Die neoliberale Gestaltungsoption beschädigt nicht nur die Ökonomie in Europa und zerstört dessen soziale Strukturen und Institutionen, sie trägt außerdem zur Instabilität der internationalen politischen Kräfteverhältnisse bei.

Gleichermaßen abgehoben von den ökonomischen Potentialen ist auch die strategische Konzeption der Weltmacht USA, die mit dem Übergang zu einer unilateralen Außenpolitik ihre ökonomischen Probleme tendenziell verschärfen und nicht lösen. „Die USA sind zwar aufgrund ihrer schier unermesslichen ökonomischen Größe das Zentrum des globalen Kapitalismus“; wegen der ökonomischen Widersprüche können „die USA ihre ökonomisch dominante Stellung aber nur durch Kooperation mit anderen Mächten halten.. Sowohl die Stabilisierung ihres informellen Imperialismus als auch das notwendige weltwirtschaftliche Krisenmanagement ist ohne Mitwirkung der subordinierten, aber dennoch ökonomisch gewichtigen Staaten und Staatenblöcke, also insbesondere Europas und Japans, unmöglich. Dafür, dass diese Kooperation stattfindet, bietet die Internationalisierung des Kapitals und die Dominanz der inneren Bourgeoisien in den einzelstaatlichen Machtblöcken eine wichtige Voraussetzung. Zwischenstaatliche Rivalitäten bleiben dennoch weiterhin wirksam, was heißt, dass die Struktur des bestehenden imperialistischen Systems durch ein komplexes Kooperations- und Konfliktverhältnis im Rahmen einer ›ungleichen Interdependenz‹ zwischen den kapitalistischen Metropolen gekennzeichnet ist.“ (Hirsch 2004: 686f)

4. Ausblick

Die USA haben seit den 1970er Jahren und vor allem in dem letzten Jahrzehnt an Wirtschaftskraft verloren. Die Politik von Clinton und Bush muss auch unter dem Aspekt einer grundlegenden Überwindung der strukturellen Defizite der US-Ökonomie gesehen werden. Dieser Versuch der Überwindung der strukturellen Probleme ist in dem Boom der New Economy und der nachfolgenden Krise gescheitert. Insofern wird das American Empire von vielen Autoren als militärischer Riese und ökonomischer Trittbrettfahrer oder gar räuberischer Staat (Mann, Todd) aufgefasst. Die Vorstellung, die USA sichern sich durch präventive „Verteidigung“ sowohl die strategischen Rohstoffressourcen als auch die für eine Hegemonie einer Weltmacht entscheidenden geostrategischen Positionen, ist durch die absehbaren Ergebnisse der Besatzungspolitik eher widerlegt worden. Die

USA sind trotz massivem Militärpotential nicht in der Lage, die Sicherheit in Afghanistan und dem Irak zu garantieren. Außerdem zeigt sich immer deutlicher, dass die Rekonstruktion der Ökonomie und der zivilgesellschaftliche Prozess der „Nationbuilding“ die Weltmacht konzeptionell und materiell überfordern. Zudem hat die Begründung für den Angriffskrieg (Existenz von Massenvernichtungswaffen, Bedrohung der Weltfriedens) einer ernsthaften Prüfung nicht Stand gehalten, was sich letztlich in einem erheblichen Vertrauensverlust der an der militärischen Intervention beteiligten Staaten niederschlägt.

Zusammenfassend kann die Argumentation in folgenden Thesen gebündelt werden

1. Die USA betreiben nicht in dem Sinne eine imperialistische Politik, dass sie von der Kapitalakkumulation zu einer Politik der gewaltsamen Aneignung gezwungen werden. „Kapitalistische Gesellschaftsformationen, die sich häufig zu besonderen territorialen oder regionalen Konstellationen anordnen und normalerweise von einem hegemonialen Zentrum dominiert werden, haben sich – auf der Suche nach ›raum-zeitlichen‹ Bindungen – für ihre Überakkumulationsprobleme seit langem quasi-imperialistischer Praktiken bedient.“ (Harvey 2004b: 198) Quasi-imperialistisch heißt, dass eine solche Politik nicht durch die Kapitalakkumulation determiniert ist, sondern politischen Kräftefeldern folgt, was keineswegs impliziert, dass durch „quasi-imperialistische Aktionen“ insgesamt eine Bereicherung der wirtschaftlichen Elite oder eine Optimierung der Verwertungskonstellation auch nur von Teilen des US-Kapitals zwangsläufig dabei herauskommt. Sowie der bürgerliche Staat nicht in einen Ausschuss der Kapitalistenklasse reduziert werden kann, schafft das Übergreifen der bürgerlichen Gesellschaften über die Nationalstaaten auf dem Weltmarkt eine eigenständige Widerspruchskonstellation.

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts sind die USA im System der kapitalistischen Globalökonomie die Hegemonialmacht, können daher ihre Interessen entsprechend durchsetzen; aber dies heißt nicht zwangsläufig einen dauerhaften Übergang auf die präventive Sicherheitskonzeption einer „hyper puissance“. „Die USA sind freilich auch nicht imperialistisch im klassischen Sinne der direkten und gewaltsamen Eroberung von Ländern und Regimes, um diese unter ihre Souveränität zu stellen. Eine in diesem Sinne offen imperialistische Politik ist im Zeitalter der weit fortgeschrittenen netzwerkartigen Globalisierung auch weder möglich noch nötig. Wesentliche Funktionen der imperialistischen Herrschaft, nämlich Absicherung nationaler Sonderinteressen zu Lasten anderer Nationen, lassen sich heute auch ohne klassisch-imperialistische Methoden und Instrumente erreichen. Zutreffend ist, die USA als neoimperialistischen Staat zu charakterisieren, der im Begriff ist, eine unilaterale

Weltordnung zu etablieren, in der er eine absolute Weltherrschaft für sich beansprucht.“(Massarrat 2003: 17) Es ist also erhebliche Skepsis gegenüber der Argumentation angebracht, in der aus der neoliberalen Globalisierung auf einen zwangläufigen Übergang zu imperialistischer Politik und einer Tendenz zu kriegerischen Aneignungsoperationen von Rohstoffen und geopolitischen Einflussphären geschlossen wird. In der Konsequenz dieser Argumentation von quasi-imperialistischer Politik kann man durchaus fragen, ob der Begriff des „neuen Imperialismus“ von den theoretisch-historischen Fehldeutungen befreit werden kann und daher bei der Analyse der Hegemonialstrukturen auf dem Weltmarkt auf diesen Begriff besser verzichtet werden sollte.

2. Wenn die Veränderung des American Empire als unilateralistisch und in dem Sinne imperialistisch gefasst wird, gilt auch: „Das Heraufziehen des neuen Imperialismus geht daher nicht auf eine aggressive Aufwallung in der US-Bevölkerung zurück.“ (Mann 2003: 20) Wohl aber ist in der wirtschaftlichen und politischen Elite der USA eine Politikkonzeption vorherrschend geworden, die in der aggressiven ökonomischen Interessenvertretung und der unilateralen Durchsetzung von Weltmachtinteressen eine tragfähige Perspektive sieht. Über ein transatlantisches Bündnis mit der us-amerikanischen Linken kann eine Veränderung des innergesellschaftlichen Kräfteverhältnisses befördert werden in Richtung auf Wiederherstellung des Multilateralismus und kollektiver Sicherheitssysteme. Unter dem Präsidenten Bush jr. erreicht das Militärbudget durch die Installierung eines Raketenabwehrsystems und – infolge des Terroranschlages vom 11. September 2001 – der Verstärkung des innergesellschaftlichen Abwehrsystems erneute Höchstmarken wie zu den vergangenen Zeiten des Rüstungswettlaufes. Gerade unter der neuen Aufrüstungswelle gilt – trotz aller kurzfristigen ökonomischen Wachstumsimpulse – das Argument: „Dass die Vereinigten Staaten ›zum Führen verurteilt sind‹, (lastet) dem Land große Bürden auf, zieht Ressourcen von den heimischen Bedürfnissen ab und entfernt die Demokratie immer weiter von ihren ursprünglichen Prinzipien.“ (Kennedy 1996: 372)
3. Eine Reihe Sozial- und Wirtschaftswissenschaftler haben seit langem Zweifel an der These von der überlegenen wirtschaftlichen Dynamik der US-Ökonomie. Das zentrale Argument ist, dass die USA in den 1980er Jahren zum „Consumer of last Resort“ in der Globalökonomie aufgerückt sind. Die US-Gesellschaft konsumiert bei weitem mehr als sie produziert und da die gesamtgesellschaftlich Sparquote sich nahe dem Nullpunkt bewegt, ist die Supermacht auf Kapitalzuflüsse auf dem Ausland angewiesen. Diese Funktion der Globalsteuerung wird von den anderen hochentwickelten kapitalistischen Gesellschaften gerne angenommen, da so bislang die USA als Konjunkturlokomotive funktionierten, für sie freilich

um den Preis einer wachsenden Nettoverschuldung gegenüber den anderen Metropolen. Zur Zeit sind die USA börsentäglich auf einen Kapitalimport von 2,5 Mrd. \$ angewiesen, um die aufgelaufenen Auslandsschulden und das aktuelle Leistungsbilanzdefizit finanzieren zu können.

Auf der anderen Seite kann dieser Nettokapitalfluss in die USA nicht als moderne Tributzahlung interpretiert werden. Die wirtschaftlichen Eliten nicht nur der hochentwickelten kapitalistischen Ländern haben viel Geld für die von den USA entwickelte militärische Sicherheit ausgegeben und nutzten den us-amerikanischen Finanzmarkt als Fluchthafen für ihr Anlage suchendes Kapital. Die imperiale Umwandlung der US-Ökonomie hat zur Folge, „dass aus den obersten Schichten der amerikanischen Gesellschaft die obersten Schichten einer imperialen Weltgesellschaft...werden.“ (Todd 2003:99). Oder besser: dass sich mindestens zeitweilig eine Interessenübereinstimmung der wirtschaftlichen Elite mit einem Großteil der Oberschichten der anderen kapitalistischen Metropolen sowie von einem Großteil der Staaten der Peripherie des Weltsystems herausbildet. Es wäre allerdings leichtfertig, diese Konstellation in die Zukunft verlängern zu wollen. Die Tendenz zur sozialen Polarisierung in den USA ist in der nationalen Gesellschaft mit der Akkumulation eines beträchtlichen Sprengpotenzials verbunden, auch wenn sich dies auf dem politischen Feld oder bei Wahlen kaum zeigt. Gleichermäßen ist die Allianz der kapitalistischen Metropolen unter der Hegemonialmacht USA keineswegs dabei, die massiven Widersprüche auf dem Weltmarkt aufheben zu können. Insofern gilt für die Betrachtung von Strukturen des Nationalkapitals und der Asymmetrie auf dem Weltmarkt immer noch die Marxsche Kritik an der von Carey vorgelegten Analyse der damaligen Hegemonialmacht England: Die Harmonie der bürgerlichen Produktionsverhältnisse schlägt bei ihm um in die vollendeteste Disharmonie dieser Verhältnisse, wo sie auf dem großartigsten Terrain, dem Weltmarkt, in der großartigsten Entwicklung, als die Verhältnisse produzierender Nationen, auftreten. „Alle Verhältnisse, die ihm innerhalb bestimmter Landesgrenzen...harmonisch erscheinen – Konzentration des Kapitals, Teilung der Arbeit, Salariat etc. – erscheinen ihm als disharmonisch, wo sie in ihrer entwickelten Form – in ihrer Weltmarktsform – auftreten, als die innern Verhältnisse, die die englische Herrschaft auf dem Weltmarkt produzieren, und die als destruktive Wirkungen, die Folge dieser Herrschaft sind.“ (Marx 1956: 846)

4. „In den jüngsten Spannungen zwischen Europa und den USA geht es um die Rolle des amerikanischen Staates; denn dieser handelt im partikularen Interesse des amerikanischen Kapitals und nicht im Interesse des globalen Kapitals. Die nationalen Interessen werden nur allzu oft chauvinistisch definiert und geraten so in Gegensatz zu den weiteren neo- imperialen

Interessen...Da inzwischen die universalen, globalen Regeln bestimmend geworden sind, muss der amerikanische Staat flexibel genug sein, um seine Hegemonie und die des US-Kapitals innerhalb dieser Regeln zu reproduzieren.“ (Panitch, Gindin 2003: 139) Der Übergang zu einer aggressiven Hegemonialpolitik und der europäische Versuch der Rekonstruktion einer transatlantischen Allianz der kapitalistischen Hauptländer ist m. E. vor dem Hintergrund einer labilen ökonomischen Substanz der Hegemonialmacht und der erheblich mit sozialen Spannungen belasteten Sozialmodelle Europas zu sehen. Es macht Sinn, die Zurückdrängung der unilateralen Sicherheitskonzeption der Hegemonialmacht zu unterstützen. Auf mittlere Sicht kann allerdings die Herrschaft des internationalen Völkerrechts und der kooperativen Koexistenz verschiedener Gesellschaftssysteme und Staaten nur gewährleistet werden, wenn die ökonomischen Brüche und Verwerfungen in den einzelnen Ländern wie in der Globalökonomie aufgehoben werden.

Literatur

- Birnbaum, N. (2002): Politik nach der Entpolisierung? Die USA Anfang 2002., in GMH4 – 5, 2002
- Bischoff, J. (2002): Vom Imperialismus zur Weltunordnung (Empire), in: Supplement der Zeitschrift Sozialismus, 10.2002
- Brenner, R. (2004): Neuer Boom oder neue Bubble?, in: Supplement der Zeitschrift Sozialismus 4, 2004
- Bütikofer, R. (2004): Europäische Außenpolitik und die Grünen, In, Kommune 2,2004
- Czempiel, E.O (2002): Die amerikanische Weltordnung, In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bonn B 48,2002
- Deppe, F. u.a. (2004): Der neue Imperialismus, Heilbronn
- Ersil, W. (2004): Kerneuropa: Drohungen und Tendenzen, In: Utopie kreativ 162, April 2004
- Fischer, J (2004): Die Rekonstruktion des Westens, in FAZ vom 6.3.2004
- Glötz, Peter, (2004): Fischer macht den Wehner, in: SZ 5.3.2004
- Goulard, S. (2004). Zweifel an Fischers Europawende, in SZ 7.4.2004
- Hardt, M. und Negri, A. (2002): Empire, die neue Weltordnung, Frankfurt

- Hardt, M. und Negri, A. (2004): *Multitude, Krieg und Demokratie im Empire*, Frankfurt
- Harris, J. (2004): *Dialektik der Globalisierung*, in : *Das Argument* 257, 2004, Heft 5
- Harvey, D. (2004a): *Von der Globalisierung zum Neuen Imperialismus*, in: *Supplement der Zeitschrift Sozialismus*, 3, 2004
- Harvey, D. (2004b): *Die Geographie des „neuen“ Imperialismus: Akkumulation durch Enteignung*, in: *Zeller Ch.: Die globale Enteignungsökonomie*, Münster
- Hirsch, J. (2004): *Was bedeutet Imperialismus heute?* in: *Das Argument* 257, 5, 2004
- Hirsch, Joachim (2004): *Was ist eigentlich Imperialismus?*, in: *links-netz*, <http://www.links-netz.de/archiv.html>
- Hobsbawm, E. (1987), *Das imperiale Zeitalter*, Frankfurt
- Kagan, R. (2003): *Macht und Ohnmacht, Amerika und Europa in der neuen Weltordnung*,
- Kennedy, P. (1996): *In Vorbereitung auf das 21. Jahrhundert*, Frankfurt
- Kößler, R. (2003): *Imperialismus und Globalisierung*, in: *PROKLA*, 33. Jg. Heft 4, 2003
- Luxemburg, R. (1975): *Die Akkumulation des Kapitals, eine Antikritik*, *Gesammelte Werke Bd. 5*
Berlin
- Mann, M. (2003): *Die Ohnmächtige Supermacht*, Frankfurt
- Massarrat, M. (2003): *Amerikas Weltordnung*, Hamburg
- Massarrat, M. (2004): *Amerikas Hegemonialsystem und seine Grenzen*, in: *Supplement der Zeitschrift Sozialismus Heft 3/2004*
- Nye, J. (2003): *Das Paradox der amerikanischen Macht*, Hamburg
- Pantich/Gindin (2003): *Euro-Kapitalismus und amerikanischer Imperialismus*, in: *Euro-Kapitalismus und globale politische Ökonomie*,
- Quinlan, J. (2003): *Drifting apart or Growing together? The Primacy of Transatlantic Economy*,
Washington
- Soros, G. (2004): *Die Vorherrschaft der USA – eine Seifenblase*
- Todd, E. (2003), *Weltmacht USA ein Nachruf*



AutorInnen

Otto Holman lehrt Internationale Beziehungen am Fachbereich für Politikwissenschaft an der University of Amsterdam. Sein Beitrag wurde von Stefan Schoppengerd aus dem Englischen übersetzt.

Hans-Jürgen Bieling ist Hochschuldozent am Institut für Politikwissenschaft an der Philipps-Universität Marburg.

Dieter Boris ist Professor für Soziologie an Philipps-Universität Marburg.

Joachim Bischoff ist Redakteur der Zeitschrift Sozialismus, Hamburg.

Frank Deppe ist Professor für Politikwissenschaft an der Philipps-Universität Marburg.

Ingo Malcher ist Politikwissenschaftler, arbeitet als Journalist in Buenos Aires, Argentinien.

Paul Schäfer ist Redakteur der Zeitschrift Wissenschaft und Frieden.

Ingo Schmidt ist Ökonom, lebt in Vancouver, Kanada.

Melanie Wehrheim ist Politikwissenschaftlerin, Marburg.

- Nr. 1:** Michael Felder, Forschungs- und Technologiepolitik zwischen Internationalisierung und Regionalisierung, (*September 1992*) UKB 20 DM (*vergriffen*)
- Nr. 2:** Hans-Jürgen Bieling, Nationalstaat und Migration im "Postfordismus" - Gewerkschaften vor der Zerreißprobe, (*September 1993*) UKB 25 DM (*vergriffen*)
- Nr. 3:** Eva Lavon, Das Nordamerikanische Freihandelsabkommen (NAFTA): Weltmarktorientierte Entwicklung gegen die Gewerkschaften?, (*Juni 1994*) UKB 20 DM (*vergriffen*)
- Nr. 4:** Hans-Jürgen Bieling/Frank Deppe (Hrsg.), Entwicklungsprobleme des europäischen Kapitalismus, (*August 1994*) UKB 25 DM (*vergriffen*)
- Nr. 5:** Europäische Integration und politische Regulierung - Aspekte, Dimensionen, Perspektiven. Mit Beiträgen von Bob Jessop, Ingeborg Tömmel, Bernd Röttger, Anja Bultemeier/Frank Deppe, Thorsten Schulten, Nikos Kotzias und Hans-Jürgen Bieling, (*April 1995*) UKB 12,50 EURO
- Nr. 6:** Robin Jacobitz, Der Niedergang institutionalisierter Kooperation. Die Auswirkungen von Machtveränderungen zwischen den USA, Japan und Deutschland 1945 bis 1990 auf das GATT- und das IWF-Regime, (*Juli 1995*) UKB 15 EURO
- Nr. 7:** Hans-Jürgen Bieling (Hrsg.), Arbeitslosigkeit und Wohlfahrtsstaat in Westeuropa. Neun Länder im Vergleich, (*November 1995*) UKB 40 DM (*vergriffen*)
- Nr. 8:** Stefan Tidow, Das "Modell Österreich". Korporatistische Regulierung im Umbruch, (*November 1996*) UKB 25 DM (*vergriffen*)
- Nr. 9:** Kai Michelsen, Die gescheiterte Transformation des "schwedischen Modells", (*Februar 1997*) UKB 25 DM (*vergriffen*)
- Nr. 10:** Labour Markets and Employment Policy in the European Union. Contributions by Alain Lipietz, Martin Seeleib-Kaiser, Hans-Wolfgang Platzer, Gerda Falkner, Andreas Aust/Hans-Jürgen Bieling/Jochen Steinhilber/Stefan Tidow, Michael Barrat Brown, Frieder Otto Wolf, Joachim Denking, Europäischer Metallgewerkschaftsbund and Nikos Kotzias, (*März 1997*) UKB 15 EURO
- Nr. 11:** Robert W. Cox, Weltordnung und Hegemonie – Grundlagen der „Internationalen Politischen Ökonomie“, mit einem Vorwort von Hans-Jürgen Bieling, Frank Deppe und Stefan Tidow, (*Dezember 1998*), UKB 12,50 EURO
- Nr. 12:** Jochen Steinhilber, Die französische Europadebatte der achtziger und neunziger Jahre – Zwischen nationalstaatlicher Konsolidierung und Europäischer Integration, (*Dezember 1998*), UKB 25 DM (*vergriffen*)
- Nr. 13:** Hans-Jürgen Bieling/Jochen Steinhilber (Eds.), Dimensions of a Critical Theory of European Integration. Contributions by Frank Deppe, Stephen Gill, Hans-Jürgen Bieling/Jochen Steinhilber, Henk Overbeek, Bastiaan van Appeldoorn, Magnus Ryner and Dieter Plehwe, (*März 2000*) 184 Seiten, UKB 12,50 EURO
- Nr. 14:** Ho-Geun Lee, Die Europäische Sozialpolitik im System der Mehrebenenregulation. Vom nationalen keynesianischen Wohlfahrtsstaat zum „europäischen schumpeterianischen Leistungsregime“, (*Juni 2000*), UKB 20 EURO.
- Nr. 15:** Frank Deppe/Stefan Tidow (Hg.), Europäische Beschäftigungspolitik. Mit Beiträgen von: Martin Beckmann, Alvaro Berriel Díaz, Frank Deppe, Patrick Dold, Michael Felder, Gabriele Gilbert, Sven Gronau, Christina Jung, Jochen Steinhilber und Stefan Tidow (*Oktober 2000*), UKB 12,50 EURO
- Nr.16:** Martin Beckmann/Hans-Jürgen Bieling (Hg.), Finanzmarktintegration und die Transformation der Corporate Governance Systeme in der Europäischen Union. Mit Beiträgen von: Martin Beckmann; Hans-Jürgen Bieling; Alexander Heftrich; Daniel Lambach; Emanuel Maess und Klaus Pokorny (*Mai 2002*), UKB 12 EURO

NR. 17: Martin Beckmann, Shareholder-Ökonomie und die Reform der Alterssicherungssysteme in der Europäischen Union (*September 2002*), UKB 12 EURO

Nr. 18: Martin Beckmann; Hans-Jürgen Bieling; Frank Deppe (Hg.), The Emergence of a new Euro Capitalism? Implications for Analysis and Politics. Mit Beiträgen von: Hans-Jürgen Bieling; Dorothee Bohle; Frank Deppe; Sam Gindin/Leo Panitch; John Grahl; Christoph Scherrer (*April 2003*), UKB 12 EURO

Nr. 19: Woontaek Lim, Zur Transformation der industriellen Beziehungen in den europäischen Wohlfahrtsstaaten: von der sozialgerechten Produktivitätspolitik zur wettbewerbsorientierten Ungleichheit (*September 2003*), UKB 17 EURO

Nr. 20: Euroimperialismus? Mit Beiträgen von Otto Holman, Hans-Jürgen Bieling, Joachim Bischoff, Dieter Boris, Frank Deppe, Ingo Malcher, Paul Schäfer, Ingo Schmidt und Melanie Wehrheim (*Januar 2005*), UKB 14 EURO

FEG Arbeitspapiere

Nr. 1: Frank Deppe, Zur Diskussion über die Entwicklung der Arbeitgeber-Arbeitnehmerbeziehungen in der EG unter dem Einfluß des "Binnenmarktes '92". Vorläufige Informationen und Überlegungen, (*Februar 1990*) UKB 10 DM (*vergriffen*)

Nr. 2: Hans-Ulrich Deppe/Uwe Lehnhardt, Gesundheitswesen zwischen supranationalen Politikstrukturen und einzelstaatlicher Regelungskompetenz. Zu einigen gesundheitspolitischen Aspekten der westeuropäischen Integration, (*Mai 1990*) UKB 6 DM (*vergriffen*)

Nr. 3: Peter Imbusch, 1992. Die Folgen der Vollendung des EG-Binnenmarktes für europäische und außereuropäische Migranten, (*Januar 1991*) UKB 7 DM (*vergriffen*)

Nr. 4: Frank Deppe/Klaus-Peter Weiner (Hrsg.), Die Perspektive der Arbeitsbeziehungen in der EG und die soziale Dimension des Binnenmarktes '92, (*März 1991*) UKB 10 DM (*vergriffen*)

Nr. 5: Robin Jacobitz, Antonio Gramsci - Hegemonie, historischer Block und intellektuelle Führung in der internationalen Politik, (*August 1991*) UKB 3,50 EURO

Nr. 6: Europa im Umbruch - Neue Dimensionen der Politik, (*März 1992*) UKB 12 DM (*vergriffen*)

Nr. 7: Hans-Jürgen Bieling, Brita Bock, Frank Deppe, Karen Schönwälder, Migration, Arbeitsmarkt, Regulation - unter besonderer Berücksichtigung des Arbeitsmarktes in Hessen, (*Januar 1993*) UKB 7,50 EURO

Nr. 8: Michael Felder, Die Problematik europäischer Industriepolitik am Beispiel JESSI, (*Januar 1993*) UKB 6,50 EURO

Nr. 9: Frank Deppe/Klaus Peter Weiner, The "1992 Single Market" - National Labour Relations and Trade Unions in Western Europe, (*Marburg/Lahn 1992*)

Nr. 10: Frank Deppe/Michael Felder, Zur Post-Maastricht-Krise der Europäischen Gemeinschaft (EG), (*September 1993*) UKB 7,50 EURO

Nr. 11: Ho Geun Lee, Regulationstheoretische Überlegungen zur Krise der EG, (*Januar 1994*) UKB 13 DM (*vergriffen*)

Nr. 12: Gudrun Hentges/Karen Schönwälder (Hrsg.), Zukunftsprojekt Europa: Die abgeschottete Union?, (*Januar 1994*) UKB 15 DM (*vergriffen*)

Nr. 13: Dorothee Bohle, Europäische Integration und Frauenforschung in Deutschland. Eine kommentierte Literaturübersicht, (*September 1994*) UKB 10 DM (*vergriffen*)

Nr. 14: Thorsten Schulten, "European Works Councils" - New Forms of European Labour Relations Regulation?, (*März 1996*) UKB 10 DM

- Nr. 15:** Hans-Jürgen Bieling, Frank Deppe, Bernd Röttger, Weltmarkt, Hegemonie und europäische Integration - Kritische Beiträge zur Theorie der internationalen Beziehungen, (*April 1996*) UKB 7,50 EURO
- Nr. 16:** Dieter Boris, Kristine Hirschhorn, North Atlantic Free Trade Association (NAFTA) - Consequences of Neoliberal Market Strategies for Mexico and Canada, (*August 1996*), UKB 5 Euro
- Nr. 17:** Hajo Holst, Das EU-Referendum in Norwegen 1994 – Modernisierung des Wohlfahrtsstaates, Sozialdemokratie und neoliberale Hegemonie, (*September 1998*), UKB 4 Euro
- Nr. 18:** Stefan Tidow, Europäische Beschäftigungspolitik. Die Entstehung eines neuen Politikfeldes: Ursachen, Hintergründe und Verlauf des politischen Prozesses (*Oktober 1998*), UKB 7,50 EURO
- Nr. 19:** Otto Holman, Neoliberale Restrukturierung, transnationale Wirtschaftsbeziehungen und die Erweiterung der EU nach Mittel- und Osteuropa, (*Dezember 1999*), UKB 6,50 EURO
- Nr. 20:** Hans-Jürgen Bieling, Sozialdemokratische Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik in der neoliberalen Konstellation, (*April 2000*), UKB 6,50 EURO.
- Nr. 21:** Werner Raza, Entstaatlichung lokaler öffentlicher Dienstleistungserbringung in der Europäischen Union, (*November 2001*), UKB 6,50 EURO.
- Nr. 22:** Clyde W. Barrow, God, Money, and the State. The Spirits of American Empire, (*Januar 2004*), UKB 6,50 EURO.
- Nr. 23:** Stefan Schmalz, Die Verhandlungen zur panamerikanischen Freihandelszone ALCA, Hegemonieverfall neoliberaler Politikkonzeptionen in Lateinamerika? (*Juni 2004*), UKB 7 EURO.
- Nr. 24:** Vahram Soghomonyan, Europäische Integration und die regionale Konfiguration des Südkaukasus, (*November 2004/Januar 2005*), UKB 7 EURO.

FEI: Leiter: Prof. Dr. F. Deppe, HD. Dr. H.-J. Bieling

Redaktion Arbeitspapiere und Studien: Bea Müller, David Salomon, Stefan Schmalz

Bestellungen an FEI,

Institut für Politikwissenschaft, Philipps-Universität Marburg,

Wilhelm-Röpke-Straße 6, Block G, 35032 Marburg, Tel.: 06421/2825685

E-Mail: feg@mail.uni-marburg.de